

SERIES

Edition Weltordnung – Religion – Gewalt

Editor-in-Chief: Wolfgang Palaver

Editorial Board:

Andreas Exenberger, Wilhelm Guggenberger, Johann Holzner, Brigitte Mazohl,
Dietmar Regensburger, Alan Scott, Roman Siebenrock, Kristina Stöckl

Band 9

innsbruck university press



Andreas Exenberger

Institut für Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte
Forschungsplattform Politik-Religion-Kunst, Universität Innsbruck

Gedruckt mit Unterstützung durch die Forschungsförderungsaktion der Fakultät für
Volkswirtschaft und Statistik.

© *innsbruck university press*, 2011

Universität Innsbruck, Vizerektorat für Forschung

1. Auflage

Alle Rechte vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Carmen Drolshagen

Titelfoto: © Albert Lichtblau 2011. Das Foto zeigt das in Bau befindliche Hauptquartier der Afrikanischen Union in Addis Abeba und entstand auf einer von Albert Lichtblau (Universität Salzburg) und Thomas Spielbüchler (Universität Innsbruck) gemeinsam veranstalteten Studierenden-Exkursion nach Äthiopien im April 2011.

Satz: Andreas Exenberger

Herstellung: Finidr, s.r.o.

www.uibk.ac.at/iup

ISBN 978-3-902719-41-6

Andreas Exenberger (Hg.)

Afrika – Kontinent der Extreme

Inhaltsverzeichnis

7 Afrika, ein Kontinent der Extreme?

Andreas Exenberger

1. Geschichte(n)

19 Bewirken der Maat und Realpolitik: Die zwei Wirklichkeiten der Macht des Pharaos

Sabine Fick

47 Die Institutionen des Leopoldianischen Systems: Wie pervertierte Anreize zu extremer Gewalt im Kongo beitrugen

Simon Hartmann

75 Streit um Einheit: Der schwierige Start der Afrikanischen Integration

Thomas Spielbüchler

2. Gegenwart(en)

105 Nachbarschaftspolitik zwischen der EU und Marokko: „Freihandel“ mit Agrarprodukten und das Konzept der „zirkulären Migration“

Ulrike Gröner

- 127 The Horn of Unending Conflicts
Belachew Gebrewold
- 147 The Tragedy of Nigerian Society
Stefan Salomon
- 169 “to turn from warfare to the arts of peace”: Makanna as Antidote to Xenophobic Violence?
Adrian Knapp
- 191 Gegenseitige Rechenschaftspflicht zur Steigerung der Wirksamkeit der EZA: Wie werden relevante Akteursgruppen zur Verantwortung gezogen? (Mit einem Fallbeispiel aus Mosambik)
Thomas Böbler
- 219 Mosambik: Armutsreduzierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit
Anne Merklein

3. Identität(en)

- 245 *Amistad Kata-Kata: A Re-Evaluation of the Materiality of the Body*
Ulrich Pallua
- 259 Afrikanerinnen und Afrikaner in Globo: Idealtypische Profile als wissenschaftliches Instrument
Andreas Exxenberger und Josef Nussbaumer
- 287 Die Autor(inn)en
- 290 Kurzfassungen der Beiträge in deutscher Sprache / Abstracts of the Contributions in English

Afrika, ein Kontinent der Extreme?

Andreas Exenberger

Hätten Sie das Motiv auf der Titelseite dieses Buches mit Afrika verbunden? Wenn uns damit gelingt, was wir beabsichtigen, dann sollte es mit seinem Kontrast zwischen Wort und Bild jedenfalls stutzig machen. Der Kontrast entsteht zwischen einem Titel, der dem von Afrika Erwarteten entspricht, und einem Bild, das dem gängigen Stereotyp nicht entgegenkommt. Damit fließen zwei Vermittlungsabsichten ineinander, die gleichermaßen wichtig sind. Die eine ist: ja, Afrika ist ein Kontinent der Extreme, insbesondere der existentiellen Probleme. Die andere aber ist: ja, das Denken über Afrika ist viel zu oft von diesem Eindruck geprägt, der eine völlig unvollständige Beschreibung des Kontinents ist, denn dieses Denken muss normalisiert und vor allem dekolonisiert werden. Es wird einerseits nichts und niemandem helfen, wenn man so tut, als gäbe es die angeführten existentiellen Probleme, wie etwa Hunger, Krankheiten, Naturkatastrophen oder Kriege nicht. Es führt aber andererseits auch nirgends hin, wenn man Afrika ständig und nur unter dem Blickwinkel der – vom Englischen abgeleiteten – „D-words“ (*disaster, disease, desertification, etc.*) bzw. „F-words“ (*famine, flood, fight, etc.*) betrachtet oder gar vom Standpunkt seiner prinzipiellen Marginalität aus. Afrika ist all das, aber gleichzeitig auch vieles andere und viel mehr, nicht zuletzt ein Ort, von dessen Menschen man einiges auch über die eigenen Probleme und deren Bewältigung lernen kann, aus der Geschichte, wie auch in der Gegenwart.

Das Motiv auf der Titelseite stellt übrigens den Rohbau des Hauptquartiers der Afrikanischen Union in Addis Abeba (Äthiopien)

dar, der derzeit mit chinesischem Geld finanziert wird (womit auch das Themenfeld „Globalisierung“ gestreift wäre). Der eigentliche Titel des Sammelbandes hätte aber auch abseits Afrikas seine Berechtigung. Denn wir leben unverändert in einem „Zeitalter der Extreme“, als das ja Eric Hobsbawm das 20. Jahrhundert charakterisiert hat. Noch nie waren so viele Menschen so reich, noch nie aber auch so viele Menschen so arm. Noch nie war die Menschheit mit so vielen existentiellen Gefahren (Klimawandel, Finanzkrisen, Pandemien, atomare Bedrohungen, ...) konfrontiert, noch nie aber hatte sie zugleich so viele Chancen (materieller Wohlstand, technologischer Fortschritt, globale Kommunikation, Wissensgesellschaft, ...). Insgesamt ergibt sich daraus eine beträchtliche Schieflage zwischen Möglichkeiten und Nöten (ein bisschen ja auch angedeutet mit unserem Titelbild), die bislang nur unzureichend zum Ziel internationaler oder globaler Ordnungsvorstellungen geworden ist. Sowohl beim „Was?“ wie auch beim „Warum?“ besteht hier unzweifelhaft Bedarf nach wissenschaftlicher Forschung.

Dieser Erforschung – sowohl durch Gegenwartsanalysen wie auch durch historische Arbeiten – widmet sich der Cluster „Weltordnung und Extreme“ der Innsbrucker Forschungsplattform „Politik – Religion – Kunst“.¹ Er ist ein Dach für althistorische, wirtschafts-, sozial- und zeitgeschichtliche, geographische, politikwissenschaftliche und literaturwissenschaftliche Ansätze, die in unterschiedlichen historischen und aktuellen Kontexten um Fragen der Herrschaft und der Gewalt sowie deren Legitimation und Begründung kreisen. In dieser Hinsicht ist er auch eine Vereinigung von quellennahen und stärker systemanalytischen Ansätzen.

Der hier vorliegende Band *Afrika – Kontinent der Extreme* dient nun der Dokumentation und Fokussierung von Forschungsleistungen im Rahmen dieses Clusters. Zentral für alle Beiträge zu diesem Sammelband ist ihr Afrika-Bezug, was zugleich bisherige Forschungsarbeiten widerspiegelt, aber auch einen Anreiz für zukünftige Fokussierung liefert. Der Band wird dabei aus unterschiedlichen disziplinären Kulturen gespeist. Ein wichtiges Element ist daher seine ausgeprägte Inter-

1 Siehe <http://www.uibk.ac.at/politik-religion-kunst/cluster/weltordnung-und-extreme.html>.

Afrika

Ulrike Gröner:
"Nachbarschaftspolitik zwischen der EU und Marokko: 'Freihandel' mit Agrarprodukten und das Konzept der 'zirkulären Migration'"

Thomas Spielbüchler:
"Streit um Einheit. Der schwierige Start der Afrikanischen Integration" (ganz Afrika)

Sabine Fick:
"Bewirken der Maat und Realpolitik - Die zwei Wirklichkeiten der Macht des Pharaos"

Stefan Salomon:
"The Tragedy of Nigerian Society"

Belachew Gebrewold:
"The Horn of Unending Conflicts"

Ulrich Pallua:
"Amistad Kata-Kata: A Re-Evaluation of the Materiality of the Body"

Anne Merklein:
"Mosambik: Armutsreduzierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit"

Simon Hartmann:
"Die Institutionen des Leopoldianischen Systems: Wie pervertierte Anreize zu extremer Gewalt im Kongo beitrugen"

Thomas Böhler:
"Gegenseitige Rechenschaftspflicht zur Steigerung der Wirksamkeit der EZA: Wie werden relevante Akteursgruppen zur Verantwortung gezogen?"

Adrian Knapp:
"'to turn from warfare to the arts of peace': Makanna as Antidote to Xenophobic Violence?"

Andreas Exenberger & Josef Nussbaumer:
"Afrikanerinnen und Afrikaner in Globo: Idealtypische Profile als wissenschaftliches Instrument" (ganz Afrika)

© Graphik: Stefan Neuner

disziplinarität, die durch einen intensiven internen Review-Prozess zudem systematisch gefördert worden ist. Gespeist aus disziplinenübergreifender Befruchtung, wie sie speziell im Feld der Afrikaforschung angesagt ist, soll der Band damit sichtbarer Ausdruck bisheriger Bemühungen sein und auch einen Beitrag dazu leisten, besagte Afrikaforschung an der Universität Innsbruck zu etablieren: als Anknüpfungspunkt für weitere nationale und internationale Kooperationen und Basis zum breiteren Ausbau der Thematik in Forschung und Lehre. Das Thema ist dabei zweifellos kein Leichtes, gerade nicht für einen Sammelband. In Afrika gibt es mehr als 50 Staaten, eine Reihe ungelöster Souveränitätskonflikte innerhalb und zwischen ihnen, große religiöse, kulturelle, sprachliche und ethnische Vielfalt, gravierende Wohlstandsunterschiede innerhalb und zwischen Gesellschaften und viele andere Barrieren mehr, die einer einfachen Vereinheitlichung des Kontinents entgegenstehen. Es gibt also eigentlich kein Afrika, sondern mehrere Afrikas, und das gilt umso mehr, je weiter man in die Geschichte zurückgeht.

Einige dieser Afrikas werden wir im Rahmen dieses Bandes besuchen. Die elf Beiträge werden dabei zu drei inhaltlichen Gruppen gebündelt: „Geschichte(n)“, „Gegenwart(en)“ und „Identität(en)“. Der erste Teil beschäftigt sich mit sehr unterschiedlichen, aber gerade dadurch wohl auch bezeichnenden Episoden aus der prä-kolonialen, der kolonialen sowie der post-kolonialen Geschichte des Kontinents. Sie erheben natürlich nicht den Anspruch, die Historie Afrikas angemessen zu repräsentieren, aber sie stellen doch so etwas wie „Typen“ dieser Geschichte dar. Das gilt umso mehr, wenn man sich vor Augen führt, dass Afrika natürlich auch vor dem Kontakt mit europäischen „Entdeckern“ und Kolonialherren und außerhalb des antiken Ägypten „Geschichte“ hatte, wenn auch vielleicht nicht immer in dem Sinn, wie man „Historie“ heute versteht – aber das macht sie nicht zu weniger Geschichte. Und es gilt umso mehr, wenn man die allzu selbstverständlich gewordene Unterscheidung von Geschichte anhand der – aus europäischer Sicht – so wichtigen Ereignisse „Kolonisierung“ und „Dekolonisierung“ bedenkt.

Zunächst blickt Sabine Fick ins historische Ägypten, um einen fundamentalen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der herrschaftlichen Macht des Pharaos aufzuzeigen: die Spannung zwischen seinem göttlichen Auftrag zur Sorge um seine Untertanen vor dem Hintergrund einer weltlichen Unfehlbarkeit als Gottessohn einerseits, und zwischen einem militärischen, sozialen, ökonomischen

oder gar persönlichen Scheitern andererseits, das immer wieder vorkommen konnte. Diese Spannung führte zur Produktion von symbolischer Repräsentation, die man nicht einfach mit Propaganda verwechseln darf, sondern die einer tatsächlichen Verwandlung der unerfreulichen (da nicht „Maat“-gerechten) Wirklichkeit mittels Magie diente. Hier wird besonders deutlich, wie sehr die zuverlässige Interpretation von Quellen die Kenntnis ihrer Entstehungsabsicht erfordert, was auch über die Grenzen seiner Fachdisziplin für die gesamte Afrikaforschung relevant ist. Zudem ist der Beitrag hochaktuell: die Ereignisse rund um den ägyptischen Ex-Präsidenten Hosni Mubarak im Frühjahr 2011 wurde schließlich nicht zuletzt als „erstmalige Verhaftung eines Pharaos (sic!) in 7.000 Jahre“ gedeutet.²

Daran schließt der Beitrag von Simon Hartmann an, der mittels einer wirtschafts- und sozialhistorischen sowie institutionenökonomischen Analyse des Kongo-Freistaates (1885-1908) aufzeigt, wie Institutionen Gewalt richtiggehend „produzieren“ können. Was Hartmann als „Leopoldianisches System“ bezeichnet, bestand vor allem in unterschiedlichen Anreizen für verschiedene Akteure, die durchaus auch unbeabsichtigt zu teils tatsächlich extremer Gewalt in der Privatkolonie des belgischen Königs führten. Diese in dieser Hinsicht „pervertierten“ Anreize können ebenfalls als interessante Vorlage für andere koloniale oder auch post-koloniale Zusammenhänge verstanden werden, und sie sind auch abseits der Forschung aktuell, weil gerade diese historische Episode ja bis heute politisch umstritten ist, was auch Hartmann mehrfach anspricht.

Den Abschluss im ersten Teil bildet der Beitrag von Thomas Spielbüchler, der in einer zeitgeschichtlichen Arbeit erklärt, warum es in der Phase der Dekolonisierung zwar zur Gründung der „Organisation der Afrikanischen Einheit“, aber nicht zur afrikanischen Einheit selbst kam. Er betrachtet insbesondere die Diskussionen, die diesen unvollständigen Integrationsprozess in den 1950er- und 1960er-Jahren begleiteten, und den Hintergrund der dabei erzielten Kompromisse zwischen „Unionisten“ und „Konföderalisten“. Diese letztlich „erstrittene“ und nur partielle Einheit prägte eine post-koloniale

² So von ORF-Korrespondent Karim Al-Gawhari im Ö1-Mittagsjournal von 13. April 2011 (mit Bezug auf ägyptische Quellen).

Realität, aus der auch die aktuelle politische Verfasstheit des afrikanischen Kontinents zumindest teilweise erklärt werden kann.

Im zweiten Teil wird Afrika in sechs Fallbeispielen zur detailreicheren Darstellungen aktueller Lebensrealitäten von Norden nach Süden durchwandert. Den Anfang macht Ulrike Gröner. Vor einem politikwissenschaftlichen Hintergrund analysiert sie das besondere Verhältnis der Europäischen Union und ihres Mitgliedsstaates Spanien mit dem Anrainerstaat Marokko. Diese Beziehung ist durch Migrationsbewegungen (aus Marokko), wirtschaftliche Konkurrenz im Agrarsektor (zwischen Marokko und Spanien) und xenophobe Übergriffe (in Spanien) sowie deren politische Regulierung (auf beiden Seiten) gekennzeichnet, was sich in der spanischen Region Almería besonders zuspitzt. Dabei zeigen sich auch mächtige Interessen am Aufrechterhalten des Status quo, der aber – wie freilich die gesamte EU-Migrationspolitik – weder in konsequenter Integration noch konsequenter Illegalisierung der Zuwanderer besteht und daher insgesamt eine unbefriedigende Nicht-Lösung darstellt.

Mit Belachew Gebrewold wechselt der Fokus in den Osten des Kontinents. In seiner politikwissenschaftlichen Arbeit wird mit dem Horn von Afrika (Somalia, Äthiopien, Eritrea) eine von Konflikten besonders schwer getroffene Region vorgestellt. Dies geschieht mit Schwerpunkt auf die regionale und globale Dimension des komplexen Konfliktsystems. Die Analyse geht damit weit über eine sonst übliche, ethnisch-religiöse Zuspitzung hinaus. Das Fallbeispiel Somalia, eines inzwischen zerfallenen Staates, zeigt auf, dass Konflikte nicht ausschließlich aus ihrer lokalen Dynamik heraus verstanden werden können und alle Versuche scheitern müssen, Krisensituationen ohne Berücksichtigung ihrer regionalen und globalen Verflechtungen zu verstehen oder gar zu befrieden – eine Lehre, die zweifellos auch für andere Konflikte relevant ist, nicht nur in Afrika.

Stefan Salomon blickt mit seinem historisch-politikwissenschaftlichen Beitrag zur „Tragik“ des Staates Nigeria zwischen Kolonisierung, Dekolonisierung und Postkolonialismus nach Westafrika. In gewisser Weise symbolisiert dabei Nigeria die Vielfalt des Kontinents und damit auch seine Bruchlinien. Besondere Aufmerksamkeit erfährt bei Salomon die Religion. Das „Aufeinandertreffen“ von Islam und Christentum in Nigeria zeigt dabei, dass dort eben keine „blutige Grenze des Islam“ liegt, wie sie Samuel Huntington beschrieben hat, sondern der Konflikt vielmehr eine Politisierung von Religion reprä-

sentiert, dessen tiefere Ursachen durch die Zuspitzung auf das Thema Religion vielmehr verschleiert scheinen.

Für die weiteren Beiträge in diesem Teil wechseln wir in den Süden des Kontinents und nehmen von der „Regebogennation“ Südafrika Ausgang. Adrian Knapp stellt in seiner literaturwissenschaftlichen Arbeit in diesem lokalen Kontext der aktuellen xenophob motivierten Gewalt in Südafrika eine große Frage: Was begründet Gewalt und wie verhindert man ihre Ausbreitung? Oder – in Anlehnung an seinen Titel – wie wendet man sich vom Kriegshandwerk ab und der Friedenskunst zu? Antworten spürt Knapp anhand von zwei verschiedenen literarischen Aufarbeitungen der Geschichte von Makanna nach, eines bereits im Jahr 1820 bei einem Fluchtversuch von Robben Island ums Leben gekommenen Xhosa-Propheten. Besonderen Reiz gewinnt die Auseinandersetzung, da beide Aufarbeitungen selbst historisch sind (eine relativ zeitgenössische, eine mit einem Jahrhundert Abstand zu den Ereignissen), sie aber dennoch auch als Lehre für die Gegenwart gelesen werden können.

Die beiden letzten Beiträge im zweiten Teil führen nach Mosambik, wo sich Thomas Böhler und Anne Merklein anhand unterschiedlicher Zugänge aktuellen Entwicklungen widmen. Böhler diskutiert mit politökonomischem Zugang das Modell der „gegenseitigen Rechenschaftspflicht“, das gegenwärtig – nicht zuletzt als Reaktion auf das Auftreten „neuer Geber“ – Eingang in den Diskurs über Entwicklungszusammenarbeit gefunden hat. Damit soll stärkere gegenseitige Verpflichtung und Kontrolle von Gebern und Empfängern gewährleistet werden. Gerade das Beispiel Mosambik zeigt dabei auf, dass bestehende Hierarchien nicht einfach außer Kraft gesetzt werden können, allerdings auch, wie wichtig demokratische, partizipative und kooperative Strukturen sind. Nach diesem stärker von Außen gerichteten Blick, diskutiert zum Abschluss dieses Teils Merklein in einer geografischen Fallstudie eher den inneren Blick. Es geht in ihrem Beitrag um die Herausforderung der Armutsbekämpfung in Mosambik, dem es trotz jahrzehntelangem Bürgerkrieg einerseits gelungen ist, ein „Musterland der Entwicklung“ mit ökonomischem Wachstum und Demokratisierung zu werden, das aber andererseits trotzdem nach wie vor als eines der ärmsten Länder der Welt gilt. Merklein zeigt am Beispiel der Hauptstadt Maputo und des Transportsektors dort, wie globale Strategien im lokalen Kontext umgesetzt und teils auch politisch vereinnahmt werden. Trotz einiger Erfolge wird dabei

Armut durch nationale und internationale Strategien teilweise sogar eher reproduziert als bekämpft.

Den dritten Teil des Bandes bilden zwei in Zugang, Methode und Inhalt sehr unterschiedliche Beiträge, die eines gemeinsam haben: es geht in beiden Fällen um Identitäten und um deren Konstruktion. Zuerst widmet sich Ulrich Pallua in einem literaturwissenschaftlichen Beitrag dem Amistad-Thema, das auf die legendäre Fahrt des spanischen Sklavenschiffes *Amistad* Bezug nimmt, dessen „Fracht“ erfolgreich meuterte, in den USA zum Gegenstand eines Prozesses wurde und schließlich, zurückverwandelt in freie Menschen, wieder nach Afrika heimkehrte. Anhand von zwei Theaterstücken – *Amistad Kata-Kata* von Charlie Haffner und *The Broken Handcuff* von Raymond Desouza – diskutiert Pallua den postkolonialen, afrikanischen Blickwinkel auf die eigene Identität und die darin involvierten Konstruktionen. Dadurch werden Selbst- und Fremdzuschreibungen veranschaulicht, wobei der Körper, spezifisch die „corporeality“ der kolonisierten Existenz, insbesondere der als Sklave, eine besondere Rolle einnimmt. Dazu kommt die Bedeutung dieses Themas für die aktuelle Bestimmung einer „post-europäischen“ afrikanischen Identität, nicht zuletzt in Sierra Leone, der Herkunftsregion der Amistad-Sklaven.

Den Abschluss des Bandes bildet der Beitrag von Andreas Exenberger und Josef Nussbaumer, die sich einer vielmehr methodischen Frage widmen. Dabei werden afrikanische Identitäten in Form von „idealtypischen Profilen“ einerseits geradezu erfunden, diese sind andererseits aber auch inhaltlich als aktuelle Beschreibung der sozialen Lage in Afrika zu lesen. Ausgehend von einem Gedankenexperiment, bei dem die Welt des Jahres 2000 als fiktives Dorf mit 100 Einwohner(inne)n dargestellt wird, werden die 13 Personen, die in diesem „Dorf“ auf Afrika entfallen, mittels einiger sozio-ökonomischer Eigenschaften charakterisiert, um so zu einer Mischform aus qualitativer und quantitativer Beschreibung zu kommen und zugleich die soziale Lage Afrikas deskriptiv zu verdichten. Weiters wird die Frage diskutiert, inwieweit dieses Verfahren auch als wissenschaftliches Instrument geeignet ist und dabei insbesondere die Gefahr der Stereotypisierung und der damit verbundenen Perpetuierung von Vorurteilen durch dieses Verfahren thematisiert.

Insgesamt entfaltet sich so ein vielschichtiges Bild von aktuellen und historischen Realitäten und Problemlagen in Afrika, die nach einer interdisziplinären Bearbeitung verlangen. Durch eine Review-Praxis

mit jeweils zwei Kolleg(inn)en-Feedbacks auf die eingereichten Texte sowie einem vertiefenden Workshop im Oktober 2010 und anschließender Revision der Beiträge wurde diesbezüglich im Cluster auch methodisch sorgfältig gearbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt mit dem Band *Afrika – Kontinent der Extreme* nun vor. Er bildet zugleich den Abschluss bisheriger Arbeiten wie auch den Anstoß zu weiteren, vertiefenden Projekten und führt die Leser(innen) auf eine Reise durch Afrika, die in konkreten historischen und aktuellen Fallbeispielen alle Regionen des Kontinents zumindest exemplarisch streift. Wenn er auch außerhalb unseres Forschungsclusters Reaktionen und Stimulation auslöst, dann hat er seinen Zweck erfüllt.

Dass dieses Ergebnis nur möglich war, weil viele Menschen sich an seiner Realisierung beteiligt haben, versteht sich von selbst. Neben den Autor(inn)en, die sich zum Verfassen, Überarbeiten und zeitgerechten Einreichen ihrer eigenen Beiträgen ja auch am Review-Prozess des gesamten Bandes beteiligt haben, sowie dem eingespielten Team von der *innsbruck university press*, das mit seiner unbürokratischen und reibungslosen Abwicklung der Drucklegung weit mehr als nur das Übliche leistet, sind vor allem vier Personen zu nennen. Da sind einmal Martina Alfreider, die unschätzbare Korrekturarbeiten beige-steuert hat, und Tobias Orischnig, der sich aus Interesse ebenfalls am Review-Prozess beteiligt hat, sowie außerdem zwei Clustermitglieder, die zwar keinen eigenen Beitrag verfasst haben, aber anderweitig an der Realisierung des Projekts beteiligt waren: Stefan Neuner, der einige Grafiken beige-steuert hat (insbesondere die Abbildung in diesem Editorial), und Ute Ammering, die uns mit kritischen Rückmeldungen zur Verfügung gestanden ist. Ihnen allen ist ebenso ausdrücklich zu danken, wie zuletzt auch der Forschungsförderungsaktion der Fakultät für Volkswirtschaft und Statistik der Universität Innsbruck, durch die dieses Projekt maßgeblich finanziell unterstützt wurde, und der Forschungsplattform „Politik – Religion – Kunst“, in deren konstruktiver und angeregter Atmosphäre es sich gedeihlich entwickeln konnte.

Aber ist Afrika nun ein Kontinent der Extreme? Lesen Sie das Buch und urteilen Sie selbst.

1.

Geschichte(n)

Bewirken der Maat und Realpolitik: Die zwei Wirklichkeiten der Macht des Pharaos¹

Sabine Fick

Einleitung

Aus der Geschichte Ägyptens sind Zeugnisse erhalten, die jeweils zu einem konkreten Ereignis oder einer ganz bestimmten innen- oder außenpolitischen Situation zwei ganz gegensätzliche Darstellungen überliefern. In diesem Beitrag werden zunächst drei Beispiele für dieses Phänomen vorgestellt, die aus der Zeit des Neuen Reiches stammen. Die beiden jeweils diametralen Positionen der „Berichterstattung“ werden dabei durch die Bezeichnung „die eine und die andere Wirklichkeit“ einander gegenüber gestellt.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass es sich bei jenen Wiedergaben einer Wirklichkeit, die wir aus heutiger Sicht als Fiktion bezeichnen würden, nicht einfach um Propaganda im gängigen Sinn handelt. Besonders in der Zeit des Neuen Reiches wurde die Kluft zwischen dem theologisch fundierten Anspruch auf Weltherrschaft und der aktuellen politischen Situation auf internationaler Ebene immer größer. Mit solchen fiktiven Berichten ließen sich – im Glauben an „die Gesetze der Magie“ – neue Realitäten erschaffen, die dem

¹ Der Begriff „Pharao“ (ägyptisch *per-aa* = „großes Haus“), der in der Ägyptologie als Synonym für König verwendet wird, bezeichnet eigentlich den Palast des Königs. Als Titel, der vor dem Namen eines Königs steht, ist „Pharao“ erst in der Regierungszeit Siamuns (986-ca. 968 v. Chr.) zu belegen. Die Übertragung dieser Bezeichnung als Titel auf frühere Könige ist zwar anachronistisch, aber durchaus gebräuchlich, und wird daher im Folgenden auch verwendet.

postulierten Bild vom Agieren eines ägyptischen Königs besser entsprachen. Dies „funktionierte“ auf Grund der Vorstellung, dass durch die Darstellung eines Ereignisses in Wort und/oder Bild dieses automatisch zur Realität wird. Durch die Darstellung einer Handlung oder eines Zustandes erreichte diese Handlung/dieser Zustand – nach den geglaubten magischen Zusammenhängen – die Ebene der Realität.

Vor diesem Hintergrund werden anschließend die auf dem Gebiet der Politik am besten dokumentierten Themen einer durch Magie hervorgerufenen Realität präsentiert und ihre Verankerung in den Vorstellungen von Weltordnung, Gottessohnschaft des Pharaos und letztlich Entstehung der Welt aufgezeigt.

Beispiel 1

Ramses der Große (1279-1213 v. Chr.)² baute die im nordöstlichen Nildelta gelegene Stadt, die nach ihm „Stadt des Ramses“ (Piramesse) benannt wurde, in großem Stil aus und machte sie zur neuen Hauptstadt Ägyptens. Sie umfasste eine Fläche von ca. 10 Quadratkilometern und wurde vom Pelusischen Nilarm umflossen. Strategisch war der Platz gut gewählt, denn von hier aus konnte man sowohl das Kernland Ägypten verwalten als auch die vorderasiatischen Gebiete, die zur damaligen Zeit unter ägyptischem Einfluss standen, zu Wasser und zu Land rasch erreichen.³

Die eine Wirklichkeit

In einem fiktiven Brief, einer Schreibübung, die wahrscheinlich an einer der dortigen Schulen zum Lehrplan gehörte, wird diese Stadt als „eine Residenzstadt, in der man angenehm lebt“ beschrieben:

„Ihre Felder gedeihen mit allen guten Dingen, und sie spenden Speise und Nahrung tagtäglich. Ihre Gewässer sind voller Fische

2 In der Datierung aller in diesem Beitrag genannten Pharaonen folge ich der Chronologie Hornung/Krauss (2006), die von Beckerath (1997) abgelöst hat. Allgemein zu Ramses II. vgl. mit weiterführenden Literaturangaben die Biographien: Clauss (2010); Tyldesley (2002); Schlögl (2000); Desroches Noblecourt (1997); Kitchen (1982).

3 Zu Piramesse beziehungsweise Ramsesstadt siehe die umfangreiche Bibliographie auf der Tell el-Dab'a-Homepage des ÖAI, online unter: <http://www.ouaaris.at/html/bibliographie.html> (Zugriff am 22.2.2011).

und ihre Seen voller Vögel. Ihre Wiesen grünen von Kräutern und Pflanzen, die ein und eine halbe Elle hoch sind [78 cm]. Die Früchte des Johannisbeerbaums besitzen den Geschmack des Honigs von feuchten Feldern. Ihre Scheunen sind voll von Gerste und Emmer, bis zum Himmel reichen sie hinauf. Zwiebeln und Lauch, Lattich in den Hainen, Granatäpfel, Äpfel und Oliven; Feigen in den Obstgärten und dazu der süße Wein von Kankeme (ein Weinberg in der Nähe der Stadt), der den Honig übertrifft.“⁴

Die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln wird hier als optimal, geradezu „paradiesisch“ geschildert. Nach ägyptischem Verständnis sind solche Zustände ausschließlich das Verdienst des regierenden Königs, in diesem Fall Ramses II., denn zu den wichtigsten Aufgaben eines Pharaos gehörte es, die Fruchtbarkeit des Landes zu garantieren und der Bevölkerung ein „guter Hirte“⁵ zu sein. Die Möglichkeiten bzw. Fähigkeiten, dieses Postulat zu erfüllen, erhielt Ramses – laut der damaligen Vorstellungswelt – direkt vom Gott Ptah-Tatenen.⁶ Im sogenannten „Dekret des Gottes Ptah für den König“ werden diesem Gott folgende Worte in den Mund gelegt:

„Ich gebe dir reichliche Nilüberschwemmungen, ich versehe dir die beiden Länder mit Wohlstand, Nahrung und edler Versorgung. Speisen sind bestimmt für jeden Ort, an den du trittst. Ich gebe dir fortdauernd Getreide um die beiden Ufer in deiner Zeit zu ernähren [...]. Man freut sich und ist satt bei deinem Anblick, [...] Ober- und Unterägypten nähren sich von deiner Versorgung.“⁷

4 In deutscher Übersetzung zuletzt Clauss (2010), 158.

5 Zur Vorstellung vom Pharaos als guter Hirte vgl. zum Beispiel die Säuleninschrift Amenophis II. (1425-1400 v. Chr.) in Karnak: „Er (Amun) machte mich zum Hirten dieses Landes, denn er weiß, dass ich es ihm führen werde.“ Siehe die deutsche Übersetzung von Helck (1961), 45.

6 In der Regierungszeit Ramses II. wird die Konzeption des Gottes Ptah-Tatenen geschaffen, eine Identifizierung der Götter Ptah (der große Gott von Memphis) und Tatenen (ursprünglich der Gott der Uerde und des Urgesteins). Gleichfalls zum theologischen Denken der Ramessidenzeit gehört die Vorstellung, dass bei der Entstehung der Welt Tatenen in Gestalt des Urhügels aus dem Urgewässer auftaucht. Vgl. dazu Schlögl (1980), speziell zu Ptah siehe nach wie vor Sandmann-Holmberg (1946) und mit weiterführenden Literaturangaben te Velde (1982).

7 Erhalten ist diese Inschrift auf einer Stele Ramses II. in Abu Simbel; übernommen wurde sie von Ramses III. für den Tempel in Medinet Habu. Vgl. Roeder (1915), 158-163, besonders 160.

Die andere Wirklichkeit

Bei Grabungen im Areal der Stadt Piramessé stießen im Herbst 2005 Manfred Bietak und sein Team auf einen Friedhof aus der Zeit Ramses II., der heute auch „der Große“ genannt wird. Die circa 70 Skelette, die hier ans Licht kamen, hatte man einst zum Teil in Tonsarkophagen, zum Teil direkt in Erde begraben. Diese Form der Bestattung zeigt, dass es sich dabei um die „einfachen Leute“ der Residenzstadt gehandelt hat. Das Erstaunlichste an diesem archäologischen Zeugnis ist, dass die Frauen nur zwischen 1,37 und 1,45 Meter groß waren und die Männer auch nur circa 10 Zentimeter größer. Die anthropologischen Untersuchungen lassen darauf schließen, dass chronische Unterernährung für diese Kleinwüchsigkeit verantwortlich war.⁸

Beispiel 2

Im Jahre 1275 v. Chr. mobilisierten zwei Supermächte der damaligen Zeit, nämlich das ägyptische und das hethitische Reich, ihre Streitkräfte und trafen in der Nähe der antiken Stadt Kadesch aufeinander. Die Ereignisse in dieser Schlacht hat Ramses der Große in den damals wichtigsten Tempelanlagen Ägyptens, nämlich Karnak, Luxor, Ramesseum, Abu Simbel und Abydos verewigen lassen. Außerdem sind als weitere Zeugnisse auch schriftliche Erzählungen auf Papyrus erhalten.⁹

Die eine Wirklichkeit

Die ägyptischen Quellen berichten dabei Folgendes: Im Augenblick höchster Bedrängnis, als die Hethiter in einem Überraschungsangriff plündernd in das Lager von Ramses dem Großen eingedrungen waren, „sprengte Seine Majestät in die Mitte des hethitischen Feindes hinein; er war ganz allein und kein anderer bei ihm. Seine Majestät blickte ringsum und sah sich umgeben von 2.500 Pferdegespannen

⁸ Vgl. Bietak (2006).

⁹ Zur „ägyptischen“ Darstellung der Ereignisse in der Schlacht von Kadesch vgl. Kitchen (1999), 2-147; Fecht (1984a), 23-54; Fecht (1984b), 55-58; van der Way (1984), 286-353; Gardiner (1960); Breasted (1906), 298-351.

mit allen den schnellen Truppen der hethitischen Feinde und der vielen Verbündeten [...]. Ich kämpfte gegen Millionen Barbaren ganz allein“, lässt Ramses seine Zeitgenossen und die Nachwelt wissen.¹⁰

Auf den bildlichen Darstellungen sieht man rund um den Pharao die vielen gefallenen Feinde liegen, zum Teil durchbohrt von den Pfeilen des Königs. Hier wird Ramses in der wohl wichtigsten Funktion eines Pharaos präsentiert, nämlich als Sieger über alle Feinde Ägyptens und damit als derjenige, der die Weltordnung wieder herstellen und dauerhaft garantieren kann. Auch bei dieser Aufgabe erhält er göttliche Unterstützung: Denn mitten im Kampfgeschehen wendet sich Ramses an den Gott Amun:

„Was geschieht, mein Vater Amun? Ist es denn eines Vaters Art, seinen Sohn zu vergessen? Habe ich irgendetwas getan, dass du mich nicht mehr kennst? [...] Zu groß ist der große Herr Ägyptens, dass er Fremdlingen erlaubt, auf seinem Pfad zu gehen. Was kümmern dein Herz, oh Amun, diese Asiaten, die so abscheulich sind und nichts von Gott wissen?“¹¹

Ramses erinnert Amun dann daran, wie gewissenhaft und in welchem Ausmaß er immer für dessen Kult gesorgt hat (eine ebenfalls vorrangige Aufgabe des Pharaos). Daraufhin greift Amun in das Geschehen ein, und Ramses siegt gemeinsam mit seinem göttlichen Vater:

„Ich fand Amun hilfreicher für mich als Millionen Fußtruppen und hunderttausend Streitwagen [...]. Er gab mir seine Hand und ich jubelte! Wie von Angesicht zu Angesicht rief er: ‚Vorwärts! Ich bin bei Dir. Ich bin dein Vater – meine Hand ist bei Dir, hilfreicher bin ich als Hunderttausende. Ich bin der Herr des Sieges, der die Tapferkeit liebt.“¹²

Mit Gottes Hilfe besiegt der Pharao seine Feinde. Letztlich gesteht der Hethiterkönig Muwatalli seine Niederlage ein und sendet Unterhändler, um sich Ramses zu unterwerfen und ihm einen Friedensvertrag anzubieten.

10 In deutscher Übersetzung zuletzt Clauss (2010), 70-71.

11 In deutscher Übersetzung zuletzt Clauss (2010), 73-74.

12 In deutscher Übersetzung zuletzt Clauss (2010), 73-74.

Die andere Wirklichkeit

Urkunden aus Hattuscha, der Hauptstadt des Hethiterreiches, berichten, dass die Hethiter die abziehenden Ägypter verfolgten und dabei das Gebiet um Damaskus verwüsteten.¹³ Zudem zeigt sich nach der Schlacht von Kadesch die Herrschaft der Hethiter in dieser Region gefestigter als zuvor.¹⁴ Der Ausgang der Schlacht, in der aus ägyptischer Sicht Ramses als übermenschlicher Retter im Auftrag des Götterkönigs Amun-Re gegen die Feinde Ägyptens kämpfte und siegte, lässt sich aus heutiger Beurteilung bestenfalls als ein „Unentschieden“ werten, wenn nicht sogar als Niederlage für die Ägypter.

Beispiel 3

Nach jahrhundertelanger Feindschaft zwischen Mitanni, einem Königreich im nördlichen Mesopotamien, und Ägypten kommt es in der Regierungszeit Thutmosis IV. (1400-1390 v. Chr.) zu einem Friedensvertrag zwischen diesen beiden Staaten. Trotz anfänglicher Animositäten wurde der Vertrag eingehalten, und es entwickelte sich ein durchaus freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Königshäusern.¹⁵

Die eine Wirklichkeit

Auf der sogenannten „Kleinen Stele“, die aus seinem Totentempel in Theben-West stammt, wird Amenophis III. (1390-1353 v. Chr.)¹⁶ als „der gute Gott“ bezeichnet, als „der Berg von Gold, erschienen zu Pferde, wie wenn die Sonne aufgeht; groß an Kraft, gewaltig an Macht, kühn wie der in Theben, der Naharina [Mitanni] mit seiner tapferen Macht niederwirft.“¹⁷ Eine andere Inschrift, nämlich aus dem Tempel von Luxor, der dem Reichsgott Amun, seiner Gemahlin

13 Keilschrifturkunden aus Boghazköi XXI 17 und Duplikat XXXI 27 Kol. 1, 14-20. Vgl. dazu Klengel (1999), 206 und 214-218; Klengel (2002), 66.

14 Vgl. dazu Klengel (1999), 217; Klengel (2002), 66.

15 Zur Geschichte des Mitanni-Reiches vgl. mit weiterführenden Literaturverweisen Freu (2004).

16 Allgemein zu Amenophis III. vgl. mit weiterführenden Literaturverweisen den Sammelband O'Connor/Cline (1998).

17 In deutscher Übersetzung: Helck (1961), 199. Im Zitat angesprochen ist dabei der Kriegsgott Month von Theben.

Mut und ihrem gemeinsamen Sohn, dem Mondgott Chons geweiht war, verherrlicht diesen Pharao mit den Worten: „Es lebe Horos, groß an Kraft, dessen Keule Naharina schlägt“.¹⁸ In beiden Darstellungen erscheint Naharina beziehungsweise Mitanni als von Amenophis militärisch besiegt.

Die andere Wirklichkeit

Die erhaltene Korrespondenz zwischen dem ägyptischen und dem mitannischen Herrscherhaus spricht dagegen eine ganz andere Sprache: Nie waren die Beziehungen zwischen diesen beiden Königsfamilien freundschaftlicher und herzlicher als in der Regierungszeit Amenophis III.¹⁹ In der Korrespondenz ist von ägyptischer Seite die Rede davon, dass Tušratta mit Amenophis „Freundschaft unterhalten hat“,²⁰ und als Amenophis erkrankte, sandte der König von Mitanni dem Pharao die „Ištar von Ninive“, die offenbar seine Genesung bewirken sollte.²¹ Zwischen diesen beiden Reichen war diplomatisches „Fingerspitzengefühl“ an die Stelle von Krieg und Gewalt getreten und gipfelte in der Hochzeit des Pharaos mit zwei mitannischen Königstöchtern. Aber diplomatisches Geschick entsprach nicht den traditionellen Vorstellungen von den Aufgaben eines ägyptischen Königs, deshalb wurde der erreichte Friede von ägyptischer Seite offiziell als Sieg über den Feind dargestellt.

Diese exemplarische Aufzählung der jeweils zwei „Wirklichkeiten“ eines Ereignisses könnte noch weiter fortgesetzt werden. In der jeweils einen Wirklichkeit, die wir als fiktiv bezeichnen würden, erscheint der Pharao in der Rolle des Garanten der Fruchtbarkeit, als guter Hirte der Menschen und als Sieger über die Feinde Ägyptens. In dieser Funktion errichtet und bewahrt er die Weltordnung. Meist wird er bei dieser Aufgabe vom obersten Gott, der als Vater des regierenden Pharaos bezeichnet wird, unterstützt. Diese Art der Darstellung

18 In deutscher Übersetzung: Helck (1961), 217.

19 Vgl. dazu Bryan (2000), 71-84.

20 Dies schreibt in einem Brief: EA 27, 7-10 Amenophis IV/Echnaton (1353-1336 v. Chr.), der Sohn Amenophis III. anlässlich seiner Thronbesteigung an Tušratta. Zur Amarna-Korrespondenz allgemein vgl. Mekawi Ouda (2003).

21 Dies taten sowohl Tušratta als auch schon sein Vater Šuttarna für Amenophis III. Vgl. den Amarna-Brief: EA 23, 18-25.

der Leistungen eines Pharaos einfach als Propaganda zu werten, würde der komplexen ägyptischen Vorstellungswelt nicht gerecht werden.

„Pharao siegt immer“²²

Der Sieg über die Feinde Ägyptens gehörte zu den elementarsten Aufgaben des Pharaos und musste auf jeden Fall „realisiert“ werden, wenn nicht auf realpolitischem, dann auf magischem Wege. Aus diesem Grund wurden Siegeszenen über Bewohner von „Fremdländern“ manchmal frei erfunden, manchmal von Vorgängern kopiert und übernommen.²³ Grundsätzlich galt jeder Nicht-Ägypter, also jeder Fremde potenziell als Feind und damit als Bedrohung der Weltordnung. Deshalb wurden Fremde häufig in ganz speziellen Motiven gezeigt: Gefesselt oder bereits gefallen stellte man sie in der unmittelbaren Umgebung des Pharaos dar, nämlich auf den Palastfußböden, Thronpodesten, Fußschemeln und auf den Sohlen seiner Sandalen, sodass der Akt des In-den-Staub-getreten- bzw. Zertreten-Werdens durch den Pharao permanent gegeben war. Gefangene in Fesseln wurden aber auch am königlichen Streitwagen sowie an den Waffen und Zeptern des Pharaos dargestellt, um auf diese Weise das Schicksal der Feinde Ägyptens schon vorwegzunehmen.²⁴

Solchen Darstellungen entsprechen Formulierungen in den Königseulogien, den Lobreden auf einen jeweils bestimmten Pharao. So wird beispielsweise im Text der sogenannten „Poetischen Stele“ dem Gott Amun-Re folgende Rede an seinen „lieblichen“ Sohn Thutmosis III. (1479-1425 v. Chr.) in den Mund gelegt:

„Ich gebe dir Kraft und Sieg über alle Fremdländer [...]. Die Fürsten aller Fremdländer sind in Deiner Faust, ich strecke selbst die Hand aus, sie dir zusammenzubinden [...]. Ich bin gekommen, dich zertreten zu lassen die Fürsten des Libanon, [...] die Bewohner Asiens, [...] das Ostland, [...] das Westland, [...] die Inselbewohner, die im Mittelmeer sind, [...] die Libyer [...].“²⁵

22 Vgl. dazu den gleichnamigen Ausstellungskatalog von Falck/Petschel (2004).

23 Vgl. dazu Otto (1964-66); Hornung (1966), 9-29; Gundlach (1992), 23-50; Gundlach (1994).

24 Vgl. dazu Assmann (1996).

25 Assmann (1999), 524-527, dort auch weiterführende Literaturangaben.

Abbildung 1: Gefesselte Nicht-Ägypter, nämlich „Asiaten“, im Knielauf²⁶



Abbildung 2: Gefesselte Nicht-Ägypter, nämlich Nubier, im Knielauf²⁷



26 Quelle: Abu Simbel, Großer Tempel, Darstellung syrischer Gefangener am Thronsockel; Fotografie der Autorin.

27 Quelle: Abu Simbel, Großer Tempel, Darstellung nubischer Gefangener am Thronsockel; Fotografie der Autorin.

Ikonographisch bis ins Detail genau festgelegt ist ein weiteres dieser Motive, in denen der Pharao die Feinde Ägyptens besiegt, nämlich das sogenannte „Erschlagen der Feinde“. Auf solchen Darstellungen sieht man den jeweiligen Pharao in einer Situation, in der er gerade mit einer Keule oder einem Sichelschwert in der Hand weit ausholt, um einen oder mehrere gefesselte Menschen zu erschlagen. Seine Opfer sind dabei deutlich erkennbar als Nicht-Ägypter, nämlich als Libyer, Nubier und „Asiaten“ dargestellt. Mit der anderen Hand packt Pharao diese Gefangenen, meist mehrere zugleich, quasi gebündelt, entweder am Haarschopf oder an ihren in die Höhe gestreckten Armen. Das Ganze geschieht in Anwesenheit eines Gottes, der bei dieser Aktion gewissermaßen mitwirkt. Er überreicht nämlich dem König Waffen oder er führt ihm weitere Gefangene „zum Erschlagen“ heran. Demzufolge wird die dargestellte Handlung zum gottgewollten und vom Gott unterstützten Triumph des Pharaos über die Feinde Ägyptens.²⁸

Abbildung 3: Am Haarschopf ergriffene zu erschlagende Feinde ²⁹



28 Vgl. Schoske (1982); Hall (1986); Gundlach (1998), 73-86.

29 Quelle: Abu Simbel, Großer Tempel, nördliche Eingangswand, Innenseite; Fotografie der Autorin.

Diese Szene wurde immer wieder vor allem großformatig auf den Außenwänden der Tempel sowie in Form von Felsbildern in den Grenzgebieten des Landes dargestellt. Ihr liegt kein „reales“ politisches Ereignis zu Grunde, sondern hier wird der Pharao im Triumph über alle Feinde des Landes und daher in seiner Funktion als Erhalter der Weltordnung manifestiert. So ist es auch nicht verwunderlich, dass es für diese Form der Darstellung des siegreichen Pharaos zahllose Zeugnisse aus der Zeit um 3000 v. Chr. bis in die römische Ära hinein gibt.

Fremde wurden aber nicht nur als gefesselte oder vernichtete Feinde gezeigt, sondern sie erscheinen seit der 18. Dynastie auch als Tributbringer. In solchen Szenen sieht man Menschen aus Nubien, Punt, dem syrisch-palästinischen Raum, dem Mitanni-Reich, dem Hethiterreich oder aus Kreta. Teilweise treten sie im Gestus der Anbetung auf, teilweise bringen sie Luxusobjekte wie Gold, Elfenbein, Weihrauch, Wagen und Pferde oder exotische Tiere.³⁰ Hier erscheinen die Fremden als potenzielle Feinde Ägyptens nicht als in einem Kampf besiegt, sondern als Unterworfenen, die dem Pharao huldigen und Geschenke bringen.

Alle (potentiellen) Feinde Ägyptens mussten deshalb als besiegt oder dem Pharao dienend dargestellt werden, weil sie als irdische Verkörperung des Chaos galten und dadurch die Ordnung Ägyptens von außen bedrohten. Die Erhaltung der Ordnung Ägyptens und damit gleichzeitig die Erhaltung der Ordnung der Schöpfung wurde als das Errichten der Maat durch den Pharao verstanden.

Der Pharao als Herr der Maat

Ägyptischen Vorstellungen nach geht die Maat hervor aus dem Sonnengott und wird ihm zurückgegeben. Gleichzeitig wurde sie auf Erden durch den König verwirklicht. Seine Aufgabe war es, die Maat aufsteigen zu lassen zum Sonnengott und sie in der Welt der Menschen zu realisieren. Hymnen aus der Zeit des Neuen Reiches beschreiben die Inthronisation eines Königs damit, dass Maat an ihren

30 Zu den unterschiedlichen Typen von Tributbringern, ihrer Herkunft und dem Zeitraum ihres Auftretens vgl. mit ausführlichen Literaturangaben Hallmann (2006). Vgl. auch Karmen (2009), speziell zum Realitätsgehalt der Tributzszenen 15-22.

Platz zurückgekehrt ist, dass Maat das Unrecht bezwungen hat. Damit der einzelne Mensch in seinem Leben Maat sagen und Maat tun kann (das heißt die Wahrheit sagen und gerecht handeln), muss der König die Maat – im Sinne der Weltordnung – erst verwirklicht und festgesetzt haben. Ohne einen Pharaon an der Spitze der ägyptischen Gesellschaft entschwindet die Maat aus der Schöpfung und Isfet (Unrecht und Gewalt) macht sich breit. Um die Maat zu verwirklichen, musste der König die Isfet vernichten.³¹

Zur Errichtung und Aufrechterhaltung der Maat gehörte aber nicht nur der Sieg des Pharaos über die Feinde, sondern auch die Fürsorge für alle Menschen, Tiere und Pflanzen innerhalb seines Herrschaftsbereiches. Der ägyptische König – als guter Hirte der Menschen – musste in der Lage sein, die Fruchtbarkeit des Landes und die Versorgung aller seiner Lebewesen zu gewährleisten.

All diese Vorstellungen, die sich um die Gestalt eines Pharaos rankten, also das, was heute als ägyptische Königsideologie bezeichnet wird, war kein geschlossenes, unveränderliches System, sondern wurde im Lauf der Geschichte immer wieder mit neuen Ideen ergänzt und weiter entwickelt. In der Grundstruktur bereits im 4. Jahrtausend v. Chr. angelegt, traten bis in griechisch-römische Zeit neue Elemente dazu, allerdings ohne, dass dabei ältere verworfen worden wären. So wurden die Vorstellungen vom ägyptischen König immer komplexer. Es gibt keine Quelle, die all diese Glaubensinhalte vom Königtum im alten Ägypten zusammenfassend überliefert, die Königsideologie findet sich vielmehr aufgesplittert, jeweils auf einen bestimmten Pharaon bezogen, in Urkunden, Lehren, Hymnen und auf Darstellungen in den Tempeln und Grabanlagen.³²

Im ägyptischen Glauben und Denken war es unvorstellbar, dass ein Pharaon der Aufgabe des Errichtens der Maat nicht fähig gewesen wäre, denn aufgrund des göttlichen Anteils an seiner Natur galt er als unfehlbar. Seine halb göttliche halb menschliche Natur, die mit Hilfe der sogenannten Geburtslegende „bewiesen“ wurde, legitimierte den Herrschaftsanspruch eines Pharaos als Individuum.

31 Zur Maat vgl. besonders Westendorf (1966) und Assmann (2006); speziell zur Isfet vgl. Assmann (2006), 200-201 und 213-223.

32 Vgl. Blumenthal (1980), 526-531; zur Grundlegung der ägyptischen Königsideologie im 4. und 3. Jahrtausend v. Chr. vgl. Gundlach (1998).

*Abbildung 4: Das Darbringen der Maat*³³



Göttlichkeit als Mittel der Legitimation

Die Legitimation des Pharaos als Individuum

Der erste „Titel“ des regierenden Pharaos, nämlich Horos, ist schon im ausgehenden 4. Jahrtausend v. Chr. belegt. Durch diese Bezeichnung wurde der König als wesenseins oder identisch mit dem gleichnamigen solaren Himmels-gott beschrieben. In dieser Vorstellung be-

33 Quelle: Memphis, Bruchstück einer reliefierten Steinplatte; Fotografie der Autorin.

findet sich Horos gleichzeitig als Gott am Himmel und als Pharao auf Erden. Diese Legitimation des Königtums auf Grund der Göttlichkeit seines Trägers, die in der Folge durch weitere Titel und Legenden immer detaillierter formuliert wurde, ist die Basis der ägyptischen Herrscherideologie.³⁴

In der 4. Dynastie, erstmals für König Djedefre (2482-2475⁺²⁵ v. Chr.) bezeugt, setzte man das Prädikat „Sohn des Re“ ein, das in der Folge zum festen Bestandteil der Königstitulatur wurde.³⁵ Den regierenden König fasste man nun als leiblichen Sohn des Reichsgottes auf, zunächst des Re, später dann des Amun-Re. Damit verbunden war die Vorstellung, dass dieser Sohn eines Gottes von seinem himmlischen Vater in das Amt des Königs eingesetzt worden war.

Diese Gottessohnschaft eines jeden Pharaos (zumindest seit der 4. Dynastie) wird ausführlich in der sogenannten Geburtslegende geschildert. Die Geschichten von der Zeugung durch den höchsten Gott und von der Geburt des Pharaos sind aus der Zeit des Neuen Reiches, nämlich für die Herrscher Hatschepsut (1479-1458 v. Chr.), Amenophis III. und Ramses II. erhalten. Der Mythos soll die Doppelnatur des Pharaos als Gott und Mensch erklären sowie seinen beziehungsweise ihren Machtanspruch legitimieren. In Wort und Bild wird dabei Folgendes erzählt:³⁶ Amun-Re, der Götterkönig, beschließt einen neuen Pharao zu zeugen, um die Herrschaft in dessen Hände zu legen. Dabei ist ihm unter den Menschen eine Frau aufgefallen, die sein Interesse geweckt hat. Er beauftragt deshalb den Gott Thot herauszufinden, wer die Sterbliche denn sei. Der Gott der Weisheit kommt mit der Nachricht zurück, dass es sich bei dieser Frau um die Gemahlin des regierenden Königs handle. Amun lässt sich nun von Thot zu ihr führen und nimmt die Gestalt ihres königlichen Gatten an. Als er bei ihr erscheint, erwacht sie vom Duft des Gottes und weiß genau, dass es nicht ihr Gemahl ist, der sie in die Arme nimmt, sondern Amun-Re höchstpersönlich. Nachdem der Gott „alles, was

34 Vgl. Gundlach (1988), 22-23; Gundlach (1998), 11-12. Zur Frage der Göttlichkeit des ägyptischen Königs vgl. Frandsen (2008), 47-73.

35 Vgl. Barta (1984), 161; zur Königstitulatur vgl. Gundlach (1998), 17-20.

36 Vgl. Brunner (1986), auch mit ausführlicher Besprechung der erhaltenen Texte und Darstellungen sowie weiterführenden Literaturangaben. Vgl. auch Assmann (1982); Assmann (1984a), 141-144; Sternberg-el Hotabi (1995), 991-1005.

er wollte, mit ihr getan hatte³⁷, formt er aus Worten seines Gespräches mit der Königin den Namen des zukünftigen Kindes. Dann beauftragt er Chnum, einen Schöpfergott, dieses Kind nach seinem, nämlich Amuns Bild auf der Töpferscheibe zu formen. Thot wird zur Königin gesandt, um ihr zu verkünden, dass sie ein Kind, nämlich den zukünftigen König, zur Welt bringen werde. In der nächsten Szene wird die werdende Mutter bereits zum Wochenbett geleitet. Nach der Geburt nimmt Amun sein leibliches Kind auf den Schoß und er spricht: „von meinem Leibe, [...] mein strahlendes Abbild, aus mir hervorgegangen. Du bist ein König, der die beiden Länder in Besitz nimmt, auf dem Thron des Horus wie Re.“³⁸ Das Kind wird von göttlichen Ammen gestillt und von Gottheiten mit Segenswünschen beschenkt.

Dieser Geschichte, durch welche die Gottessohnschaft des Pharaos „bewiesen“ und seine Herrschaft legitimiert wurde, folgen Szenen von der Krönung und Inthronisation. Dadurch wurde die Thronbesteigung des jeweiligen Pharaos als Erfüllung eines Beschlusses des obersten Gottes dargestellt. Seine Stellung an der Spitze der Gesellschaft und die mit diesem Amt verbundene Machtfülle waren damit unantastbar legitimiert. Wenn es in dieser Erzählung jeweils um einen bestimmten Pharaon geht, so gibt es auch einen Mythos, in dem das Königtum insgesamt, als Institution legitimiert wurde, nämlich eingebaut in eine Geschichte von der Entstehung der Welt, quasi als das Ziel der Schöpfung.

Die Legitimation des ägyptischen Königtums als Institution

Ursprünglich hatte man in den einzelnen Gauhauptstädten bzw. Kultzentren des Landes ganz unterschiedliche Vorstellungen von der Entstehung der Welt.³⁹ Unter all diesen verschiedenen Mythen war der maßgebende jener, den die Priesterschaft von Heliopolis, heute ein Vorort der Millionenstadt Kairo, konzipiert hatte. Maßgebend war er deshalb, weil in spätere Konzepte, wie zum Beispiel die

37 Szene IV im Luxortempel Amenophis III., b; vgl. Brunner (1986), 46.

38 Szene X im Terrassentempel der Hatschepsut in Deir el-Bahari, c; vgl. Brunner (1986), 109.

39 Vgl. dazu Derchain (1980); Assmann (1984b); Lesko (1991); Bickel (1994).

Schöpfungsgeschichte von Memphis, nach der Ptah alles erschaffen hat, die heliopolitanischen Vorstellungen integriert wurden⁴⁰.

Im Mythos von Heliopolis wurden die Entstehung der Welt und die Entstehung des Königtums genealogisch miteinander verbunden.⁴¹ Die sich entfaltende Schöpfung mündet in den jeweils aktuell regierenden Herrscher. Dadurch hatte die Institution des Königtums Anteil am Urgott Atum, der schon vor der Entstehung der Welt seine Nachkommen beziehungsweise Erben programmatisch in sich trug. Gleichzeitig wurde damit jeder ägyptische König zum einzigen legitimen Herrscher über die gesamte Schöpfung erhoben. Man hätte das ägyptische Königtum mit seinem Anspruch auf Weltherrschaft nicht fundierter legitimieren können.

Der heliopolitanische Mythos erzählt die Entstehung vom Himmel und der Erde folgendermaßen:⁴² Am Anfang, noch bevor das Werden der bewohnbaren Welt begonnen hatte, existierte nichts außer dem trägen, schlammigen Urgewässer Nun.⁴³ Aus diesem Ur-ozean, der in unendlicher Ausdehnung die ganze Erde bedeckte, erhob sich der Urhügel. Dieses Bild war wohl von Beobachtungen aus der Umwelt des Alten Ägypten inspiriert worden, denn damals trat der Nil regelmäßig über die Ufer und brachte so den fruchtbaren Schlamm auf die Felder. Beim Rückgang der Überschwemmung tauchte dann das Land in Form kleiner Hügel aus der Wasserfläche wieder auf. Solche Beobachtungen standen bei der Konzeption dieses Weltentstehungsmythos wohl Pate. Das Auftauchen des Urhügels beendet den Zustand „Vor Entstehung der Welt“.⁴⁴ Weder Urgewässer noch Urhügel sind dabei aktiv handelnde Kräfte. Sie sind der kosmogonische Rahmen für alles Weitere.

40 In diesem Konzept hat der Gott Ptah die Schöpfung zuerst in seinem Herzen erdacht und dann mit der „Zunge“ (also durch das Aussprechen des Erdachten) ins Leben gerufen. Vgl. dazu Peust/Sternberg-el Hotabi (2001), die kommentierte Übersetzung vom „Denkmal Memphitischer Theologie“ mit weiterführenden Literaturangaben.

41 Vgl. Otto (1964-1966), 170-171; Assmann (1984a), 144-177. Zu Schöpfung und Königtum als Zentralbegriffe der Königstitulaturen vgl. Gundlach (2003), 179-192.

42 Zu den Gottheiten der Weltentstehungslehre von Heliopolis vgl. Barta (1973).

43 Zu Nun vgl. Grieshammer (1982). Zum Urwasser als Urgrund allen Seins vgl. Ulf (2008).

44 Zum Urhügel vgl. Martin (1986).

Auf dem Urhügel sitzend (beziehungsweise auch mit dem Urhügel gleichgesetzt) erscheint nun der Gott Atum,⁴⁵ der „Selbstentstandene“, der weder Vater noch Mutter hat. Als Wesensmerkmal des selbstentstandenen Urgottes ist er zugleich Vater, Mutter und Sohn. Diese Dreifach-Rolle wird nur ein einziges Mal wirksam, nämlich bei dem unwiederholbaren Akt der eigenen Schöpfung. Atum, der schon vor allem Sein war, trägt alles später Existierende bereits programmatisch in sich. In dieser Form, als Urgott, scheint Atum ein Produkt theologischer Spekulation der Priesterschaft von Heliopolis zu sein.

Am Anfang der Entstehung der bewohnbaren Welt ist Atum ganz allein, umgeben vom Urgewässer. Durch eingeschlechtliche Zeugung und Selbstbegattung, die in den Texten als Masturbation und anschließendes Verschlucken des Samens beschrieben werden, entsteht das Geschwisterpaar Schu und Tefnut.⁴⁶ Genauso ungewöhnlich wie es gezeugt und empfangen wurde, kommt es auch zur Welt. Schu wird von Atum nämlich ausgespuckt und Tefnut ausgehustet. Danach umarmt Atum seine Kinder und überträgt dadurch seine Ka-Kraft, die zeugende und lebensspendende Kraft, auf die beiden. Aus der Ureinheit ist nun eine Zweiheit geworden. Dadurch, dass Atum den Phallus des Schu und die Vagina der Tefnut gebildet hat, verteilt sich die Doppelgeschlechtlichkeit des Urgottes auf ein Paar und die weitere Entstehung der Welt ist in geschlechtlicher Fortpflanzung möglich.

Schu war die Personifikation des Luftraumes zwischen Himmel und Erde, und seine Schwester Tefnut verstand man wahrscheinlich als das personifizierte Feuer.⁴⁷ In geschlechtlicher Fortpflanzung entsteht in der Folge die nächste Göttergeneration, nämlich Geb und Nut. Nut war der personifizierte und weiblich gedachte Himmel. Sie wurde immer anthropomorph, als Frau, dargestellt.⁴⁸ Indem sie sich

45 Zu Atum vgl. den Lexikonartikel Kákosy (1975) und die zweibändige Monographie Myśliwiec (1978, 1979).

46 Zu Schu und Tefnut vgl. mit weiterführenden Literaturverweisen te Velde (1984), 735-737; Verhoeven (1986).

47 So zum Beispiel Bickel (1994), 169; Assmann (2001), 30. Zur älteren Interpretation der Tefnut als das Feuchte vgl. Barta (1973) 89 (Anm. 9), wo die diesbezügliche ältere Literatur aufgelistet ist.

48 Zur Göttin Nut vgl. Kurth (1982); von Lieven (2007).

über Geb, die männlich gedachte personifizierte Erde beugt,⁴⁹ bildet sie mit ihrem Leib das Himmelsgewölbe und mit Armen und Beinen die vier Himmelsstützen. Sie galt als Mutter der Sonne, die sie jeden Morgen im Osten zur Welt brachte und am Abend im Westen verschlang und als Mutter der Sterne, die von ihr am Abend geboren und am Morgen wieder in ihren Leib aufgenommen wurden. Für immer, so wie Sonne und Sterne, vom Himmel empfangen und wieder geboren zu werden war zuerst nur die Jenseitserwartung der Könige, später die Hoffnung aller Sterblichen.

Anfänglich lagen Himmel und Erde aufeinander. Aus dieser Verbindung entstand die nächste Göttergeneration, nämlich Osiris, Isis, Seth und Nephthys. Noch vor der Geburt dieser vier Gottheiten trennten Schu und Tefnut auf Geheiß des Atum Geb und Nut. Diese Trennung von Himmel und Erde ist ein Motiv, das sich in zahlreichen Schöpfungs- und Weltentstehungsmythen aus aller Welt findet. Schu und Tefnut – beziehungsweise in den meisten bildlichen Darstellungen nur Schu allein – hebt den Himmel über Geb hoch, so dass sich die Luft zwischen Himmel und Erde ausbreiten kann.

Osiris aus der nächsten Göttergeneration ist wohl ursprünglich die Personifikation des fruchtbaren Nilschlammes und damit des Ackerbodens und seiner Erzeugnisse. Sein im Mythos erzählter Tod durch Ertrinken setzt voraus, dass er nicht nur als Nilflut, sondern auch als das überschwemmte Land gedacht wurde. Darstellungen des Gottes mit grüner oder schwarzer Hautfarbe weisen ihn als Personifikation der Vegetation beziehungsweise des Ackers aus. In einem der heute wohl noch bekanntesten ägyptischen Mythen wurde erzählt, wie er von seinem Bruder Seth getötet und in den Nil geworfen wurde. Osiris, der in den Pyramidentexten als „Erster der Wiedererstandenen“ bezeichnet wird, wurde zum Prototyp des gestorbenen und wieder auferstandenen Gottes. Gleichzeitig galt er als Herrscher über das Jenseits. Dadurch konzentrierten sich die Jenseitshoffnungen der Menschen auf ihn. Durch eine Identifizierung mit ihm, nämlich indem der Verstorbene mit seinem persönlichen Namen als Osiris bezeichnet wurde, sollten – zunächst wieder nur der Pharao, dann

49 Zu Geb vgl. te Velde (1977), 427-429.

alle Ägypter – nach seinem Vorbild zu „Wiedererstandenen“ werden.⁵⁰

Sein Bruder Seth galt wahrscheinlich ursprünglich als Personifikation der Wüste, erst später dann auch der Fremdländer. Nach der frühen Königsideologie verkörperte der Pharaos nicht nur Horus, sondern auch Seth. Dadurch wurde sein Anspruch legitimiert, sowohl über Ägypten, als das fruchtbare Land östlich und westlich des Nils, als auch über die daran angrenzenden Wüstengebiete zu herrschen – in der Folge auch über die Fremdländer.⁵¹

Die Schwester und gleichzeitig Gattin des Osiris, nämlich Isis, empfing von Osiris ihren Sohn Horus. Isis war eng mit der Institution Königtum und dem jeweiligen Pharaos als die irdische Inkarnation des Horus verbunden, denn sie galt in erster Linie als Mutter des Horusknaben und dadurch als Beschützerin des Königs.⁵²

Ihre Schwester Nephthys⁵³ suchte und beweinte in den mythologischen Erzählungen gemeinsam mit Isis den toten Osiris. Diese Göttin, deren altägyptischer Name *Nbt-hwt* (Nebet-hut) „Herrin des Hauses“ bedeutet, entstand erst in der 5. Dynastie (ca. 2435-2306⁺²⁵ v. Chr.) durch die Verselbständigung einer Funktion der Göttin Neith innerhalb des Balsamierungsrituales im Rahmen der Vorstellungen um den gestorbenen und wieder auferstandenen Osiris. Zur Gemahlin des Seth wurde sie vermutlich deshalb, weil die Nekropolen in den Wüstengebieten lagen, in der Region, für die ja Seth zuständig war.

Schon in den Pyramidentexten⁵⁴ kam es zur Verbindung der Götter Atum und Re zur Gottheit Atum-Re. Trotzdem blieben die beiden im Bewusstsein der Gäubigen als eigenständige Götter bestehen, denn jeder von ihnen wurde in Heliopolis in einem eigenen Tempel verehrt und in den Totentexten, in denen der Verstorbene mit Atum-Re identifiziert werden sollte, wurde dieser Gleichsetzungsanspruch zweimal gesprochen, also einmal für die Gleichsetzung mit Atum und einmal für die Gleichsetzung mit Re.⁵⁵

50 Zu den mit Osiris verbundenen Vorstellungen vgl. Griffiths (1980, 1982); Mojsov (2005).

51 Vgl. dazu te Velde (1967); Brunner (1983).

52 Vgl. Münster (1969); Stadler (2004), 47-277.

53 Zur Nephthys vgl. Altenmüller (1999).

54 Zur Bedeutung der Pyramidentexte für den verstorbenen König vgl. Barta (1981).

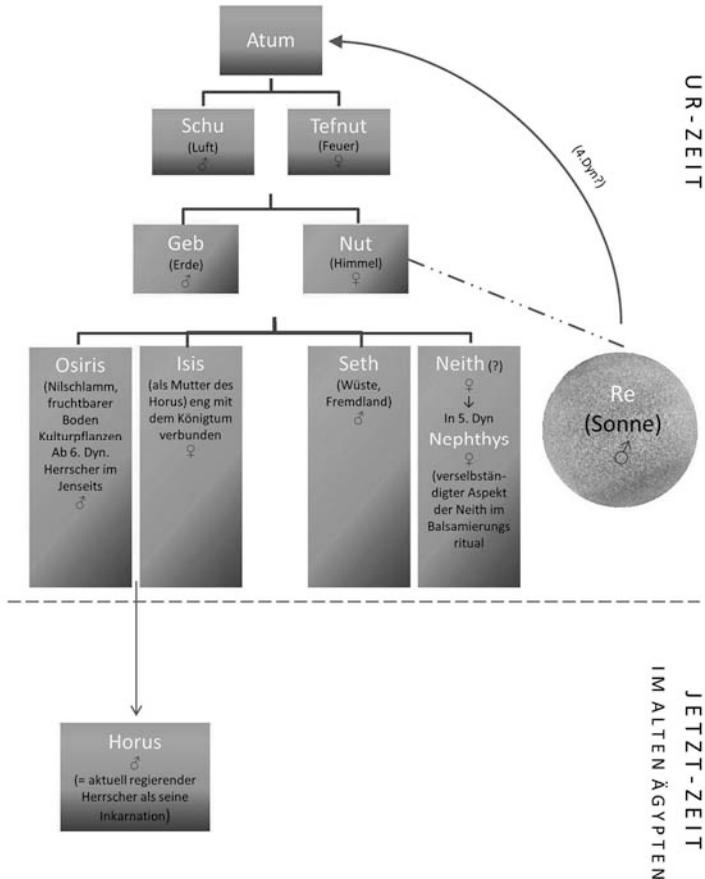
55 Vgl. dazu Kákosy (1977), 1111; Barta (1984), 171.

In dieser genealogisch aufgebauten Weltentstehungslehre wurden die elementarsten Bestandteile der Welt in menschengestaltiger Form gedacht. Aus Atum, dem Selbsterstandenen heraus verwirklicht sich die Schöpfung zunächst in Luft und Feuer. Erst dann entstehen Himmel und Erde. Die Erde wird in der nächsten Generation ausdifferenziert in Fruchtländ und Wüste, mit jeweils einer weiblichen Partnerin dazu, bzw. später ausgedeutet in Diesseits und Jenseits. Die ganze Kosmogonie mündet letztlich in eine Legitimation des irdischen Königtums. Sie verbindet die Entstehung der Welt mit der Entstehung des Königtums. Während sich Atum in die Welt entfaltet, geht gleichzeitig die Herrschaft von einer Generation auf die nächste über, bis schließlich in der 5. Generation Horus – bzw. der jeweils regierende König als dessen Inkarnation – die Macht übernimmt. An dieser Stelle mündet die mythische Vorzeit in die damals jeweils aktuelle Gegenwart. Im heliopolitanischen Weltentstehungsmythos wurde die Institution Königtum in zweifacher Form in die Schöpfung eingebunden, nämlich nicht nur dadurch, dass man den regierenden Pharao als wesenseins mit dem Sohn von Isis und Osiris ansah, sondern auch dadurch, dass sein Vorgänger, der verstorbene Pharao mit Osiris, dem Jenseitsherrscher identifiziert wurde. So ging die Erbfolge seit dem Beginn der Entstehung der Welt in direkter männlicher Linie von Atum über Schu, Geb und Osiris (= der verstorbene Vorgänger) auf den regierenden Pharao über. Auf diese Art und Weise wurde das Königtum jeglicher Kritikmöglichkeit enthoben und ist in der altägyptischen Geschichte – soweit aus den Quellen ersichtlich – als Institution nie hinterfragt worden.

Die Gottheiten dieser Kosmogonie und damit die einzelnen Bestandteile der Welt wurden als die Ahnen des jeweils aktuell regierenden Pharaos gedacht. Diese Verzahnung des Königtums mit der sogenannten Götter-Neunheit von Heliopolis steht additiv neben der Vorstellung, dass der regierende Pharao leiblicher Sohn des Re ist. Sowohl die Einbindung des Königtums in die Entstehung der Welt als auch der Glaube, dass es die elementarste Aufgabe des ägyptischen Königs ist, die Maat zu errichten und zu gewährleisten, implizieren den Anspruch auf Weltherrschaft. Als Horus auf Erden ist er der einzige legitime Herrscher über die gesamte Schöpfung bis

zu den Himmelsstützen und darüber hinaus zuständig für die Ordnung im Kosmos.

Abbildung 5: Weltentstehungsmythos von Heliopolis⁵⁶



56 Entwurf der Autorin, Ausführung und Gestaltung: Florian Augustus Alexander Fick.

Zusammenfassung

In der zwar fiktiven, aber nach damaligem Verständnis auf magischem Wege realisierten Wirklichkeit der einleitenden Beispiele ging es jeweils um die Erfüllung eines göttlichen Auftrages. Der vom obersten Gott in sein Amt eingesetzte Pharao hatte in erster Linie die Aufgabe, mit seiner Thronbesteigung das Chaos zu beseitigen, in das die Welt beim Tod eines ägyptischen Königs fällt, und an dessen Stelle die Maat zu errichten und in der Menschenwelt zu verwirklichen. Zur Errichtung beziehungsweise zum Bewirken der Maat gehörte die Versorgung der eigenen Bevölkerung und die Abwehr, das heißt die Vernichtung aller Fremden, die potenziell eine Bedrohung der Maat darstellten, weil alles, was außerhalb der Grenzen von Ägypten lag, als die nicht geordnete Welt, als das Chaos aufgefasst wurde. Die zwei Wirklichkeiten in den Zeugnissen, nämlich Anspruch und das, was wir heute unter Realität verstehen, oder Bewirken der Maat und Realpolitik, klappten in der ägyptischen Geschichte manchmal weit auseinander. Dabei hat man in der offiziellen Darstellung immer Maat-gerecht berichtet. Diese Vorgangsweise beruhte auf dem Glauben, dass der höchste Gott dem Pharao, seinem leiblichen Sohn, die Schöpfung anvertraut habe, damit dieser für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Weltordnung, der Maat, Sorge und demgemäß alle Feinde Ägyptens besiege, die Fruchtbarkeit des Landes garantiere und als guter Hirte das Wohlergehen der Menschen im Lande sichere. Zudem wurde die Herrschaft des „lebenden Horus“ auf Erden mit der Entstehung der Welt eng verbunden, was den Glauben an die Unfehlbarkeit eines Pharaos noch weiter verstärkte. In dieser Vorstellung vom Wirken des Königs war kein Platz für militärische Niederlagen, Hungersnöte der Bevölkerung oder diplomatisch freundschaftliche Beziehungen zu potentiellen Feinden. Ein solches Zuwiderlaufen der göttlichen Ordnung zu dokumentieren, hätte keinen Sinn gemacht, denn damit hätte man, nach den geglaubten Regeln der Magie, einen nicht Maat-gemäßen Zustand erst recht „realisiert“. Daher ist es wohl eher Zufall, wenn Zeugnisse die Zeiten überdauert haben, die meistens nur indirekt vom „Versagen“ eines Pharaos berichten.

Den Menschen war die Möglichkeit gegeben, einen nicht Maat-gemäßen Zustand durch einen Maat-gemäßen zu ersetzen. Und das Mittel dazu, nämlich magische Praktiken beziehungsweise den „Zauber“, hat Gott in seiner Fürsorge für die Menschen erschaffen: „Und er schuf ihnen den Zauber als Waffe, um den Schlag der Ereignisse

abzuwehren, wachend über sie des nachts wie am Tage“, so heißt es in der „Lehre für Merikare“.57 Es war also der Wille Gottes, Ereignisse, die die Maat gefährdeten, „abzuwehren“, indem sie mit Hilfe der Magie durch solche, die der Maat entsprachen, ersetzt wurden.

Deshalb gilt es grundsätzlich zu bedenken, dass jedes Zeugnis, das anscheinend ein historisches Ereignis wiedergibt, zuerst einmal daraufhin überprüft werden muss, welcher der beiden Wirklichkeiten es angehört: Gibt es die Wirklichkeit im Sinne politischer Realität wieder oder im Sinne eines Bewirkens der Maat auf magischem Wege? Erst wenn diese Frage jeweils geklärt werden konnte, lässt sich ein solches Zeugnis – an der ihm entsprechenden Stelle – als Baustein zur Rekonstruktion einer Geschichte Ägyptens verwenden.

Literatur

- Altenmüller, Hartwig (1999): „Zum Ursprung von Isis und Nephthys“, in: *Studien zur Altägyptischen Kultur* 27, 1-26.
- Assmann, Jan (1982): „Die Zeugung des Sohnes. Bild, Spiel, Erzählung und das Problem des ägyptischen Mythos“, in: Assmann, Jan/Burkert, Walter/Stolz, Fritz, Hg.: *Funktionen und Leistungen des Mythos*. (=Orbis biblicus et orientalis 49). Freiburg/Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 13-61.
- Assmann, Jan (1983): *Re und Amun. Die Krise des polytheistischen Weltbilds im Ägypten der 18.-20. Dynastie*. (=Orbis biblicus et orientalis 51). Freiburg/Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Assmann, Jan (1984a): *Ägypten – Theologie und Frömmigkeit einer frühen Hochkultur*. Stuttgart u.a.: W. Kohlhammer.
- Assmann, Jan (1984b): „Schöpfung“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. V*. Wiesbaden: Harrassowitz, 677-690.
- Assmann, Jan (1996): „Zum Konzept der Fremdheit im Alten Ägypten“, in: Schuster, Meinhard, Hg.: *Die Begegnung mit dem Fremden. Wertungen und Wirkungen in Hochkulturen vom Altertum bis zur Gegenwart* (=Colloquium Rauricum 4), Stuttgart: de Gruyter, 77-99.

57 Zeile 136-138; Übersetzung und philologischer Kommentar: Quack (1992), 78-81. Die sogenannte „Lehre für Merikare“ gibt vor, eine Anleitung des königlichen Vaters für seinen Sohn und Nachfolger zu sein. In diesem Text wird das Ideal eines ägyptischen Königs dargestellt.

- Assmann, Jan (1999): *Ägyptische Hymnen und Gebete. Übersetzt, kommentiert und eingeleitet* (=Orbis biblicus et orientalis Sonderband). Freiburg/Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht (2., verbesserte und erweiterte Auflage).
- Assmann, Jan (2001): *Tod und Jenseits im alten Ägypten*. München: Beck.
- Assmann, Jan (2006): *Maat. Gerechtigkeit und Unsterblichkeit im Alten Ägypten*. München: C. H. Beck (2., um ein Nachwort erweiterte Auflage).
- Barta, Winfried (1973): *Untersuchungen zum Götterkreis der Neunheit*. (=Münchener ägyptologische Studien 28). München: Deutscher Kunstverlag.
- Barta, Winfried (1981): *Die Bedeutung der Pyramidentexte für den verstorbenen König*. (=Münchener ägyptologische Studien 39). München: Deutscher Kunstverlag.
- Barta, Winfried (1984): „Re“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. V*. Wiesbaden: Harrassowitz, 156-180.
- von Beckerath, Jürgen (1997): *Chronologie des Pharaonischen Ägypten. Die Zeitbestimmung der ägyptischen Geschichte von der Vorzeit bis 332 v. Chr.* (=Münchener Ägyptologische Studien 46). Mainz: Philipp von Zabern.
- Bickel, Susanne (1994): *La cosmogonie égyptienne. Avant le nouvel empire*. (=Orbis biblicus et orientalis 134), Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Bietak, Manfred (2006): „Propaganda versus Realität im alten Ägypten, in: Forschungsnewsletter der Universität Wien“, Jänner 2006, 5-6: online unter: http://forschungsnewsletter.univie.ac.at/fileadmin/fnl/fnl_jan_06.pdf (Zugriff am 22.02.2011).
- Blumenthal, Elke (1980): „Königsideologie“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. III*. Wiesbaden: Harrassowitz, 526-531.
- Breasted, James Henry (1906): *Ancient Records of Egypt. Historical Documents 3, The Nineteenth Dynasty*. Chicago: University of Chicago Press.
- Brunner, Hellmut (1983): „Seth und Apophis – Gegengötter im ägyptischen Pantheon?“, in: *Saeculum* 34, 226-234.
- Brunner, Hellmut (1986): *Die Geburt des Gottkönigs. Studien zur Überlieferung eines altägyptischen Mythos* (=Ägyptologische Abhandlungen 10). Wiesbaden: Otto Harrassowitz (2., ergänzte Auflage).
- Bryan, Betsy M. (2000): „The Egyptian Perspective on Mitanni“, in: Cohen, Raymond/Westbrook, Raymond, Hg.: *Amarna Diplomacy. The Beginnings of International Relations*. Baltimore: The Johns University Press.
- Clauss, Manfred (2010): *Ramses der Große*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Derchain, Philippe (1980): „Kosmogonie“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. III*. Wiesbaden: Harrassowitz, 747-756.
- Desroches Noblecourt, Christiane (1997): *Ramses. Sonne Ägyptens*. Bergisch Gladbach: Gustav Lübbe.
- Fecht, Gerhard (1984a): „Ramses II. und die Schlacht bei Qadesch (Quidsa)“, in: *Göttlinger Miscellen* 80, 23-54.

- Fecht, Gerhard (1984b): „Nachträge zu meinem ‚Das Poème über die Qadesch-Schlacht‘“, in: *Göttinger Miszellen* 80, 55-58.
- Frandsen, Paul J. (2008): „Aspects of Kingship in Ancient Egypt“, in: Brisch, Nicole, Hg., *Religion and Power. Divine Kingship in the Ancient World and Beyond* (=Oriental Institute Seminars 4), Chicago Illinois: The University of Chicago, 47-73.
- Freu, Jacques (2004): *Histoire du Mitanni*. (=Collection Kubaba: Série Antiquité 3). Paris: Harmattan.
- Gardiner, Alan H. (1960): *The Kadesh Inscriptions of Ramses II*. Oxford: Oxford University Press.
- Grieshammer, Reinhard (1982): „Nun“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. IV*. Wiesbaden: Harrassowitz, 534-535.
- Griffiths, John G. (1980): *The Origins of Osiris and His Cult*. Leiden: Brill.
- Griffiths, John G. (1982): „Osiris“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. IV*. Wiesbaden: Harrassowitz, 623-633.
- Gundlach, Rolf (1988): „Der Pharao – eine Hieroglyphe Gottes. Zur Göttlichkeit des ägyptischen Königs“, in: Zeller, Dieter, Hg., *Menschwerdung Gottes – Vergöttlichung von Menschen* (=Novum Testamentum et orbis antiquus 7). Freiburg/Göttingen: Universitäts-Verlag.
- Gundlach, Rolf (1992): „Weltherrscher und Weltordnung. Legitimation und Funktion des ägyptischen Königs am Beispiel Thutmosis III. und Amenophis III.“, in: Gundlach, Rolf/Weber, Hermann, Hg.: *Legitimation und Funktion des Herrschers. Vom ägyptischen Pharao zum neuzeitlichen Diktator*. (=Schriften der Mainzer Philosophischen Fakultätsgesellschaft 13). Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 23-50.
- Gundlach, Rolf (1994): „Ich habe den Abscheu Gottes entfernt – Die religiöse Grundlage der pharaonischen Kriegführung“, in: Wißmann, Hans, Hg.: *Krieg und Religion*. Würzburg: Königshausen & Neumann, 11-24.
- Gundlach, Rolf (1998): *Der Pharao und sein Staat: die Grundlegung der ägyptischen Königsideologie im 4. und 3. Jahrtausend*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Gundlach, Rolf (2003): „‚Schöpfung‘ und ‚Königtum‘ als Zentralbegriffe der ägyptischen Königstitulaturen im 2. Jahrtausend v. Chr.“, in: Kloth, Nicole/Martin, Karl/Pardey, Eva, Hg.: *Es werde niedergelegt als Schriftstück. Festschrift für Hartwig Altenmüller zum 65. Geburtstag*. (=Studien zur altägyptischen Kultur, Beihefte, Bd. 9). Hamburg: Helmut Buske Verlag, 179-192.
- Hall, Emma Swan (1986): *The Pharao Smites His Enemies. A Comparative Study*. (=Münchener ägyptologische Studien 44). München: Deutscher Kunstverlag.
- Hallmann, Silke (2006): *Die Tributsszenen des Neuen Reiches*. Wiesbaden: Harrassowitz.

- Helck, Wolfgang (1961): *Urkunden der 18. Dynastie. Übersetzungen zu den Heften 17-22*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Hornung, Erik (1966): *Geschichte als Fest. Zwei Vorträge zum Geschichtsbild der frühen Menschheit* (=Libelli 246). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Hornung, Erik/Krauss, Rolf/Warburton, David A. (2006): *Ancient Egyptian Chronology* (=Handbook of Oriental Studies, Section One: The Near and Middle East 38). Leiden/Boston: Brill.
- Kákosy, Lászlo (1975): „Atum“, in: Helck, Wolfgang/Otto, Eberhard, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. I*. Wiesbaden: Harrassowitz, 550-552.
- Kákosy, Lászlo (1977): „Heliopolis“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. II*. Wiesbaden: Harrassowitz, 1111-1113.
- Karmen, Linda (2009): *Ikongraphie der Tributzügen des Neuen Reichs und Handelskontakte*. Norderstedt: Grin Verlag.
- Kitchen, Kenneth A. (1982): *Pharao Triumphant. The Life and Times of Ramesses II*. Warminster: Aris & Phillips.
- Kitchen, Kenneth A. (1999): *Ramesside Inscriptions, Historical and Biographical, Translated and Annotated. Translations, Volume II*. Oxford/Malden: Blackwell Publishers.
- Klengel, Horst (1999): *Geschichte des hethitischen Reiches* (=Handbuch der Orientalistik, 1. Abteilung: Der nahe und mittlere Osten 34). Leiden: Brill.
- Klengel, Horst (2002): *Hattuschili und Ramses. Hethiter und Ägypter – ihr langer Weg zum Frieden* (=Kulturgeschichte der antiken Welt 95). Mainz: Philipp von Zabern.
- Kurth, Dieter (1982): „Nut“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. IV*. Wiesbaden: Harrassowitz, 535-541.
- Lesko, Leonhard H. (1991): „Ancient Egyptian Cosmogonies and Cosmology“, in: Shafer, Byron, ed.: *Religion in Ancient Egypt. Gods, Myths and Personal Practice*. London: Cornell University Press, 88-122.
- Martin, Karl (1986): „Urhügel“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. VI*. Wiesbaden: Harrassowitz, 873-875.
- Mekawi Ouda, Nasser M. (2003): *Die Mittel der internationalen Kommunikation zwischen Ägypten und Staaten Vorderasiens in der späten Bronzezeit*, althistorische Dissertation, Universität Freiburg.
- Mojsov, Bojana (2005): *Osiris. Death and Afterlife of a God*. Malden/Oxford: Blackwell.
- Münster, Maria (1969): *Untersuchungen zur Göttin Isis vom Alten Reich bis zum Ende des Neuen Reiches* (=Münchener Ägyptologische Studien 11). Berlin: Bruno Hessling.
- Myśliwiec, Karol (1978): *Studien zum Gott Atum 1. Die heiligen Tiere des Atum* (=Hildesheimer ägyptologische Beiträge 5). Hildesheim: Gerstenberg.

- Myśliwiec, Karol (1979): *Studien zum Gott Atum 2. Name – Epitheta – Ikonographie* (=Hildesheimer ägyptologische Beiträge 8). Hildesheim: Gerstenberg.
- O'Connor, David/Cline, Eric, eds. (1998): *Amenhotep III. Perspectives on His Reign*. Michigan: University of Michigan Press.
- Otto, Eberhard (1964-1966): „Geschichtsbild und Geschichtsschreibung in Ägypten“, in: *Die Welt des Orients. Wissenschaftliche Beiträge zur Kunde des Morgenlandes* 3, 161-176.
- Peust, Carsten/Sternberg-el Hotabi, Heike (2001): „Das Denkmal Memphitischer Theologie“, in: Kaiser, Otto, Hg.: *Texte aus der Umwelt des Alten Testaments, Band 3: Weisheitstexte, Mythen und Epen, Ergänzungslieferung*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Mohn, 166-175.
- Quack, Joachim F. (1992): *Studien zur Lehre für Merikare* (=Göttinger Orientalforschungen: Reihe 4, Ägypten; Bd. 23). Wiesbaden: Harrassowitz.
- Roeder, Günther (1915): *Urkunden zur Religion des Alten Ägypten*. Jena: Diederichs.
- Sandmann-Holmberg, Maj (1946): *The God Ptah*. Lund: C. W. K. Gleerup.
- Schlögl, Hermann A. (1980): *Der Gott Tatenen. Nach Texten und Bildern des Neuen Reiches*. (=Orbis biblicus et orientalis 29). Freiburg/Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Schlögl, Hermann A. (2000): *Ramses II*. Reinbek b.H.: Rowohlt.
- Schoske, Sylvia (1982): *Das Erschlagen der Feinde. Ikonographie und Stilistik der Feindvernichtung im alten Ägypten*, althistorische Dissertation, Universität Heidelberg.
- Stadler, Martin A. (2004): *Isis, das göttliche Kind und die Weltordnung*. (=Mitteilungen aus der Papyrussammlung der Österreichischen Nationalbibliothek, Papyrus Erzherzog Rainer N. S. 28). Wien: Hollinek.
- Sternberg-el Hotabi, Heike (1995): „Ägyptische Mythen“, in: Kaiser, Otto, Hg.: *Texte aus der Umwelt des Alten Testaments, Band 3: Weisheitstexte, Mythen und Epen, Ergänzungslieferung*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 991-1037.
- te Velde, Herman (1967): *Seth. God of Confusion. A Study of His Role in Egyptian Mythology and Religion*. (=Probleme der Ägyptologie 6). Leiden: Brill.
- te Velde, Herman (1977): „Geb“ in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. II*. Wiesbaden: Harrassowitz, 427-429.
- te Velde, Herman (1982): „Ptah“ in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. IV*. Wiesbaden: Harrassowitz, 1177-1180.
- te Velde, Herman (1984): „Schu“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. V*. Wiesbaden: Harrassowitz, 735-737.
- Tyldesley, Joyce (2002): *Ramses. Das Leben des Pharao*. Berlin: Ullstein.
- Ulf, Christoph (2008): „Vom Anfang des Kosmos bis zum Menschen. Antike Konzeptionen von Wasserräumen und Wasserformen“, in: Eibl, Doris G./Ortner, Lorelies/Schneider, Ingo/Ulf, Christoph, Hg.: *Wasser*

- und Raum. Beiträge zu einer Kulturtheorie des Wassers.* Göttingen: V&R unipress, 143-181.
- van der Way, Thomas (1984): *Die Textüberlieferung Ramses' II. zur Qadesch-Schlacht. Analyse und Struktur* (=Hildesheimer Ägyptologische Beiträge 22). Hildesheim: Gerstenberg Verlag.
- Verhoeven, Ursula (1986): „Tefnut“, in: Helck, Wolfgang/Westendorf, Wolfhart, Hg.: *Lexikon der Ägyptologie, Bd. VI.* Wiesbaden: Harrassowitz, 296-304.
- von Falck, Martin/Petschel, Susanne, Hg. (2004): *Pharao siegt immer. Krieg und Frieden im Alten Ägypten.* Bönen: Kettler.
- von Lieven, Alexandra (2007): *Grundriss des Laufes der Sterne – Das sogenannte Nutbuch.* (=The Carlsberg papyri 8). Kopenhagen: Museum Tusulanum Press.
- Westendorf, Wolfhart (1966): „Ursprung und Wesen der Maât, der altägyptischen Göttin des Rechts, der Gerechtigkeit und der Weltordnung“, in: Lauffer, Siegfried, Hg.: *Festgabe für Dr. Walter Will, Ehrensenator der Universität München; zum 70. Geburtstag am 12. November 1966.* Köln/München: Verlag Heymann, 201-225.

Die Institutionen des Leopoldianischen Systems: Wie pervertierte Anreize zu extremer Gewalt im Kongo beitrugen

Simon Hartmann

Motivation

In der Forschung zum Kongo-Freistaat bezweifelt heute kaum mehr jemand, dass dort extreme Gewalt herrschte.¹ Die Grundlage dafür bot die überwältigend große Anzahl an dokumentierten Massakern und Augenzeugenberichten von Missionaren, Kolonialbeamten und anderen Reisenden zu Gewalt gegen die afrikanische Bevölkerung im Kongo. Leopold II. beherrschte den Kongo von 1885 bis zum Jahr 1908. Primärquellen wie insbesondere der *The Congo Report* von Roger Casement (1903), *Red Rubber* von Edmund Dene Morel (1906) und unzähligen Dokumente der Congo Reform Association (1904-1913) und anderer Organisationen und Experten schildern Details zahlloser Fälle von Grausamkeiten, die als Gesamtes häufig unter der Kategorie *Kongogräuuel* subsumiert wurde.

„Leopold II was a true visionary for his time, a hero [...]“, wurde Louis Michel, ehemalige EU-Kommissar für Entwicklung und derzeitiger Abgeordneter des EU-Parlaments, 2010 im *EU Observer* zitiert. Er ergänzte: „[a]nd yes, maybe colonisation was domineering and acquiring more power, but at a certain moment, it brought civiliza-

¹ Die Geister scheiden sich bei der Frage, ob die Gewalt dort exzessiver und brutaler war als in anderen Kolonien zur selben Zeit; vgl. Castryck (2006), 74. Dem wird in diesem Beitrag nicht nachgegangen, sondern vielmehr der Frage nach den zugrunde liegenden Ursachen der Gewalt im Kongo-Freistaat und der Rolle, die der belgische König dabei spielte.

tion.“² Anhand einer Analyse der Anreize, die das Kolonialsystem von Leopold II im Kongo – das Leopoldianische System – bot, wird hier gezeigt, dass die Herrschaft des belgischen Königs keineswegs „visionär“, sondern vielmehr „extrem“ war, speziell im Hinblick auf Gewalt. Beginnend mit einem Einblick in das Verhältnis des belgischen Königs zu seiner Kolonie widmet sich der Rest des Beitrags den Anreizen im Leopoldianischen System, die den Gewaltexzessen nicht nur Tür und Tor öffneten, sondern die Anwendung von Gewalt förderten, wobei im Rahmen der Terminologie und Kategorisierungen der *new institutional economics* argumentiert wird.

Wie sich Gesellschaften konstituieren und verändern steht in engem Zusammenhang mit deren formellen und informellen Institutionen; oder anders gesagt: den Regeln und geltenden Verhaltensnormen. Diese Mechanismen werden nicht ausschließlich endogen von den Gesellschaften selbst bestimmt, sondern maßgeblich auch von exogenen Bedingungen beeinflusst, der regionalen, nationalen und globalen Umwelt. Laut Douglass North benötigen Gesellschaften für eine möglichst gelungene Verbindung dieser Ebenen ein hohes Maß an adaptiver Effizienz.³ Die Beschaffenheit des institutionellen Gefüges einer Gesellschaft bestimmt, wie effizient Gesellschaften darin sind, sich flexibel an äußere Veränderungen anzupassen. Die Institutionen bestehen dabei nicht eigenständig als solche, sondern werden von Akteuren geschaffen, beeinflusst und interpretiert.

Für den Fall des Leopoldianischen Systems werden diese Institutionen im Abschnitt II näher beleuchtet; er beschreibt die Eckpfeiler des Leopoldianischen Systems.⁴ Abschnitt III und IV widmen sich der Analyse und gehen dabei zwei Fragen nach: Was am Leopoldianischen System Anreize für Gewalt bot und welche Rolle letztlich die Anreize bei den Gewaltexzessen tatsächlich spielten.

2 Phillips (2010). Im Artikel wird präzisiert, dass mit „Zivilisation“ die Konstruktion von Straßen, Eisenbahn, Schulen und im Gesamten wirtschaftliches Wachstum gemeint ist, was der Kongo den Belgiern zu verdanken habe.

3 Vgl. North (2005).

4 In der Diktion der *new institutional economics* gesprochen konzentriert sich dieser Abschnitt auf die Institutionen – *the rules of the game* – und die Organisationen – *the players of the game* – des Leopoldianischen Systems. Wichtig ist es dabei, die politische und ökonomische Ebene einer solchen Analyse miteinander zu verknüpfen. Vgl. etwa North (1992, 2005), Bates (2000), Acemoglu et al. (2006) oder North et al. (2009).

Das Leopoldianische System

Im Jahr 1865 wurde Leopold aus dem Haus Sachsen-Coburg und Gotha unter dem Namen Leopold II. als König von Belgien intronisiert. Dort galt er als fortschrittlich orientiert. Er setzte wichtige Infrastrukturprojekte in Belgien um und unterstützte Gesetze, die eine Verbesserung der Rechte von Frauen und Kinder bringen sollten.⁵ Unter anderem strebte er auch danach, das kleine Belgien aus der internationalen Bedeutungslosigkeit herauszuholen. Um dies zu erreichen, verfolgte er die Strategie, eine Kolonie zu erwerben. Dadurch wollte er mehr wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielraum für die Umsetzung seiner Vorhaben in Belgien gewinnen.

Der König konnte mit Henry Morton Stanley einen der renommiertesten Experten für das Kongobecken dazu überreden, für ihn eine Expedition im Kongo durchzuführen. Stanley wurde in der Folge zum gut bezahlten Erfüllungsgehilfen des Königs und somit zu einem zentralen Akteur zur Umsetzung seiner Strategie, den Kongo zu seiner Privatkolonie zu machen. Da der Kongo zu dieser Zeit formell nicht kolonialisiert war, gründete der König internationale Organisationen,⁶ die es ihm unter diplomatischem Deckmantel ermöglichten, die Pläne, die er für den Kongo hatte, umzusetzen. Die wichtigsten Bestandteile von Stanleys Auftrag waren erstens, den Zugang zu den Wasserstraßen des Kongoflusses unter Kontrolle zu bringen, da diese als Schlüssel für den Zugang zum Hinterland galten. Basierend auf dem Flusszugang sollten zweitens die Rechte an strategisch wichtigen Punkten erworben werden, die in der Folge ermöglichen sollten, Stützpunkte auf dem Gebiet des Kongobeckens zu errichten, die leicht übernommen werden konnten und somit als Argumentationsgrundlage für den Anspruch des Gebiets in den Verantwortungsbereich des Königs dienen sollte. Leopold II. konnte durch Stanleys Erfolge im Kongo letztlich auf mehr als 450 Verträge verweisen, die

5 Beispielsweise setzte er sich für die Begrenzung der Kinderarbeit ein. Dies wurde in Belgien im Jahr 1889 tatsächlich gesetzlich verankert. Emerson (1979), 133.

6 Die Internationale Kongogesellschaft entstand aus der Vorgängerorganisation *L'Association Internationale Africaine* (1876) mit dem offiziellen Anliegen Wissenschaft und Humanität. Diese wurde in die *L'Association Internationale du Congo* überführt, nachdem sie zwischenzeitlich unter dem Namen *Le Comité d'Etudes du Haut Congo* bekannt war. Diese Organisation bezahlte die Expeditionen von Stanley.

ihm die nötige Grundlage verschafften, um dadurch sein Ziel – die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über das Kongobecken – zu erreichen. Basierend auf diesem strategischen Vorteil gelang ihm im Februar 1885 im Rahmen der Generalakte der Berliner Konferenz (häufig auch „Kongokonferenz“ genannt) den Kongo in seinen persönlichen Besitzstand zu erheben.⁷ Die Kolonie, deren offizielle Geburtsstunde auf den 1. August 1885 fiel, wurde der Internationalen Kongo-Gesellschaft⁸ zugewiesen und Kongo-Freistaat getauft. Die Voraussetzung dafür waren somit diplomatisches Geschick und mehrere Zugeständnisse an die anderen Mächte in Berlin. Demnach wollte die Kolonialadministration nicht selbst Handel treiben, sondern es sollten vielmehr Unternehmen ermutigt werden, dort zu investieren, um dadurch die Kolonie zu entwickeln. Leopold II. betonte wiederholt seine Absicht, bestehende Handelsnetzwerke im Kongo zu respektieren und in Zukunft das gesamte Kongobecken dem Freihandel zu öffnen. Vor diesem Hintergrund konzipierte der König sein Leopoldianisches System, das aus einer Kolonialverwaltung bestand, die durch Dekrete und Anweisungen geleitet die Formierung der Kolonie des Königs vorantrieb. Leopold II. setzte selbst nie einen Fuß in seine Kolonie.

Die Kolonialadministration setzte sich aus Kadern in Belgien und Vertretern im Kongo-Freistaat zusammen. Von Belgien aus wurden Stellen für die Armee, Verwaltung und Gerichte besetzt. Die für die Kolonie maßgebliche höchste richterliche Instanz⁹ sowie auch die Regierung saßen in Belgien. Der König beobachtete von

7 Die offizielle übergeordnete Strategie der Berliner Konferenz war die Förderung von Zivilisation, Christentum und Handel in Afrika. Wichtigste Ziele waren, im Allgemeinen ein Abkommen zu erzielen, das ein Prozedere für weitere Gebietsannexionen auf dem afrikanischen Kontinent durch Kolonialmächte regelte, die dort Ambitionen hegten, und im Besonderen für das Kongobecken freien Handel und das Flusssystem des Kongo freie Schifffahrt zu garantieren. Diese Rahmenordnung fand letztlich eine breite Zustimmung unter den Teilnehmern in Berlin.

8 Es war den Mächten in Berlin recht früh bewusst, dass sie es bei der Internationalen Kongo-Gesellschaft eigentlich mit dem Belgischen König zu tun hatten; Ewans (2002), 106. Realpolitisch gesehen handelte es sich bei dieser Gesellschaft um eine Einpersonenorganisation, die aus dem belgischen König bestand; Anstey (1962), 81. Die Idee einer Kongo-Kolonie unter der Verwaltung der Internationalen Kongogesellschaft legte Leopold II. bereits im Vorfeld der Berliner Konferenz dar.

9 Stengers (1969), 261.

Zuhause aus die Arbeit seiner Regierung. Diese bestand aus einem Staatssekretär, drei Generalsekretären¹⁰ und einem Generalschatzmeister.¹¹ Im Kongo-Freistaat waren ein Generalgouverneur und ein Vize-Gouverneur dafür zuständig, den Willen des Königs durchzusetzen. Diese wiederum verfügten über Personal in den 15 Distrikten, zahlreichen Zonen, Sektoren und Handelsposten, in die der Kongo-Freistaat aufgeteilt war.¹²

Zu Beginn musste die Kolonialadministration mit relativ wenigen europäischen Beamten auskommen.¹³ Um das riesige Kolonialgebiet effektiv zu kontrollieren hatte man nicht genügend Ressourcen. Die Präsenz der Administration war am Unterlauf des Kongo am stärksten. Der Rest der Kolonie wurde an für den Fernhandel strategisch wichtigen Punkten mit Militär- und Verwaltungsposten versehen. In allen anderen Gebieten versuchte man durch Alliierte in der afrikanischen Bevölkerung Einfluss zu erringen. Dazu zählten afrikanische Söldner, verbündete lokale Führer und Warlords.¹⁴ Diese wurden bewaffnet.¹⁵ Wichtigstes Durchsetzungsinstrument der Administration in der Kolonie war die *Force Publique*. Bestehend aus ein paar kommandierenden Offizieren aus Europa und rund 19.000 afrikanischen Soldaten galt sie damals als die größte Armee Afrikas.¹⁶ Der Dienst in der *Force Publique* betrug für Soldaten anfangs fünf Jahre und wurde später auf sieben Jahre ausgedehnt.¹⁷ Für alle anderen Staatsdienste konnte die Bevölkerung für Arbeiten bis zu einem gesamten Ausmaß von fünf Jahren verpflichtet werden.¹⁸ Im Jahr 1896 wurde die Gründung eines Gerichtshofs erster Instanz – *Cour de Première Instance*

10 Der für das Leopoldianische System einflussreichste war der Gouverneur für Inneres in der Person von Colonel Maximilian Strauch.

11 Slade (1962), 171.

12 Singleton-Gates/Girodias (1959), 87.

13 Die Gesamtzahl der Europäer im Kongo war zu diesem Zeitpunkt sehr gering. Im Jahr 1889 sollten sich ungefähr 430 Händler, Soldaten, Missionare und Verwaltungsbeamte, die nicht aus Afrika stammten, im Kongo aufgehalten haben. Hochschild (2002), 140.

14 Roes (2010), 653-654.

15 Vgl. beispielsweise Morel (2005 [1906]), 25.

16 Schicho (1999), 212.

17 Singleton-Gates/Girodias (1959), 87.

18 Singleton-Gates/Girodias (1959), 89. Diese Regelung hatte – in einem Ausmaß von bis zu drei Jahren Staatsdienst – sogar noch nach dem Tod Leopold II. Gültigkeit, wie Edmund Dene Morel in seinem Buch *The Present State of the Congo Question* (1912) berichtete.

– in Boma veranlasst, sowie von acht weiteren Gerichten niedrigerer Instanz, die sich auf das restliche Kolonialgebiet verteilen.

Formell erhielt das Leopoldianische System durch Dekrete eine Rahmenordnung. Eine wirtschaftliche und politische Monopolisierung erreichte der König mittels Dekreten und Durchsetzungsorganen im Kongo-Freistaat. Noch im Jahr der Gründung der Kolonie erging das erste Dekret, das besagte, dass sämtliches freies oder unkultiviertes Land in den Besitz der Kolonialadministration übergeht.¹⁹ Diese Forderung bestand zu Beginn lediglich formell und blieb vorerst ohne Anwendung. Das änderte sich erst 1891: Basierend auf zwei weiteren Dekreten innerhalb von zwei Jahren begann die Kolonialverwaltung, ihre Ansprüche durchzusetzen.²⁰ Während der Jahre 1891 und 1892 folgten weitere Dekrete, die den Kongolesen die Jagd von Elefanten und das Sammeln von Kautschuk auf eigene Rechnung untersagten und gleichzeitig bestehende Importzölle im Kongo-Freistaat erhöhten,²¹ exklusive Konzessionen für große Gebiete innerhalb der Kolonie an internationale Unternehmen vergaben²² und den Kongolesen eine Kopfsteuer auferlegten, die in Form von Naturalien (wie Elfenbein oder Kautschuk) oder Arbeitsdiensten monatlich abgeleitet werden mussten.²³ So bestanden neben den Zwängen, denen die Kongolesen durch die Kopfsteuer unterlagen, Regelungen, die es der Kolonialverwaltung ermöglichten, bei Bedarf Zwangsdienste für eine bestimmte Dauer zu fordern. Dabei konnte es sich um Arbeiten in den von der Administration selbst betriebenen Kautschukgebieten, Tätigkeiten als Träger oder – wie oben erwähnt – Dienste in der Kolonialarmee handeln.

Mit den Dekreten und Anweisungen zu deren Umsetzung strebte der König nach einem Monopolstatus für die wichtigsten Handelsgüter in seiner Kolonie, Elfenbein und Kautschuk.²⁴ Die Umsetzung

19 Young (1994), 77.

20 Peemans (1975), 170.

21 Stengers (1969), 266; Leclercq (1965), 99.

22 Morel (2005 [1906]), 33. Siehe auch Abbildung 1 in diesem Beitrag.

23 Leclercq (1965), 101.

24 Leclercq (1965), 95. Im Kongo hatte der belgische König alle Zügel selbst in der Hand; Stengers (1969), 263-264; Stengers/Vansina (1985). Der Unterschied zu anderen Kolonien war, dass der Kongo nicht von einem europäischen Staat gelenkt wurde, sondern durch die Einigung in Berlin praktisch zu einer Privatkolonie wurde. Ebenfalls zu dieser Zeit behauptete-

wollte er einerseits über die Verstaatlichung von Ländereien und andererseits über ein Verbot von eigenständiger Jagd oder Kautschukproduktion erreichen. Kurz vor den Verboten wurden einzelne Distriktkommissare aufgefordert, sich sämtliche Kautschuk- und Elfenbeinreserven anzueignen.²⁵

Da er ausländische Händler als Konkurrenz für seine Absichten im Kongo sah, beauftragte der König nach der Berliner Konferenz seine Beamten damit, allzu geschäftstüchtige Geschäftstreibende im Kongo zu stoppen.²⁶ Reichten die restriktiven Regelungen der Administration dafür nicht aus, wurde lästige Konkurrenz mit Überfällen zum Aufgeben gebracht.²⁷ Als diese Vorgehensweise zunehmend publik wurde, baute sich erstmals durch internationale Kritik Druck auf den König auf. Von mehreren Seiten wurde das Freihandelsversprechen für den Kongo-Freistaat vehement einfordert. Ein mindestens ebenso wichtiger Grund für einen Strategiewechsel war die finanzielle Lage des Königs. Zur selben Zeit als sich die Kritiker wegen der Monopolisierungstendenzen im Kongo-Freistaat häuften, wurde Leopold II. bewusst, dass seine finanziellen Mittel nicht ausreichten, um die gesamte Kolonie im Alleingang erschließen und ausbeuten zu können.²⁸ Daraufhin wechselte er seine Strategie. Er erließ Verordnungen, die die Verteilung des Kolonialgebiets neu regelten. Er ver-

te einmal ein Jurist, dass wenn man eine ähnliches Verhältnis wie das des Königs zu seiner Kolonie in Europa suchen würde, man bis in die Spätantike zurückblicken müsste, in die Zeit der Merowinger Könige, Stengers (1969), 263-264. Basierend auf jahrelanger Forschung zur Kolonialzeit im Kongo, kam der belgische Wissenschaftler Jean Stengers in seinem Werk *The Congo – Myths et Realités* zum Ergebnis, dass der Kongo-Freistaat ohne Leopold II. nicht existiert hätte. Er alleine habe ihn in allen Teilen geformt. Stengers (1989), 197.

25 Bereits ein Monat vor dem ersten Verbotsdekret im Jahr 1891 wies Leopold die Distriktkommissare von Aruwimi und dem Ubangi-Uele-Becken an, sich im Auftrag des Staates die gesamten Elfenbein- und Kautschukvorräte, die dort zu finden waren, anzueignen: „Les commissaires de district de l’Aruwimi-Uele de l’Ubangi, les chefs d’expéditions du haut-Ubangi prendre les mesures urgentes et nécessaires pour conserver à la disposition de l’Etat les fruits domaniaux, notamment l’ivoire et le caoutchouc“. Wauters (1911), 91-92.

26 Stengers (1969), 265.

27 Hochschild (2002), 182.

28 Anfangs konnte Leopold die finanziellen Mittel für die Erschließung seiner Kolonie noch durch Kreditgeber, Obligationen und private Investoren aufbringen; Hochschild (2002), 141-142. Einer seiner wichtigsten Kreditgeber, Charles de Rothschild, schrieb dem König nach zahlreichen Kreditanfragen: „I am obliged to inform you, Sire, that in accordance with the rules and customs of my bank, regretfully it will no longer be possible to extend to Your Majesty the facilities hitherto offered.“ Emerson (1979), 143.

teilte Konzessionen, die Unternehmen das Recht übertrugen, vordefinierte Gebiete uneingeschränkt kontrollieren und ausbeuten zu können. In der Kolonialwirtschaft als Ganzes erreichte der Monarch letztlich trotzdem zumindest einen Quasi-Monopolstatus, da er sich bei der Vergabe der Konzessionen gleichzeitig recht hohe Beteiligungen an den Unternehmen sicherte.²⁹ Durch die Kontrolle von großen Gebieten im Staatsbesitz und seine Rolle als Anteilseigner bei den Konzessionen hatte Leopold II. bei fast allen Geschäften, die im Kongo-Freistaat über die Bühne gingen, seine Hände im Spiel.

Die Geschäftsführungen der Konzessionsunternehmen waren stets enge Freunde des belgischen Königs und lieferten beträchtliche Teile der Unternehmensgewinne an die Kolonialverwaltung ab. Die Unternehmen waren sowohl untereinander³⁰ wie auch mit der belgischen Krone stark verflochten. Dies legt den Schluss nahe, dass es eine Cliquenbildung der Wirtschaftstreibenden im Kongo gab. Der Fall der *Anglo-Belgian India Rubber Company* (ABIR) zeigt die gängige Arbeitsteilung zwischen der Kolonialadministration und den Konzessionsunternehmen. Erstere sorgte für Infrastruktur wie Handelsposten und Waffenlieferungen an die ABIR und die ABIR erhielt freie Verfügung über die Bevölkerung in Form von Polizeirechten (Internierung, Einbehalten von Waren, etc). Über den Schutz der *Force Publique* hinaus engagierten die Unternehmen private Milizen, die für die Durchsetzung der Ansprüche auf den Konzessionsgebieten sorgen sollten.³¹ Diese durften je nach deren Ermessen Feuerwaffen und Munition in die Kolonie einführen. Die ABIR beschäftigte in jedem ihrer Handelsposten 80 bewaffnete Männer, die das Konzessionsgebiet über die Nebenflüsse des Kongo mittels Dampfschiffen erreichten und kontrollierten. Über Verträge konnten sich die Unternehmen die Unterstützung der *Force Publique* sichern. Der *Société Anversoise du Commerce du Congo* (Anversoise) standen so 500 Männer und den Gesellschaften *Société Anonyme Belge pour le Commerce du Haut Congo*

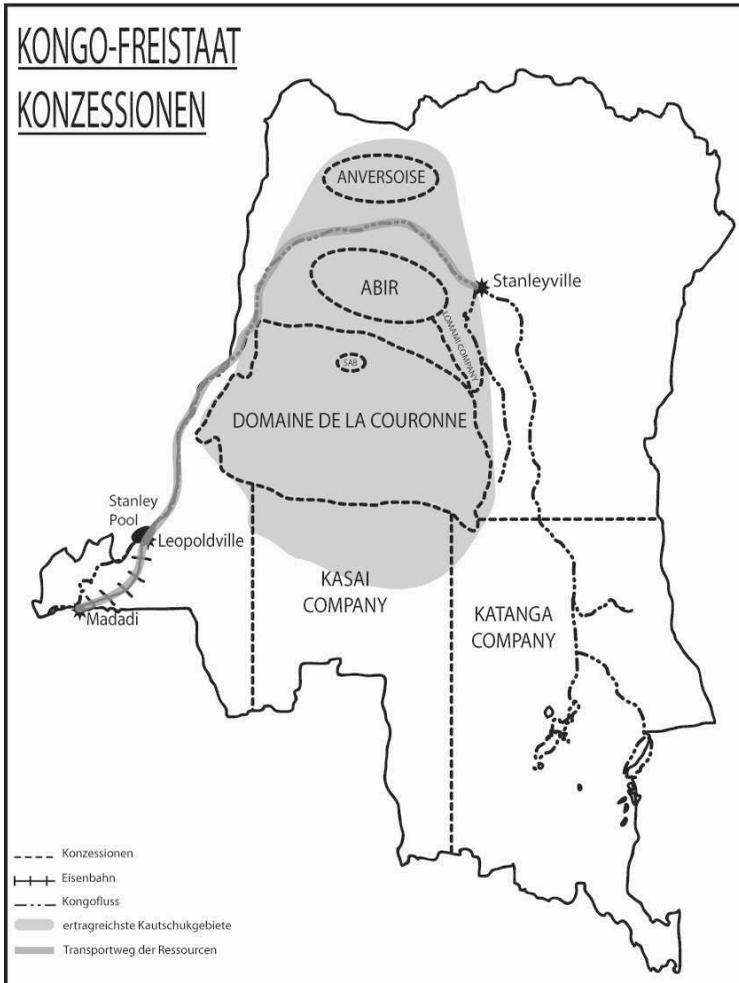
29 Vgl. dazu Morel (2005 [1906]), 137-145; Harms (1983), 131.

30 Beide Browne de Tiège Brüder waren Vorstandsmitglieder der Anversoise; Wauters (1911), 166. Alexandre de Browne de Tiège war Banker in Antwerpen. Er war neben seiner Vorstandsfunktion bei der Anversoise auch der Hauptaktionär der ABIR. Dort folgte ihm die Anversoise als wiederum zweitgrößter Aktionär der ABIR. Harms (1975), 81.

31 Hochschild (2002), 253.

(SAB), ABIR und *Société Equatoriale Congolaise* (SEC) zusammen 1.900 Männer zur Verfügung.³²

Abbildung 1: Konzessionen im Kongo-Freistaat³³



32 Marchal (1996a), 351.

33 Ehrhardt (1903), 10; Nelson (1994), 87; Loadman (2005), 125. Karte vom Autor selbst erstellt.

Die formelle Neuverteilung des Kolonialgebiets erfolgte am 30. Oktober 1892. Die Verwaltung wurde zuerst grob in drei Zonen aufgeteilt. Ein Teil wurde zur *Domaine Privé*, die der Kontrolle der Kolonialadministration unterlag. Ein weiterer Teil wurde an Konzessionsunternehmen übergeben³⁴ und beim Rest ging es um Gebiete, die erst im Verlauf des Wettlaufs um Afrika dem Kongo-Freistaat zufielen oder Gebiete, die zwar Teil des Kolonialgebiets waren, jedoch noch nicht effektiv kontrolliert wurden oder in die überhaupt erst Expeditionen geplant waren. Vier Jahre später folgte ein weiteres Dekret, das ein großes Gebiet rund um den Leopold-See als *Domaine de la Couronne* definierte und somit direkt der Herrschaft der belgischen Krone unterstellte.³⁵ Staat und Konzessionsunternehmen kooperierten bei der Verwaltung der Konzessionsgebiete. Der Staat gründete Handelsposten und sorgte für Waffen und Munition, während die Unternehmen die Polizeitätigkeit und die Internierung der afrikanischen Bevölkerung übernahmen.³⁶

Ende der 1890er-Jahre finanzierte Leopold den Großteil seiner Projekte im Kongo mittels Zöllen und einem zinsfreien Kredit über 25 Millionen Francs, der ihm vom belgischen Parlament genehmigt wurde.³⁷ Die Exportgebühren beliefen sich auf 80 Pfund pro Tonne für Elfenbein und 20 Pfund pro Tonne für Kautschuk. Da die Generalakte von Berlin lediglich ein Verbot von Importabgaben für den

34 Im August 1892 wurden zwei Konzessionen von beträchtlicher Größe an die ABIR unter britischer Leitung und die Anversoise gewährt. Sowohl an der ABIR als auch der Anversoise war Leopold II. über Aktien mit zumindest 50 Prozent beteiligt. Von der Anversoise bekam der Kongo-Freistaat zusätzlich 12 Pfund pro Tonne Kautschuk und 5 % vom Marktwert des Elfenbeins in Antwerpen. Morel et al. (1968), 41. Außerdem gab es weitere Konzessionen mit den Namen *Kasai* (im Becken des Kasaiflusses), *Commercial Congolais* (Wamba), *Grand Lac* (Aruwimi), *Comité Spécial du Katanga* (Katanga), *Busira* und *Lomami*. Eine weitere Einnahmequelle waren Steuern und Gebühren, die alles in allem deutlich mehr als die Hälfte der Erlöse der Unternehmen ausmachten; Hochschild (2002), 182.

35 Die Ausbeutung der *Domaine de la Couronne* – die flächenmäßig zehn Mal so groß war wie Belgien – wurde direkt zugunsten des Königs betrieben und verschaffte ihm insbesondere die Mittel, welche er für diverse Bauprojekte in Belgien benötigte; Ascherson (1999), 201. Damit verstieß Leopold erneut gegen die Vereinbarungen zum Freihandel. Diesmal waren die Proteste jedoch leiser, da Teile der Kolonie bereits zuvor gegen Konzessionen an internationale Unternehmen übergeben wurden.

36 Gewalt (2006), 475.

37 Hochschild (2002), 146.

Kongo vorsah, nutzte Leopold II. die Exportabgaben³⁸ – neben der Besteuerung des internen Handels – als eine weitere Einnahmequelle für seine Kolonie.³⁹ Um den finanziellen Spielraum für die Kolonialverwaltung zu vergrößern, wies der Generalgouverneur des Kongo-Freistaats am 6. Februar 1893 seine Aufseher, Bezirkskommissare, Expeditions-Kommandanten und Leiter der Stützpunkte⁴⁰ an, die *Domaine Privé* auszubeuten, um die notwendigen Mittel zur Deckung der Staatskosten zu erwirtschaften. Privaten Unternehmungen war es untersagt, ohne Konzession dort Kautschuk zu erwerben.⁴¹

Zusammenfassend ist zu beobachten, dass mit der Kolonialisierung des Kongo unter der Führung des belgischen Königs dort ein Zwangssystem errichtet wurde. Um genügend Profit zu erwirtschaften, setzte der König Quoten fest, wie viel von einer Ressource produziert werden musste. Die Bevölkerung war verpflichtet, die vorgegebene Menge direkt an die Kolonialverwaltung abzutreten. Die Art der Produktionsgüter unterschied sich je nach lokaler Ressourcenausstattung. Wichtige Produktionsgüter waren insbesondere Kautschuk, Elfenbein und landwirtschaftliche Produkte, die von der lokalen Bevölkerung als Tribut eingefordert wurden.⁴² Alternativ konnten sie zu Zwangsdiensten herangezogen werden. Hintergrund dafür war, dass der Kongo-Freistaat bewusst als geldlose Wirtschaft konzipiert wurde,⁴³ die Bevölkerung im Kongo nicht durch ein offizielles Zahlungsmittel entlohnt wurde, sondern über Tauschgüter, und sie somit die Willkür des Leopoldianischen Systems noch härter und direkter traf. Adam Hochschild bemerkte dazu, dass „frei zirkulierendes Geld

38 Die Exportabgaben wurden am 15. Dezember 1885 fixiert und beliefen sich auf 25 % des Wertes an Elfenbein (F.O.B.) und 10 % des Wertes an Kautschuk. Landwirtschaftliche Güter wurden allgemein niedriger belastet. Für Kaffee wurden 5 % des Wertes einbehalten. Leclercq (1965), 99.

39 Morel (2005 [1906]), 25-29.

40 Sowohl in den Konzessionsgebieten als auch in den Regionen, die direkt von der Kolonialregierung verwaltet wurden, entstanden Handelsstützpunkte, an denen die Ressourcen, die für den Export bestimmt waren, zwischengelagert wurden. Diese wurden von europäischen Kolonialbeamten geleitet und von Söldnern bewacht. Die meisten Handelsposten befanden sich aus logistischen Gründen in der Nähe des Kongoflusses oder an schiffbaren Nebenflüssen.

41 Morel (2005 [1906]), 33.

42 Leclercq (1965), 101.

43 Loadmann (2005), 128.

[...] ja das Wirtschaftsgefüge, das im Wesentlichen auf einer Kommandowirtschaft basierte, unterminieren [hätte] können.“⁴⁴

Die Geschichte der ABIR im Kongo versinnbildlicht die Strategie hinter dem Kongo-Freistaat. Die Strategie hatte keine nachhaltigen positiven Effekte auf die beherrschten Gebiete, wie Robert Harms sehr treffend formulierte:

„Like the Congo Independent State of which it was a part, Abir was a plundering and tribute-collecting empire of the crudest sort. It operated on a boom-and-bust cycle, and after the bust it departed, leaving a legacy of death, disease, and destruction.“⁴⁵

Im nächsten Abschnitt ist zu zeigen, welche Rolle das Leopoldianische System bei der Gewalt im Kongo spielte. Es geht darum, welche Anreize dabei wirkten und wie diese pervertierten.

Institutionelle Anreize für Gewalt im Kongo

Die Ziele des Königs waren offensichtlich: „The focus was on extraction of resources, the unification of the territory through military conquest, and the economic destruction of pre-existing kingdoms.“⁴⁶ Zur Zielerreichung stellte er den Mitgliedern seiner Kolonialverwaltung Bonuszahlungen in Aussicht.

Die Anweisungen von höheren Stellen an die Kolonialbeamten des Kongo-Freistaats zielten in der Regel darauf ab, eine uneingeschränkte Maximierung der Produktion voranzutreiben. Im Juni 1892 wurde in einem geheimen Schreiben des Staatssekretärs an den Generalgouverneur des Kongo-Freistaats ein Bonussystem festgelegt, das die Kolonialbeamten in den Handelsposten dann belohnte, wenn

44 Hochschild (2002), 184.

45 Harms (1983), 125.

46 Leslie (1993), 8. Der König war diesbezüglich von Details besessen. Leopolds Briefe an seine Verbündeten waren voll von Verweisen auf Warenpreise an Weltmärkten, Zinssätze für Kredite, die Anzahl der Gewehre im Kongo, die Höhe der Kautschukexporte nach Antwerpen, und die Abmessungen des Triumphbogens, den er plante, aus den Erträgen seiner Kolonie in Brüssel errichten zu lassen. Hochschild (2002), 247. Er orientierte sich an bestehenden Kolonialverwaltungen, besonders dem Erfolg der Holländer in Java, wie seine Begeisterung für die Arbeit *Java, or How to Manage a Colony* des Briten J. W. Money aus dem Jahr 1861 zeigte. Laut Crawford Young glich dieses Werk einer Art Anleitung zur kolonialen Ausbeutung; Young (1994), 84.

sie an Güter wie Kautschuk, Elfenbein oder Copalharz unter den lokal üblichen Marktpreisen herankamen:

„To the Governor General. – As I have had the honour upon several occasion of informing you, the Officials of the Congo State must neglect no means of exploiting the produce of the forests [...] To stimulate the zeal of our officials in this matter, I have decided that in future a bonus proportionate to the cost of exploitation shall be allotted to those who are concerned with forest exploitation: This bonuses will be established as follows.“⁴⁷

*Tabelle 1: Bonussystem für Beamte im Kongo-Freistaat (in centimes)*⁴⁸

Kosten pro kg Kautschuk	Bonus pro kg Kautschuk
30 und weniger	15
31 bis 40	12 ½
40 bis 49	10
50 bis 59	8
60 bis 69	6
70 bis 80	4

Die Praxis, solche Bonussysteme als Anreiz für Produktionssteigerungen zu verwenden, war im Kongo-Freistaat weit verbreitet und wiederholte sich im Laufe der Geschichte des Kongo-Freistaats immer wieder.⁴⁹

Das Milieu an Arbeitskräften, die die Arbeit im Kongo-Freistaat großteils anlockte, lässt annehmen, dass die wirtschaftlichen Anreize der Bonussysteme in der Regel ihre Wirkung taten. Der Satz „Ses affaires marchaient mal; il est parti pour le Congo“⁵⁰ war zur Zeit des

47 Morel (2005 [1906]), 31.

48 Morel (2005 [1906]), 31.

49 Im Jahr 1896 wurde beispielsweise ein Sonderbonus denjenigen Distrikten in Aussicht gestellt, die dem Staat jährlich wenigstens 50.000 Francs an Steuereinnahmen einbrachten. Die jeweils zuständigen Distriktkommissare oder Expeditionsleiter waren für die Verteilung der Bonuszahlungen an die Kolonialbeamten zuständig. Berechnet wurde dieser Wert aus dem Verkaufswert der Zwangsabgaben in Antwerpen. Demnach wurde Leopolds Personal im Kongo entsprechend seiner „Produktivität“ bezahlt. Ein Bezirksvorsteher bekam bei entsprechendem Erfolg einen Zuschuss von 6.000 bis 10.000 Francs, Hauptmänner der *Force Publique* 4.000 bis 7.000 Francs und ein Leutnant 2.000 bis 3.000 Francs. Morel (2005 [1906]), 34-35.

50 Emerson (1979), 238.

Kongo-Freistaats vielen Menschen in Europa geläufig, insbesondere in Belgien. So kam es, dass häufig junge, alleinstehende Männer nicht selten mit dem Hintergrund von finanziellen⁵¹ oder anderen privaten Problemen zuhause, sich in den Kongo-Freistaat aufmachten. Viele hatten die Absicht, dort schnell an Geld zu kommen, da sie die Gefahren des Kongo – insbesondere tödliche Tropenkrankheiten wie Schlafkrankheit und Malaria – kannten und fürchteten. Die Dienstdauer wurde häufig eher kurz mit 2 oder 3 Jahren anberaumt. Das Ziel war, danach einen Neuanfang in Europa zu versuchen. Schneller Profit war diesem System daher sozusagen eingebaut. Vielen Neuankömmlingen aber fehlten hinsichtlich der Verrichtung von administrativen Tätigkeiten praktisch jegliche Fertigkeiten und Erfahrung und einige kamen bereits krank (häufig Alkoholismus, etc.) in den Kongo. Das Anforderungsprofil für die Arbeit im Kongo-Freistaat wurde nicht zuletzt deshalb auf sehr niedrigem Niveau angesetzt. Die Tätigkeit war in Europa nicht prestigeträchtig.⁵² Zu dieser Arbeit meinte ein ehemaliger Regionalbeamter des Kongo-Freistaats: „If a man’s inclined to degeneration and brutality, the Congo Free State is a good forcing-house for his evil qualities.“⁵³ Auf der Ebene der europäischen Kolonialbeamten waren die Anreize damit relativ klar.

Der Sonderfall Kongo-Freistaat, bei dem nicht ein Land, sondern eine Privatperson das Sagen hatte, ermöglichte es dem König, seine Macht praktisch ohne Kontrolle auszuüben:

„The government structures back home acted as at least a modest constraint on what European colonists could and did do; not so for Leopold. His conduct in his personal fiefdom in the Congo left him impervious to outside pressures for decades.“⁵⁴

Edmund Dene Morel bemerkte zur Zeit des Kongo-Freistaats ähnliches:

51 Morel erwähnte, dass die Belgier, die in den Kongo gingen, für gewöhnlich aus ärmeren Schichten kamen; Morel (2005 [1906]), 96. Manche flüchteten auch vor einem Konkurs in Europa in Richtung Kongo-Freistaat.

52 Roes (2010), 657.

53 Nelson (1994), 14.

54 De Mesquita (2007), 215.

„[O]utside the small and noisy clique which runs the Congo and those who benefit indirectly from its operations, the Belgian people are absolutely indifferent to the African undertaking of their Sovereign.“⁵⁵

Diese Machtkonstellation zeigte sich im Aufbau und der Funktionsweise des Leopoldianischen Systems. Das Prinzip Gewährenlassen zog sich durch die ganze Struktur der Kolonialadministration, bis hinunter zu denjenigen, die den Willen des Königs direkt gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen hatten.⁵⁶ Was das Leben im Kongo tatsächlich bestimmte, war die *carte blanche*, die der König dem Generalgouverneur des Kongo-Freistaats erteilte.⁵⁷ Dieser leitete das Zugeständnis an die Kommandeure der Stützpunkte weiter, die wiederum ihre Untergebenen informierten:

„I have the honour to inform you that from January 1, 1899, you must succeed in furnishing 4.000 kilos of rubber every month. To this effect I give you *carte blanche* [sic!]. You have, therefore, two months in which to work your people. Employ gentleness first, and if they persist in not accepting the imposition of the State employ force of arms.“⁵⁸

Das Prinzip *carte blanche*, ein geradezu klassischer „Freibrief“, durchzog das Kolonialsystem bis zum einfachen Soldaten und Söldner. Auf dieser Ebene übten die Kolonialbeamten gleichzeitig Druck aus. Vielen der zwangsverpflichteten Afrikaner, die dort im Einsatz waren, drohten Strafen, wenn sie ihre Vorgaben nicht schafften. Diesbezüglich berichtete ein Kolonialbeamter:

55 Morel (1904), 62.

56 Dabei handelte es sich häufig um Söldner oder Soldaten der *Force Publique*. Die Rekrutierung der Söldner für die Truppe war teils freiwillig, in vielen Fällen jedoch durch verpflichtenden Militärdienst – unter sklavenähnlichen Umständen – erzwungen. Die Arbeit war schlecht bezahlt, die Verpflegung der Truppe äußerst dürftig und bereits kleinstes Fehlverhalten wurde hart bestraft. Anfangs waren Deserteure keine Seltenheit. Hochschild (2002), 197. Dies hatte zur Folge, dass die Soldaten weit ab von ihren Heimatdörfern eingesetzt wurden. Die Gefahr einer Flucht aus der Truppe sollte auf diese Weise verringert werden. Die unteren Ränge der *Force Publique* setzten sich beinahe ausschließlich aus Sklaven zusammen. Loadman (2005), 126.

57 Cline (1963), 48; Slade (1962), 181.

58 Morel (2005 [1906]), 37.

„The soldier said, ‚Don’t take this to heart so much. They kill us if we don’t bring the rubber. The Commissioner has promised us if we have plenty of hands he will shorten our service.‘ These were often smoked to preserve them until they could be shown to the European officer.“⁵⁹

Gewalt gegen die afrikanische Bevölkerung war offiziell illegal, wurde jedoch in den seltensten Fällen geahndet. Zeitweise wurde sie sogar von Richtern in Urteilen offiziell als tolerierbar ausgelegt.⁶⁰ Kam es zu Verurteilungen, wurden die Urteile meist nicht vollstreckt. Es herrschte äußerste Beliebigkeit und Willkür. Die höchste Instanz in Belgien – direkt vom König ernannt – tagte sehr selten. Eine Sonderkommission – vom belgischen König eingesetzt, um ihn von den Vorwürfen der Duldung von Gräueln in seiner Kolonie zu entlasten⁶¹ – beobachtete Gesetzesbrüche von Exekutivbeamten und Einzelpersonen im Kongo.⁶²

Den Mangel an Durchsetzung von Gesetzen im Kongo-Freistaat zeigt hier – als einer von vielen⁶³ – der Fall von Lacroix und Kollegen, alle Agenten der Anversoise. Lacroix wurde vom Gericht für die Tötung von 150 Männern, das Abhacken von Händen von 60 Menschen, die Kreuzigung von Frauen und Kindern und schwere Folter zahlreicher weiterer Männer beschuldigt. Er wurde zu einer langen Haftstrafe verurteilt, die er niemals antreten musste. Die Zeitung *Le Petit Bleu* berichtete damals:

„The Congo Courts inflicted long terms of imprisonment. The men never served them, and have long since been released. The defence was identical. They had acted under instructions – to

59 Morel (2005 [1906]), 49. Im Zitat erwähnt ist auch die Bestrafungspraxis des Abhackens von Händen als eine Art der Quotenerfüllung.

60 Baron Nisco, der Präsident des Gerichtshofs in Boma, bemerkte dazu: „Such violence, while illegal, had to be tolerated since the legal system provided Europeans with insufficient means to impose their will on ‚unwilling natives‘.“ Zitiert in: Roes (2010), 656 (Fußnote 134).

61 Marchal (1996b), 175-178 und 182-183; Emerson (1979), 249.

62 Morel (2005 [1906]), 104-106.

63 Vier Jahre später erweckte der Fall Caudron – ebenfalls Agent der Anversoise – Aufsehen. Der Fall war ähnlich gelagert und verdeutlichte so, dass sich im Kongo-Freistaat in Sachen Justiz wenig geändert hatte. Morel (2005 [1906]), 60. Viele weitere sind dokumentiert.

force rubber by any and every means. The ‚superiors‘ were not troubled.“⁶⁴

Die Kolonialbeamten und Vertreter der Unternehmen wurden damit beauftragt, Abgaben einzuhoben. Der Missionar Dugald Campell⁶⁵ berichtete von absoluter Ignoranz gegenüber jeglichen einheimischen Rechten, Bräuchen, Sitten, etc. und von der Verweigerung von Maßnahmen gegen die Gräueltaten im Kongo-Freistaat. So berichtet Campell von einer Konversation mit einem Oberwachmeister der *Force Publique* über seine Soldaten und die Funktionsweise des Leopoldianischen Systems:

„Well, they must have carte blanche, or the natives would not respect the State. Sometimes ‚Might is right‘, would be the curt reply. What could one say? There were no judge or courts of appeal, and the officer, often at his wits' end, would say, ‚What can I do? I must get ivory. I have no law or regulation book. I am the only law and only God in Katanga.‘“⁶⁶

Die Ziele waren klar, für die Erreichung entschied sich der König, seinen Vertretern im Kongo freie Hand zu lassen. Zusätzlich motivierte er sie mit mehreren Bonussystemen. Diese Kombination, damit verbunden, dass man im Kongo-Freistaat Verbrechen gegen die afrikanische Bevölkerung praktisch nicht ahndete, waren die ausschlaggebenden Anreize, durch die das Leopoldianische System Gewalt provozierte.

Wie war die Wirkung Anreize-Gewalt im Kongo?

Zahlen mögen bei einer Annäherung daran helfen, zu verstehen, wie verheerend für die Menschen das Leben im Leopoldianischen System war. Die Angaben über die Anzahl der Todesopfer schwanken dabei stark (siehe Tabelle 2) und sind ideologisiert und emotionalisiert, etwa durch Vermischung mit einer Genoziddebatte und der persönlichen

64 Morel (2005 [1906]), 60.

65 Dugald Campell war Mitglied der *Scotch Presbyterian Mission*. Er war 25 Jahre in Katanga (Südostkongo) tätig. Zitiert wird hier aus seinem umfassenden Bericht, die Jahre 1891 bis 1898 betreffend.

66 Morel (2005 [1906]), 50.

Verantwortung des Königs.⁶⁷ Die Berechnungen orientieren sich zudem häufig an der Zahl der Bevölkerungsabnahme zur Zeit des Leopoldianischen Systems und hängen daher stark von unsicheren Schätzungen der vorkolonialen Bevölkerung des Kongo-Freistaats ab. Es soll hier jedoch nicht um die Zuweisung von Todesopfern zu einzelnen Institutionen des Leopoldianischen Systems gehen. Nicht jedes Opfer von Gewalt wird in diesem Sinne zum „Todesopfer“. Es ist bekannt, dass der Anteil an direkt ermordeten Menschen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Todesopfer nur einen Bruchteil ausmachte.

Tabelle 2: Angaben zu Todesopfern im Kongo-Freistaat⁶⁸

Quelle	Opferzahl	Anmerkung
Encyclopedia Britannica (1995)	12 bis 22 Millionen	Bevölkerung sank von 20 bis 30 Millionen auf 8
Vansina (1986)	mehr als 14 Millionen	Bevölkerung sank bis 1908 von über 20 Millionen auf etwas mehr als 6
Hochschild (2002)	10 Millionen	Schätzungen beziehen sich auf Einwohnerzahlen von 1924
Morel et al. (1968)	mindestens 8 Millionen	in 25 Jahren „Tyrannei“ Leopold II.
Fortbath (1977)	mindestens 5 Millionen	während der gesamten Herrschaft Leopold II.
Royal Museum for Central Africa (2005)	unklar, aber jedenfalls mehrere Millionen	20 % der Bevölkerung im Landesdurchschnitt
Casement (1959)	3 Millionen	nur bis 1904

Die drei institutionellen Voraussetzungen – *carte blanche*, Bonus-system und Straffreiheit im Kongo – setzten Anreize, Terror als In-

67 Die häufigsten Schätzungen bewegen sich im Rahmen zwischen 8 und 12 Millionen Toten, seriös dürften etwas niedrigere Zahlen sein. Von sozusagen offizieller belgischer Seite – dem *Royal Museum for Central Africa* in Tervuren anlässlich seiner Jubiläumsausstellung von 2005 – scheint ein Bevölkerungsverlust von 20 % akzeptiert. Am unteren Ende des Spektrums geben ehemalige Kolonialbeamte völlig unplausible Zahlen von „unter 100.000“ an, indem nur auf eindeutig dokumentierte Morde im Rahmen des Kautschuksammelns Bezug genommen wird. Vgl. zu dieser Debatte etwa Castryck (2006), insbesondere 73-75.

68 Casement (1959); Fortbath (1977), 375; Morel et al. (1968), 7; Hochschild (2002), 359; Vansina (1986), 10; Encyclopedia Britannica (1995), 534; zusammenfassend auch Castryck (2006), 73-74; Zusammenstellung und Tabelle vom Autor selbst erstellt.

strument einzusetzen, um die Zielvorgaben innerhalb des Kongo-Freistaats zu erreichen. Im Kongo-Freistaat wurden beispielsweise sogenannte Zappo-Zap-Soldaten⁶⁹ damit beauftragt, Steuern in Form von landwirtschaftlichen Produkten einzuheben. Gräueltaten waren die Folge davon.⁷⁰ Grogan, ein unabhängiger britischer Entdecker, beschreibt den Terror und dessen Auswirkungen in seinem Bericht *From the Cape to Cairo* im Jahr 1900 über die *Domaine Privé*:

„From the north of Lake Albert to Lake Mweru there is a perfect state of chaos. Whole districts are administered by incompetent officials, often non-commissioned officers, and the troops are the lowest type of natives, almost invariably cannibals ... The people were terrorised and living in marshes ... The Belgians have crossed the frontier, descended into the valley, shot down large numbers of natives – British subjects – driven off the young women and cattle, and actually tied up and burned the old women. I do not make these statements without having gone into the matter ... Every village has been burnt to the ground, and as I fled from the country I saw skeletons, skeletons everywhere; and such postures – what tales of horror they told! ... Thus a tract of country about 3,000 square miles in extent has been depopulated.“⁷¹

Die Auswirkungen der *carte blanche* und der Straffreiheit spiegelte sich in der Beschreibung dieser Vorgänge wider. Nichtsdestotrotz verfolgte die Administration in diesem offensichtlichen Chaos ihre Vorgaben zielstrebig. Die Bestrafung der Bevölkerung, wenn die vorgegebenen Steuern nicht oder nicht in geforderter Höhe abgegeben wurden, erfolgte konsequent. Mord, Folter und Verstümmelungen führten die Söldner teils direkt im Auftrag der Kolonialverwaltung, häufig auch ohne Befehl aus. Im Fall Caudron, einer der wenigen Fälle, bei dem es zu einer Verurteilung kam, wurden im Urteil unter

69 Der Name „Zappo Zap“ geht auf eine europäische Benennung von Nsapu Nsapu aus der Siedlung Mpengie (Kasai) in den 1880er-Jahren zurück, der sich zum reichen Sklavenhändler und Herausforderer des lokalen Herrschers emporgearbeitet hatte. Nach seinem Tod 1888 führten zuerst sein Sohn und dann andere diesen „Namen“ als Titel weiter und er wurde schließlich auch Namensgeber für die gesamte „ethnische“ Gruppe bzw. deren mit dem Freistaat verbündete „Sklavenkrieger“. Letztere wurden für brutale, sogar kanibalistische Übergriffe verantwortlich gemacht. Vansina (2010), 25-27 und 73-76.

70 Slade (1962), 181.

71 Grogan, zitiert in: Morel (2005 [1906]), 64.

dem Anklagepunkt 8 Milderungsgründe für seine Taten – die Ermordung von mindestens 120 Kongolesen – angegeben, die Bezug auf den Terror im Kongo-Freistaat nahmen:

„[O]n account of his good previous character during his long stay in Africa, and the great difficulties under which he must have laboured, as he had to do his duty in the midst of a population entirely hostile to all ideas of work, and which only respects the law of force, and knows no other argument than terror.“⁷²

Ein weiteres Argument nannten Jamieson und McEvoy „the ‚othering‘ of colonial terror“. Dabei ging es um die Verleugnung der Verantwortung für die direkte Gewalt im Kongo-Freistaat durch die Europäer. Sie argumentierten, dass afrikanische Söldnern die Gewalt ausüben und nicht sie. Außerdem zweifelten sie die Opferrolle der afrikanischen Bevölkerung an, indem sie argumentieren, dass Afrikaner ohnehin brutal seien und nur das erleiden, was sie sich gewöhnlich immer schon gegenseitig angetan hatten.⁷³

Dass nicht jegliche extreme Gewalt mit Terror zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele im Kongo-Freistaat erklärbar ist, zeigt eine andere weit verbreitete und von äußerster Gewalt gezeichnete Praxis. Das massenweise Abhacken von Händen, Nasen, Ohren oder Genitalien war eine Ausprägung von Gewalt, die man auf den ersten Blick mit Terror verbinden würde, die jedoch eher auf eine andere, bizzare Form von Rationalität zurückzuführen war. Die Söldner im Kongo-Freistaat waren notgedrungen mit Feuerwaffen ausgerüstet. Dort bedeuteten diese Waffen Macht, die sich im Falle einer Revolte auch gegen die Administration richten könnte. Zudem wollten diese verhindern, dass die Söldner ihre Waffen für die Jagd verwendeten. Um sich zu versichern, dass die Kugeln für die von der Kolonialverwaltung beabsichtigten Zwecke – das Töten von Menschen – eingesetzt wurden, mussten die Söldner pro verbrauchter Kugel ein bestimmtes menschliches Körperteil als Beweis vorlegen. Dieses System wurde

72 Morel (1904), 412.

73 Ward (2005), 442.

von den Söldnern häufig umgangen, was für die Bevölkerung jedoch wiederum Tod oder äußerste Qualen zu Konsequenz hatte.⁷⁴

Anreize alleine sind für eine Erklärung des Gesamtausmaßes an extremer Gewalt im Kongo jedoch nicht ausreichend. Der hohe Bevölkerungsrückgang im Kongo kann nicht annähernd nur auf die Exzesse der Söldner zurückgeführt werden. Betrachtet man die Auswirkungen des Leopoldianischen Systems aus einer breiteren sozio-ökonomischen Perspektive, zeigt sich jedoch, dass der Terror Gewalt in einer anderen Form zur Folge hatte. Die Veränderungen, die das Leopoldianische System in diesem Kontext brachten, berührten und gefährdeten das Leben von denjenigen, die nicht direkt Opfer des Terrors wurden. Dabei ging es um einen stark abnehmenden Trend bei den (Über-)Lebenschancen der Menschen im Kongo. Bei den Folgen handelte es sich deshalb nicht in erster Linie um direkte Gewaltexzesse, unmittelbar mit Waffen gegen den Körper der Menschen, sondern um strukturelle Gewalt.⁷⁵

Dieser Umstand bedrohte weite Teile der Kolonie. Er wirkte sich auf nahezu alle Ebenen des gesellschaftlichen Gefüges aus. Die Landforderungen der Kolonialregierung brachte die Bevölkerung im Kongo massiv unter Druck, da sie zum Überleben mehr als das bereits kultivierte Land benötigten. Für die Ernährung brauchten sie Früchte und essbare Pflanzen aus den Wäldern sowie die Jagd und die Fischerei. Um die Fruchtbarkeit der Böden in den Tropen langfristig garantieren zu können, war die Bevölkerung darauf angewiesen, Wanderfeldbau zu betreiben.⁷⁶ Die Entscheidung, Land und Erträge der lokalen Bevölkerung vorzuenthalten, raubte den Kongolesen diese Lebensgrundlage auf Dauer. Dazu kam, dass die Produktion auf dem

74 So ließen manche Soldaten gleich mehrere Opfer in einer Reihe hintereinander aufstellen, um sie mit nur einer Patrone zu töten; Casement (1959), 116. Babys wurden mit den Gewehrkolben erschlagen. Da die Versorgung der Truppe mit Nahrungsmitteln generell schlecht war, verwendeten die Soldaten ihre Waffen zudem häufig für die Jagd. Die Praxis hatte dann zur Folge, dass die Soldaten lebendigen Menschen die Hände abschnitten, um zu beweisen, dass die Munition nicht verschwendet worden war. Hochschild (2002), 256-257. In Summe hatte diese Praxis unzählige verstümmelte Kongolesen zur Folge, viele starben auch aufgrund ihrer schweren Verletzungen.

75 Strukturelle Gewalt ist in komplexe Strukturen eingebettet und zeigt sich deshalb oft nicht in einer direkten Subjekt-Objekt-Beziehung. Sie drückt sich durch ungleiche Machtverhältnisse und Lebenschancen aus. Galtung (1990).

76 Ascherson (1999), 196-197.

von der Bevölkerung bereits kultivierten Land oft ebenfalls eingefordert wurde.⁷⁷ Die Kopfsteuer hatte den Effekt, dass die Familien und Dorfgemeinschaften, die auf Subsistenzwirtschaft angewiesen waren, schwerwiegende Probleme hatten, ihre Ernährung zu sichern.

Die Arbeiten, die im Kongo-Freistaat ohne Gegenleistung erbracht werden mussten, nahmen erdrückende Ausmaße an. Neben den Produktionsquoten, wurden sämtliche Arbeiten an der Infrastruktur der Kolonie – Straßen, Brücken, Kolonialresidenzen, Regierungsgebäude, Plantagen etc. – mittels Zwangsarbeit der lokalen Bevölkerung durchgeführt. Männliche Arbeiter mussten den Forderungen der Kolonialadministration nachkommen, während ihre Familien (vor allem Frauen mit Kindern) als Geiseln inhaftiert wurden, um so den Druck auf die Zwangsarbeiter weiter zu erhöhen und so Kontrolle auszuüben.⁷⁸ Dies sollte als Versicherung dafür dienen, dass die Kautschuksammler, die man bei ihrer Arbeit nicht kontrollieren konnte, in ihre Dörfer zurückkehrten. Jede Produktionsstätte in den Kautschukgebieten und sehr viele Regionen, in denen Nahrungsmittelsteuern eingehoben wurden, besaßen ein eigenes Geisel-Haus.⁷⁹ Diejenigen, die in Freiheit weiterleben konnten, mussten die fehlende Arbeitskraft in ihren Familien ersetzen. Frauen, Kinder und Alte hatten somit meistens für das Fortkommen der Familien zu sorgen. Diese Maßnahmen der Kolonialverwaltung erhöhten damit zwar die Produktion, verringerten aber zugleich die Lebenschancen der Menschen immer drastischer und führten in der Folge zur Verarmung und in letzter Konsequenz häufig zum vorzeitigen Tod.⁸⁰ Aus seinen Beobachtungen am Unterlauf des Kongo kam der westindische Missionar Hall im Jahr 1904 zum Schluss: „They live on, getting more impoverished every year“.⁸¹

Die strukturelle Gewalt forderte den Großteil der Opfer und hat somit einen hohen Anteil daran, dass das Attribut „extrem“ für

77 Hochschild (2002), 181.

78 So zum Beispiel eine Anweisung des Generalgouverneurs General Wahis an den Kommissar des Distrikts Leopoldsee im Jahr von 1897: „Where the natives refuse obstinately to work, you will compel them to obey by taking hostages.“ Morel (2005 [1906]), 38.

79 Morel (2005 [1906]), 97.

80 Z.B. über Hunger und die gesteigerte Anfälligkeit für Krankheiten (Malaria, etc.).

81 Morel (2005 [1906]), 70.

die Gewalt im Kongo heute praktisch einhellig akzeptiert wird. Sie war eine direkte Folge des Terrors.

Conclusio

Im Jahr 1898 übertraf der Wert der Exporte erstmals den der Importe. Von diesem Zeitpunkt an machte der Exportwert, der aus der Kolonie kam, ein Vielfaches der Importe in den Kongo aus, wobei Belgien der wichtigste Handelspartner des Kongo-Freistaats war.⁸² Der König erreichte zunehmend seine wirtschaftlichen Ziele, da die Kolonie zu dieser Zeit profitabel wurde. Die weiteren Vorhaben, Einigung des Kolonialgebiets durch militärische Eroberung und die Zerstörung der vorkolonialen Strukturen, waren in Gang, wurden bis zum Ende der Herrschaft des Königs 1908 jedoch nicht abgeschlossen. Das Leopoldianische System wirkte hingegen weiter. Die belgische Administration, die den Kongo-Freistaat unter dem Namen Belgisch-Kongo übernahm, führte ein paar Reformen durch, was einige Anreize des Kolonialsystems, die für die terrorartigen Gewaltexzesse verantwortlich waren, zwar deutlich dämpfte, an der strukturellen Gewalt langfristig gesehen aber relativ wenig änderte.⁸³

Die extreme Gewalt im Kongo-Freistaat war die Folge der Anreize, die das Leopoldianische System produzierte. Sowohl das Grundgerüst – in Form von Dekreten und deren Interpretation durch die verantwortliche Kolonialverwaltung – und die ständig steigenden Zielvorgaben der Kolonialverwaltung in Verbindung mit immer weiteren Bonussystemen, die den Beamten, Soldaten und Söldnern in Aussicht gestellt wurden, waren dafür verantwortlich. Als Rahmenbedingungen wurde ihnen eine *carte blanche* für die Wahl der Methoden gewährt, die sie zur Erreichung der Ziele wählten, und mit gelebter Straffreiheit bei direkter Gewalt gegen die afrikanische Bevölkerung die Sorge vor rechtlichen Konsequenzen weitgehend aus dem Weg geräumt. Gewalt gegen die afrikanische Bevölkerung entfaltete sich unkontrolliert. Um pervertierte Anreize handelte es sich dabei, weil zwar die ökonomischen und politischen Primärziele nicht in der

82 Morel et al. (1968), 36 oder Graphik 12.

83 Vgl. dazu beispielsweise Exenberger/Hartmann (2010), 11-12.

Gewaltausübung bestanden, zur Erreichung dieser Ziele aber alle Mittel erlaubt waren und die Erfüllungsgehilfen im Kongo zusätzlich dazu ermutigt wurden, keine Scheu bei der Wahl ihrer Methoden zu zeigen. Die Bevölkerung wurde praktisch als vogelfrei erklärt.

Der Zusammenhang zwischen institutionellen Anreizen des Leopoldianischen Systems und Gewalt erklärt den Fall extremer Gewalt im Kongo-Freistaat nicht vollends. Faktoren wie Rassismus oder die Verfolgung politischer Strategien trugen ebenfalls dazu bei. Wenn man Gewalt aus einer regionalen Perspektive genauer betrachtet, zeigt sich, dass diese anderen Gründe mit oft sehr unterschiedlicher Gewichtung das Bild von Gewalt im Kongo komplettieren.⁸⁴

Festzuhalten ist, dass der Terror, der durch die Anreize provoziert wurde, wiederum Gewalt in struktureller Form zur Konsequenz hatte und somit auch einen großen Einfluss auf das extreme Ausmaß ausübte, in Form etwa einer hohen Zahl an Todesopfern. Das Resultat ist, dass der Preis, den die Bevölkerung für diese Anreize zu zahlen hatte, wie Zwangsarbeit und Gewalt gegen Millionen Menschen, durch den Bau von ein paar Straßen und einer Eisenbahnlinie keinesfalls nur annähernd aufgewogen werden konnte. Dieser zugespitzte abschließende Vergleich verdeutlicht den Zynismus, den die einleitend zitierte Aussage des ehemaligen Kommissars für Entwicklung offensichtlich impliziert.

Literatur

- Acemoglu, Daron/Robinson, James A. (2006): *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Ansprenger, Franz (1977): *Auflösung der Kolonialreiche*. München: Dtv.
- Anstey, Roger (1962): *Britain and the Congo in the Nineteenth Century*. Oxford: Clarendon Press.
- Ascherson, Neal (1999): *The King Incorporated – Leopold the Second and the Congo*. London: Granta Books.
- Askin, Steve/Collins, Carole (1993): „External Collusion with Kleptocracy: Can Zaire recapture its Stolen Wealth?“, in: *Review of African Political Economy* 57, 72-85.

84 Für einen Überblick und eine Einschätzung diesbezüglich vgl. Roes (2010).

- Bates, Robert (2001): *Prosperity and Violence: the Political Economy of Development*. New York: Norton.
- Casement, Roger (1959): „The Congo Report“, in: Singleton-Gates, Peter/Girodias, Maurice, Hg.: *The Black Diaries – An Account of Roger Casement’s Life and Times with a Collection of his Diaries and Public Writings*. New York: Grove Press, 96-190.
- Castrycx, Geert (2006): „Whose History is History? Singularities and Dualities of the Public Debate on Belgian Colonialism“, in: Lévai, Csaba, Hg.: *Europe and the World in European Historiography*. Pisa: Pisa University Press, 71-88.
- Cattier, Félicien (2010 [1898]): *Droit et Administration de l’Etat Indépendant du Congo*. Brussels: Kessinger Publishing Company.
- Cline, Catherine Ann (1980): *E. D. Morel, 1873-1924: The Strategies of Protest*. Belfast: Blackstaff Press.
- De Mesquita, Bruce Bueno (2007): „Leopold II and the Selectorate: An Account in Contrast to a Racial Explanation“, in: *Historical Social Research* 32 (4), 203-221.
- Ehrhardt, Karl (1903): *Kautschuk- und Guttaperchaplflanzen* (=Angewandte Geographie 9, Heft 1), Frankfurt/M.: Verlag von Heinrich Keller.
- Emerson, Barbara (1979): *Leopold II of the Belgians – King of Colonialism*. London: Weidenfeld and Nicolson.
- Ewans, Martin (2002): *European Atrocity, African Catastrophe: Leopold II, the Congo Free State and its Aftermath*. New York: Routledge.
- Exenberger, Andreas/Hartmann, Simon (2010): *Doomed to Disaster? Long-term Trajectories of Exploitation in the Congo*, Beitrag zum Workshop „Colonial Extraction in the Netherlands Indies and Belgian Congo: Institutions, Institutional Change and Long Term Consequences“, Utrecht, 3.-4.12.2010, online unter: <http://partner.library.uu.nl/vkc/sch/research/Lists/Events/Attachments/6/Paper.ExenbergerHartmann.pdf> (Zugriff am 05.04.2011).
- Galtung, Johan (1990): „Cultural Violence“, in: *Journal of Peace Research* 27 (3), 291-305.
- Gann, Lewis H./Duignan, Peter: *The Rulers of Belgian Africa, 1884-1914*. Princeton: Princeton University Press.
- Generalakte der Berliner Konferenz (1885): „Reichstag Aktenstück 290 (Kongo-Frage)“, in: *Reichstagsprotokolle* 1884/85,7, 1641-1670, online unter: http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k6_bsb00018455_00309.html (Zugriff am 05.04.2011).
- Gewald, Jan-Bart (2006): „More Than Red Rubber and Figures Alone: A Critical Appraisal of the Memory of the Congo Exhibition at the Royal Museum for Central Africa, Tervuren, Belgium“, in: *The International Journal of African Historical Studies* 39 (3), 471-486.
- Harms, Robert (1983): „The World Abir Made: The Margina-Lopori Basin, 1885-1903“, in: *African Economic History* 12, 125-139.

- Herbst, Jeffrey (2000): *States and Power in Africa – Comparative Lessons in Authority and Control*. Princeton: Princeton University Press.
- Hochschild Adam (2002): *Schatten über dem Kongo – Die Geschichte eines fast vergessenen Menschheitsverbrechens*. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.
- Jamieson, Ruth/McEvoy, Kieran (2005): „State Crime by Proxy and Juridical Othering“, in: *British Journal of Criminology* 45 (4), 504-527.
- Jewsiewicki, Bogumil (1979): „Zaire Enters the World System: Its Colonial Incorporation as the Belgian Congo, 1885-1960“, in: Gran, Guy, Hg.: *Zaire – The Political Economy of Underdevelopment*. New York: Praeger Scientific, 29-53.
- Kinet, Ruth (1989): „Licht in die Finsternis“: *Kolonisation und Mission im Kongo, 1876-1908. Kolonialer Staat und nationale Mission zwischen Kooperation und Konfrontation*. Berlin: LIT.
- Leclercq, Hugues (1965): „Un Mode de Mobilisation des Ressources: Le Système Fiscal. Le Cas du Congo Pendant la Période Coloniale“, in: *Cahiers Economiques et Sociaux* 3 (2) (=Contribution à l’Histoire Economique du Congo, II), 95-141.
- Leslie, Winsome J. (1993): *Zaire: Continuity and Political Change in an Oppressive State*. Oxford: Westview Press.
- Loadman John (2005): *Tears of the Tree – The Story of Rubber – A Modern Marvel*. Oxford: Oxford University Press.
- Marchal, Jules (1996a): *L’Etat Libre du Congo: Paradis Perdu – L’Histoire du Congo 1876-1900, Volume 1*. Borgloon: Editions Paula Bellings.
- Marchal, Jules (1996b): *E.D. Morel Contre Léopold II – L’Histoire du Congo 1900-1910, Volume 2*. Paris: Éditions L’Harmattan.
- Money, James William B. (1861): *Java, or How to Manage a Colony. Showing a Practical Solution of the Questions Now Affecting British India* (2 Volumes). London: Hurst and Blackett.
- Morel, Edmund Dene (1904): *King Leopold’s Rule in Africa*. London: W. Heinemann.
- Morel, Edmund Dene (1912): *The Present State of the Congo Question, Official Correspondence between the Foreign Office and the Congo Reform Association*. London: Edward & Hughes.
- Morel, Edmund Dene (2005 [1906]): *Red Rubber – The Story of the Rubber Slave Trade Flourishing on the Congo on the Year of Grace 1906*. Hawaii: University Press of the Pacific.
- Morel, Edmund Dene/Stengers, Jean/Louis, Roger (1968): *E. D. Morel’s History of the Congo Reform Movement*. Oxford: Clarendon Press.
- Nelson, Samuel H. (1994): *Colonialism in the Congo Basin, 1880-1940*. Athens/OH: Ohio University Center for International Studies.
- North, Douglas Cecile (1992): *Institutionen, Institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*. Tübingen: Mohr.
- North, Douglass Cecile (2005): *Understanding the Process of Economic Change*. Princeton: Princeton University Press.

- North, Douglass Cecil/Wallis, John Joseph/Weingast, Barry R. (2009): *Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pakenham, Thomas (1994): *Der kauernde Löwe. Die Kolonialisierung Afrikas, 1876-1912*. Düsseldorf: Econ-Verlag.
- Peemans, J.-P. (1975): „Capital Accumulation in the Congo Under Colonialism: The Role of the State“, in: Gann, Lewis. H./Duignan, Peter, Hg.: *Colonialism in Africa 1870-1960, Volume 4: The Economics of Colonialism*. Cambridge: Cambridge University Press, 165-212.
- Phillips, Leigh (2010): „Ex-commissioner Calls Congo’s Colonial Master a ‚Visionary Hero‘“, in: *EU-Observer*, 22.06.2010.
- Roes, Aldwin (2010): „Towards a History of Mass Violence in the Etat Indépendant du Congo, 1885-1908“, in: *South African Historical Journal* 62 (4), 634-670.
- Schicho, Walter (1999): *Handbuch Afrika – in drei Bänden, Band 1*. Frankfurt/M.: Brandels & Apsel.
- Singleton-Gates, Peter/Girodias, Maurice (1959): *The Black Diaries – An Account of Roger Casement’s Life and Times with a collection of his Diaries and Public Writings*. New York: Grove Press.
- Slade, Ruth (1962): *King Leopold’s Congo: Aspects of the Development of Race Relations in the Congo Independent State*. London: Oxford University Press.
- Stengers, Jean (1969): „The Congo Free State and the Belgian Congo before 1914“, in: Gann, Lewis. H./Duignan, Peter, Hg.: *Colonialism in Africa 1870-1960 – Volume 1: The History and Politics of Colonialism 1870-1914*. Cambridge: Cambridge University Press, 261-292.
- Stengers, Jean (1988): „Leopold II and the Association Internationale du Congo“, in: Förster, Stig/Mommsen, Wolfgang J./Robinson, Robert, Hg.: *Bismarck, Europe, and Africa. The Berlin Africa Conference 1884-1885 and the Onset of Partition*. London: Oxford University Press, 229-244.
- Stengers, Jean (1989): *Congo, Mythes et Réalités*. Paris: Duculot.
- Stengers, Jean/Vansina, Jan (1985): „Western Equatorial Africa: King Leopold’s Congo, 1886-1908“, in: Oliver, Roland/Sanderson, G. N., Hg.: *The Cambridge History of Africa, Volume 6, From 1870 to 1905*. Cambridge/UK: Cambridge University Press, 315-358.
- Turner, Thomas (2007): *The Congo Wars: Conflict, Myth and Reality*. London: Zed Books.
- Vangroenweghe, Daniel (1986): *Du Sang sur les Lianes*. Bruxelles: Didier Hatier.
- Vansina, Jan (1986): „Introduction“, in: Vangroenweghe, Daniel: *Du Sang sur les Lianes*. Bruxelles: Didier Hatier, 1-12.
- Vansina, Jan (2010): *Being Colonized: The Kuba Experience in Rural Congo, 1880-1960*. Madison/WI: University of Wisconsin Press.
- Vanthemsehe, Guy (2006): „The Historiography of Belgian Colonialism in the Congo“, in: Lévai, Csaba, Hg.: *Europe and the World in European Historiography*. Pisa: Pisa University Press, 89-119.

- Ward, Tony (2005): „State Crime in the Heart of Darkness“, in: *British Journal of Criminology* 45 (4), 434-445.
- White, James P. (1967): „The Sanford Exploring Expedition“, in: *Journal of African History* 8 (2), 291-302.

Streit um Einheit: Der schwierige Start der Afrikanischen Integration

Thomas Spielbüchler

Einleitung

1963 entstand in Afrika die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU). Damit war man in gewisser Weise am Ziel einer zweihundert Jahre alten Bewegung, für die sich 1900 der Name *Panafrikanismus* fix etablierte. Hinter diesem Begriff hatten sich – neben einer vagen Vorstellung von Einheit – in zeitlicher Abfolge mehrere Forderungen verborgen: Emanzipation der Afrika-stämmigen Bevölkerung, Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien und zuletzt die Integration der jungen Staaten in Afrika. Dieser Zusammenschluss gestaltete sich dabei wesentlich schwieriger, als von den Protagonisten erhofft. Zu unterschiedlich waren vor rund fünfzig Jahren die Vorstellungen zu Form und Grad der Einigung – ein Gegensatz, den zwei Zitate aus dieser Zeit verdeutlichen. Kwame Nkrumah, der Präsident Ghanas und Befürworter einer umfassenden politischen Einigung erklärte:

„The survival of free Africa, the extending independence of this continent, and the development towards that bright future on which our hopes and endeavors are pinned, depend upon political unity.”¹

Dagegen formulierte der Generalgouverneur Nigerias, Nnamdi Azikiwe, die Bedenken in dem Lager jener, die für eine schrittweise

1 Nkrumah (1985), 221.

Annäherung eintraten und das Projekt der Afrikanischen Einigung mit sektoralen Kooperationen beginnen wollten:

“It would be capital folly to assume that hard-bargaining politicians who passed through the ordeal of victimization and the crucible of persecution to win their political independence will easily surrender their newly-won political power in the interest of a political leviathan which is populated by people who axe alien to one another in their social and economic relations. It has not been possible in Europe or America, and unless Africa can show herself different from other continents, the verdict of history on this score will remain unchallenged and unaltered.”²

Auseinandersetzungen zwischen den Lagern prägten die politische Diskussion in Afrika bis 1963. Die Begriffe *Union* und *Konföderation* (sowie teilweise auch *Föderation*) definierten dabei den anzustrebenden Integrationsgrad. Sie wurden von den Beteiligten nicht immer klar gegeneinander abgegrenzt bzw. unterschiedlich verstanden, was die Diskussion zusätzlich erschwerte. Der togolesische Präsident Sylvanus Olympio brachte die Problematik auf den Punkt: „Apart from the proposition that few real-life problems are so simple that they can posses only one solution, no two African states can agree on a single interpretation of the terms.”³

Folgende Ausprägungen ließen sich als Extrempositionen unterscheiden: eine Union der afrikanischen Staaten unter Aufgabe der einzelstaatlichen Souveränität und Aufhebung der nationalen Grenzen, kontrolliert durch eine Unionsregierung (vergleichbar den Vereinigten Staaten von Amerika) oder eine lockere Konföderation souveräner Einzelstaaten, die in bestimmten und definierten Gebieten kooperieren (vergleichbar der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gemäß den Römischen Verträgen von 1957). Dabei bleibt zu beachten, dass die Gruppenzugehörigkeit der Staats- und Regierungschefs nicht ausschließlich auf unterschiedlicher Integrationsauffassung beruht, sondern auch andere Überlegungen berücksichtigt werden müssen.

2 Azikiwe (1961a), 72.

3 Olympio (1961), 50.

Im Folgenden soll nach einer kurzen Einführung zum Panafrikanismus die Gründungsphase der OAU untersucht werden, wobei von der Hypothese ausgegangen wird, dass die *Unionisten* keine Chance hatten, ihre Forderungen umzusetzen, die Organisation also von Beginn an auf eine Konföderation zustrebte.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit der Afro-Asiatischen Konferenz in Bandung 1955, die einen wichtigen Meilenstein in der Geschichte der politischen Emanzipation der afrikanischen Staaten darstellte. Konkrete Integrationsvorstellungen skizzierten die Staats- und Regierungschefs seit der 1. Konferenz der Unabhängigen Staaten 1958. Unionistische und konföderale Ansätze wurden zunächst parallel, bald in Konkurrenz zueinander verfolgt. Afrika erlebte eine Lagerteilung. 1962 begannen die Fronten zu bröckeln, ehe sich 1963 mit Gründung der OAU die Konföderalisten durchsetzen konnten.

Soweit möglich, wird auf Primärquellen bzw. Aussagen und Zitate der Protagonisten zurückgegriffen, um die Jahre der afrikanischen Integrationsdebatte nachzuzeichnen. Sekundärliteratur fließt ein, um generelle Entwicklungen darzustellen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der afrikanische Kontinent heute aus 54 souveränen Staaten (und dem von Marokko besetzten Territorium Westsahara) besteht. Über diese politische Gliederung hinaus existiert eine religiöse, kulturelle und ethnische Vielfalt, die Versuchen einer Vereinheitlichung des Kontinents – Afrika – grundsätzlich entgegensteht. Der hier behandelte Integrationsprozess stellt aber den gemeinsamen Versuch der jeweiligen Staats- und Regierungschefs dar, ihre jeweiligen Vorstellungen von afrikanischer Einheit voranzutreiben. Diese überschaubare Gruppe von Männern (Frauen spielten in der afrikanischen Spitzenpolitik dieser Tage keine tragende Rolle) traf – in der Regel ohne ein Mitspracherecht von Volksvertretern – die Entscheidungen. Verallgemeinerungen beziehen sich auf die gemeinsame Herausforderung dieser Gruppe!

Panafrikanismus – Leitbegriff einer Idee

Panafrikanismus war neben *Unabhängigkeit* eines der wichtigsten politischen Schlagworte jener Zeit in Afrika. Damit verbunden war die Hoffnung auf eine glanzvolle Zukunft nach der gemeinsam erlittenen Erfahrung europäischer Herrschaft. Eine allgemein gültige Definition des Begriffs ist dabei unmöglich. Seit den Anfängen der panafrikanischen Bewegung im späten 18. Jahrhundert und deren Institutionali-

sierung durch die Pan-African Conference in London 1900 haben sich die Inhalte und Ziele ständig geändert.⁴ Als normative Elemente lassen sich der Kampf gegen rassistisch bedingte Diskriminierung und Ausbeutung, wirtschaftliche, politische und soziale Emanzipation sowie ein allen Pan-Bewegungen zuzuschreibendes Bestreben nach Einheit feststellen. Bezogen auf den Einheitsgedanken war (und ist) der Panafrikanismus aber beschränkt auf die Überlegungen elitärer Zirkel. Ein gemeinsames Afrika war niemals Interesse oder Ziel breiter Massenbewegungen. Dies ist umso erstaunlicher, da seit dem Rückzug der Kolonialmächte die Notwendigkeit einer Einigung von den afrikanischen Staats- und Regierungschefs immer wieder betont wurde (wo- bei das englische Wort *unity* diese Zielvorstellung besser beschreibt).

Der US-Politologe Charles F. Andrain teilte die Geschichte der Bewegung bereits 1962 in drei Phasen ein.⁵ Die erste Phase begann 1900 mit der bereits erwähnten Pan-African Conference. Ihr wichtigster Protagonist, der afroamerikanische Intellektuelle W.E.B DuBois, hing der idealistischen Überzeugung an, dass durch die Ideen der Aufklärung rassistische Diskriminierung überwunden werden könnte. Das Motto dieser Phase ließe sich mit „Emanzipation“ oder „Gleichheit“ zusammenfassen. DuBois schrieb dazu 1933: „Pan-Africa means intellectual understanding and co-operation among all groups of Negro descent in order to bring about at the earliest possible time the industrial and spiritual emancipation of the Negro peoples.”⁶

DuBois' bedeutendster Gegenspieler, Marcus Garvey, teilte diese Einschätzung nicht. Man könne, so dessen Credo, der rassistischen Unterdrückung nur durch räumliche Trennung entfliehen. Selbst in Jamaika geboren, prägte er das Motto: Zurück nach Afrika! Das Aufkommen von Nationalsozialismus und Faschismus sollte Garveys Pessimismus vorerst recht geben.

Die zweite Phase begann mit dem 5. Panafrikanischen Kongress in Manchester 1945. Der Begriff *Panafrikanismus* wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend politisiert, DuBois' Hoffnung auf Gleichheit war der Forderung nach Unabhängigkeit gewichen. Der Ruf nach „Freiheit“ kann als zentrales Element dieser Phase angese-

4 Esedebe (1994); Geiss (1969).

5 Andrain (1962).

6 DuBois (1933), 247.

hen werden. Sie war geprägt von dem aus Trinidad stammenden George Padmore und vor allem durch Kwame Nkrumah, Goldküste (dem späteren Ghana). Padmore und Nkrumah waren verantwortlich für die Resolution des Kongresses, in der die Forderungen deutlich wurden:

“We believe in the rights of all peoples to govern themselves. We affirm the right of all colonial peoples to control their own destiny. All colonial peoples must be free from foreign imperialist control, whether political or economic. The peoples of the colonies must have the right to elect their own government, a government without restrictions from a foreign power.”⁷

Der Beginn der dritten Phase gemäß Andrains Einteilung ist zeitlich nicht exakt festzulegen. Sie beginnt mit dem Rückzug der Europäer aus Afrika in den 1950er Jahren. Der Panafrikanismus erlebte eine neue Institutionalisierung. Während man sich 1900 in London zusammenfand und mit der Schaffung eines ständigen Sekretariats die Bewegung formalisierte, ging es nun um die politische Umsetzung der Gemeinschafts-Idee, der afrikanischen Integration, die 1963 in der Gründung der OAU gipfelte. Der äthiopische Kaiser Haile Selassie I. erklärte dazu anlässlich der Gründungskonferenz: „History teaches us that unity is strength, and cautions us to submerge and overcome our differences in the quest for common goals, to strive, with all our combined strength, for the path to true African brotherhood and unity.”⁸

Die dritte Phase des Panafrikanismus ist Gegenstand dieser Untersuchung. Neben der bereits erwähnten Teilung in zwei große Blöcke, die sich in der Frage um Grad und Geschwindigkeit der Integration gegenüberstanden, war sie gekennzeichnet von einer ganzen Reihe regionaler und thematischer Zusammenschlüsse bzw. Kooperationen, von denen die wichtigsten hier berücksichtigt werden (siehe auch Abbildung 1).

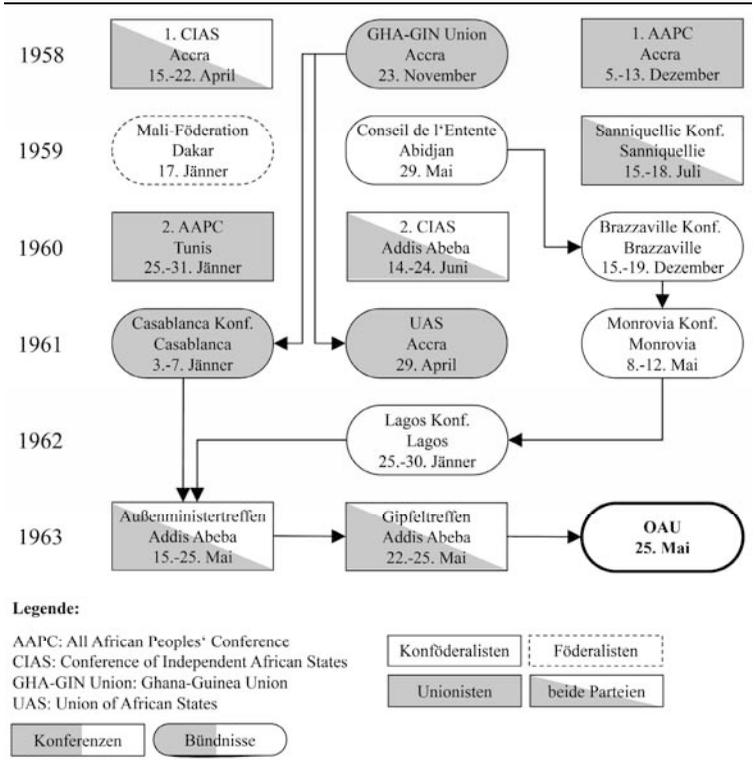
Andrains Einteilung aus dem Jahr 1962 ließe sich um eine vierte Phase ergänzen: die engere politische Integration seit Ablöse der OAU durch die Afrikanische Union (AU) im Jahr 2002. Innerhalb

7 *Declaration to the Colonial Peoples of the World* (1945).

8 Selassie (1963), 3.

der AU denkt man über eine Unionsregierung nach (*Union Government*) und versucht, gemeinsame Werte durchzusetzen, die hier als „verantwortungsvolle Regierungsführung“ (*good governance*) zusammengefasst werden.

Abbildung 1: Integrationsbemühungen in Afrika von 1958 bis zur Gründung der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) 1963⁹



Konzept: Thomas Spielbüchler

⁹ Die hier angeführten Konferenzen und Bündnisse stellen einen für die Dynamik relevanten Ausschnitt der tatsächlichen Bemühungen um die Afrikanische Integration bis 1963 dar. Nicht berücksichtigt sind regionale Bündnisse bzw. Zollunionen. Darstellung durch den Autor.

Integration

Als im Mai 1963 die OAU gegründet wurde, waren 33 von heute 53 afrikanischen Staaten unabhängig – darunter auch die Republik Südafrika, die in Afrika wegen des rassistischen Apartheid-Regimes nicht als freier afrikanischer Staat betrachtet worden ist.¹⁰ Der Rückzug der europäischen Kolonialmächte hatte in den 1950er-Jahren begonnen und 1960 einen Höhepunkt erlebt, als 18 Territorien unabhängig geworden sind (die Territorien Britisch- und Italienisch Somaliland haben sich 1960 zu einem Staat vereinigt).¹¹ Während für die verbliebenen britischen und französischen Kolonialgebiete die Unabhängigkeit absehbar war, weigerten sich die autoritären (von vielen als faschistisch angesehenen) Regime in Portugal und Spanien bis zu ihrem Ende Mitte der 1970er-Jahre, aus ihren Kolonien abzuziehen.

Im zu der Zeit noch sehr undifferenzierten Lagerdenken der beiden Supermächte wurden die jungen afrikanischen Staaten auch Schauplatz des Kalten Kriegs: es ging um Einflussphären, strategische Überlegungen, Bodenschätze, Stimmenmaximierung bei den Vereinten Nationen und die Nullsummen-Logik dieser globalen Auseinandersetzung. Der Ost-West Konflikt fand seinen Niederschlag in der Politik der meisten afrikanischen Staaten, hatte aber vergleichsweise wenig Einfluss auf die gemeinsamen Integrationsbemühungen.

Bandung 1955 – erste Schritte

Es war ein starkes Signal der sogenannten „Dritten Welt“,¹² als sich 1955 Vertreter von insgesamt 29 asiatischen und afrikanischen Staaten vom 18. bis 24. April im indonesischen Bandung trafen. Sie waren

10 *Resolutions adopted by the First Conference of Independent African Heads of State and Government* (1963). Südafrika wurde dabei nicht direkt als Kolonie bezeichnet, das Apartheid-Regime aber als kriminell verurteilt (Agenda Item II: Apartheid and Racial Discrimination).

11 Die Motive hinter dem europäischen Rückzug lassen sich in drei Argumentationsbündel zusammenfassen: 1.) Antikolonialismus in den Kolonien; 2.) wirtschaftlicher Druck und Konzentration auf Europa nach dem 2. Weltkrieg bei den Kolonialmächten und 3.) verstärkter internationaler Druck z.B. durch die UNO. Osterhammel (2006), 119-124.

12 Der Begriff wird dem französischen Demographen Alfred Sauvy zugeschrieben, der ihn 1952 in einem Artikel in der Zeitschrift *L'Observateur* mit dem Titel „Trois Mondes, une Planète“ verwendete; Sauvy (1952). Als Urheber werden auch andere Autoren genannt, z.B. Frantz Fanon.

der Einladung der Staats- und Regierungschefs von Burma (seit 1989 offiziell Myanmar), Ceylon (seit 1972 Sri Lanka), Indien, Indonesien und Pakistan zu dieser Asiatisch-Afrikanischen Konferenz gefolgt, um über politische, wirtschaftliche und kulturelle Kooperationen zu sprechen – ein erstes und kräftiges Lebenszeichen des „Südens“, der nicht länger nur am Gängelband diverser Kolonialmächte hängen wollte.¹³ Aus Afrika nahmen Vertreter aus Ägypten, Äthiopiens, der Goldküste (seit 1957 Ghana), Liberias, Libyens und des Sudans teil (wobei die Goldküste und der Sudan nach wie vor unter kolonialer Kontrolle standen).

Im Abschluss-Kommuniqué der Afro-Asiatischen Konferenz war man sich einig über die Notwendigkeit von Kooperation auf verschiedenen Gebieten und verurteilte Rassismus und Kolonialismus.¹⁴ Konkrete Vorschläge zu einer Institutionalisierung etwaiger Zusammenarbeit wurden in Bandung nicht gemacht, es ist aber anzunehmen, dass vielen direkt oder indirekt Beteiligten die Bedeutung solcher Konferenzen bewusst wurde. Darunter war auch Kwame Nkrumah, damals noch Premierminister der Kronkolonie Goldküste, der zwar persönlich eingeladen war, sich aber dem britischen Druck beugte und nicht nach Bandung reiste.¹⁵ Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz von 1955 funktionierte in gewisser Weise als Wachruf für die Länder des Südens, sich gemeinsam (und damit stärker) auf internationaler Bühne zu präsentieren. Viele der in weiterer Folge angesprochenen Konferenzen und Bündnisse verwiesen in Deklarationen auf die Bandung-Konferenz.

Accra 1958 – Startschuss zum Integrationsprozess

Am 6. März 1957 wurde die Goldküste unabhängig und in Ghana umbenannt. Bei den tagelangen Feiern soll Premierminister Nkrumah (Ghana wurde als Mitglied des Commonwealth erst 1960 Republik

13 Die Konferenz ist im Zusammenhang mit der sich formierenden Blockfreien-Bewegung zu sehen, mit der verschleppten Entkolonialisierung nach der Gründung der Vereinten Nationen, mit dem Abstecken der Einflussphären innerhalb der sogenannten Dritten Welt und den Auswirkungen des Kalten Kriegs in Asien. Young (2005).

14 *Final Communiqué of the Asian-African Conference* (1955).

15 Ampiah (2007).

und Nkrumah damit Präsident des Landes) die Idee zu einem Treffen der Oberhäupter der unabhängigen afrikanischen Staaten gehabt haben.¹⁶ Konkret waren dies neben Ghana noch Äthiopien, Liberia, die Vereinigte Arabische Republik (der Zusammenschluss von Ägypten und Syrien zwischen 1958 und 1961), Libyen, Sudan, Marokko und Tunesien. Dieser Gipfel, die First Conference of Independent African States (CIAS), fand vom 15. bis 22. April 1958 in Accra statt. Gastgeber Nkrumah, der Präsident Liberias William S. Tubman, Prinz Saleh Selassie, Sohn des äthiopischen Kaisers Haile Selassie I., sowie die Außenminister der restlichen fünf Staaten betonten in der Präambel der gemeinsamen Deklaration die Einigkeit und Einheit:

“We further assert and proclaim the unity among ourselves and our solidarity with the dependent peoples of Africa as well as our friendship with all nations. We resolve to preserve the unity of purpose and action in international affairs which we have forged among ourselves in this historic Conference; to safeguard our hard-won independence, sovereignty and territorial integrity; and to preserve among ourselves the fundamental unity of outlook on foreign policy so that a distinctive African Personality will play its part in co-operation with other peaceloving nations to further the cause of peace.”¹⁷

Diese Erklärung mit ihren insgesamt elf Resolutionen stellt gewissermaßen den ersten Baustein zur afrikanischen Integration dar. Einheit wurde darin ebenso betont, wie die staatliche Souveränität – ein Gegensatz, der die weitere Diskussion prägen sollte: Waren die Staats- und Regierungschefs bereit, die staatliche Souveränität, wichtiges Element der Unabhängigkeit, zugunsten eines übergeordneten, afrikanischen Regimes als Zeichen der angestrebten Einheit einzuschränken?

Nkrumah betrachtete die Konferenz gewissermaßen als Startschuss und war voller Optimismus: „Als ich am 15. April 1958 die Repräsentanten zur Konferenz begrüßte, spürte ich, dass der Panafrikanismus endlich nach Afrika gekommen ist, wohin er gehörte. Es

16 Ki-Zerbo (1988), 689.

17 *Declaration of the First Conference of Independent African States* (1958).

war eine historische Begebenheit.¹⁸ Seine Überzeugung ist in Nkrumahs 1963 erschienenem Buch *Africa Must Unite* zusammengefasst:¹⁹ nur durch einen Zusammenschluss, eine Union, könne das freie Afrika überleben. Nur durch eine völlige Auflösung der kolonialen Grenzen und eine gemeinsame, afrikanische Regierung und ein gemeinsames Militärkommando wäre es möglich, der drohenden Neo-Kolonialisierung zu widerstehen. Nationalstaatlichkeit würde zu schwachen Staaten in Afrika, zu einer Balkanisierung führen, die den externen Interessen leichtes Spiel böte.

Die in Accra beschlossenen Resolutionen gingen aber nicht unbedingt in die von Nkrumah erhoffte Richtung, wie die Betonung der Souveränität deutlich machte. Mit der plötzlichen Unabhängigkeit Guineas bot sich dem ghanaischen Politiker aber eine neue Chance: Ahmed Sékou Touré war der starke Mann in der französischen Kolonie Guinea. Er sprach sich offen gegen die von Präsident Charles de Gaulle angebotene Teilautonomie im Rahmen der französischen *Communauté Française* aus.²⁰ Ein Standpunkt, dem die Bevölkerung Guineas in einem Referendum zu dieser Frage Ende September 1958 folgte.²¹ De Gaulle war in seinem Stolz verletzt und Frankreich zog sich sofort aus Guinea zurück, woraufhin dort am 2. Oktober 1958 die Unabhängigkeit proklamiert wurde.²²

18 Nkrumah (1985), 136.

19 Nkrumah ließ dieses Buch vor der Gründungskonferenz der OAU 1963 publizieren, um seine Position beim Gipfeltreffen zu unterstreichen.

20 Die *Communauté Française*, (frz. für „Gemeinschaft“), sollte in gewisser Weise als Pendant zum britischen Commonwealth funktionieren.

21 Im Falle Guineas wurden im Referendum am 28. September 1958 1,4 Millionen registrierte Wähler gefragt, ob sie für eine Verfassungsänderung seien, die Guinea zu einem teilautonomen Mitglied der *Communauté Française* machen würde. Im Fall einer Ablehnung versprach de Gaulle die Unabhängigkeit für die betroffene Kolonie. Im Gegensatz zu allen anderen französischen Kolonien stimmte einzig in Guinea die Bevölkerung mehrheitlich (mit dafür allerdings 95,2 %) gegen die neue Verfassung. Angaben aus: African Election Database, online unter: <http://africanelections.tripod.com> (Zugriff am 29. Juli 2010).

22 Hinter der harschen französischen Reaktion stand auch Félix Houphouët-Boigny, Präsident der afrikanischen Sammelbewegung *Rassemblement Démocratique Africain* (RDA), der sich für eine Beibehaltung der engen Beziehungen zu Frankreich aussprach. Touré war Mitbegründer der RDA und mit seinem Ausscheren aus der offiziellen Linie der Partei zeigten sich erste Bruchlinien zwischen den jungen afrikanischen Staaten bzw. deren Staatshäuptern. Ansprenger (1961), 278-284.

In der plötzlichen Isolation Guineas im frankophonen Afrika bot Nkrumah seinem Amtskollegen Touré Unterstützung an. Die beiden Staatschefs erklärten am 23. November 1958 eine konstitutionelle Union Ghanas und Guineas. Diese Union sollte „Kern der Vereinigten Staaten von Afrika“ sein,²³ blieb zunächst aber ein Papiertiger.²⁴

Neben der Ghana-Guinea Union schuf sich Nkrumah im Dezember 1958 eine weitere Bühne zur Vorstellung seiner Ideen: Vom 5. bis 13. Dezember lud er zur 1. All African People's Conference nach Accra. Politische Führer und Gewerkschaftsfunktionäre aus 28 (hauptsächlich) afrikanischen Staaten und Kolonialterritorien folgten dieser Einladung.²⁵ In den dort verabschiedeten Resolutionen verurteilte man erwartungsgemäß Kolonialismus sowie Rassismus und warnte vor den von Nkrumah postulierten Gefahren für die jungen Staaten.²⁶ Dem ghanaischen Staatschef gelang mit dieser Konferenz ein wichtiger Schritt: er erweiterte den bisher sehr engen Zirkel von unabhängigen Staaten auf ganz Afrika und bot damit auch Vertretern aus noch unfreien Gebieten eine Bühne. Gleichzeitig schuf er damit den Anschein, dass auf dem gesamten Kontinent seine Ideen geteilt würden. In seiner Vorkämpferrolle für eine politische Union positionierte er sich als starker Mann Afrikas. Dazu ist aber anzumerken, dass diese Konferenz eine Nichtregierungsveranstaltung war, deren politisches Gewicht nicht an jenes der CIAS heranreichte.

23 Nkrumah (1985), 141.

24 Im Mai 1959 verabschiedeten Nkrumah und Touré die Conakry-Resolution, in der sie über eine Union Unabhängiger Afrikanischer Staaten nachdachten, in der die Souveränität der Einzelstaaten zugunsten der Union eingeschränkt werden sollte. Die Resolution wurde praktisch nie umgesetzt, initiierte aber Gegenbewegungen im Lager der Konföderalisten. Als Touré sich ab 1962 verstärkt dem Westen zuwandte, war die Union kein Thema mehr.

25 Vertreter aus 21 afrikanischen Staaten/Territorien: Angola, Äthiopien, Basutoland, Belgisch-Kongo, Dahomey, Französisch Somaliland, Französisch Zentralafrika, Ghana, Kamerun, Nigeria, Nordrhodesien, Nyasaland, Sansibar, Senegal, Sierra Leone, Südafrika, Südwest-Afrika, Tanganjika, Togoland, Tunesien und Uganda. Dazu kamen Beobachter aus Dänemark, Großbritannien, Indien, Kanada, der UdSSR, den USA und der Volksrepublik China. Reynolds (2005), 69-70.

26 *Resolutions of the All African People's Conference* (1958).

Weichenstellungen

Während es Nkrumah gelang, seine Position in Afrika zu unterstreichen, entwickelte sich in den französischen Gebieten Westafrikas eine Integrationsdiskussion auf anderem Niveau. Es ging nicht um die gesamtafrikanische Einheit, sondern um die Möglichkeiten der französischen Kolonien, Paris gegenüber aufzutreten: Sollte man nach dem Vorbild Französisch Westafrikas oder Französisch Äquatorialafrikas²⁷ große Föderationen bilden oder als einzelne autonome Staaten der *Communauté Française* beitreten? Die Protagonisten waren dabei der Senegalese Léopold Sédar Senghor, der sich für den Föderalismus aussprach, und Félix Houphouët-Boigny (Elfenbeinküste, heute Côte d'Ivoire), der Angst hatte, die Elfenbeinküste müsste die ärmeren Länder Afrikas mitschleifen.²⁸ Die Politikwissenschaftlerin Lynn K. Mytelka machte drei Argumentationsstränge aus, die für das Scheitern der Aufrechterhaltung der beiden großen französischen Föderationen in Afrika ins Treffen geführt wurden:²⁹

1. Es gab keine Kernregionen, die bereit waren, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Die wirtschaftlichen Zentren der großen französischen Kolonialföderationen West- und Äquatorialafrika, Elfenbeinküste und Gabun, waren ausgesprochene Gegner einer politischen Union.
2. Eine gewisse Form von Nationalismus verhinderte die Bereitschaft, Souveränitätsrechte an ein übergeordnetes Regime abzugeben.
3. Externe Faktoren: es war leichter, abhängige Einzelstaaten zu kontrollieren, als eigene Interessen in einer großen afrikanischen Föderation durchzusetzen. Besonders Frankreich hat dahingehend Druck ausgeübt.

27 Französisch Westafrika (Afrique occidentale française, AOF, Mauretanien, Senegal, Französisch Sudan, Guinea, Elfenbeinküste, Obervolta, Dahomey und Niger) und Französisch Äquatorialafrika (Afrique équatoriale française, AEF: Gabun, Kongo, Ubangi-Shari und Tschad) wurden die Föderationen genannt, zu denen Frankreich Teile seiner Kolonien in Afrika 1895 bzw. 1910 zusammenschloss und jeweils durch einen Generalgouverneur verwaltete.

28 Ansprenger (1961), 358.

29 Mytelka (1974), 298-299.

Es kam also zu keiner großen föderalen Lösung, die Föderalisten³⁰ gaben sich aber noch nicht geschlagen. Im Jänner 1959 proklamierten die Regierungschefs von Senegal, des Französischen Sudans (heute Mali), Dahomeys (heute Benin) und Obervolta (heute Burkina Faso) die Föderation von Mali. Der Name war eine Anlehnung an das historische Reich in Westafrika vom 13. bis zum 15. Jahrhundert. Auf Druck Frankreichs und Houphouët-Boignys zogen sich Dahomey und Obervolta aber schon nach wenigen Wochen wieder zurück.³¹ Die Mali-Union aus den verbliebenen Mitgliedern Senegal und Französisch Sudan zerbrach bereits im August 1960.

In der Elfenbeinküste, die durch wirtschaftliche Beziehungen von einer engen Kooperation mit Frankreich profitierte, arbeitete Felix Houphouët-Boigny in der Zwischenzeit an einem Gegenentwurf zur Mali-Föderation (und natürlich zur Ghana-Guinea Union). Das Ergebnis: der im Mai 1959 gegründete Conseil de l'Entente zwischen der Elfenbeinküste, Niger und den beiden aus der Mali-Föderation herausgelösten Gebieten Dahomey und Obervolta. Abgesehen von der symbolischen Bedeutung und einer Festigung der Position Houphouët-Boignys als einflussreiche Persönlichkeit in Afrika, sollte der Conseil wirtschaftlicher Kooperation (bei voller Souveränität der Einzelstaaten) dienen, wobei man es tunlichst vermied, von gemeinsamen politischen Organen zu sprechen.³²

Parallel zur Föderalismus-Debatte in Westafrika reagierte der liberianische Präsident William S. Tubman auf die Unionsideen von

30 Hier werden bezüglich der Gruppierungen im Wesentlichen drei Bezeichnungen verwendet: Unionisten, Föderalisten und Konföderalisten. Ziel der Unionisten war eine politische Union. Die Föderalisten spielten nur im Zusammenhang mit dem Auftreten der französischen Kolonien gegenüber Frankreich eine Rolle. Die Konföderalisten bildeten in der Frage der afrikanischen Integration die Gegner der Unionisten. Sie waren für einen lockeren Zusammenschluss bei voller Souveränität. Oft werden die Konföderalisten auch als Gradualisten bezeichnet, nach ihrer Überzeugung, eine afrikanische Einheit nur langsam und schrittweise erreichen zu können. Da nach der Gründung der OAU aber lange Zeit keinerlei Schritte in Richtung einer weiteren Integration gesetzt wurden, sind die Betonungen einer graduellen Annäherung als Lippenbekenntnisse zu werten. In der Anfangsphase (um 1960) gab es besonders mit Sylvanus Olympio in Togo auch einen Partikularisten in Afrika, der sich strikt jeder Form der Integration oder Kooperation verweigerte. Olympio wechselte aber bald ins Lager der Konföderalisten.

31 Zu den Hintergründen, besonders der Rolle Houphouët-Boignys siehe Ansprenger (1961), 358-362.

32 Ansprenger (1961), 361.

Nkrumah. Er war klar gegen eine Union und trat für eine Konföderation ein. Tubman lud Nkrumah und Touré im Juli 1959 zu einer Konferenz ins liberianische Sanniquellie. Dies war (nach der deutlichen Stellungnahme Houphouët-Boignys) das bereits zweite Mal, dass die beiden Unionisten mit klarer Ablehnung ihrer Integrationsvorstellungen konfrontiert waren. Dementsprechend zurückhaltend liest sich auch die gemeinsame Deklaration der drei Staatsmänner: Ein zukünftiges Staatenbündnis sollte „Community of Independent African States“ heißen, dessen Motto Unabhängigkeit und Einheit wären. Die Liste der Prinzipien des angedachten Gebildes lässt Freiraum für Interpretationen: Einheit (*unity*) ist ebenso erwähnt wie nationale Identität. Das Reizwort Souveränität kommt wohlweislich nicht vor, aber das Prinzip der Nichteinmischung in die Belange anderer Staaten. In Sanniquellie wurde auch eine Neuauflage der Conference of Independent African States beschlossen.³³ Mit dieser Erklärung waren Tubman einerseits und Nkrumah sowie Touré andererseits der Streitfrage um die Form der Integration ausgewichen. Sanniquellie machte aber die Bruchlinien zwischen den Protagonisten deutlich.

Noch vor der in Liberia beschlossenen 2. Konferenz der Unabhängigen Afrikanischen Staaten wurde in Tunis die 2. All African People's Conference abgehalten: Im Jänner 1960 trafen sich 180 Delegierte aus dreißig afrikanischen Staaten. Erwartungsgemäß war hier das Pro-Nkrumah Lager federführend und man wiederholte die bekannten Forderungen und Warnungen des Ghanaers.³⁴

Dermaßen gestärkt gingen die Unionisten in die 2. Conference of Independent African States, die im Juni 1960 in Addis Abeba stattfand. Delegierte aus mehr als 20 Staaten, von denen elf bereits unabhängig waren (wobei Kongo-Leopoldville, Nigeria, Somalia und Algerien auch bereits voller Mitgliedstatus gewährte wurde), nahmen an diesem Treffen teil.³⁵

Hier kam es zum Eklat zwischen Unionisten und Konföderalisten (die bis dahin noch kein explizites Lager gebildet hatten, sich

33 Sanniquellie-Conference (1959).

34 *Resolutions adopted by the Second All African People's Conference* (1960).

35 Seit der ersten CIAS in Accra 1958 hatten bis Juni 1960 auch Guinea, Kamerun, Senegal und Togo die Unabhängigkeit erreicht. Die Vereinigte Arabische Republik nahm an dieser Konferenz nicht teil. Johnson (1962), 428.

aber in der Ablehnung der Ideen Nkrumahs einig waren). Ausgehend von den unterschiedlichen Auslegungen der Sanniquellie-Deklaration wurde Nkrumah direkt angegriffen. Der nigerianische Delegierte unterstellte ihm, die Herrschaft über den gesamten Kontinent anzustreben, und damit persönliche Motive, die eine Gefahr für den Panafrikanismus darstellten.³⁶ Damit war eine Auslegung der Sanniquellie-Deklaration im Sinne Nkrumahs vom Tisch und der ghanaische Premier wegen der ihm unterstellten Machtansprüche öffentlich diskreditiert. Der Graben zwischen Unionisten und Konföderalisten konnte nicht mehr übersehen werden. In der gemeinsamen Resolution konzentrierte man sich daher auf konsensuale Themen wie die Verurteilung des Kolonialismus, der Apartheid oder Abrüstung. Der brisante Komplex der Integration wurde auf wirtschaftliche und kulturelle Kooperationen beschränkt.³⁷

Lagerteilung

Der nächste entscheidende Schritt auf dem Weg zur afrikanischen Integration ist die Konferenz von Brazzaville im Dezember 1960. Die unmittelbare Vorgeschichte dazu reicht zurück bis in den Oktober des Jahres. Houphouët-Boigny lud Vertreter der frankophonen afrikanischen Staaten ins ivoirische Abidjan um eine gemeinsame Haltung in der Algerien-, Kongo- und Mauretaniensfrage abzustimmen.³⁸ Man einigte sich auf eine undefinierte Haltung gegenüber Algerien, um

³⁶ Esedebe (1994), 174-176.

³⁷ *Resolutions of the Second Conference of Independent African States* (1960). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass man bereits 1960 die Schaffung einer Organisation für Afrikanische Wirtschaftskooperation angedacht hat, also die Institutionalisierung einer Zusammenarbeit, die eigentlich erst 20 Jahre später mit dem Lagos Plan of Action wieder aufgegriffen worden ist.

³⁸ Touré hatte als Unionist eine Teilnahme trotz Einladung abgelehnt, Modibo Keita, Präsident des ehemaligen Französischen Sudans, aus dem nach dem Bruch der Mali-Föderation das unabhängige Mali entstanden ist, liebeäugelte ebenfalls mit unionistischen Ideen. Der Präsident Togos, Olympio, wollte als (zu der Zeit noch) Partikularist nicht an der Konferenz teilnehmen und Philibert Tsiranana, Präsident Madagaskars, argumentierte mit der räumlichen Entfernung bei seiner Absage. Ki-Zerbo (1988), 693. Thematisch ging es in Algerien um die Situation durch die Weigerung Frankreichs, sich aus dem Land zurückzuziehen; hinsichtlich Kongo-Leopoldville diskutierte man, wen man in der entstandenen Regierungskrise unterstützen wolle: Präsident Joseph Kasavubu oder Premierminister Patrice Lumumba; Mauretaniens musste sich gegen Besitzansprüche Marokkos wehren.

hier nicht in einen Konflikt mit Frankreich zu kommen. In Kongo-Leopoldville wollte man Präsident Kasavubu unterstützen, da Premier Lumumba zu diesem Zeitpunkt im Westen bereits als Kommunist gebrandmarkt war und sich in „Schutzhafte“ befand. In Abidjan wurde auch Algerien die Solidarität im Streit mit Marokko zugesprochen.³⁹

Die Gruppe traf sich – erweitert um Madagaskar – erneut im Dezember in Brazzaville (heute Republik Kongo). Hier wurden neben den oben bereits erwähnten Themen auch Möglichkeiten der Kooperation besprochen. Dabei verließ man das bekannte Terrain nicht wirklich: wirtschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame diplomatische Vertretungen im Ausland. In der kongolesischen Hauptstadt wurde aber auch über ein gemeinsames Verteidigungskonzept nachgedacht (man reagierte auf die Warnungen Nkrumahs also auch bei den Föderalisten). Die Staatsmänner gaben der neuen Gruppe einen Namen: Union Africain et Malgache (UAM),⁴⁰ wobei der Unionsbegriff nichts mit Nkrumahs Vorstellungen der politischen Integration zu tun hatte, der die Gruppe als Opfer bzw. Handlanger des Neoinperialismus bezeichnete.⁴¹ Bekannt wurde die Kooperation der zwölf frankophonen Staaten aber als Brazzaville-Gruppe – institutioneller Nukleus der Konföderalisten.⁴²

Die Gründung der Brazzaville-Gruppe zog natürlich eine Reaktion auf der politischen Gegenseite nach sich. Im Jänner 1961 lud der marokkanische König Mohammed V. zu einer Konferenz nach Casablanca. Hier traf er sich mit den Präsidenten Nkrumah, Touré, Modibo Keita (der das junge Mali nach dem Bruch der Mali-Föderation damit ins Lager der Unionisten steuerte) und Gamal Abdel Nasser, Präsident der Vereinigten Arabischen Republik. Weitere Delegierte waren der Premierminister der algerischen Exilregierung (GPRA), Ferhat Abbas, sowie ein hochrangiger Vertreter Libyens. Eingeladen waren auch zahlreiche andere afrikanische Staaten – aller-

39 Ki-Zerbo (1988), 693.

40 *Declaration of the Second Conference of French African States at Brazzaville* (1960).

41 Nkrumah (1985), 179.

42 Die Föderalisten der Mali-Föderation, Senghor und Keita, haben sich nach dem Bruch der Föderation im August 1960 jeweils unterschiedlichen Lagern zugewandt: Senghor vertrat den Senegal in der Brazzaville-Gruppe, Keita sollte sich wenig später dem Lager der Unionisten anschließen.

dings keine Mitglieder der Brazzaville-Gruppe, die sich in der Mauretanien-Frage ja gegen Marokko gestellt hatte.⁴³

Diese Einladungspolitik Mohammed V. machte deutlich, worum es ihm in Casablanca ging: es waren weniger seine Überlegungen hinsichtlich einer afrikanischen Integration, als vielmehr die Sorge um Marokkos Position in Afrika im Streit mit Mauretanien, das als Brazzaville-Mitglied breite Rückendeckung genoss. Als traditionsbewusstem Monarchen dürfte ihm auch – ähnlich wie Selassie in Äthiopien – jeglicher Unionsgedanke, der die Auflösung von Grenzen bedeutet hätte, fern gelegen haben. Der Streit mit Mauretanien (und später auch mit Algerien) zeigte dies deutlich.

Thematisch kreiste die Konferenz um vier große Themen: Mauretanien, die Kongo-Krise, Israel und die afrikanische Integration. Bis dahin hatten z.B. Nkrumah oder Abbas die marokkanischen Ansprüche auf Mauretanien nicht anerkannt, sie änderten aber ihre Politik im Interesse der Einheit. In der Kongo-Frage nahm man eine Gegenposition zur Brazzaville-Gruppe ein und verlangte eine Freilassung Lumumbas, wobei man mit dem Rückzug der jeweils eigenen Truppen aus dem UN-Kontingent drohte (wogegen Nkrumah opponierte). Bezüglich Israels unterstützte man die Position Nassers, der seinen Nachbarstaat als Basis des Imperialismus bezeichnete (auch hier war Nkrumah anderer Meinung, er riskierte aber nach der Kongo-Frage keine weitere Meinungsverschiedenheit).⁴⁴ Die Konferenz endete mit der Ausarbeitung einer African Charta of Casablanca, in der als Ziele Freiheit, Einheit, Bündnisfreiheit, Entkolonialisierung und eine Kooperation der afrikanischen Staaten aufschienen. Darin tauchten auch konkrete Ideen zur Institutionalisierung dieser Kooperation auf: eine Ratsversammlung sowie ein Joint African High Command zur Umsetzung einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie. Unterzeichnet wurde die Charta von König Mohammed V. und den Präsidenten Nkrumah, Touré, Keita und Nasser sowie Premier Abbas (Libyen zog sich zurück).⁴⁵

43 Johnson (1962), 437.

44 Esedebe (1994), 179.

45 Fünf Monate später verabschiedete die Gruppe das Protocol of the African Charter of Casablanca, unterzeichnet am 5. Mai in Kairo als institutionellen Rahmen der Kooperation, die aber keinen expliziten Namen bekam; *Protocol of the African Charta of Casablanca* (1961).

Das Bündnis wurde als Casablanca-Gruppe bekannt und war als Gegengewicht zu den Brazzaville-Staaten konzipiert. Es war eigentlich kein Zirkel von Unionisten (obwohl in der weiteren Diskussion besonders die Frage nach der Integration für verhärtete Fronten in Afrika sorgen sollte), sondern unterschied sich von der Brazzaville-Gruppe in erster Linie durch seine Haltung gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten. Ab Jänner 1961 war damit die Lagerteilung in Afrika vollzogen. Nkrumah erwähnte in diesem Zusammenhang drei Blöcke, wobei jene Staaten, die keiner der beiden Gruppen angehörten, einen eigenen Block bildeten:

“Nigeria, Tunisia, Ethiopia, Liberia, Sudan, Togoland, Somalia, India and Indonesia were all, in fact, invited to the conference. French Community states, which coalesced round the meetings in Abidjan and Brazzaville at the end of 1960, were not asked. There seemed, therefore, some justification for the view that three different ‘blocs’ were emerging in Africa.”⁴⁶

Mit der Etablierung der beiden Gruppen entstand auch eine (nicht unbedingt richtige) Zuordnung in der bipolaren Welt des Kalten Kriegs. Die Konföderalisten, die auf weiterhin gute Kontakte zu den ehemaligen Kolonialmächten (besonders Frankreich) setzten, wurden in Washington und Moskau als moderat bzw. konservativ gesehen, den Unionisten hing fortan ein radikales bzw. progressives Etikett an.

Nkrumah konnte mit der Casablanca-Gruppe (die nicht auf sein Betreiben hin entstanden ist) gegenüber den Konföderalisten wieder Boden gut machen. Ein noch wesentlich deutlicheres Zeichen war die Erweiterung der Ghana-Guinea Union um Mali im April 1961. Zusammen mit Touré und Keita brachte er nach monatelangen Vorgesprächen die Charta zur Union der Afrikanischen Staaten zu Papier.⁴⁷ Esedebe beschreibt die Union als interessantes Experiment angesichts zweier verschiedener offizieller Sprachen, drei Währungen, schlechter Kommunikationslinien und einem unterschiedlichen Entwicklungsgrad.⁴⁸ Hinzu kam die Tatsache, dass Ghana keine direkten Grenzen zu seinen beiden Unionsmitgliedern hatte.

46 Nkrumah (1985), 145.

47 *Communiqué issued by the Heads of State of Ghana, Guinea, and Mali* (1961).

48 Esedebe (1994), 172.

Dieser Schritt der Unionisten führte zur Monrovia-Konferenz auf der ideologischen Gegenseite. Das Treffen im Mai 1961 war ursprünglich als erster ernstzunehmender Schritt geplant, die afrikanische Lagerteilung zu überwinden. Mitglieder der Casablanca-Gruppe verweigerten aber eine Teilnahme.⁴⁹ Neben Delegierten aus den zwölf Brazzaville-Staaten kamen noch Vertreter aus Äthiopien, Liberia, Nigeria, Sierra Leone, Togo (Olympio hatte mittlerweile seinen Partikularismus aufgegeben) und Somalia. Hier kristallisierte sich der nigerianische Premier Sir Abubakar Tafawa Balewa als zentrale Persönlichkeit heraus. Er schaffte es, Konfliktpunkte zwischen den Teilnehmern wie z.B. die französischen Atomtests in der Sahara (Senghor und Houphouët-Boigny wollten diesbezüglich keine Verstimmung mit Paris riskieren⁵⁰) oder den Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Somalia zu umschiffen. Die in Monrovia generell akzeptierten, antikolonialen Statements wurden aber konterkariert durch eine weitere Nicht-Anerkennung der algerischen Exilregierung aus Rücksicht auf die Beziehungen zu Frankreich.⁵¹ Neben den bekannten Problemen aus vorhergegangenen Treffen war auch die Integration Thema der Konferenz. Man einigte sich in einer Resolution auf Kooperation, die von den Prinzipien der Gleichheit, der Unverletzbarkeit der Grenzen und der gegenseitigen Nichteinmischung geprägt war.⁵² Benjamin Nnamdi Azikiwe, zu der Zeit Generalgouverneur Nigerias und später der erste Präsident des Landes, sparte dabei nicht mit einem kräftigen Seitenhieb Richtung Casablanca-Gruppe: "Pan-Africanism would have been realised without further fuss on the surrender of sovereignty and on the jockey for leadership entailed thereby."⁵³ Es wäre, so Azikiwe weiter, naiv zu glauben, dass Freiheitskämpfer, die gerade erst die Unabhängigkeit für ihr Land erreicht hatten, die neu gewonnene Macht voller Freude wieder abgeben würden. Er sprach sich für eine Kooperation nach dem Vorbild der Vereinten Nationen aus, also für eine funktionale Zusammenarbeit. Sylvanus Olympio schlug in dieselbe Kerbe. Sein sprachliches Bild, den Bau eines Hauses würde

49 Esedebe (1994), 180-183.

50 *The Times*, 15. Mai 1961, 12.

51 Esedebe (1994), 180-183.

52 *Resolutions adopted by the Monrovia Conference of African Heads of State and Government* (1961).

53 Azikiwe (1961b), 18-19, zitiert nach: Esedebe (1994), 182.

man beim Fundament beginnen, nicht beim Dach, wurde in weiterer Folge wiederholt aufgegriffen.⁵⁴

Olympios Metapher machte Unterschiede zwischen Konföderalisten und Unionisten deutlich: während die einen auf Kooperation bauten, die sich vielleicht zu einer Integration in Form einer Union entwickeln könnte, verfolgten die anderen den umgekehrten Weg: eine institutionelle Union als ersten Schritt, dem Kooperation folgen sollte.

Die mittlerweile zur Monrovia-Gruppe erweiterten Brazzaville-Staaten, immerhin zwanzig von 28 unabhängigen Staaten (Stand Ende 1961), veranstalteten eine weitere Großkonferenz im Jänner 1962. Konferenzort: das nigerianische Lagos. Auch hier hoffte man im Vorfeld auf eine Aussöhnung mit den Unionisten, die sich aber in erster Linie wegen der Algerien-Frage (die Exilregierung war nicht eingeladen) verweigerten. Azikiwe betonte in seiner Begrüßungsansprache die Differenzen zu den Unionisten: die Casablanca-Staaten lassen eine Deklaration vermissen, in der den afrikanischen Ländern legale Gleichheit, das Recht auf Selbstbestimmung sowie Schutz vor Einmischung in deren internationale Beziehungen oder die Unverletzlichkeit durch äußere Aggression zugesichert werde (wie sie in Monrovia sehr wohl beschlossen worden war). Dies seien unabdingbare Voraussetzungen für eine Einigung.⁵⁵ In seinem Buch *Africa Must Unite* präsentierte Nkrumah später seine Einschätzung zu genau diesem Punkt:

“[...] there are bound to be differences between the independent states of Africa. We have frontier troubles, and a host of other inter-territorial problems which can only be resolved within the context of African unity. [...] In the early flush of independence, some of the new African states are jealous of their sovereignty and tend to exaggerate their separatism in a historical period that demands Africa's unity in order that their independence may be safeguarded.”⁵⁶

Kaiser Haile Selassie I. präsentierte sich in Lagos nach der stürmischen Ansprache Azikiwes als Brückenbauer. Man habe ein

54 Olympio (1961), 51.

55 Johnson (1962), 442.

56 Nkrumah (1985), 148.

gemeinsames Ziel in Afrika – *unity* –, zu dessen Erreichen man sich aber noch nicht auf eine Geschwindigkeit einigen konnte. Äthiopien sei in der momentanen Diskussion nicht Mitglied eines der beiden Lager, sondern fühle sich nur einer Gruppe verpflichtet: jener von Afrika.⁵⁷ Mit diesem verbindlichen Auftreten schaffte er es in weiterer Folge, den nächsten Gipfel der Monrovia-Staaten nach Addis Abeba zu holen – ein entscheidender Schritt in der Verankerung der äthiopischen Hauptstadt als späteres Zentrum der OAU.⁵⁸

Einigung

Im Jahr 1962 begann – trotz anders klingender Rhetorik, wie sie beispielsweise die Lagos Konferenz zeigte – auch die konstruktive Annäherung der beiden Blöcke. Nach gegenseitigen Besuchen und Konsultationen einigten sich die Staats- und Regierungschefs zu einer Gipfelkonferenz aller afrikanischen Staaten im Mai 1963 in Addis Abeba.⁵⁹

Hier trafen sich am 15. Mai zunächst 31 Außenminister,⁶⁰ um den Gipfel vorzubereiten. Im Wesentlichen diskutierten die Anwesenden über drei Entwürfe zur Integration: Einer kam wenig überraschend von Ghana und spiegelte die Vorstellungen der Casablanca-Gruppe wieder: eine kontinentale Regierung inklusive afrikanischem Parlament, ein gemeinsames Militärkommando (High Command), eine afrikanische Armee sowie zentrale Wirtschaftsplanung. Der zweite Entwurf wurde von Nigeria vorgelegt und hielt sich eng an die in Lagos verabschiedete Charta der Monrovia-Staaten: ein Ministerrat und eine repräsentative Versammlung, dazu ein permanentes Sekretariat und diverse wirtschaftliche und finanzielle Agenturen. Dazu kam

57 Ki-Zerbo (1988), 696.

58 Ketema (o. J.).

59 Elias (1965), 245.

60 Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 32 Staaten (und Südafrika) unabhängig, der Außenminister von Togo war nach einem Putsch und der Ermordung von Präsident Olympio im Jänner 1963 aber nicht eingeladen. Man unterstellte Olympios Nachfolger (und Schwager) Nicolas Grunitzky, in den Umsturz verwickelt gewesen zu sein. Die Frage um die Teilnahme Togos an dieser Schlüsselkonferenz der afrikanischen Integration beschäftigte die Außenminister bei diesem Vorbereitungstreffen. *First session of the preparatory Conference of African Ministers of Foreign Affairs* (1963).

ein Vorschlag Äthiopiens, der sich an die Charta der Organization of American States (OAS) anlehnte (Äthiopien holte sich diesbezüglich Unterstützung vom chilenischen Vertreter bei der OAS). Dieser Entwurf sah eine lockere Verbindung der Staaten vor, die durch die bestehenden, regionalen Bündnisse nicht gestört würde.⁶¹

Zahlenmäßig hätte der Casablanca-Entwurf bei der Abstimmung keine Chance gehabt. Die meisten Stimmen wären wohl auf den Monrovia-Entwurf gefallen (19 der 31 anwesenden Staaten waren in dieser Gruppe). In den heftigen Diskussionen wurde aber deutlich, dass eine einstimmige Entscheidung nicht erreichbar sei. Die Außenminister beschlossen also, die weitere Entscheidungsfindung den Staats- und Regierungschefs zu überlassen, welche sich ab 22. Mai in Addis Abeba trafen.⁶²

Den Gipfel eröffnete Kaiser Haile Selassie I. In seiner Ansprache beschwor er die Gemeinschaftsidee, machte aber auch klar, welche Art von Gemeinschaft er sich vorstellte:

“In a very real sense, our continent is unmade; it still awaits its creation and its creators. It is our duty and privilege to rouse the slumbering giant of Africa, not to the nationalism of Europe of the nineteenth century, not to regional consciousness, but to the vision of a single African brotherhood bending its united efforts toward the achievement of a greater and nobler goal.”⁶³

Wie die beschworene Einheit aber aussehen sollte, war noch unklar. Selassie brachte den Souveränitäts-Streit ins Spiel und betonte auch, dass man diesen wahrscheinlich nicht sofort lösen könnte und sich vorerst mit einer anderen Konstruktion zufrieden geben sollte:

“Further, no clear consensus exists on the ‘how’ and the ‘what’ of this union. Is it to be, in form, federal, confederal, or unitary? Is the sovereignty of individual states to be reduced, and if so, by how much, and in what areas? On these and other questions

61 Padelford (1964), 526; Ketama (o. J); Elias (1965), 245-246, *Charta of the Organization of African Unity* (1963).

62 Padelford (1964), 527. Am Gipfel selbst nahmen nur 30 Staats- und Regierungschefs teil. Togo fehlte aus den bereits erwähnten Gründen, der marokkanische König Hassan II., Sohn Mohammeds V., nahm an dem Gipfel nicht teil, um gegen die Anwesenheit Mauretaniens zu protestieren, auf das man immer noch Anspruch erhob.

63 Selassie (1963), 4.

there is no agreement, and if we wait for agreed answers, generations hence matters will be little advanced, while the debate still rages.”⁶⁴

Eine echte Union brauche ihre Zeit. Selassie packte die Geschichte der beiden Supermächte geschickt in seine Argumentation, um beide Lager der afrikanischen Spaltung zu bedienen. Letztendlich griff er auf jene Analogie zurück, die vor ihm schon Sylvanus Olympio gebrauchte:

“We should, therefore, not be concerned that complete union is not attained from one day to the next. The union which we seek can only come gradually, as the day-to-day progress which we achieve carries us slowly but inexorably along this course. We have before us the examples of the U.S.A. and the U.S.S.R. We must remember how long these required to achieve their union. When a solid foundation is laid, if the mason is able and his materials good, a strong house can be built.”⁶⁵

Als man die äthiopische Charta vorstellte, wurde diese nicht sofort angenommen. Man war uneins über die tatsächliche Form der angestrebten Einheit, wobei die bekannten Argumente der Unionisten und Konföderalisten noch einmal diskutiert wurden. Letztendlich blieben auf Seite der Unionisten aber nur Nkrumah und Milton Obote über. Der Premierminister des erst vor wenigen Monaten unabhängig gewordenen Ugandas sprach sich für eine Union aus. In Washington brachte ihm dies die Einschätzung ein, sich als ein Jünger Nkrumahs etablieren zu wollen.⁶⁶ Die beiden konnten jedoch überzeugt werden, die äthiopische Charta zu akzeptieren, um das gesamte Projekt in Addis Abeba nicht scheitern zu lassen.⁶⁷

Am 25. Mai 1965 wurde die Charta of the Organization of African Unity unterzeichnet und der Tag seither als African Liberation Day (heute Africa Day) gefeiert.⁶⁸ Mit der Charta schuf man eine

64 Selassie (1963), 4.

65 Selassie (1963), 4.

66 *Circular Telegram from the Department of State to certain African Posts* (1963).

67 Ki-Zerbo (1988), 697-701.

68 Dabei haben zunächst nur 30 Staats- und Regierungschefs ihre Unterschrift geleistet. Marokko und Togo leisteten ihre Unterschrift noch im selben Jahr. Um die Integration

Konföderation, die sich verschiedenen Zielen verschrieben hatte und sich dabei auf diverse Prinzipien stützte. Als Zwecke sind u. a. definiert: die Förderung von Solidarität und Einheit sowie die Verteidigung der Souveränität. Die Souveränität taucht auch als Prinzip der Organisation wieder auf.⁶⁹ Die Verteidigung dieses Prinzips stand lange Zeit einer weiteren Integration im Sinne Nkrumahs – und damit einem der definierten Zwecke der Organisation – im Weg.

Resümee

Integration – *unity* – als zentrales Element des Panafrikanismus im Untersuchungszeitraum war ein von allen Staats- und Regierungschefs strapaziertes Ziel der jungen afrikanischen Staaten. Die damit verbundenen Vorstellungen unterschieden sich aber grundlegend: Was die einen als Union mit gemeinsamer Regierung und Auslöschung der kolonialen Grenzen verstanden, war für die anderen eine mehr oder weniger intensive Kooperation auf Basis souveräner Staaten. Das Beharren auf uneingeschränkter Souveränität (eine gewisse Ausnahme bildete die UN-Mitgliedschaft), stand für Jahrzehnte jeder echten Integration im Weg. Kwame Nkrumah hatte seine Gründe, für eine Union einzutreten um somit die schwachen afrikanischen Staaten im globalen System zu stärken. Genauso nachvollziehbar sind die Argumente jener, die nicht bereit waren, nach jahrzehntelanger Abhängigkeit sich einem neuen (wenn auch afrikanischen) Regime unterzuordnen.

Diese Diskussion prägte die späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre. Die Frage der Integration wurde dabei auch missbraucht für persönliche Animositäten zwischen Staatsoberhäuptern, war überschattet vom Kalten Krieg und bildete einen wichtigen Schauplatz der Staats- und Regierungschefs im Kampf um ihre eigene Position in Afrika. Nkrumah konnte während der wenigen Jahre bis 1963 immer wieder Mitstreiter für seine Ideen gewinnen. Im Rückblick ist aber festzustellen, dass seine Unionsvorstellungen keine echte Chance auf Umsetzung hatten. Das von Azikiwe vorgebrachte Argument,

nicht mit der Abwesenheit von zwei Staaten zu beginnen, wurden sie in der Folge ebenfalls als Gründungsmitglieder bezeichnet.

69 *Charta of the Organization of African Unity* (1963), Article II und III.

niemand sei bereit, die gerade erreichte Unabhängigkeit irgendwie zu schmälern, bildet dazu einen Erklärungsansatz. Dieser mündete in der Folge pikanterweise aber in genau jenes Szenario, das Nkrumah vorhergesagt hatte: eine Schwächung der jungen Staaten (und des gesamten Kontinents) durch interne Probleme und externe Interessen. Afrika wurde (nicht immer zu Unrecht) Synonym für das Scheitern des Staatsaufbaus (Nationbuilding). Die von den in der Integrationsfrage siegreichen Konföderalisten in der OAU verankerten Prinzipien Souveränität, Nichteinmischung und territoriale Integrität, erhielten das Primat gegenüber anderen Leitsätzen: friedliche Streitbeilegung und Modernisierung. Die Organisation, angedacht als Flaggschiff des Panafrikanismus, wurde ein zahnloses Instrument, von Kritikern als Quatschbude und Diktatorenclub verspottet.

Es ist müßig, über die postkoloniale Geschichte Afrikas als Union im Sinne Nkrumahs zu spekulieren, festzustellen ist aber eine Rückbesinnung auf die Ideen des Ghanaers, seit die OAU durch die AU abgelöst worden ist. Eine gestärkte Institution soll die verantwortungsvolle Regierungsführung in Afrika sicherstellen. Wenig überraschend gibt es dagegen Kritik. Die Diskussion erinnert an jene vor 50 Jahren.

Literatur

Primärquellen

- Circular Telegram from the Department of State to certain African Posts* (1963), Washington/DC, 28 May 1963, in: Department of State, ed. (1995): *Foreign Relations of the United States 1961-1963*. Washington/DC, Document 219.
- Charta of the Organization of African Unity* (1963), Addis Ababa, 25 May 1963.
- Communiqué issued by the Heads of State of Ghana, Guinea, and Mali* (1961), Accra, 29 April 1961.
- Declaration of the First Conference of Independent African States* (1958), Accra 15-22 April 1958, online unter: <http://www.law.emory.edu/wandl/Literature/Documents/afrika/Pan%20African/01.htm> (Zugriff am 28.07.2010).
- Declaration of the Second Conference of French African States at Brazzaville* (1960), 19 December 1960.
- Declaration to the Colonial Peoples of the World* (1945), 5. Panafrikanischer Kongress, 15. bis 21. Oktober 1945 in Manchester, zitiert nach: Nkrumah, Kwame (1979): *Towards Colonial Freedom*, London: Panaf (Erstauflage 1945), 44.

- Final Communiqué of the Asian-African Conference* (1955), Bandung, 24. April 1955.
- First Session of the Preparatory Conference of African Ministers of Foreign Affairs* (1963), Addis Ababa, 15-25 May 1963, African Union Archive, keine Signatur.
- Protocol of the African Charta of Casablanca* (1961), Cairo, 5 May 1961.
- Resolutions adopted by the First Conference of Independent African Heads of State and Government* (1963), Addis Ababa, Ethiopia, 22-25 May 1963, CIAS/Plen.2/Rev.2, Agenda Item II: Apartheid and Racial Discrimination.
- Resolutions adopted by the Monrovia Conference of African Heads of State and Government* (1961), Monrovia, Liberia, 12 May 1961.
- Resolutions adopted by the Second All African People's Conference* (1960), Tunis, 30 January 1960.
- Resolutions of the All African People's Conference* (1958), Accra, 5-13 December 1958.
- Resolutions of the Casablanca Conference* (1961), Casablanca, 7 January 1961.
- Resolutions of the Second Conference of Independent African States* (1960), Addis Ababa, 24 June 1960.
- Sanniquellie-Conference (1959), *Joint Declaration and communiqué issued at the close of secret talks between Dr. Kwame Nkrumah, President Sekou Touré, and President Tubman, regarding a conference of independent African States in 1960*, Sanniquellie, Liberia, 19 July 1959.
- Selassie (1963), *Address delivered by His Imperial Majesty Haile Selassie I. at the Conference of Heads of African States and Government, Addis Abeba, 23. Mai 1963* (die Rede wurde am 22. Mai gehalten), African Union Archive, Addis Abeba, SUMMIT CIAS/GEN/INF/3.

Sekundärquellen

- Ampiah, Kweku (2007): *The Political and Moral Imperatives of the Bandung Conference of 1955. The Reactions of the U.S., U.K., and Japan*. Dorset: Global Oriental.
- Andrain, Charles F. (1962): „The Pan-African Movement. The Search for Organization and Community“, in: *Phylon* 23 (1), 5-17.
- Ansprenger, Franz (1961): *Politik im Schwarzen Afrika*. Köln: Westdeutscher Verlag.
- Azikiwe, Nnamdi (1961a): *ZIK, a Selection from the Speeches of Nnamdi Azikiwe*. Cambridge/UK: Cambridge University Press.
- Azikiwe, Nnamdi (1961b): *The Future of Pan-Africanism*. London: Nigeria High Commission.
- DuBois, W.E.B. (1933): „Pan-Africa and the New Racial Philosophy“, in: *The Crisis* (November), 247 und 262.
- Elias, T. O. (1965): „The Charta of the Organization of African Unity“, in: *The American Journal of International Law* 59 (2), 243-267.

- Esedebe, P. Olisanwuche (1994): *Pan-Africanism. The Idea and Movement 1776-1991*. Washington/DC: Howard University Press.
- Geiss, Immanuel (1969): „Pan-Africanism“, in: *Journal of Contemporary History* 4 (1), 187-200.
- Johnson, Carol A. (1962): „Political and Regional Groupings in Africa“, in: *International Organization* 16 (2), 426-448.
- Ketema, Makonnen (o. J.): „The Creation of the OAU“, online unter: http://www.oau-creation.com/creation_of_the_oau_1.htm (Zugriff am 30.07.2010).
- Ki-Zerbo, Joseph (1988): *Die Geschichte Schwarz-Afrikas*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Mytelka, Lynn K. (1974): „A Genealogy of Francophone West and Equatorial African Regional Organisations“, in: *The Journal of Modern African Studies* 12 (1), 297-320.
- Nkrumah, Kwame (1985): *Africa Must Unite*. London: PANAF Books (Erstauflage 1963).
- Olympio, Sylvanus E. (1961): „African Problems and the Cold War“, in: *Foreign Affairs* 40 (1), 50-57.
- Osterhammel, Jürgen (2006): *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*. München: Beck.
- Padelford, Norman J. (1964): „The Organization of African Unity“, in: *International Organization* 18 (3), 521-542.
- Reynolds, Edward (2005): „All-African People’s Conference 1958“, in: Shillington, Kevin, Hg.: *Encyclopedia of African History*, Vol. 1, A-G, New York: Taylor & Francis, 69-70.
- Sauvy, Alfred (1952): „Trois Mondes, une Planète“, in: *L’Observateur* 118, 14. August 1952, 14.
- Young, Robert J. C. (2005): „Postcolonialism: From Bandung to the Tricontinental“, in: *Historien* 5, 11-21.

2.

Gegenwart(en)

Nachbarschaftspolitik zwischen der EU und Marokko: „Freihandel“ mit Agrarprodukten und das Konzept der „zirkulären Migration“

Ulrike Gröner

Das Königreich Marokko ist offiziell ein bevorzugter Partner der EU, was sich insbesondere auf seine Bedeutung für die EU als Gesamtheit zurückführen lässt. Aber auch einzelne Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Spanien oder Frankreich, verfolgen bei der Zusammenarbeit ihre eigenen Interessen. Die geographische Nähe wird zugleich als Chance – für wirtschaftliche Kooperationen und Handelsbeziehungen – und als Gefahr – aufgrund von Migration und islamischem Fundamentalismus – wahrgenommen. Die Rolle Marokkos als Transitland sowohl von Gütern als auch von Menschen wird von der EU als sehr wichtig wahrgenommen, allerdings mit unterschiedlichen Vorzeichen: beispielsweise unterstützt die EU Marokko finanziell und mit militärischer Ausrüstung, damit Marokko die Flüchtlinge aus dem subsaharischen Afrika abfängt,¹ während die Energie, die durch Marokko nach Europa gelangt oder gelangen könnte, sehr willkommen ist. Aktuell führt die EU mit Marokko bilaterale Verhandlungen über eine gemeinsame Nachbarschaftspolitik,² deren Ergebnisse im

1 Vgl. Cavatorta et al. (2006), 14.

2 „Seit 2004 und ergänzend zum 1995 in Barcelona auf den Weg gebrachten Prozess der Partnerschaft Europa-Mittelmeer hat die Europäische Union die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) eingerichtet. [...] Auf der Grundlage gemeinsamer Werte zielt die ENP darauf ab, die Partnerschaft zu vertiefen, um Reformen umzusetzen, die erforderlich sind,

Strategiepapier zur Nachbarschaftspolitik mit Marokko festgehalten wurden.³ Zudem wurde das ausgehandelte Abkommen zwischen der EU und Marokko über die Liberalisierung des Handels mit Agrarerzeugnissen, insbesondere von frischem Gemüse, im September 2010 trotz heftiger Proteste (süd)europäischer Landwirte von der EU-Kommission abgesegnet.⁴ Nun fehlt noch die Zustimmung von Rat und Europäischem Parlament. Doch auch das Europäische Parlament hat seine Schwierigkeiten mit den Abkommen zwischen der EU und Marokko, allerdings aus anderen Gründen: die nach wie vor hochsensible Frage des Status der Westsahara stellt ein vor allem menschen- und völkerrechtliches Hindernis für den Abschluss der Verhandlungen dar.⁵

Die offiziellen Verlautbarungen und Zielsetzungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) bezüglich Marokkos verfolgen ebenso optimistische wie hoch gesteckte Ziele, die eine möglicherweise widersprüchliche Mischung aus Nachhaltigkeit (der Entwicklung), Marktöffnung und Sicherung sozialer Standards, (marokkanischer) Stabilität und (europäischer) Energieversorgung, sowie dem „Austausch“ marokkanischer Wanderarbeiter(innen) und europäischer Tourist(inn)en beinhalten.⁶ Viele Versuche, die häufig widersprüchlichen Politiken der EU zu erklären, definieren die EU als normative Macht, deren Ziele von den rationalistischen Interessen der Mitgliedstaaten „hintergangen“ bzw. aufgrund der divergierenden Interessen derselben unterlaufen werden. Demgegenüber betrachten Cavatorta, Chari und Kritzinger in ihrem Aufsatz über das Euro-Mediterranean Partnership⁷ (EMP), „The European Union and Morocco. Security through authoritarianism?“⁸, die EU selbst – neben ihrer

um einen Raum des Wohlstands und der Stabilität zu schaffen. In diesem neuen Kontext hat Marokko als eines der ersten Mittelmeerländer einen ENP-Aktionsplan mit der EU unterzeichnet.“ EU-Kommission (2007b).

3 Vgl. EU-Kommission (2007b).

4 Vgl. EU (2010).

5 Vgl. die Anfragen und Entschlüsse des Europaparlaments zum Thema Westsahara, online unter: <http://www.europarl.europa.eu/search/simple/perform.do?language=de&query=westsahara> (Zugriff am 02.12.2010).

6 Vgl. EU-Kommission (2007b).

7 Das EMP geht zurück auf die Erklärung von Barcelona 1995, in welcher die Ziele der multilateralen Zusammenarbeit festgelegt wurden. Vgl. EU (2005).

8 Cavatorta et al. (2006).

Rolle und ihres Selbstverständnisses als normative Kraft – als rationalistischen Akteur, der den traditionellen realistischen Konzepten der internationalen Politik verpflichtet bzw. unterworfen ist. Und während eine Bewertung durch die „normative Brille“ das EMP, insbesondere in seinen Bemühungen um Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie, als mehr oder minder gescheitert erscheinen lässt, kann die EU unter realistisch-rationalistischen Gesichtspunkten als ausgesprochen erfolgreich betrachtet werden.⁹

Dieser Denkansatz wird als Basis für die folgenden Ausführungen herangezogen werden. Der Fokus liegt dabei thematisch auf den beiden Politikfeldern Landwirtschaft (mit dem Schwerpunkt Handel) sowie Migration. Geographisch konzentriert sich dieser Aufsatz auf Südspanien (Andalusien) und Marokko (Souss-Massa-Daraâ). Die Analyse geschieht vor dem Hintergrund der aktuellen und (möglichen) zukünftigen Entwicklung des marokkanischen politischen Systems sowie der grundsätzlichen Problematik der EU-Politiken, die zwischen ökonomischen oder sicherheitspolitischen und normativ-ethischen (scheinbaren oder tatsächlichen) Unvereinbarkeiten oszillieren.

Das politische System Marokkos und die „verantwortungsvolle Regierungsführung“¹⁰

Offiziell bevorzugt die EU aufgrund ihres selbstgesetzten gemeinsamen Wertekanons¹¹ die Zusammenarbeit mit Staaten, die diesem Kanon entsprechen bzw. zielt sie in ihrer Politik darauf ab, diesen Wertekanon in den Staaten ihrer Nachbarschaft, aber auch global, zu befördern.¹² Andererseits sind Demokratisierungsprozesse – sofern sie nicht die Souveränität eines Staates verletzen sollen – auf die grund-

9 Vgl. Cavatorta et al. (2006), 3-5.

10 EU-Kommission (2007b), 4.

11 „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ EU (2008), Artikel 2.

12 Und damit das langfristige Ziel einer friedlichen und stabilen (Welt²-)Ordnung im Sinne des kantianischen Sicherheitskonzeptes zu erreichen; vgl. Cavatorta et al. (2006), 4.

sätzliche Bereitschaft der herrschenden Eliten zur Kooperation angewiesen, welche die natürlichen Ansprechpartner jeglicher Politik darstellen. Gleichzeitig ist die EU aufgrund substantieller Interessen wie in der Energie- oder Migrationsfrage, aber auch beim Thema Sicherheit auf Zusammenarbeit mit Staaten angewiesen, welche diesem Kanon nicht oder nur teilweise entsprechen. Daher steht die Europäische Union unter beständigem „Erfolgsdruck“ in dieser Materie. Die EU setzt dabei insbesondere auf formale, da leichter nachweisbare, institutionelle Reformen. Da die EU ein starkes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Marokko in der Migrationsfrage und der Energie-, Sicherheits- oder Agrarpolitik hat, ist die Wahrscheinlichkeit umso größer, formale Reformen positiver zu deuten als diese möglicherweise in der politischen Realität sind. Die Einschätzung des politischen Systems Marokkos und seiner Fortschritte im Sinne der EU lautet denn auch folgendermaßen:

„Durch die Verfassung von 1996 wurden die Befugnisse des Parlaments gestärkt und ein Zweikammersystem eingeführt. [...] Seit einigen Jahren verfolgt Marokko gezielt einen aktiven Modernisierungs- und Demokratisierungsprozess. Vor allem im Bereich der demokratischen Reformen und der Achtung der Menschenrechte wurden unstrittige Fortschritte erzielt.“¹³

Zwar verweist das Strategiepapier auf noch ausstehende Reformen und das nach wie vor ungelöste Problem der Korruption, nichts desto trotz ist das Fazit grundsätzlich positiv gehalten.¹⁴ Axtmann hält dagegen, dass die Erkenntnisse der Transitionsforschung der letzten Jahrzehnte den Schluss nahelegten, „dass die Errichtung einer ‚demokratischen Fassade‘ zunehmend zum ‚Standardrepertoire‘ autoritärer Herrschaft gehört“.¹⁵ Dabei wird jedoch meist nur die *Form*, nicht aber die *Substanz* demokratischer Systeme übernommen, so dass

13 EU-Kommission (2007b), 9.

14 „Eine bessere Regierungsführung und eine wirksame Förderung der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte sind wichtige Ziele der Außenpolitik der Europäischen Union. Diese grundsätzliche politische Auffassung, aus der neue politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufgaben erwachsen, wird vom Königreich Marokko uneingeschränkt geteilt. Marokko verfolgt einen Kurs der Demokratisierung und der Konsolidierung des Rechtsstaats, der in der Region als besonders fortschrittlich gilt.“ EU-Kommission (2007b).

15 Axtmann (2007), 33.

sich autoritäre Regime zu „new forms of non democratic political systems, but with a more liberal appearance“ entwickeln.¹⁶ Schlumberger betont zudem, dass Demokratie kein gradueller Begriff, sondern eine klar abgrenzbare Klassifikation politischer Regime sein muss: Totalitarismus, Autoritarismus und Demokratie.

Das Königreich Marokko kann aus mehreren Gründen dem Typus eines, wenn auch liberalisierten, so doch autoritären Regimes zugeordnet werden.¹⁷ Zwar wird die im arabischen Vergleich liberale Einstellung Mohammeds VI. anerkannt, doch seine Reformen greifen nicht tief genug. Insbesondere Kernbereiche wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung¹⁸ genügen nicht den Anforderungen demokratischer Regime.¹⁹ Hinzu kommt ein Auseinanderklaffen von formaler Gesetzgebung und praktischer Umsetzung. Kausch diagnostiziert gar einen Dualismus formaler und informeller Regelungen, welcher sich in der Machtstruktur des Landes widerspiegelt: Hinter einer formal demokratischen Fassade verbirgt sich nach wie vor die tatsächliche Macht der so genannten *Makhzen*, deren Macht sich von der lokalen Ebene über Medien und Wirtschaft bis ins Königshaus über den gesamten Staatsapparat ausdehnt und die Reformen, welche die realen Machtstrukturen antasten würden, blockiert.²⁰

Cavatorta, Chari und Kritzinger vertreten nun, wie oben bereits erwähnt, die Auffassung, dass die EU in ihrer Politik Marokko gegenüber nicht etwa gescheitert ist, sondern vielmehr den Erhalt von Sicherheit und Stabilität zur obersten Priorität erklärt hat: „Real economic and democratic changes in the region is perceived as potentially destabilising and threatening for the EU,“²¹ nicht zuletzt, da die einzige aktuell ernst zu nehmende Opposition in Marokko die des politischen Islam ist.²² Dieser Logik folgend stärkt die EU mit ihrer

16 Schlumberger (2000), 123.

17 Vgl. Maghraoui (2001); Schlumberger (2008); Kausch (2008).

18 So ist die Judikative beispielsweise nicht in der Verfassung als eigenständige Gewalt verankert, Exekutive und Legislative unterliegen der Veto-Macht des Königs. Vgl. Kausch (2008), 15.

19 Maghraoui bezeichnet diese Vorgehensweise Mohammeds VI als Reproduktion des alten Bildes des gütigen Despoten Vgl. Maghraoui (2001), 5.

20 Vgl. Kausch (2008), 15, sowie Maghraoui (2001), 2.

21 Cavatorta et al. (2006), 6.

22 Vgl. Cavatorta et al. (2006), 8-9.

Politik eher das Regime als oppositionelle Kräfte, da die tatsächlichen Bedrohungen der Sicherheit für die EU nicht vom autoritären Regime, sondern von seinem möglichen Zusammenbruch und der Übernahme der Macht durch islamistische Bewegungen ausgehen. Cavatorta, Chari und Kritzinger sehen daher die einzige plausible Erklärung für den ausbleibenden Druck und das langsame Fortschreiten der Reformen darin, dass die EU sehr gute Gründe hat, Themen wie Demokratie und Menschenrechte als sekundär zu behandeln.²³ Dies in Kombination mit der Einschätzung, dass die einzig wirklich befriedigende Lösung für die EU in der Region ein Demokratisierungsprozess wäre, an dessen Ende eine demokratisch gewählte, säkulare und in der wirtschaftlichen Kooperation mit der EU verlässliche Regierung stünde. Solange jedoch eine starke „liberale“ Opposition fehlt und die „islamistischen“ Bewegungen entsprechend stark bleiben, konzentriert sich die EU auf die zweitbeste Lösung: die Stabilisierung eines „friendly authoritarian regime“.²⁴ Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die normative Komponente der EU nur den äußeren Rahmen darstellt, während der Inhalt dieses Rahmens vornehmlich einer realistischen Konzeption und damit den Imperativen von Sicherheit, Interessen und kurzfristigen Gewinnen unterworfen ist: „At any rate, the case of the EMP and Morocco suggests that it [the EU] behaves just as ‚ruthlessly‘ as any nation-states do.“²⁵

Landwirtschaft und Migration in der Außenpolitik der EU

Die beiden Themenfelder Landwirtschaft – mit dem Schwerpunkt Handel – und Migration sollen hier gemeinsam behandelt werden. Dies bedeutet, dass zwar einige Faktoren, die in den jeweiligen Politikfeldern ebenfalls eine Rolle spielen, nur am Rande behandelt werden können, birgt jedoch die Möglichkeit, bestimmte Zusammenhänge besser beleuchten zu können. Das Politikfeld Landwirtschaft fokussiert hier vor allem auf die in Marokko und Europa überlappenden

23 „Since the launch of the Euro-Med partnership, the EU has increased trade, investments and exports to Morocco. All the relevant figures have been steadily rising and they are all in favour of the EU.“ Cavatorta et al. (2006), 16.

24 Cavatorta et al. (2006), 17.

25 Cavatorta et al. (2006), 18.

Produktionen, die sich – neben der Produktion in den Niederlanden – im Mittelmeerraum konzentrieren, und da wiederum auf den intensiven Gemüseanbau, da hier die beiden Themen Landwirtschaft und Migration direkt aufeinandertreffen.

Folgt man der Annahme, dass die EU in ihrer Afrikapolitik Sicherheit und Stabilität sowie ökonomische Interessen in den Vordergrund stellt, so wird das Einlenken der EU, mit dem Strategiepapier zu Marokko auch die Landwirtschaft einzubeziehen, welche bislang – trotz anhaltender Kritik der afrikanischen Partner – aus den meisten Verhandlungen herausgehalten worden war, nachvollziehbarer. Eine mögliche Erklärung wäre die Entwicklung Chinas zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten in Afrika, was den Zugang zu Rohstoffen und anderen Primärgütern angeht.²⁶ Somit wäre die EU im Grunde gezwungen, den Schutz der eigenen Landwirtschaft zu „opfern“, um den Partnerländern die gewünschten Zugeständnisse in anderen Bereichen abzurufen und den Einfluss in der Region nicht zu verlieren.²⁷ Zudem sollte die Bedeutung des von der EU forcierten Anbaus von so genannten *agro fuels*²⁸ nicht unterschätzt werden, der insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika vorangetrieben wird und für welchen der Zugang zu Land erforderlich ist.²⁹ Des Weiteren kommt hinzu, dass zahlreiche europäische Unternehmen in den Aufbau einer modernen landwirtschaftlich-industriellen Produktion in Marokko investiert haben und maßgeblich am Handel beteiligt

26 Vgl. Dieterich (2010); FAZ (2006); Asche (2007), 7-8; Junker (2010); Kappel/Schneidenbach (2006).

27 Die EU und Marokko haben bereits 1996 ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet, das 2000 in Kraft getreten ist und auf den 1995 begonnenen Barcelona-Prozess aufbaut. Eine Reihe sektoraler Abkommen wurden bereits abgeschlossen oder bereits ausgehandelt, darunter „ein Abkommen über die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs und des Niederlassungsrechts sowie über die Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen und ein Abkommen über die Rücknahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt“; EU-Kommission (2007b), 5. Die Freihandelszone soll bis spätestens 2012 eingerichtet werden; vgl. EU-Kommission (2004).

28 Im Artikel „AGROfuels in Africa – The impacts on land, food and forests“ wird klar zwischen bio-fuels und agrofuels unterschieden, wobei letzteres die landwirtschaftliche Produktion von Bio-Kraftstoffen meint, ersteres die Verwendung traditioneller biologischer Abfälle wie Holz, Bagasse oder Dung. Vgl. African Biodiversity Network (2007), 3.

29 Zur EU-Strategie für Biokraftstoffe vgl. EU-Kommission (2006b).

sind.³⁰ Die betroffenen Unternehmen in Marokko, vornehmlich aus Frankreich und Spanien, produzieren sowohl aufgrund der geographischen Nähe als auch aufgrund ihrer Vernetzung vorzugsweise für den europäischen Binnenmarkt und verfolgen daher eine Politik der Liberalisierung des Marktzugangs. Marokkanische Tomaten sind beispielsweise auch für Zwischenhändler aus anderen europäischen Ländern nur auf den großen Plattformen wie in Perpignan in Frankreich erhältlich, nicht aber in Marokko direkt. Hinzu kommt eine fortschreitende Konzentration und Überlappung von Produktion und Handel.³¹ Und schließlich lässt ein Blick auf die Außenhandelsbilanz der EU mit Marokko auf vitale Interessen der EU schließen, sich diesen Markt weiter zu erschließen: im Jahr 2009 wurden Güter im Wert von 11 Milliarden Euro aus der EU nach Marokko exportiert und im Wert von 6,5 Milliarden Euro von Marokko importiert, wobei Textilien und landwirtschaftliche Produkte bei den marokkanischen Exporten zusammen knapp 60 % des Warenwertes ausmachten.³²

Der intensive Gemüseanbau im Gewächshaus diesseits und jenseits³³ des Mittelmeeres

Betrachtet man die Entwicklungen im andalusischen Almería und in den marokkanischen Ebenen des Souss, so fallen einige Parallelen, aber auch eklatante Unterschiede ins Auge. Sowohl Almería als auch der Souss wurden „kolonisiert“, wenn auch unter verschiedenen Vorzeichen: in den 1960er-Jahren beschloss Franco, das Land um Almería herum zu besiedeln, um landwirtschaftliche Nutzflächen für die Versorgung des damals isolierten Landes zu gewinnen. Mit dem Zusammenbruch des Marktes für Tafeltrauben, die zuvor in Almería angebaut wurden, und der Modernisierung des Anbaus von Obst

30 Vgl. Ollivier (2009); ein repräsentatives Beispiel dürfte der Franko-Marokkanische Konzern Idyl-Sopropel sein. Dieser Konzern verkaufte zudem laut Berichterstattung Tomaten aus dem Souss unter dem Namen ‚Idyl‘, die in Wahrheit aus den besetzten Gebieten der Westsahara stammten. Vgl. WSRW (2010).

31 Vgl. Raimbeau (2009).

32 Vgl. dazu die Angaben der EU-Kommission zu Marokko, online unter: <http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/morocco/> (Zugriff am 09.01.2011).

33 Die Frage, welche Seite nun diesseits und welche jenseits des Mittelmeeres liegt, ist logischerweise eine der Perspektive und des Standpunktes des jeweiligen Beobachters.

und Gemüse in den 1970er- und 1980er-Jahren kam es zu einem regelrechten Boom, was zu einer starken Wanderungsbewegung aus den Bergen an die Küste Almerías führte. Doch die zum Aufbau eines Betriebes notwendigen Investitionen trieben die meist aus kleinbäuerlichen Verhältnissen stammenden spanischen Bauern mit ihren relativ kleinen Betriebsgrößen in eine doppelte Abhängigkeit: Auf der einen Seite mussten sie alle Risiken tragen, welche dieser Produktionszweig – verbunden mit hohen Krediten – mit sich brachte, während sie auf der anderen Seite von den großen Handelsketten quasi wie industrielle Zuliefererbetriebe behandelt wurden und entsprechende Verpflichtungen eingehen mussten.³⁴ Der Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1986 beschleunigte und forcierte den Modernisierungsprozess weiter. Der Gewächshausanbau warf in den Anfangszeiten relativ hohe Gewinne ab, auch wenn diese teilweise von der Rückzahlung der Kredite wieder aufgesaugt wurden. Mit der Zeit jedoch wurden Modernisierungen notwendig, das Saatgut musste teuer eingekauft werden, die Gewächshäuser immer höheren Ansprüchen genügen und durch die Konzentration an Monokulturen wurde der Einsatz von zahlreichen Pestiziden und Fungiziden immer höher und teurer. Zudem wurden mit dem Beitritt Spaniens zur EU die Preise eingefroren, wodurch die Landwirte gezwungen waren, die Produktivität pro Hektar zu steigern. Um die Rentabilität der Betriebe zu erhalten, waren nun nicht mehr, wie zu Beginn, ein halber Hektar nötig, sondern eineinhalb Hektar. All dies war nur mittels weiterer Investitionen möglich, wiederum auf Basis von Krediten. Das Scheitern eines Landwirtes wurde dabei nicht als Folge der widrigen Bedingungen wahrgenommen, sondern als Unfähigkeit des jeweiligen Landwirtes, sich diesen Bedingungen anzupassen.³⁵ Dieser Hang zur Selbstausbeutung spiegelt sich auch in der Ausbeutung der gesamten Familie als Arbeitskraft in der Anfangszeit wider, eine Ausbeutung, die sich mit der Zeit von der Familie auf externe Arbeitskräfte verlagerte und sehr bald vornehmlich auf Migrant(inn)en.³⁶

Im Souss hingegen begannen die französischen Kolonialherren mit der modernen Landwirtschaft, die nach der Unabhängigkeit Ma-

34 Vgl. Díaz (2003), 135.

35 Vgl. Díaz et al. (2001), 48-49.

36 Vgl. Díaz (2003), 135, sowie Aussagen der Landwirte in Interviews geführt im Oktober 2010.

rokkos 1956 fortgeführt wurde und der Landbesitz konzentrierte sich in den Händen der ruralen Elite.³⁷ 1985 wurde der Agrarsektor liberalisiert, staatliche und gemeinschaftliche Flächen teilweise privatisiert und für ausländische Investoren geöffnet. Die Ebene des Souss wurde zum wichtigsten Gemüseanbauggebiet Marokkos, welches Aziz Akhannouch, marokkanischer Landwirtschaftsminister und Gouverneur des Verwaltungsbezirks Souss-Massa-Draâ, bis 2015 zu einer „der weltweit produktivsten Regionen“ machen will.³⁸ Anders als im andalusischen Almería, wo der Gewächshausanbau hauptsächlich aus kleinen und kleinsten Parzellen von 0,5 bis 5 Hektar besteht,³⁹ war im Souss von Beginn an ausländisches Kapital direkt (und nicht nur über Kredite) beteiligt, die Betriebe umfassten 300 bis 400 Hektar, die Gewächshäuser sind größer und moderner und es wird in der Literatur klar unterschieden zwischen Bauern und agro-industriellen Betrieben.⁴⁰

Durch die Liberalisierungen im Handel mit Agrarprodukten ist der Konkurrenzkampf zwischen Spanien und Marokko härter geworden,⁴¹ die Produktion musste weiter intensiviert und die Produktionskosten mussten gesenkt werden. Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist eine fortschreitende Wasserknappheit in beiden Regionen. Im Souss können die dort ansässigen Kleinbauern teilweise ihre Felder nicht mehr bewässern, da die Kosten für sie zu hoch wurden, während sie sich gleichzeitig der übermächtigen Konkurrenz der marokkanischen Großbetriebe ausgesetzt sahen.⁴² Der Bau der Staudämme ließ Quellen versiegen, Kleinbauern verloren ihr Land und die Ungleichheiten verschärften sich, da die modernen Bewässerungssysteme vor allem den reicheren Produzenten zu Gute kamen. Viele Kleinbauern

37 Vgl. Ollivier (2009).

38 Vgl. hierzu auch Tritki (2008).

39 Vgl. Díaz (2003), 134.

40 Vgl. Ollivier (2009).

41 Vgl. Fruchthandel.de (2010) sowie Fruchtportal.de (2010): Während die Produktion von Gemüse in Marokko um mehr als 20 % zunahm, wuchs die dafür genutzte landwirtschaftliche Produktionsfläche nur um 6 %. Die Produktion von flachen grünen Bohnen beispielsweise wurde bereits nahezu komplett von Marokko übernommen, da der Anbau arbeitsintensiv ist und die spanischen Produzenten nicht mit den marokkanischen Lohnkosten konkurrieren können.

42 Vgl. Ollivier (2009).

müssen heute auf den Plantagen der großen Konzerne unter miserablen Bedingungen arbeiten.⁴³ Und während die (Agrar-)Wirtschaft die Vorzüge und Aussichten der Region propagiert, wenn auch teilweise mit kritischen Untertönen,⁴⁴ sehen viele Beobachter die Landwirtschaft in der Region bereits vor dem Aus: „Die Zukunft dieses intensiven Sektors sieht eher düster aus, weil das Wasser schon heute aus 200 Metern Tiefe gepumpt werden muss. Alle Techniker wissen, dass die Wasservorräte nicht mehr lange ausreichen.“⁴⁵

Abgesehen jedoch von ökologischen und wirtschaftlichen Folgen sowie dem Kampf um die immer knapper werdende Ressource Wasser beinhaltet diese Entwicklung eine weitere Dimension. Weder die Produktion im Souss noch die in Almería könnte ohne billige und kurzfristig verfügbare Arbeitskräfte zu solch niedrigen Preisen produzieren. Diese beiden Kriterien werden insbesondere von illegal eingewanderten Arbeitskräften erfüllt.⁴⁶ Der Druck der großen Handelsketten, die Produkte zu niedrigen Preisen zu verkaufen und kurzfristig bestimmte Mengen zu liefern, zwingt die Produzenten praktisch dazu, die Lohnkosten zu drücken, da alle anderen Möglichkeiten, die Produktionskosten zu senken, bereits ausgereizt sind.⁴⁷ Das Paradoxon dieser Entwicklung ist, dass die Landwirte in Almería zwar über die Konkurrenz zu Marokko klagen und sich den großen Lebensmittelkonzernen ausgeliefert sehen, gleichzeitig sich jedoch bewusst sind, dass sie sich selbst die größten Konkurrenten sind. In mehreren Interviews, geführt im Herbst 2010, wurde klar, dass die Unterbietung im Grunde vor allem zwischen den Genossenschaften und Auktionshallen in Almería selbst stattfindet und ein klarer Zusammenschluss aller „gegen“ die „Großen“ nicht wirklich stattfindet.

Doch es sind nicht nur die Lohnkosten an sich, die hier eine Rolle spielen, sondern auch die Notwendigkeit einer kurzfristigen Verfügbarkeit der Arbeitskräfte sowie die geringeren Chancen von

43 Vgl. Raimbeau (2009). Selbst wenn das marokkanische Arbeitsrecht eingehalten wird, bleibt genügend Spielraum für die Unternehmen, „lästige“ Arbeiter loszuwerden.

44 Vgl. beispielsweise die Studie von Villeneuve (2007) zu den Vorzügen des Anbaus in Marokko sowie LifePR (2007).

45 Ollivier (2009).

46 Vgl. Díaz (2003), 131.

47 Vgl. Bell (2002).

legalen wie illegalen Migrant(inn)en, sich zu organisieren und weitere soziale Leistungen und Sicherheiten einzufordern.⁴⁸ Dies gilt für Spanien ebenso wie für Marokko, wo sich trotz der widrigen politischen Bedingungen erste Anzeichen gewerkschaftlicher Organisation bemerkbar machen, so dass die Beschäftigung von Migrant(inn)en aus noch ärmeren Regionen nicht nur günstiger kommt, sondern auch mühsame Verhandlungen mit Gewerkschaften von vornherein verhindert.

Gemeinsam ist den Migrant(inn)en sowohl in Spanien wie in Marokko auch das persönliche Profil: Die Mehrzahl von ihnen ist ledig, geschieden oder verwitwet und jung. Sie sind ihrem ursprünglichen sozialen und kulturellen Umfeld entfremdet und befinden sich in einer relativ ausgeweglosen Situation. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sind miserabel und lassen keine Zukunftsaussichten oder gar -planung zu. Im Souss kommen noch die hohe Analphabetismusrate und die Verbreitung von AIDS aufgrund der familiären Vereinzelung hinzu.⁴⁹ In Almería besteht zudem eine Gemeinsamkeit zwischen den Illegalisierten und denen, die einen Arbeitsvertrag besitzen: „Ihre Isolation, ihr Misstrauen gegenüber den Arbeitgebern, ihre starke Fluktuation, die ein großes Hindernis für jegliche Gewerkschaftsarbeit darstellt.“⁵⁰ In Marokko ist die Situation der Zivilgesellschaft in ihrer Gesamtheit prekär, daher auch die der Gewerkschaften.⁵¹

Begünstigt wurde und wird diese Entwicklung dadurch, dass Andalusien eine Hauptanlaufstelle der Migration aus Nordafrika ist,⁵² sowie dass Marokko ein „extrem unausgeglichenes Land“ ist und daher auch die internen Migrationsbewegungen stark ausgeprägt

48 Vgl. Euskirchen et al. (2009), 78.

49 Vgl. Bell (2002), sowie Khachani/Mghari (2006), 9.

50 Bell (2008).

51 Vgl. Kausch (2008).

52 Es handelt es sich hier nicht nur um illegale, sondern auch um legale saisonale Arbeiter(innen); während 1991 lediglich 13 % der Immigrant(inn)en in Spanien aus Marokko kamen, waren es 2002 bereits 21 %, von denen die Mehrzahl in Süds Spanien angesiedelt ist. Vgl. Migration-Info.de (2003). Zudem kann Almería auch als Durchgangsstation für Migrant(inn)en bezeichnet werden, die sich, sobald sie können, auf die Suche nach besseren Bedingungen machen.

sind.⁵³ Hinzu kommt, dass das Armutsgefälle nicht nur zwischen Marokko und Europa besteht, sondern auch zwischen Marokko und südlicheren Staaten Afrikas. Die Push-Pull-Faktoren existieren daher in beiden Regionen gleichermaßen.⁵⁴

Die Migrationspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten

Hintergrund dieses Systems ist nicht zuletzt die Migrationspolitik der EU, welche offiziell unter dem Zeichen der Abschottung und Abwehr vor allem illegaler Migration steht.⁵⁵ Doch die Abwehrmechanismen bewirken keineswegs eine Reduktion der Migration, sondern vielmehr eine Zunahme illegalisierter Migrant(inn)en.⁵⁶ Die Unterscheidung in den politischen Diskursen und durch die Behörden zwischen „Unionsbürger(inne)n“ und „Arbeiter(inne)n aus Drittstaaten“, welche wiederum auseinanderdividiert werden durch die Definition legal und illegal, führt zu einer zusätzlichen Segregation des Arbeitsmarktes. Dies spielt sich ab vor dem Hintergrund der doppelten Diskurse, welche auf der einen Seite die „Vorteile“ des Tourismus und auf der anderen die „Gefahren“ der Immigration propagieren, auf der einen Seite zwar die Notwendigkeit von Immigration nach Europa aufgrund der demographischen Entwicklung anerkennen, auf der anderen Seite aber deutlich machen, dass Migrant(inn)en – abgesehen von ihrer Funktion als notwendige Arbeitskraft – unerwünscht sind. Die Segregation des Arbeitsmarktes trägt laut Díaz erneut zu Rassismus und in diesem speziellen Fall zu einer Nationalisierung der Konflikte bei. So tritt zum Beispiel im *guerra del tomate* (dem so genannten Tomatenkrieg) der Konflikt zwischen Spanien und Marokko in den Vordergrund, während die ökonomischen Aspekte des Konfliktes (beispielsweise Landwirte versus Großhandel und Konservenfabriken) in den Hintergrund treten.⁵⁷

53 Ollivier (2009).

54 Vgl. hierzu auch de Haas (2007, 2009).

55 Vgl. EU-Kommission (2006a).

56 Euskirchen et al. (2009) definieren Illegalität nicht als Persönlichkeitsmerkmal, sondern vielmehr als ein juristisches Konstrukt und sprechen daher nicht von illegalen, sondern von illegalisierten Migrant(inn)en.

57 Vgl. Díaz (2003), 149-150.

Neue Strategien der EU

Die EU und ihre Mitgliedstaaten – dasselbe Phänomen ist in Italien und Griechenland und auch in Ländern wie den Niederlanden, Deutschland, Österreich, aber auch der Schweiz anzutreffen⁵⁸ – verfolgten bis vor einigen Jahren eine Politik der Quasi-Toleranz illegaler Migration.⁵⁹ Oder anders formuliert: eine Politik der Illegalisierung einer tolerierten Migrationsform. Nachdem jedoch durch zahlreiche Medienberichte auch die Öffentlichkeit in der EU auf die Zustände in der Landwirtschaft aufmerksam geworden ist,⁶⁰ und die Verhandlungen mit Marokko im Rahmen der ENP Gestalt annahmen, konnte und musste eine neue Strategie entworfen werden. Aus Sicht der EU-Kommission sieht diese folgendermaßen aus:

„Die Aufforderung des Europäischen Rates, nach Wegen zur Erleichterung der zirkulären Migration zu suchen, erging vor dem Hintergrund sich global verändernder Migrationsmuster und angesichts der Notwendigkeit für die Europäische Union, eine glaubwürdige Alternative zur illegalen Zuwanderung anzubieten. Die zirkuläre Migration wird zunehmend als wichtige Wanderungsform anerkannt, die, gut gesteuert, Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften weltweit in Übereinstimmung bringen und dadurch zu einer effizienteren Verteilung der verfügbaren Ressourcen und zum Wirtschaftswachstum beitragen kann. Allerdings birgt die zirkuläre Migration auch Schwierigkeiten: Eine ursprünglich als zirkuläre Migration konzipierte Wanderung kann, wenn sie nicht ordnungsgemäß konzipiert und gesteuert wird, leicht dauerhaft werden und so ihr Ziel verfehlen.“⁶¹

Zirkuläre Migration bedeutet hier also nichts anders, als dass Migrant(inn)en aus Drittstaaten für einen vorgegebenen Zeitraum in

58 Vgl. Bell (2002).

59 Dass eine gezielte Tolerierung vorliegt, ist zwar lediglich eine Vermutung, da keine offiziellen Stellungnahmen zur Materie zu finden sind. Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass ein – offiziell unerwünschtes – Phänomen, das allseits bekannt ist, nur in einem solchen Ausmaß ignoriert werden konnte, wenn ein wie auch immer geartetes Interesse an dieser Ignoranz besteht.

60 Beispielsweise durch die Pogrome in El Ejido im Jahr 2000 oder den Streik der Arbeiter auf den Erdbeerfeldern in Griechenland 2008; vgl. Rondholz (2008) sowie die Berichte von Bell (2002) und Ollivier (2009).

61 EU-Kommission (2007a).

einem bestimmten Betrieb in der EU arbeiten dürfen, um dann in ihr Heimatland zurückzukehren und nach Ablauf eines wiederum vorgegebenen Zeitraums wieder in die EU zum Arbeiten kommen dürfen und so fort. Die Untersuchung eines Modellprojekts im südspanischen Huelva könnte interessante Einblicke in die Aussichten dieses neuen Migrationskonzeptes liefern. Schöhl konstatiert, dass das Konzept der zirkulären Migration einen expliziten Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung herstellt und auf der Idee einer „triple-Win-Situation“ beruht: Sowohl die Herkunftsländer (Transferzahlungen), als auch die Zielländer (Arbeitskräfte) und die Migrant(inn)en (Arbeit und einigermaßen kontrollierte Lohnsituation) profitieren davon.⁶² Vorbild für diese Migrationsform sind so genannte Herkunftsverträge – welche bereits in Frankreich Tradition haben⁶³ –, die auf höchstens neun Monate beschränkt sind. Im Unterschied zum deutschen Gastarbeiterprogramm ist es den Unterzeichnern nicht erlaubt, sich zu organisieren, die Verträge werden – durch die Vermittlung der marokkanischen Agentur ANAPEC (Agence nationale de promotion de l'emploi et des compétences) – bereits in Marokko unterzeichnet und verpflichten die Arbeitnehmer(innen) dazu, nach Ablauf des Vertrags in das Herkunftsland zurückzukehren. Wer die Verpflichtungen einhält, kann im nächsten Jahr unter erleichterten Bedingungen erneut Arbeit finden, wer sie nicht einhält, verliert seine Arbeitserlaubnis für drei Jahre. Langfristig kann eine permanente Aufenthaltserlaubnis beantragt werden.⁶⁴

Interessanterweise ist bei diesem Modellprojekt das bevorzugte Profil für anzuwerbende Arbeiter(innen) das von Frauen mit Kindern. Von diesen Frauen sind ca. 50 % geschieden oder verwitwet und haben meist mehrere Kinder. Hintergrund dieser Auswahl ist

62 Vgl. Schöhl (2010), 3.

63 Die in Frankreich als OMI-Verträge (Office des Migrations Internationales) bekannten Verträge sind ebenfalls nominal, d.h. die Arbeitnehmer sind an einen bestimmten Betrieb gebunden. Während des Aufenthalts in Frankreich befinden sich die Arbeitnehmer de jure nicht auf französischem Boden, da sie nach marokkanischem Arbeitsrecht behandelt werden. Im Folgejahr kann der Arbeitgeber die Erneuerung des Vertrages mit denselben Personen beantragen – sofern diese nicht durch ungebührliche Forderungen in Misskredit geraten sind. In einem solchen Fall kann es geschehen, dass die gesamte Familie keine Anstellung mehr findet. Vgl. Bell (2002).

64 Vgl. Schöhl (2010), 38-39.

die Annahme, dass solche Migrantinnen am ehesten in ihre Heimat zurückkehren – und im nächsten Jahr leichter wieder angeworben werden können. Diese Frauen kommen nahezu ausschließlich aus ländlichen Regionen Marokkos und beinahe die Hälfte von ihnen kann nicht lesen und schreiben.⁶⁵ Mittlerweile wird das Verfahren der Herkunftsverträge überall in Almería angewandt und die jeweiligen Agrarverbände bieten die Anwerbung der Arbeitskräfte auf diesem Wege an.

Aus Sicht der Arbeitgeber und der EU birgt diese Vorgehensweise gegenüber der Illegalisierung zumindest in der Theorie eindeutige Vorteile in der Verfolgung ihres Zieles, die tatsächliche Zuwanderung einzudämmen und trotzdem verlässlich über genügend Arbeitskräfte zu verfügen: Die Migrant(inn)en kehren zu einem großen Teil wieder in ihr Heimatland zurück und haben auch mittelfristig nur geringe Ambitionen, sich niederzulassen, da sie Bindungen wie Eheleute oder Kinder in ihrem Heimatland haben. Und indem die Arbeitnehmer(innen) selbst die Verträge in Marokko unterschreiben, entledigt sich die EU des Problems der arbeitsrechtlichen Situation der Arbeiter(innen).⁶⁶ Für die Arbeitgeber entfällt sowohl das Risiko, Strafen für illegale Arbeitskräfte entrichten zu müssen als auch, sich mit Lohn- und anderen Forderungen der Arbeitnehmer herumschlagen oder (legale) Streiks in Kauf nehmen zu müssen. Die Frage der Triple-Win-Situation und der Verbindung von Entwicklung und Migration ist jedoch sicherlich eine ambivalente. Auf der einen Seite kann die EU zumindest kurzfristig ihr Arbeitskräfte- und Migrationsproblem auf legale und kostengünstige Weise entschärfen, auf der anderen Seite kann diese Vorgehensweise auf lange Sicht ein umfassendes Migrationskonzept nicht ersetzen. Insbesondere die aktuelle Entwicklung angesichts der Wirtschaftskrise lässt dieses Konzept zumindest für die Migrant(inn)en fragwürdig erscheinen: in den letzten beiden Jahren nahm die Nachfrage nach (legalen) ausländischen Sai-

65 Vgl. Schöhl (2010), 58-60.

66 Bell (2008) verweist auf zahlreiche Fälle, in denen auch die wenigen Rechte, welche die Arbeiter(innen) laut ihrer Verträge hatten, verletzt wurden. Vertreter von SOS Racismo sowie der Landarbeitergewerkschaft SOC in Andalusien berichten davon, dass Arbeiter(innen) keine angemessenen Unterkünfte bekamen oder um den letzten Monatslohn gebracht wurden, den sie nicht mehr einklagen konnten, weil sie in ihr Heimatland zurückkehren mussten.

sonarbeitskräften in der Landwirtschaft sukzessive ab, da die Wirtschaftskrise genügend spanische Arbeitskräfte „freisetzte“, die nun in die Landwirtschaft zurückkehrten. Hinzu kommt, dass häufig Migrant(inn)en, die bereits illegal in der EU lebten und arbeiteten, von ihren Arbeitgebern über den Umweg der so genannten Herkunftsverträge „legalisiert“ wurden und somit die vorhandenen Arbeitsplätze großteils von bereits in Spanien lebenden Einwanderer(inne)n besetzt wurden. Dadurch haben Auswanderungswillige in Marokko weniger Chancen, während die teilweise bereits integrierten Migrant(inn)en in Spanien trotzdem keine wirkliche Chance auf Legalisierung und Integration haben, da sie wiederum nur eine bestimmte Zeit offiziell in Spanien sein dürfen und ihre Rechte stark eingegrenzt sind. Und schließlich dürfte die Tatsache, dass die Arbeitsverträge bereits in Marokko, also einem Land, in dem Gewerkschaften, Arbeits- und Menschenrechte (noch) nicht besonders stark ausgeprägt sind,⁶⁷ unterschrieben werden und dass ein großer Teil der in Frage kommenden Auswanderer(innen) des Schreibens und Lesens nicht oder nur unzureichend mächtig sind, nicht unbedingt dazu beitragen, die tatsächliche und rechtliche Situation dieser Arbeiter(innen) zu verbessern. Sicher ist: Die Migrant(inn)en sind nach wie vor und möglicherweise noch in stärkerem Ausmaß Manövriermasse, die gezielt verschoben werden kann. Die theoretisch größere Rechtssicherheit der Migrant(inn)en – im Vergleich zu den illegalisierten – bleibt dabei mit einem großen Fragezeichen versehen. Und was die gesellschaftlichen Folgen angeht, so sind diese kaum abzuschätzen. Denn diese Form der Migration reißt Familien in den Herkunftsländern langfristig auseinander und lässt die Kinder geschiedener oder verwitweter Frauen möglicherweise alleine zuhause zurück, was wie beispielsweise in Polen schon beobachtet, zu gesellschaftlichen Problemen und kindlicher Vereinsamung führen kann.⁶⁸ Auf der anderen Seite kann natürlich die Bedeutung der Rücküberweisungen an die Familie nicht hoch genug eingeschätzt werden und die Arbeits- und Lebensbedingungen sind, verglichen mit der illegalen Einreise, sicherlich verbessert. Die Frage ist, ob man nach dem kleineren Übel

67 Allerdings kann sowohl hier wie dort zunehmender Widerstand gegen die Zustände beobachtet werden; vgl. Olliver (2009); Bell (2008); Lahoucine (2006).

68 Vgl. Lesser (2008).

oder nach einer menschenrechtlich und gesellschaftlich vertretbaren Lösung sucht.

Schlussgedanken

Denkt man nun das Konzept von Cavatorta, Chari und Kritzinger zu Ende, so liegt die Vermutung nahe, dass die EU nicht nur aus Stabilitätsgründen ein Interesse am Erhalt des Status quo in Marokko haben könnte, sondern auch, um die prekären rechtlichen und sozialen Bedingungen aufrecht zu erhalten, die zumindest im kurz- bis mittelfristigen wirtschaftlichen Interesse der EU liegen und dieses „System“ der billigen Produktion von Gemüse für den europäischen Markt diesseits und jenseits des Mittelmeeres überhaupt erst ermöglichen.

Trotz allem jedoch stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Terminus „rationalistisch“ bzw. realistisch. Auf der einen Seite verfolgt die EU hier – Seite an Seite mit Marokko – klar eine Politik der Aufrechterhaltung oder zumindest Tolerierung des Status quo, orientiert an einer Kosten-Nutzen-Kalkulation in Hinblick auf kurz- bis mittelfristige und vor allem materielle Ziele. Auf der anderen Seite scheint das primäre Ziel der EU – und höchstwahrscheinlich auch der marokkanischen Eliten – sowohl wirtschaftliche als auch politische Stabilität in Marokko zu erreichen und zu erhalten, genau auf diese Weise langfristig gefährdet, da die sozialen und ökonomischen Gegensätze ebenso wie die zunehmende Knappheit der Ressourcen auf beiden Seiten des Mittelmeeres langfristig verschärft werden. Dem gegenüber steht weder ein Konzept einer alternativen (land)wirtschaftlichen Orientierung noch ein Konzept, wie die entwurzelten Menschen in Europa oder dem Souss Fuß fassen und sich in die Gesellschaft integrieren können oder wie mit dem faktisch vorhandenen Phänomen der Migration insgesamt langfristig umgegangen werden könnte. Die Fortführung des Migrationskonzeptes mit anderen Mitteln – „wir brauchen Migration, aber wir wollen nicht, dass sie bleiben“ – verhindert zusätzlich die (notwendige) Umorientierung in der Landwirtschaft, sowohl in Marokko wie auch in den betroffenen Gebieten Europas. Denn solange diese billigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wird höchstwahrscheinlich auch der Druck nicht groß genug werden, um entweder eine grundsätzliche Veränderung oder einen Zusammenschluss der betroffenen Landwirte gegen die Lebensmittelindustrie zu bewirken. Eher wird es zu Konzentrationen

in Produktion und Handel kommen, während die große Zahl der kleinen, „unrentablen“ Betriebe dieser Konzentration zum Opfer fallen wird – eine Entwicklung, die von Vertretern der Organisation der Auktionshallen, Ecohal, in Almería nicht nur prophezeit, sondern auch als sinnvoll erachtet wird. Die „Freisetzung“ dieser Landwirte wiederum könnte ethnisch-soziale wie gesellschaftliche Konflikte in Andalusien verschärfen.

Insgesamt besehen könnte man behaupten, dass das Zusammenspiel von Landwirtschaft, Freihandel und Migration hier eine neue Dimension einer globalisierten (Nicht-)Politik annimmt, welche ohne den Hintergrund eines eher „neoliberal“ beeinflussten Gedankenguts nicht denkbar wäre. Die Unterscheidung von „armen“ Migrant(inn)en und „bösen“ Landwirten, wie es in den Medien häufig suggeriert wird, greift hier nicht. Nicht in Marokko und noch weniger in Spanien. Ist es doch in gewisser Weise „rational“, dass die einzelnen Landwirte und Unternehmen versuchen, aus den vorhandenen Bedingungen so viel Profit wie möglich zu schlagen bzw. innerhalb dieser Bedingungen zu überleben. Und solange quasi rechtlose Personen vorhanden sind, wird deren Existenz genutzt werden.

Literatur

- African Biodiversity Network (2007): „AGROfuels in Africa – The Impacts on Land, Food and Forests“, online unter: <http://www.africanbiodiversity.org/media/1210585739.pdf> (Zugriff am 03.05.2010).
- ANAPEC (2010): „Agence national de promotion de l'emploi et des competences“, online unter: <http://www.anapec.org> (Zugriff am 20.08.2010).
- Asche, Helmut (2007): „China in Afrika – (Ressourcen-) Fluch oder Segen?“, in: *Entwicklung & ländlicher Raum* 4/2007, S. 7-8.
- Axtmann, Dirk (2007): *Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika. Verfassungs- und Wahlrechtsreformen in Algerien, Tunesien und Marokko zwischen 1988 und 2004*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Bell, Nicholas (2002): „Der bittere Geschmack von unserem Obst und Gemüse“, in *Forum Wissenschaft* 4, online unter: <http://www.linksnet.de/de/artikel/18310> (Zugriff am 02.03.2010).
- Bell, Nicholas (2008): „Spanien: Neue Verträge, alte Probleme“, in: *Archipel* 160 (05/2008), 19.05.2008, online unter: <http://www.forumcivique.org/de/artikel/spanien-neue-verträge-alte-probleme> (Zugriff am 04.06.2010).
- Cavatorta, Francesco/Chari, Raj/Kritzinger, Sylvia (2006): „The European Union and Morocco. Security through authoritarianism?“, Working Paper, *IHS Political Science Series* 110 (Juni 2006).

- de Haas, Hein (2007): „Morocco’s Migration Experience: A Transitional Perspective“, in: *International Migration* 45 (4), 39-70.
- de Haas, Hein (2009): „Länderprofil 16: Marokko; zukünftige Herausforderungen“, *Bundeszentrale für politische Bildung*, 01.02.2009, online unter: http://www.bpb.de/themen/O640WW/0,Zukunfftige_Herausforderungen.html (Zugriff am 09.01.2011).
- Díaz, Emma Martín (2003): „Cultivando la Ilegalidad: mercados de trabajo e inmigración en las agriculturas andaluzas“, in: Bueno, Carmen/Aguilar, Encarnación, Hg.: *Las Expresiones Locales de la Globalización: México y España*. Ciudad de México: CIESAS.
- Díaz, Emma Martín/Maynar, Ana Melis/Sanz Casas, Gonzalo (2001): *Mercados de Trabajo e Inmigración Extracomunitaria en la Agricultura*. Sevilla: Consejería de Asuntos Sociales (Junta de Andalucía).
- Dieterich, Johannes (2010): „China zeigt in Afrika massive Präsenz“, in: *Badische Zeitung* vom 17.03.2010, online unter: <http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/ausland/china-zeigt-in-afrika-massive-praesenz--28424626.html> (Zugriff am 10.07.2010).
- Euskirchen, Markus/Lebhuhn, Henrik/Ray, Gene (2009): „Wie Illegale gemacht werden. Das neue EU-Grenzregime“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2009, 72-80.
- EU (2005): „Barcelona Declaration and Euro-Mediterranean partnership“, Europäische Union, 26.07.2005, online unter: http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/mediterranean_partner_countries/r15001_en.htm (Zugriff am 14.07.2010).
- EU (2008): „Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union“, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* C 115/13, 09.05.2008, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:DE:PDF> (Zugriff am 14.06.2010).
- EU (2010): „Annahme des Entwurfs eines Abkommens zwischen EU und Marokko in den Sektoren Agrarerzeugnisse und Fischerei“, Pressemitteilung der Europäischen Union vom 16.09.2010, online unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1138&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Zugriff am 07.12.2010).
- EU-Kommission (2004): *Vorschlag für einen Beschluß des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft im Assoziationsrat zur Durchführung von Artikel 84 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits*, Kommission der Europäischen Union, KOM/2004/0426.
- EU-Kommission (2006a): *Illegal immigration and return. Wide-ranging common actions to combat illegal immigration at EU level and promote return of illegal immigrants*, Kommission der Europäischen Union, online unter: http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/illegal/fsj_immigration_illegal_en.htm (Zugriff am 05.06.2010).

- EU-Kommission (2006b): *Eine EU-Strategie für Biokraftstoffe*, Kommission der Europäischen Union, KOM/2006/34.
- EU-Kommission (2007a): *Zirkuläre Migration und Mobilitätspartnerschaften zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten*, Kommission der Europäischen Union, KOM/2007/248.
- EU-Kommission (2007b): *Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Marokko, Strategiepapier 2007-2013*, Kommission der Europäischen Union, online unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_morocco_de.pdf (Zugriff am: 20.05.2010).
- FAZ (2006): „China rollt den afrikanischen Kontinent auf“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.05.2006, online unter: <http://www.faz.net/s/Rub050436A85B3A4C64819D7E1B05B60928/Doc~E2B3DA0AA5715464984466F743EC57938~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (Zugriff am 10.07.2010).
- Fruchthandel.de (2010): „Spanien: Produzenten in Granada sagen ‚Nein‘ zum Abkommen mit Marokko“, 08.03.2010, online unter: http://www.fruchthandel.de/index.php?id=news-anzeigen&L=&news_id=13565&pid=120&searchterm=almeria&0= (Zugriff am 05.06.2010).
- Fruchtportal.de (2010): „Marokko entwickelt sich als O&G-Erzeuger und -Exporteur“, 04.03.2010, online unter: <http://www.fruchtportal.de/newsarchiv/2010-03-04/lesen/24353/NL-Marokko-entwickelt-sich-als-O-G-Erzeuger-und-Exporteur> (Zugriff am 25.06.2010)
- Junker, Peer (2010): „Expo 2010. China ruft, Afrika kommt“, in: *Zeit Online*, 20.05.2010, online unter: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-05/shanghai-expo-afrika> (Zugriff am 10.07.2010).
- Kappel, Robert/Schneidenbach, Tina (2006): „China in Afrika: Herausforderungen für den Westen“, Working Paper, *GIGA Focus Global* 12 (2006), online unter: http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/gf_global_0612.pdf (Zugriff am 02.11.2010).
- Kausch, Kristina (2008): „Morocco: Negotiating Change with the Makhzen. Project of freedom of Associations in the Middle East and North Africa“, *FRIDE Working Paper* 14.03.2008, online unter: <http://www.fride.org/publication/391/morocco-negotiating-change-with-the-makhzen> (Zugriff am 03.06.2010).
- Khachani, Mohamed/Mghari, Mohamed (2006): „L’immigration marocaine en Espagne“, Institut Universitaire Européen, *CARIM Analytic and Synthetic Notes* 2006/09.
- Lahoucine, Amal (2006): „Der Kampf der Kleinbauern der Provinz Taroudant in Marokko um ihr Land, um Wasser und elektrischen Strom (I.Teil)“, Tlaxcala, November 2006, online unter: <http://www.tlaxcala.es/pp.asp?lg=de&reference=1804> (Zugriff am 12.05.2010).
- Lesser, Gabriele (2008): „Polnische Eltern verlassen Kinder: Alex allein zuhause“, in: *Die Tageszeitung*, 23.09.2008, online unter: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/alex-allein-zuhause/> (Zugriff am 18.07.2010).

- LifePR (2007): „Marokko ist Partnerland der FRUIT LOGISTICA 2008“ Berlin, *LifePR – 360° Leben*, 13.07.2007, online unter: <http://www.lifepr.de/pressemedlungen/messe-berlin-gmbh/boxid/6384> (Zugriff am 15.07.2010).
- Maghraoui, Abdeslam (2001): „Political Authority in Crisis: Mohammed VI's Morocco“, in: *MER 218 – Morocco in Transition*, Middle East Research and Information Project, online unter: <http://www.merip.org/mer/mer218/political-authority-crisis> (Zugriff am 29.06.2010).
- Migration-Info.de (2003): „Länderprofil: Spanien“, *Migration und Bevölkerung*, Newsletter 10 (Dezember 2003), online unter: http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=031005 (Zugriff am 20.02.2010).
- Ollivier, Marc (29.9.2009): „Die Plastikebene Marokkos“, in: *Archipel* 174 (09/2009), 29.09.2009, online unter: <http://www.forumcivique.org/de/artikel/die-plastikebene-marokkos> (Zugriff am 02.07.2010).
- Raimbeau, Cécile: „Unterm Arganbaum. Die traditionellen Ökosysteme in Marokko leiden unter der Plantagenwirtschaft“, in: *Le monde diplomatique*, 08.05.2009, 18-19
- Rondholz, Eberhard (2008): „Griechenland: Strawberry fields forever?“, in: *Neue Rheinische Zeitung*, 04.08.2008, online unter: <http://www.civic-forum.org/de/artikel/griechenland-strawberry-fields-forever> (Zugriff am 01.05.2010).
- Schlumberger, Oliver (2000): „The Arab Middle East and the Question of Democratization: Some Critical Remarks“, in: *Democratization* 7 (4), 104-132.
- Schlumberger, Oliver (2008): *Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*. Baden-Baden: Nomos.
- Schöhl, Veronika (2010): *Zukunftsperspektiven von zirkulärer Migration in der EU: Management von Saisonarbeit in der Landwirtschaft am Beispiel eines Pilotprojekts zwischen Spanien und Marokko*, politikwissenschaftliche Diplomarbeit, Universität Wien.
- Tritki, Khalid (2008): „Le ministre de l'agriculture dévoile le plan Maro Vert“, in: *Le Soir Echos*, 23.04.2008, online unter: www.yabiladi.com/article-economie-1634.html (Zugriff am 13.06.2010).
- Villeneuve, Christine (2007): „La production horticole sous grands tunnels au Maroc“, *Les journées horticoles de St-Rémi*, online unter: <http://www.agrireseau.qc.ca/legumeschamp/documents/maroc.pdf> (Zugriff am 02.07.2010).
- WSRW (2010): „Troublesome tomatoes“, 03.06. 2010, *Western Sahara Resource Watch*, online unter: <http://www.wsrw.org/index.php?cat=105&art=1435> (Zugriff am 28.07.2010).

The Horn of Unending Conflicts

Belachew Gebrewold

Introduction

The Horn of Africa has increasingly been marred by intractable and violent conflicts, Islamic fundamentalism, and piracy. To make things worse, rebuilding collapsed Somalia has emerged more difficult than initially thought. In Somalia, United Nations (UN), United States (US), Ethiopian, Intergovernmental Authority on Development (IGAD) and African Union (AU) military interventions have failed all. Somalia has become Africa's Afghanistan. An initially religiously tolerant Somalia has even become a haven for terrorist and radical Islamists.

Also armed rebellion in different parts of Ethiopia is getting tougher than ever. Ethiopia's inability to address rebellions such as by the Ogaden National Liberation Front (ONFL) and the Oromo Liberation Front (OLF) have stifled democratization, and human rights violations have contributed to a categorization of Ethiopia as "failed state". Similarly, Kenya is affected by Islamic terrorism, inter-ethnic conflicts, corruption and a poor democratic record. Moreover, due to election-related violence in December 2007 Kenya was also degraded to the level of failed state. Eritrea has become one of the most authoritarian states in the world, internally undemocratic and externally belligerent. In Djibouti, a power-related conflict between Afar and Issa is still going on. As a result, the Horn of Africa can be described as the Horn of conflict and terror.

The main question to be addressed in this contribution is why so many conflicts have been happening at the Horn of Africa. I argue that the unending conflicts at the Horn of Africa are not only endemic

but also systemic. The systemic dimension cannot be separated from the intrastate and interstate components. With an increasing number of weak states in the region, the mutual destabilization of states and the intensification of conflicts are aggravating as is the negative role of international actors. In order to show this, departing from collapsed Somalia as the epicentre of the conflict system at the Horn of Africa, I will discuss the different dimensions of the conflicts in this region.

The Internal Political Developments in the Horn States

The state of the freedom of the press in the region is one of the poorest in the world. According to the Freedom House Index in 2008, Ethiopia ranks 166th out of 195 surveyed countries. Many people in Ethiopia suffer from hunger almost every year. Some reports suggest that currently about 9 million Ethiopians are affected by food shortages, and the UN Food and Agricultural Organization (FAO) and Oxfam estimated that in 2009 46 % of 80 million Ethiopians were affected by malnutrition. Besides the economic problem, various rebel groups in different parts of Ethiopia, such as the ONFL in the East and the OLF, are weakening Ethiopia and contributing to the militarization of Ethiopian politics. However, the militarization cannot be separated from the regional context. Islamic terrorism from Somalia and tensions with Eritrea are the most significant developments in this regard.

According to the Freedom House ranking of the freedom of the press, Eritrea is among the world's worst, in 2009 worst in the world. Eritreans hoped that after independence in 1993 their country would become one of the most democratic and prosperous in Africa. However, Eritrean politics are completely militarized; the Constitution ratified in 1997 has not been implemented because Eritrea's priority is the war with Ethiopia, not democratization.¹ The Eritrean economy is destroyed. It is estimated that every month between 400 and 600 Eritreans flee poverty and conscription through the dangerous Sudanese deserts, heading mainly towards Europe.²

1 Cf. Mengisteab/Yohannes (2005), 131-160.

2 Cf. Plaut (2007).

In Kenya, in the unrest triggered by the election of 27 December 2007 around 1,500 people were killed by the police and in interethnic violence, thousands were displaced, and the democratization process and Kenya's image on the international stage were damaged. Since then the government has been attempting, though sluggishly, to reform Kenyan politics. In November 2009 Kenya unveiled a new draft constitution with power sharing, i.e. a president as head of state and a prime minister as head of government, replacing a political system in which the president was head of state as well as of government. Besides political instability, a serious problem of Kenya is corruption. According to the Transparency International Report of 2009, Kenya ranked 147th out of 180 countries. Moreover, Kenya is substantially affected by Islamic fundamentalists, who threaten Kenya and from there harm regional and global interests. Since Somali Islamic fundamentalists have recently acknowledged their alliance with Al Qaeda, cooperation between Somali and Kenyan Islamic fundamentalists can have significant regional implications. Political failure and corruption in Kenya are going to directly or indirectly facilitate Islamic terrorism. Somalia can serve the terrorists as a launching pad against Kenya as well as other states in the region.

In Djibouti the ethnic Afar Front for the Restoration of Unity and Democracy (FRUD) has been fighting the government for over a decade. It claims to be fighting for the rights of the Afar people in Djibouti, who are dominated by the Issa ethnic group. Since ethnic Afar are present in Eritrea, Ethiopia and Djibouti, this could be a considerable regional issue, if the Afar in all three countries organize themselves and revolt against those states. However, currently the melting point for all transnationalized internal problems is the collapsed state of Somalia. Therefore, I will focus on Somalia in the following section.

Somalia's Collapse and the Regionalization of Conflicts at the Horn of Africa

The transitional federal government of Somalia, backed by AU troops and UN funds, controls only a small part of the capital, whereas the rest of the country is ruled by warlords, al-Shabab or other Islamist militias. Somali Islamic rebels such as al-Itihaad al-Islamiya (AIAI), Harakat al-Shabab al-Mujahideen and Hizb al-Islam have increasingly become major security concerns for Ethiopia and Kenya. In Ethiopia

OLF, ONLF, etc. are feared to have been infiltrated by the Somali Islamic groups. Islamic terrorism in Kenya is feared to be enhanced by these fundamentalists. The radical Islamists in Somalia officially admit that they are allied with Al Qaeda.

The 11 January 2002 IGAD summit on Somalia called upon Kenya, Ethiopia and Djibouti to coordinate their efforts for national reconciliation in Somalia under the IGAD chairmanship. It decided to hold a reconciliation conference on Somalia in Nairobi and to continue the Somalia peace process. Since combating terrorism was a central issue, the summit urged the Transitional National Government of Somalia (TNG) and other parties to commit themselves to combat terrorism, and called upon the international community to join IGAD for establishing peace on Somalia. A “technical committee” chaired by Kenya, comprising the frontline states (Kenya, Ethiopia, Djibouti), and including the IGAD Secretariat was established to work out modalities to facilitate the proposed national Somali Reconciliation Conference, which opened on 15 October 2002, in Eldoret, Kenya.

Again through the initiative of IGAD, a Transitional Federal Government of Somalia (TFG) was established in 2004. It again proved weak. IGAD appealed to the UN Security Council to take immediate action to deploy a peace keeping mission in Somalia to assist in securing the new government and also to help training Somali security forces. Furthermore, the AU took the initiative in conjunction with IGAD to convene a military and political experts meeting to assess the needs of Somalia with regard to the deployment of a peace restoration and protection force. The IGAD executive secretary’s proposal for a new mechanism for IGAD participation in the post-conflict phase in Somalia – known as IGAD Monitoring and Follow-Up Team (IGADMOT) – was adopted.

However, all these initiatives proved weak due to two significant regional obstacles to the Somali peace process: the uncompromising Somali warlords and the proliferation of similar and non-complementary initiatives. Through the Eritrean-Ethiopian war, obstacles have become abysmal. Both Ethiopia and Eritrea are heavily involved in the Somali conflict, resulting in the destabilization of Somalia and mutual damage to both Eritrea and Ethiopia. In the following subsections we shall see different regional dimensions of the Horn conflict system, its regional implications and how this phenomenon has contributed to the system of borderless violence at the Horn of Africa.

The Ethiopian Dimension of the Horn Conflict System

The existence of Somali ethnic groups in Kenya, Ethiopia and Djibouti has been one of the key factors of conflicts between Ethiopia and Somalia. Mainland Somalis do not see the Somalis in the neighbouring countries as neighbours but as kinsmen with the wrong citizenship, separated by “indiscriminate boundary arrangements”³. In 1950 Somali tribesmen in the Northern Frontier District of Kenya announced that they would join their kinsmen in Somalia. In 1956 the British government intended to allow and support the unification of Somaliland and Somalia. Ethiopia was alarmed by that. Kenya underscored that the District is an inalienable part of Kenya. However, for Somalis, Pan-Somalism was a “legitimate regional application of the general and wider principle of Pan-African unity”⁴. Escalation between Ethiopia and Somalia resulted in an open war in 1977/78 preceded by the 1964 war in Ethiopia’s Somali-inhabited Ogaden region.

The defeat in the war, the flow of refugees, the conflict between the Ogadeni refugees and the Isaaq clan, the unexpectedly low financial support for Somalia by the US (US\$ 8.7 million instead of the requested 47 million) after the defeat, and Western governments’ emphasis on civilian instead of military aid for Somalia in order to discourage Somali irredentism and to improve Somali-Kenyan relations, led to the continuous weakening of the one-man (Siad Barre) state of Somalia.⁵ Moreover, the Ogaden rebellion was split between two rebel movements: the Siad-controlled Western Somali Liberation Front (WSLF), and the anti-Siad ONLF, which considered WSLF as a Siad-puppet.⁶

The Somali Democratic Action Front (SODAF), which was formed in Rome in 1976, was an organisation opposing Siad Barre’s regime. After SODAF and the Somali Salvation Front (SSF) formed a coalition called Somali Salvation Democratic Front (SSDF), they consolidated their fight against the regime through support from Ethiopia and Libya. In 1982 SSDF was commanded by Col. Abdullahi

3 Lewis (2002), 179.

4 Lewis (2002), 195.

5 Cf. Lewis (2002), 248.

6 Cf. Lewis (2002), 254 and 257.

Yusuf Ahmed who was commander of the Somali National Army (SNA) during the Ethiopian-Somali war. After deserting from the Somali army, he began to fight together with Ethiopia against the SNA. Although SSDF encompassed various factions, politicians and intellectuals, who were against the regime, it was dominated by the Majerteen clan. A dispute with Ethiopia over the districts of Balumbale and Goldogob heavily undermined SSDF's leadership until its relationship with Ethiopia normalized and it became active again towards the end of the 1990s.

Ethiopia also supported the Somali National Movement (SNM, backed mainly by the Isaaq-clan in Somaliland). After the 1988 negotiations and agreement between Ethiopia and Somalia the Somali government hoped to isolate SNM when each party expressed its obligation to terminate their support for the other's dissidents.⁷ However, in spite of the rapprochement between Ethiopia and Somalia (which meant the loss of support from the Ethiopian side), the SNM could consolidate its military power.

The activities of the Somalia-based AIAI – with the irredentist intention of incorporating Ethiopia's Somali population into an Islamic Somali state – are considered as a major regional threat by Ethiopia.⁸ The growing threat of Islamic fundamentalism is worrying Ethiopia and has provoked a military intervention in Somalia and to search for and identify those responsible for Islamic terrorist attacks in Ethiopia and in the region, such as Sheikh Hassan Dahir Aweys and other AIAI leaders (whom Ethiopia blamed for terrorist attacks in the mid-1990s in Ethiopia, including the bombing of two hotels and the attempted assassination of a cabinet minister). Sheikh Hassan Dahir Aweys asserted that he would remain committed to an Islamic state in all Somali territories, including the Ogaden of Ethiopia.⁹ More alarmingly, a leading ICU (Islamic Courts Union) figure, Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, urged all Somali people to wage holy war against the Ethiopians.

Already in the 1990s there had been Islamist threats against Ethiopia. Ethiopian forces defeated Islamist fighters in the Somali

7 Cf. Lewis (2002), 262.

8 Cf. Shinn (2005), 101.

9 Cf. ICG (2006), 17.

town of Luuq in 1996. After Islamic courts took control of the Somali capital in June 2006, Ethiopia's involvement in Somalia increased dramatically. In July 2006 Ethiopian trucks and armoured cars crossed into Somalia, and Ethiopian military trainers in the country were helping the interim government. On 21 July 2006 the ICU leadership ordered a "holy war" against Ethiopians in Somalia. On 24 October 2006, the Ethiopian Prime Minister Meles Zenawi said that Ethiopia was "technically at war" with the ICU,¹⁰ and on 30 November 2006 Ethiopia's parliament passed a resolution authorizing the government to take all legal and other necessary steps against what it termed as an invasion by the ICU. On 25 December of the same year Ethiopian aircraft bombed Mogadishu airport. Between 26 December 2006 and 1 January 2007, driven out by forces of the Somali TFG and Ethiopian troops and jets, the ICU lost control of the towns of Burhakaba, Jowhar, Mogadishu, and Kismayo, as well as other areas in southern and central Somalia, and was forced to retreat.

On 27 January 2003, the UN Security Council Committee reported on the situation in Somalia and the regional arms-related destabilization. Ethiopia, Eritrea, Yemen, Djibouti, Sudan and Egypt are all said to have violated the embargo over the last decade by giving arms, equipment, militia training and financial support to Somali factions.¹¹ In 1999, two Mogadishu faction leaders (Ali Mahdi Mohamed and Hussein Mohamed Aideed) called Ethiopia "the enemy", trying to disintegrate Somalia, interfering in its internal affairs and obstructing the formation of a central government by giving arms and ammunition to Somali factions (the SSDF, the United Somalia Congress Peace Movement and the Rahanweyn Resistance Army).¹²

The situation in Somalia is the combination of a proxy war and an inter-state war, which Eritrea and Ethiopia waged against each other. In 1999 a ship from Eritrea carrying arms for Aideed (purchased by OLF) docked at Marka port in southern Somalia, which caused Ethiopia to plan to bomb, if more arms were offloaded

10 *Reuters*, 25 October 2006, online at: <http://www.reuters.com/article/2006/10/25/us-ethiopia-eritrea-idUSL2512232720061025?pageNumber=1> (accessed 12 April 2011).

11 *Africa Confidential* (2003), 44 (5), 8.

12 *Africa Research Bulletin* (1999), 36 (2), 3.

there.¹³ Despite the UN arms embargo on Somalia in 1992, there are arms supplies for various factions from the usual suspects: anti-TNG forces such as Muse Sudi (supported by Ethiopia), the TNG and its allies (backed by Eritrea, Egypt, Yemen and Libya). Further, the OLF and ONLF could purchase their weapons on the Mogadishu market.¹⁴

Ethiopia has continuously been accused of providing Somalia with arms. Between November 2005 and April 2006, Ethiopia provided at least three separate consignments of arms, including mortars, machine guns, assault rifles, anti-tank weapons, and ammunition, to the TFG.¹⁵ Ethiopia's military presence inside Somalia and arms supply significantly inflamed Somali nationalism and antagonism towards Ethiopia.¹⁶ Ethiopia's intervention not only bolstered the elements of the ICU, al-Shabab, but also many non-radical Somalis. The terrorist organisations Al-Shabab, which developed from the ICU, took control of Kismayo, Merca and large parts of southern Somalia. The presence of Ethiopian troops inside Somalia kept various factions of the Alliance for the Re-liberation of Somalia (ARS), the government, and indeed al-Shabab united. Gradually, al-Shabab has expanded its military and territorial strength. The already weak TFG started to cease to exist since Ethiopia started to pull out towards the end of 2008. Islamist militiamen have taken over a number of abandoned police stations in the Somali capital as Ethiopian troops withdrew from the city. The militiamen included those militia who support ARS (whose leader succeeded President Ahmed Yussuf), al-Shabab, Ahlu Sunna Wal-jamaah, etc.

However, Ethiopia's presence in Somalia cannot be explained merely by its interest to fight the Islamic terrorists or the enemies of the TFG. Ethiopia is also indirectly fighting Eritrea which is using the failed state of Somalia as a launching pad against Ethiopia and supporting the Islamists.

13 *Africa Research Bulletin* (1999), 36 (5), 6. *Africa research Bulletin* 2006: 16835

14 *Africa Confidential* (2002), 43 (12), 7.

15 Cf. Shinn (2006).

16 *Africa Research Bulletin* (2006), 43 (10), 16835.

The Eritrean Dimension of the Somali Conflict

The impact of Eritrean politics on Somali politics is considerable. In Eritrea, about 50 percent of the population is Muslim and 50 percent Christian. Eritrea has been an important player as an ally of ICU, though the Eritrean government does not support any religious fundamentalism in Eritrea. Eritrea's interest is rather to harm Ethiopia. It expects and calculates that its involvement in Somalia would divert Ethiopia's attention from the border conflict or put additional pressure on Ethiopia. Whereas Ethiopia has been supporting the TFG of Somalia, Eritrea has been providing ONLF, ICU and the governor of Lower Shabelle with substantial quantities of arms to counter the support provided to the TFG by Ethiopia.¹⁷

Crucial to this competition between Eritrea and Ethiopia in Somalia is the border conflict between the two. Beginning in August 1997, the prime minister of Ethiopia and the president of Eritrea exchanged letters regarding this issue, because there were some border clashes between Ethiopia and Eritrea at the time. Moreover, the two countries were no longer on good terms due to disagreements on trade related issues. Before the war began, two-thirds of Eritrea's external trade was with Ethiopia and access to Eritrean ports for Ethiopia's trade was significant.¹⁸ But since the war between Ethiopia and Eritrea started, there is also a proxy war going on in Somalia between the two. Eritrea tries to destabilize Ethiopia within Ethiopia as well as from outside. Within Ethiopia it attempts to support military organizations such as the OLF; from the outside, it utilizes the collapsed state of Somalia. Strangely enough, for that end the Eritrean government, which is domestically intolerant towards religions, is collaborating with the Islamic fundamentalists in Somalia. Thanks to Eritrea, there are more arms now in Somalia than at any time since the state collapse in 1991. According to a UN monitoring report, an unknown number of surface-to-air missiles, suicide belts and explosives with timers and detonators have been transported from Eritrea to Somalia¹⁹ with the main objective of destabilizing Ethiopia from

17 Cf. Shinn (2006); ICG (2006), 20.

18 Cf. ICG (2003), 14.

19 *Reuters*, 26 July 2007, online at: <http://www.reuters.com/article/2007/07/27/us-somalia-un-weapons-idUSN2624203320070727> (accessed 12 April 2011).

Somalia, where – according to the same report – at least 2,000 Eritreans were operating at the time.

Eritrea continues its active support by arming and training Ethiopian opposition movements such as the OLF, whereas Ethiopia, besides Sudan and Yemen, has been the main supporter of the Alliance of Eritrean National Forces opposing Eritrea's regime. The ONLF, supported by Eritrea, seeks ethnic national independence or autonomy for the Ogaden. Since its establishment in 1984, the ONLF has been fighting against the Ethiopian government (which it blames for marginalising the Ogaden region). In April 2007 it killed 65 Ethiopians and nine Chinese oil workers in the area. The discovery of gas and oil has brought new economic hopes, but at the same time has fuelled the conflict. At least four people were killed and 40 injured in a series of explosions in Addis Ababa on 13 May 2006 of which Eritreans or Somalis were suspected. Ethiopia accused Eritrea for the blast that killed 7 people and wounded 10 on 13 March 2008 in the Ethiopian-controlled town of Humera. In April 2008 three people died in explosions at two petrol stations in Addis Ababa and on 20 May 2008 three people were killed and nine wounded in a bomb explosion on a minibus in Addis Ababa, all blamed on the Eritrean backed OLF by Ethiopia. According to Ethiopia, Eritrea is not only supporting the OLF but also Somalis opposing Ethiopian military presence there. Therefore, Ethiopia wants to create a buffer region to stop Somalis and the OLF from using Somalia as a rear base. Paradoxically, groups that oppose the independence of Eritrea such as the Ethiopian People's Patriotic Front (EPPF) and the Tigray People's Democratic Movement (TPDM) are supported by the Eritrean government.²⁰ While Ethiopia and Eritrea support elements of the other's opposition, they underestimate the will of the other to close ranks if there is a new military confrontation.²¹

Peace talks about Somalia on 16 May 2008 broke up without any face-to-face discussions between the government and the main opposition alliance (Asmara-based ARS, which includes leaders of the ICU), because it did not want to engage in direct negotiations

20 *Africa Confidential* (2002), 43 (12), 6.

21 Cf. ICG (2003), i.

until the government agrees on a timetable for Ethiopian troops to leave Somalia.

Eritrea is increasingly isolated, both regionally and internationally. On 23 December 2009, the UN Security Council sanctioned Eritrea with an arms embargo, freezing assets and issuing travel bans for backing opponents of the Somali government making incursions into Djibouti territory.

The Horn Conflict System and Somali-Djibouti Relations

Though Djibouti was on the Ethiopian side during the war between Eritrea and Ethiopia between 1998 and 2000, it has supported both the TFG (supported by Ethiopia) as well as the Islamists (Eritrea). Djibouti has been enjoying more freedom of action than Ethiopia and Kenya in dealing with the Islamic Courts. In December 2005 Djibouti provided the TFG with 3,000 military uniforms. Djibouti, unlike Ethiopia and Kenya, urged the TFG and the Islamic Courts to reach an understanding at the talks in Khartoum in 2006. Djibouti did not support a peacekeeping mission in Somalia and urged “outsiders” not to interfere in Somali internal affairs. In 2006 Djibouti received a senior delegation from the Islamic Courts. Its approach to Somalia seemed to be in line with the positions of Eritrea and Sudan. Djibouti is an overwhelmingly Muslim country and increasingly dependent on Arab investment. Therefore, its attitude towards the Islamic Courts does not seem to contradict the position of the Arab League substantially.²²

The Horn Conflict System and Somali-Kenyan Relations

Contrary to the agreement of 29 January 2004 six faction leaders signed a statement accusing Kenya and Djibouti of mismanaging the talks and of bias in favour of the TNG during the Somali national reconciliation conference, which took place in Nairobi, Kenya, in February 2004. Kenya fears that its Somali-dominated north eastern province could become a breeding ground for rising Islamism. This

22 Cf. Shinn (2006).

means, radicalization in Somalia could have spill-over effects on Kenya. The Islamists could exploit years of underdevelopment and marginalization by successive Kenyan governments. These marginalized people could embrace the well-organized Salafist groups funded by Saudi charities as well as any other Islamists that promise them to address their grievances.²³ Out of this fear of the rising the ICU, Kenya has joined with Ethiopia in strong support of the TFG. Kenya has been favouring an African peacekeeping force in Somalia. The alleged ICU's intention to incorporate Somali-inhabited territory pushed Kenya to support the TFG.²⁴

In the course of different peace processes for Somalia, Eritrea and different Somali factions have been accusing Kenya of a bias in favour of Somali transitional governments and of pursuing its own interests (fighting terrorism is a priority for Kenya) rather than advocating peace for Somalia. However, such interests and involvements of actors go beyond immediate neighbourhoods.

Arab-Islamic Identity as a Factor of the Horn Conflict System

Although not predominant, Arab-Islamic identity is an important regional factor. The involvement of various actors from Arab and Islamic countries has exacerbated the Horn conflict system. Influential powers such as Egypt and Saudi Arabia are major players. Already in 1977, during the conflict between Ethiopia and Somalia, Saudi Arabia started its support for Somalia and promised £230 million when it learned that Somalia had broken off its relations with Russia.²⁵ Egypt and Saudi Arabia consider themselves as regional Islamic powers, and therefore have the interest and the power to be involved in the future of Somali politics. Since the collapse of Somalia Egypt, Libya, Yemen, Sudan and Saudi Arabia have been direct or indirect stakeholders.²⁶ In spite of the devastating political situation in 1993, Sudan, Libya and various international Islamic organizations were supporting the Aideded government. This was mainly due to the rivalry between

23 *Africa Research Bulletin* (2006), 43 (10), 16835.

24 Cf. Shinn (2006).

25 Cf. Lewis (2002), 234.

26 Cf. Shinn (2006).

Ethiopia and these states for regional dominance. In November 1997 Arab countries such as Libya, Egypt and Yemen insisted on convening a conference in Cairo and including Aideed (the son, succeeding his father in 1996) who was opposed by Ethiopia and by the Sodere group (an anti-Siad Barre coalition created in Ethiopia). Prior to the Cairo Conference various efforts were made in Nairobi in October 1996, Sodere/Ethiopia in January 1997, Sanaa in May 1997, and Cairo in May 1997.

The location of a conference usually reflects the role the hosting country wants to play. Ethiopia considers Egypt as a rival power in the region. The Nile Water, which partially flows from Ethiopia, can be used as a strategic regional threat to Egypt, should Ethiopia invest in heavy hydro-projects consuming a considerable amount of the Nile water. Egypt is interested in a weak Ethiopia and is anxious to check any extension of Ethiopian power in the region in general and in Somalia in particular.²⁷ Moreover, Ethiopia is a state dominated by Christians, whereas Egypt attempts to emerge as an Islamic regional power. While Ethiopia opposed the TNG for its Islamist elements and support for ONLF in Ethiopia, Egypt assisted it by providing training and uniforms to its police force and military.²⁸ Arab states attempted to expand their sphere of influence in Somalia through TFG institutions as well. IGAD countries, particularly Ethiopia, suspect the Arab League of being overly sympathetic to the Courts.²⁹

The Arab League organized a meeting attended by transitional federal institutions (led by President Abdullahi Yusuf Ahmed, Prime Minister Ali Mohamed Gedi and Speaker Sharif Hassan Sheikh Aden) and the Islamic Courts in Khartoum on 22 June 2006. However, soon after signing the agreement in Khartoum each side accused the other of violating its provisions: According to the TFG the Islamic Courts violated the agreement by taking military action against the Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism (ARPCT, supported by Ethiopia) and its leader in Mogadishu, Abdi Awale Qeybdiid; for the Islamic Courts the TFG violated the Khartoum agreement and the sovereignty of the Somali people by inviting

27 Cf. Lewis (2002), 309.

28 Cf. Grosse-Kettler (2004), 28.

29 Cf. ICG (2006), 25.

Ethiopian troops into the country. The Arab League has been sponsoring the reconciliation talks between the TFG and the Islamic Courts and the Sudanese president Omar al-Bashir is in charge of the process.³⁰ Under the auspices of the Arab League the second round of peace talks between the two parties opened in Khartoum on 2 September 2006 and the parties signed an agreement two days later, containing *inter alia*: to reconstitute the Somali national army and national police force and work towards the reintegration of the forces of the ICU, the TFG and other armed militias; to implement the principle of peaceful coexistence between Somalia and its neighbours; to discuss power-sharing and security issues; to form a technical committee consisting of the Arab League General Secretariat, the Arab League Committee on Somalia and others from the TFG and the Islamic Courts.³¹ Rising Islamism is the main argument for Ethiopia's invasion of Somalia in December 2006. This invasion thus not only underlined the regional systemic dimension of the conflict in Somalia as well as Ethiopia, but also its global aspect.

Egypt has had an interest in the Somali coast dating back to the 19th century, and it shares a membership with Somalia in the Arab League and the Organization of the Islamic Conference (OIC). Ethiopia, the source of 86 percent of the Nile water, opposes an Egyptian-Sudanese treaty which would divide all of it between the two of them. Egypt can use Somalia as a pawn in order to put pressure on or weaken Ethiopia: it supported Somalia, for example, during its war against Ethiopia in 1977. The TFG (under Yussuf Ahmed) included Egypt among those countries that assist terrorists in Somalia.³²

Libya does not share a border with Somalia and does not have a historical connection with Mogadishu, but it does not want to be left out in the competition to mould the Somali future. The TFG accused Libya of interfering in the internal affairs of Somalia and providing arms and cash to the Islamic Courts. Yemen has been one of the supporters of the TFG as well as ICU. In January 2006 it sent fifteen pickup trucks and military clothing to the TFG police and money to

30 Cf. Shinn (2006).

31 UN (2006), 3.

32 Cf. Shinn (2006).

the Islamic Courts, though it was denied by Yemen's foreign minister that his government provided any aid to the Courts. Islamic charities funded by Saudi Arabia such as al-Haramain were active in Somalia until they were shut down by the Saudi government, probably because of links to terrorist organizations. Not only funds from private Saudi sources probably continue to support fundamentalist activity in Somalia: According to the UN Monitoring Group on Somalia, Saudi Arabia provided the TFG with military uniforms, medical equipment, medicine and anti-gas protective clothing in December 2005. The United Arab Emirates have become the financial centre for Somali businesspersons. Iran's leaders have been giving special attention to the rising Islamic movement in Somalia. Iran even opposed any peacekeeping forces in Somalia. Earlier the TFG had accused Iran of providing arms to terrorists in Somalia.³³

Global Actors and Factors in the Horn Conflict System

The Soviet support for Ethiopia played a considerable role in Ethiopia's fight against its rebels in the north of the country as well as against Somalia. Arms for Ethiopia from Romania, East Germany, Czechoslovakia, mercenaries from Greece, training and troops from Cuba, played a significant role during the Ogaden war between 27 July 1977 and 14 March 1978.³⁴ Cuban troops and training and armament from Russia were crucial to Ethiopia's victory over Somalia in 1978.³⁵ The Somalis were defeated in the Ogaden by a strategy worked out by Soviet generals.³⁶ After Ethiopia successfully defeated the Somali irredentists, it was further supported by the Soviets, Cubans and East Germans to suppress the Eritrean guerrilla movements by supplying arms. With the enormous advantage of sophisticated weapons and manpower, the Ethiopian army routed the Eritrean Liberation Front (ELF), lifted the siege around the Red Sea port of Massawa and captured the Eritrean city of Keren; the Eritrean People's Liberation Front (EPLF) was driven back to its original

33 Cf. Shinn (2006).

34 Cf. Carment (2006), 93-95.

35 Cf. Lewis (2002), 233.

36 Cf. Legum (1978), 634.

mountain strongholds; and victory was claimed by the Ethiopian government, whereas Eritrea was still supported by Arabian countries against Ethiopia.

In the wake of 9/11 the Horn of Africa has attracted global powers, mainly the US. Since October 2002, Djibouti has hosted the US military base at the Horn of Africa with which forces from France, Germany, Spain and Italy coalesce, known as the Combined Joint Task Force-Horn of Africa (CJTF-HOA), established with 1,700 troops in 2002 and based in Djibouti to fight terrorism in the region. In 2003, it allocated US\$ 100 million to an East African counter-terrorism initiative. Since the rise of the ICU in 2005, the US has become directly involved in Somalia by creating the ARPCT and by collaborating with a group of Somali warlords, who have aided the US by fighting Islamic “extremists” from Al Qaeda, who have taken refuge in Somalia. The US paid the warlords around US\$ 150,000 a month to support these operations. The US intelligence support, military targeting and logistical support for Ethiopia during the invasion was certainly invaluable. Moreover, the US military attacked al-Shabab using aircraft, warships and Special Forces on different occasions.

Generally, key components of the global dimension of the Horn conflict system are: Ethiopia’s anxiety to protect itself from attacks by Islamic terrorists based in Somalia; the support Ethiopia gets from the US, in particular, and the West, in general, in this anti-terrorist project; the lack of effective government in Somalia, a potential breeding ground for fundamentalism; the attempts of these regional and global actors to discourage the emergence of Islamic organizations; the increasing migration flow from Somalia to the Western world, which is being exploited by right wing parties in the West to gain votes;³⁷ the security-related threats from Somalia in the form of terrorism involving Somali immigrants like in the London terrorist attacks of July 2005; and finally piracy.

Because of growing Islamic terrorism, global and regional actors are increasingly involved in the region, and this increasing presence of the global and regional actors in Somalia is further exacerbating

37 Cf. Lewis (2002), 309-310.

the rise of Islamic fundamentalism with destabilizing effects on Somalia and on the region as a whole. The counterterrorism policies are paradoxically increasing the presence and influence of radical Islamic organizations and their destabilizing activities in Somalia, fuelling anti-Western, Islamic sentiments and creating a self-fulfilling prophecy.³⁸ The take-over of Mogadishu by ICU in June 2006 is partially a reaction to the US support for warlords that have devastated the country since 1991.

The ICU success since June 2006 has alarmed the TFG, the key regional actor Ethiopia, the US, various states of the European Union (EU), the EU itself and the UN. Ethiopia is worried because of the possible links between the ICU and AIAI. Kenya is alarmed by the growing importance of Islamism that could hit its own territory where ethnic Somalis live. The bombing of the US embassies in Kenya and Tanzania by Al Qaeda in 1998 – attacks that left hundreds dead and thousands wounded – initiated the re-engagement of the US after it left Somalia in 1993, attempting to prevent that Somalia evolve into an African version of Taliban-ruled Afghanistan. Through Eritrean assistance for the ICU, power demonstrations between Ethiopia and Eritrea have been taking place in Somalia.³⁹

It is important to emphasize that the crisis is and will remain at least partly a direct product of ill-conceived foreign interventions. Ethiopia's attempts to supplant the earlier TNG (2000-2003) with a new government dominated by its allies, alienated large sections of the Hawiye clan and left the newly formed TFG with a support base too narrow to operate in and near Mogadishu. The calls of the AU and the IGAD for foreign peacekeepers, intended to bolster the TFG, have instead cast it as ineffective and dependent on foreign support, and provided a rallying cry for diverse opposition groups. US counterterrorism efforts, meant to contain foreign Al Qaeda operatives, have accelerated the expansion of jihadist forces and produced the largest potential safe haven for Al Qaeda in Africa.⁴⁰ The military involvement has also increased the systematic violations of the embargo by a wide range of political factions, merchants, Islamists and a num-

38 Cf. Menkhaus (2005), 23-24.

39 Cf. ICG (2006), i.

40 Cf. ICG (2006), i.

ber of countries such as Ethiopia, Eritrea, Italy and Yemen, etc. as well as the TFG itself.⁴¹

Somalia is feared to be an ideal conduit through which Al Qaeda could advance into the region from the Arabian Peninsula. The radical Islamists have made it clear that they would consider the deployment of African peacekeepers as an act of war and invasion, and that the Somalis are not ready to be colonized again by any sort of troops in the world.⁴²

Conclusion

As attempted to show in this contribution, the conflict system at the Horn of Africa, in general, and the collapse of Somalia, in particular, are embedded in three levels: intrastate, regional and global. Numerous peace initiatives have been undertaken to re-establish Somalia. Various internal stakeholders like political elites and clan elders have tried to make peace possible in Somalia but they have failed. Regional states like Ethiopia, Djibouti, Kenya, and Egypt have attempted to mediate but failed. Global players like the US or the UN have failed. The presence and interventions of the UN, the US, or the AU could not bring peace to Somalia. They failed because they approached the Somali conflict as if it were merely an internal phenomenon. Internal actors and factors are substantial for Somalia's collapse, but it cannot be reduced to the internal factors only. Regional and global actors and factors have been continuously playing a decisive role in sustaining violence, Islamic fundamentalism and terrorism. Indeed, Somalis are starting to rally against Islamists and showing anger at them. In early December 2009, hundreds of Somalis took to the streets of Mogadishu to protest against al-Shabab which has been responsible for various deadly suicide attacks and atrocities.

However, Somalia cannot be left to Somalis only. Many regional and global factors and actors have contributed to the perpetuation of the conflict in Somalia. This chaos is the cornerstone of the conflict system at the Horn of Africa. The whole of the Horn of Africa is

41 Cf. ICG (2006), 22.

42 Cf. Dealey (2006), 38-39.

now affected by this chaos in Somalia. It has attracted many global players to move into the region. Ethiopia will increasingly be targeted as a proxy of the US; Eritrea is left isolated from the international community and is declared as state supporting terrorists (in Somalia); and piracy in and around Somali waters have become a global concern. In Kenya, there are serious terrorist threats. Djibouti is the strategically most important country in the region as military base for France and the US, among others. Ethiopia as a landlocked country relies on Djibouti for its imports. If we consider all these interests, actors and factors involved in the Horn conflict system, we easily become pessimistic. However, there is no other way out than to see and address the Horn conflict internally, regionally and globally. Hence, solutions for conflicts in Somalia and each Horn state have to take into account the factors that spill-over into neighbouring countries. There must be a systemic-comprehensive approach to the Horn region's conflict resolution. For this to materialize restraint of regional and global actors from negative interferences and destabilization is indispensable.

References

- Africa Confidential*, various numbers.
- Africa Research Bulletin*, various numbers.
- Carment, David/James, Patrick/Taydas, Zeynep (2006): *Who Intervenes? Ethnic Conflict and Interstate Crisis*. Columbus/OH: Ohio State University Press.
- Dealey, Sam (2006): "Terror's playground", in: *TIME* 168 (23), 27 November 2006, 36-39.
- Grosse-Kettler, Sabrina (2004): *External Actors in Stateless Somalia: A War Economy and its Promoters*, Bonn International Center for Conversion Paper 39, online at: <http://www.bicc.de/publications/papers/paper39/paper39.pdf> (accessed 11 November 2005).
- ICG (2003): *Ethiopia and Eritrea: War or Peace?* International Crisis Group, Africa Report 68, 24 September 2003.
- ICG (2006): *Can the Somali Crisis be Contained?* International Crisis Group, Africa Report 116, 10 August 2006.
- Legum, Colin (1978): "The African Crisis", in: *Foreign Affairs* 57 (3), 632-651.
- Lewis, Ioan M. (2002): *A Modern History of the Somali: Nation and State in the Horn of Africa*. Oxford: James Currey.
- Mengisteab, Kidane/Yohannes, Okbazghi (2005): *Anatomy of an African Tragedy: Political, Economic, and Foreign Policy Crisis in Post-independence Eritrea*. Trenton: Red Sea Press.

- Menkhaus, Ken (2005): "Somalia and Somaliland: Terrorism, Political Islam, and State Collapse", in: Rotberg, Robert I., ed.: *Battling Terrorism in the Horn of Africa*. Cambridge/UK: World Peace Foundation, 23-47.
- Plaut, Martin (2007). "Eritreans Risk Death in the Sahara", in: *BBC News*, 25 March 2007, online at: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6492961.stm> (accessed 25 October 2009).
- Shinn, David H. (2006): "Somalia: Regional Involvement and Implications for US Policy", speech delivered for the American Enterprise Institute for Public Policy Research, 4 October 2006, online at: http://www.aei.org/docLib/20061006_Shinnpaper.pdf (accessed 12 April 2011)
- UN (2006): "Report of the Secretary-General on the situation in Somalia", United Nations Security Council, Document S/2006/838, online at: <http://unpos.unmissions.org/Portals/UNPOS/Repository%20UNPOS/S-2006-838.pdf> (accessed 12 April 2011).

The Tragedy of Nigerian Society

Stefan Salomon

Introduction

Africa's most populous nation reflects the diversity of the whole continent quite well. Over 350 different ethnic groups exist in Nigeria, roughly 400 different languages and dialects are spoken; besides the two dominant religions, Islam and Christianity, numerous traditional African religions are practiced. Despite the absence of valid figures, the population definitely exceeds 140 millions with a growth rate of 63 % in the last fifteen years.¹ Nigeria is also the continent's number one oil producer, also providing enormous agricultural potential and vast natural resources. The country's population should live in prosperity, but instead over 70 % live on less than two dollars a day with hardly any jobs available, in particular for the youth.

The troubled Niger delta region in the south, where particularly young people have taken arms to fight against the government and international oil companies, is not Nigeria's only hot spot. Since the end of the military regime in 1999 more than 13,000 people have lost their lives, mainly in Northern Nigeria, often in violent clashes of Christians and Muslims against each other. These conflicts rock the foundations of the nation, where a predominantly Muslim north struggles for power against a majoritarian Christian south. The existence of the whole nation is at stake, not only because these conflicts

1 BBC (2006).

are so deeply rooted in society, but mostly because they appear along religious lines, thus adding an immense destructive potential.

Although these conflicts run along religious lines, Nigeria is far from being “the test case of a ‘clash of civilizations’”: religion is neither the major cause for the outbreak of violence, nor is it constitutive for conflicts.² The intention of this contribution is to reveal the origins of these conflicts as well as to show their complexity, how religion is instrumentalized and used as justification in the course of the conflicts in Northern Nigeria.

Militant religions?

The scientific basis for the widespread opinion that religion is responsible for many conflicts is delivered by the theory of the “clash of civilizations”. Its major assumption is that after the end of the cold war the battle lines no longer run along ideological or economic differences but rather along cultural ones: “The fault lines between civilizations will be the battle lines of the future.”³ Culture is now the determinant of political action. According to Samuel Huntington, the world is separated into eight different cultural groups, so called “civilizations”.⁴ These groups are split up into smaller sub-culture groups and the lines between them are rarely sharply drawn, yet they are real and fundamental. The different culture groups are understood as cultural entities, bound together by a common identity, defined by common elements such as language, customs, tradition, religion and the subjective self-identification of the people. The cohesion in a culture at the same time implies an unavoidable conflict with another culture group: “We know only who we are when we know who we are not and often only when we know whom we are against.”⁵ The differences between these civilizations are fundamental because they are built on moral values, on different norms, on the equality or inequality between men and women, on social values

2 John N. Paden, cited in: CFR (2007b).

3 Huntington (1993), 22.

4 These are, in Huntington’s terminology: Western, Islamic, Hindu, African, Sinic, Japanese, Latin America and Orthodox.

5 Huntington (1996), 21.

which shape the culture. The differences are so fundamental that they do not only oppose each other but rather stand in irreconcilable opposition.⁶ And religion plays a major role in this conflict scheme, in particular antagonising Western civilization and Islam.⁷ Although the cultural, particularly religious, differences need not lead to conflicts per se, the “relations between groups from different civilizations, however, will almost never be close, usually cool, and often hostile.”⁸ The fundamental cultural differences already preshape the conflicts, and the more moral values are in absolute opposition, the higher the chance that the conflict will result in a violent strife. Particularly the conflicts between the Western civilization and Islam are likely to turn violent due to the strong differences of the two cultures, making a violent confrontation between the West and Islam the rule rather than the exception. Thus the bloody conflicts between Christians and Muslims in Nigeria signify the unavoidable clash of civilizations on a global level.⁹ But are suicide attacks and globally advancing fundamentalism really proof of a cultural war between Christianity and Islam? Was 9-11 just the empirical verification of a clash of civilizations?

Considerations about culture are always linked to identity, the identity of a culture one was born into. In this context, identities are often negatively constructed by exclusion and delimitation. This exclusive and homogenous picture of civilizations is rejected by those instrumentalising culture, which criticize that it fails to deliver deeper analysis of the cultures it tries to describe. By overemphasising the negative cultural aspects in conflicts, other factors are neglected in a careless way, since these factors are constitutive for the emergence of these conflicts. Instead of analysing the underlying factors, cultural differences, in particular religion, are considered to be the major cause for conflicts.¹⁰ The monocausal glasses of the “clash of civilizations” theory preshape the facts:

6 Cf. Kepel (1991).

7 Cf. Tibi (1995).

8 Huntington (1996), 207.

9 Cf. Rittberger/Hasenclever (2000).

10 Cf. Küng (1993, 2002). Küng identifies common ethic standards in different cultures and religious moral systems and thus works out a global ethic principle he calls *the project world ethos*.

“As a result, the ‘civilizational’ approach to contemporary conflicts (in grander or lesser versions) serves as a major intellectual barrier to focusing more fully on prevailing politics and to investigating the processes and dynamics of contemporary incitements to violence.”¹¹

But instead of being constitutive for conflicts, religion is used as a pretext and a justification in order to achieve certain goals.

Finally, how are cultural, particularly religious, differences practically instrumentalized and why do people rely on violence as a means to resolve differences? The exploitation and overemphasis of cultural differences have to be considered in the context of achieving certain political and often personal ends.¹² The abuse of religion frequently appears at the beginning or in the course of conflicts for contested resources, such as power, wealth or prestige.¹³ These overt conflicts often emerge in situations when parts of the population experience grievances or frustrations, e.g. deteriorating socio-economic conditions. Especially the younger part of the population is often hit quite hard by these circumstances: they do not only suffer from a shortage of material goods, but also from a lack of perspectives.¹⁴ The political and economic marginalization of a group often marks the root of a conflict. When discrimination and marginalization affect a greater part of the population and the daily experiences of frustration are perceived as collective destiny, the politicization of religion is most likely.¹⁵ It facilitates the construction of feelings, in order to construct common conflict solidarity and to ideologize the bonds among members of a group.¹⁶ The recourse to cultural aspects does not only serve as quite a helpful means to create a strong common identity and thus the illusion of social security, it also dominates materialistic justifications. Consequently, it is not just the political struggle for

11 Sen (2006), 43.

12 Cf. Rittberger/Hasenclever (2000).

13 For more about conflict theory and the origins of conflict, see: Bartos/Wehr (2002).

14 Cf. Hobsbawn (1994), 115-183: it is not only the unemployment he describes in his work but rather a lack of perspectives which has a much more devastating effect on the population, especially on the parts which are hit most by the deterioration of the economic situation: the youth and the older people.

15 Cf. Senghaas (1998).

16 Cf. Bartos/Wehr (2002).

shallow materialistic ends anymore, but rather a battle for a noble cause. By instrumentalising passages from the Bible and the Quran religious differences are exploited and staged in a Machiavellian way to justify a claim or struggle for resources or their accumulation, or serve as a defence against the threat of losing access to them. The use of religion as a purpose to achieve certain aims hides the real interests behind the conflict.¹⁷ Religion is now in the spotlight of perception, obscuring the underlying issues. The French social scientist Jean-François Bayart calls this process the “Shadow Theatre” of the elites;¹⁸ particular interests of politicians and the elites are hidden in the shadow of religion.

Also the erosion of old traditional structures and systems represents an important factor in the process of the instrumentalization of religion. Systems built on tradition and old customs gave people social security, but with structural changes, modernity and globalization, long “passed traditions were replaced by antagonistic alternatives at all levels of the society. Instead of the security of traditions, society had now to accept the omnipresence of differences.”¹⁹

Nevertheless, it is important to stress that the role of religion should not be completely ignored in an analysis of conflicts. Although the peace message in the Holy Scripture and the Holy Quran prevails,²⁰ there still exists a certain potential for conflict:

“Religion possesses a potential which can be referred to in conflicts in order to legitimize, mobilize and carry out immense vio-

17 The etymological meaning of religion stemming from *religare* is “to bind”, “to tether”, as it was used by the Christian author Lactantius. According to older sources, the substantive *religio* (meaning “godliness”, “devoutness”, “sacredness”, more general: “conscientiousness”) has its origin in the verbum *relegere*: to read over again. The definition of religion referred to here, is to understand it as the common belief of all members of a community in a higher divine being, as the term *religare* determines: to bind the members of a community together by their common belief. Hence the public aspect of religion, the constitution of a community, becomes crucial. For a further definition of religion see also: Heuerman (2005), 11; Bärsch (2005), 15-16.

18 Bayart (1993).

19 Meyer (1997), 19.

20 See inter alia: Illich (2005); Palaver (2009).

lence. It is thus violence and a conflict potential aiming at domination, rather than dialogue, at escalation, rather than peace.”²¹

Indeed, religion has a certain destructive potential but it should not be mistaken for the *ratio* of conflicts. While the *ratio* of conflicts lies in real experiences of frustration, grievances and a struggle for resources, the legitimization for this struggle is hardly ever rooted in materialism. Especially in societies where religion and religious rites are strongly rooted in tradition and daily social life, the emotional bonds towards religion can easily be exploited. While religion itself does not constitute the root cause for conflicts, the emotions attached to a politicized religion may assume an important position in the conflict.

These “religious factors become dangerous when they are linked to politics, but even more so when linked to ethnicity and north-south divisions [like in Nigeria]” and general feelings of frustrations and grievances.²² Although the emotionalizing factor in conflicts is often hard to grasp, its consequences are obvious and devastating. The struggle transforms into a fight for the fundamental existence, a fight defined by the absence of any limits and constraints because it is metaphysically legitimated. Such conflicts fought as holy causes have no more boundaries, indeed “[...] the war becomes a holy war. The lines are not drawn in sand but in stone.”²³ Consequently the nature of the conflict changes: the underlying issues lose importance due to the strong emotionalization of the conflict and the conflict itself turns into its own cause. The escalation of the conflict becomes self-dynamic. The logical consequence of every violent act has to be a violent act of revenge in the name of the martyrs who died. The armament does not only take place militarily, but also emotionally. The consequences are often a heightened emotional behaviour, unwillingness to compromise and a refusal to communicate.²⁴ The ongoing dynamics of the conflict, driven by a “dynamics of hate”, often renders a rational conflict resolution impossible.²⁵

21 Weingardt (2007), 12 (translation from German by the author).

22 IPCR (2003), 19.

23 Barber (1994), 215.

24 Cf. Senghaas (1994).

25 Cf. Senghaas (1998), 142-143.

In addition, the absence of any effective institutions regulating and thus resolving conflict in a society renders conflict resolution even more difficult. These institutions may be institutions of a modern state like the judicial system, or traditional institutions of conflict resolution, like the elders' council of an African village. Both, traditional and modern institutions have in common that they aim at the prevention of an outbreak of violence in a society by resolving conflicts and thus regulating violence.²⁶ But in most Sub-Saharan African states the modern judiciary is steeped in corruption and infamous in the perception of the population; also other institutions of the modern state do not or hardly work either. Hence, the institutions of the modern state fail to deliver and the ancient traditions and customs of conflict resolution do not exist anymore. The possibility of violence running rampant in society is highly probable under these circumstances since no effective institution is in place to resolve conflicts and thus regulate the use of violence.

The Jihad

Islam reached parts of northern Nigeria as early as the 11th century, but the great mass of the people remained untouched by the teachings of the Quran until the Jihad of Usman Dan Fodio in 1804.²⁷ The Jihad was more of a social revolution against a corrupt and suppressive regime than a religious movement: "As in modern Nigeria, bribery, corruption, and illegal taxes were commonplace."²⁸ Dan Fodio's ideas of social and political reform attracted large crowds and he enjoyed huge popularity among the rural population. By 1812, however, the army of Dan Fodio brought most of the Hausaland under its control. A theocratic state was established, the Sokoto Caliphate, with Dan Fodio taking the title of caliph, head of state.

With the emergence of the Caliphate, Islamic education became widespread in the area. Prior, education only existed in the big cities and for a tiny minority, but with the establishment of Quranic

26 Cf. Girard (1986).

27 Cf. Albert (1999).

28 Maier (2000), 150.

schools all over the empire education became accessible to the broad masses, producing the administrative personnel for the Caliphate.²⁹

By the middle of the 19th century Christian missionary activities strongly increased in the south as a result of a change in British foreign policy.³⁰ From their very first beginnings, the missionary activities went hand in hand with the construction of schools. In every village a church or a missionary building was established. For the missionaries it was clear that western education was the best “weapon” for evangelization.³¹ The introduction of western education in the south started to change traditional values, and new possibilities of social elevation arose. The conversion from African traditional religions to Christianity “soon came to be seen as a mean not only of economic betterment but of social elevation. It opened doors to an entirely new world, the world of the white man.”³² Religion determined the educational system one attended, thus creating the first step of the future structural patterns of conflict.

Under the scourge of colonialism

In 1900 the British Crown declared Nigeria a British protectorate in order to define its influence against expanding French and German interests. After British troops defeated the Sokoto Caliphate, the colonial administration under Lord Frederick Lugard did not overthrow the emirs. The existing emirate system was preserved as a system of “indirect rule”. Lord Lugard promised the emirs, in return for their political loyalty, not to interfere in religious matters.

Especially in the middle belt regions³³ the effects were devastating. The troops of the Sokoto Caliphate were never able to conquer

29 Cf. Akinwumi (2004).

30 Already in 1807 Britain prohibited the importation of slaves. Finally, in 1833 the British Parliament passed the Slavery Abolition Act which prohibited any form of slavery in the British territories. The perception changed and the trade of human beings was replaced by the trade of natural products.

31 Cf. Kukah (2003).

32 Crowder (1978), 195.

33 The middle belt region is a region in central Nigeria, now considered a part of Northern Nigeria. While Northern Nigeria is populated mainly by Hausa-Fulani, the population of the middle belt region consists of numerous small tribes with their own language and customs.

these regions. But when the troops of the Caliphate got military support from the British the middle belt minorities had no chance in this unequal fight. Although the middle belt minorities had their own administrative structures and systems, the colonial administration saw the Hausa-Fulani emirs as natural rulers, and suddenly the middle belt minorities found themselves under a political and judicial system they had never been part of. It was not the community or the elders anymore who choose their own political leaders; it was the emir who had the right to appoint the local district heads. The emirs did, of course, chose members of their own extended families who were often unfamiliar with local traditions and customs and lacked traditional legitimacy. Their subjects did not speak their language, they did not share the same religion, and their customs were strange to the rulers. Politics was exclusively made by the Hausa-Fulani rulers, resulting in Hausa-Fulani sub-imperialism and the marginalization of the middle belt minorities.

The policy of non-interference was understood in such an exhaustive way by the colonial administration that even missionary activities were forbidden in the north. So it was not until 1930 that missionary activities did start there. Since almost the whole north already embraced the Muslim belief, the missionaries focused on the areas with animistic population in the middle belt regions. Like in the south, the arrival of the missionaries was marked by the construction of schools. Before, the only schools were Quranic schools and thus not accessible to the middle belt minorities because they were regarded as Pagans by the Hausa-Fulani rulers. Indeed, it was not surprising that these disadvantaged and excluded minorities, hungry for education, converted to Christianity quite fast and started to enrol *en masse* in the schools of the missionaries. Not many northerners attended these new schools because western education was promoted by Christian missionaries: "In 1927, in Jos – a middle belt town then considered to be part of the north – all but two pupils in the local government school were southerners or from other colonies."³⁴ While Arabic was taught in the Quranic schools, English was mandatory for someone who was looking for a job in the colonial

administration and the emerging highly dynamic economy. By the system of indirect rule the British not only bolstered a corrupt political system in the North of Nigeria, but they also conserved the existing political and economic system, while at the same time introducing modernity in the rest of the country and thus changing the structural circumstances.³⁵

In 1914, when the northern and the southern protectorate were amalgamated for a smoother and less expensive administration, “the two parts of the new state continued to develop along different lines.”³⁶ In the north the traditional and conservative elites were still in power, while in the south the emergence of a new educated western elite took place, which already expressed first national aspirations. But the different development must not be taken for a fundamental dichotomy between the north and the south; it was rather the construction of the perception of such a dichotomy which became a widespread assumption over the years.³⁷

The political amalgamation also brought the unification of the railway system, the construction of roads and other infrastructure which opened up new possibilities for the people. The introduction of a uniform currency system further facilitated the trade between the north and the south. People left their homes and headed for big cities in the north, expecting to find work or at least better economic opportunities there. At the same time the old trans-Saharan routes lost their importance and most of the trade shifted to the coast in the south since transport by ship was much faster and safer, to the advantage of the migrants from the south. They spoke English fluently and still had strong bonds with their families in the south, which allowed them to easier and better trade in goods from the coast. The migrants started to enjoy economic benefits the local population considered to be reserved for them.³⁸ The consequence for the northern elites was the adoption of a policy of northernization, adopted in the 1950s. The aim of this exclusionary policy was to open up jobs for Hausa-Fulani, to get access to government jobs and

35 Cf. Hock (1996).

36 Osaghae (1998), 4.

37 Usman (2005), 20-21.

38 Albert (1999).

to regain the control of production and the export business. This policy of discrimination and marginalization of all the people who were not regarded as northerners had far-reaching consequences which were not felt until a few years after the independence of Nigeria in 1960: it was the “Northern region’s policy of the north for northerners which established the general pattern of statism that has troubled Nigeria since.”³⁹

As a result of the policy of northernization, frustrations and grievances started to grow among the marginalised parts of the population. The practice of this exclusionary policy also had grave consequences for the perception of politics: politicians always represented only their tribe, their ethnic or religious group, both in reality and in the perception of the people, but never a greater part of the population. Thus, a functioning political system with real political competition never emerged.⁴⁰ This process stimulated the perception of politics as a zero-sum game: the winner gets all and the others are left with nothing, which further marginalized the minorities, particularly on the regional and local level.

It was also at this time that the other malaise started to spread: giving preference to people born in the region, which at the same time meant discriminating against people who did not originally come from the specific region or whose parents or grandparents were born elsewhere. It is the indigeneity-settler problem which has plagued Nigerian society since. Indigeneity started to be linked to claims of privileges, privileges to which primarily indigenes are entitled. The exclusion of access to benefits like land, scholarships, government jobs or education is justified on the basis that “they [the settlers] do not own this place”.⁴¹ It is the creation of “second class citizens” who do not enjoy the same rights as other citizens regarded as indi-

39 Kraxberger (2005), 19.

40 In the north, the dominant party was the NPC (Northern Peoples Congress), in the west it was the AG (Action Group) and in the eastern region the NCNC (National Congress for Nigeria and the Cameroons). The NPC represented the Hausa-Fulani elite in the north, the AG was thought as a Pan-Yoruba movement, representing the dominant Yoruba tribe in the west, and the NCNC soon developed into a party which represented the interests of the Igbos in the east.

41 HRW (2006).

genes.⁴² As soon as someone moves out of his “homestate”, this person faces discrimination.

It is this deficiency of politics, on the national as well as on the regional level, but also the colonial heritage of indirect rule, arbitrary intervention and education policy that were responsible for the creation of the structural conflict patterns in Nigeria.

“Soldier come, soldier go”⁴³

When Nigeria finally gained independence in 1960, the first years of the young republic were marked by political dead-lock situations and the sharpening of the perception of ethnic differences, eventually leading to the first military coup in 1966 and the outbreak of the Biafra civil war just one year later. Already before the Biafra war an artificial intensification of the ethnic identity took place, but the war further sharpened the perception of ethnic identity.

The 1966 coup only marked the beginning of a long history of military coups and counter coups, as well as a countless number of failed and planned coups. Each time a new military top officer declared himself the new head of state, he immediately took some popular but always inefficient measures without substantial changes. When Yakubu Gowon was overthrown in 1975 by General Murtala Muhammad, the first measure of the new regime was to announce the cleansing of the state bureaucracy from corrupt public officers. In the following months over 10,000 public officers were dismissed from service, but the majority of them only held minor positions while their much more corrupt bosses in higher positions stayed in their offices. The people did not see the inefficiency of the measures. Instead they perceived every new government as the final turn towards a better life and its announcements as the changes they had waited for, while corruption continued to have devastating effects on

42 Harnischfeger (2006), 14.

43 Chorus line in the song *O.D.O.O. (Overtake Don Overtake Overtake)* by Fela Kuti (Barelay Records, 1989).

the whole society.⁴⁴ When it became obvious that nothing had changed in daily life, frustration among the population increased. The more corruption increased, the more people lost their faith in politics and the political system and the more general frustration grew in the population.

Besides flagrant corruption on all levels of the state administration, the upcoming economic downturn of the country and the impoverishment of the broad masses added fuel to the flames of the latent conflicts. Until the 1960s Nigeria was the biggest palm oil producer in the world; moreover, Nigeria was in the top ranks among cocoa and coffee beans exporting countries and provided agricultural products for neighbouring countries. In addition, huge oil reserves were discovered. Indeed, the future looked promising for the young independent state: “Everything looked possible but everything went wrong.”⁴⁵ Instead of using the petro dollars for the construction of infrastructure, the oil money bypassed the state treasury and wandered straight into the pockets of government officials:

“As Nigeria’s wealth poured out by the billions of dollars into private accounts of senior military officers, virtually none trickled down to the poor or to a devastated middle class, struggling to survive the dual burdens of inflation and corruption.”⁴⁶

The already flagrant corruption reached tremendous heights due to the petro dollars, and numerous “white elephants” were constructed all over the country – enormous projects, like the steel factory in Lokoja, which never was brought on line, corroding today under the tropical humidity. Such “white elephants” served nothing else than the enormous enrichment of corrupt politicians and businessmen.

Due to the oil money the cities boomed and people started to leave the rural areas in search for a piece of the oil cake. The rural exodus combined with the political negligence of the agricultural sec-

44 It was not until the year 2002 that an anti-corruption agency (Economic and Financial Crimes Commission) was established; nevertheless, Nigeria remains one of the most corrupt states in the world. Cf. Transparency International (2009).

45 O’Neill (2007), 97.

46 Quinn/Quinn (2003), 42.

tor resulted in a strong decline of food production. Nigeria turned from one of the major agricultural exporters in the 1960s to a food importing country less than ten years later. Meat from Argentina and wheat from the United States had to be imported. The government launched the program “Operation feed the Nation” in order to stimulate the productivity of the agricultural sector, but once again the measures of the government were completely ineffective, because the program did not address the root causes of the food crisis.

The oil boom also made Nigeria susceptible to world market prices. When the oil price crashed in the early 1980s from 40 dollars per barrel to less than 15 dollars, Nigeria’s revenues already depended up to 80 % on oil.⁴⁷ Especially the youth was hit hard by the country’s economic downturn. During the oil boom, they were well absorbed by the fast growing construction sector, but the economic decline led to the impoverishment of the youth, leaving them not only without jobs, but more important, without any perspectives. Still, although religion was already used in the late colonial and early independence period to redefine a community, it never really affected the masses: “No one bothered which religion another had. Some had been Christians, some had been Muslims, some even said they are Marxists.”⁴⁸ The sensitivity of the masses towards religious topics changed only with the large-scale deterioration of people’s material wealth.⁴⁹ With the economic downturn and the worsening of the socio-economic situation of the majority of the population, the number of religious movements started to increase all over the country:

“Then there had been the economic problems coming up. It was the time when the country fall into a serious economic mess. It was then when the whole religious conflicts started. It was in the [19]80s when all these kind of new churches emerged. I remember there have been just Catholic churches, people were going into

47 Cf. Seifert/ Werner (2006), 19-20.

48 Interview with Dr. Gwadabe in Zaria, 12 September 2008.

49 Cf. Christelow (1987), 228.

church on Sunday and that was it. And now they start going on Tuesday.”⁵⁰

The breaking up of identities, supported by a strongly increased migration into cities and the hardened socio-economic situation with the lack of any perspectives, made greater parts of the population prone to salvation teachings of the various religious movements, resulting in an artificially overemphasized religious identity. In this context, the exploitation and instrumentalization of religion for political gains further led to the gradual construction of a common conflict solidarity.⁵¹ The marginalized parts of the population perceived their unjust treatment as a collective fate: “We as Christians/Muslims are suffering from the injustice done to us by them.”

Still the government did not address the obvious problems in the country, but instead focused more on the preservation and accumulation of their power. The presidential elections in 1983 were marked by massive fraud and violence. In some states “the polling agents were driven away from practically all of the polling stations, but in most of the stations the people who came to cast their votes were driven away, and if they refused to go they tear gassed them.”⁵² So it was not surprising that the military struck again and annulled the elections. The new head of state, Muhammadu Buhari, stated that the country’s problems are the result of the corruption of its leaders and the indiscipline of its citizens.⁵³ But the campaign named “War against Indiscipline” failed to undertake any structural changes in the system. Also Ibrahim Babangida, who plotted against Buhari, did not change anything. Despite the great popularity of his regime in the beginning, the Babangida years turned out to be some of the worst for the country. He destroyed the “remaining ties holding the country together by manipulating ethnic and religious factors to consolidate the regime. By the time he was disgraced out of power in 1993, Nigeria was on the edge of another civil war.”⁵⁴

50 Interview with Dr. Gwadabe in Zaria, 12 September 2008.

51 Cf. Bartos/Wehr (2002).

52 Obafemi Awolowo, cited in: Falola/Ihonvbere (1985), 216.

53 Major-General Buhari, “New Year Day Broadcast to the Nation on 1st January 1984”, cited in: Falola/Ihonvbere (1985), 229-234.

54 Akinwumi (2004), 101.

The period after Babangida was one of the darkest in Nigeria's modern history. Sani Abacha, the military dictator who followed Babangida turned out to be the most suppressive military ruler the country had experienced. When Sani Abacha died in 1999, he left a country traumatized by 38 years of military rule. During the Abacha regime conflicts were pinned down or even got more intense, because the competition for the scarce resources increased, particularly on the regional and local levels.

Allah did not bring the remedy to Nigeria

The return to democracy meant the end of many years of suppressive military rule, but at the same time it opened Pandora's Box of conflicts, quelled by the military throughout the years. Furthermore, the period of military rule "introduced new dynamics in terms of identity formation and people began to see themselves as Christians and Muslims."⁵⁵ In December 1999, the governor of the remote Zamfara state in the North West of Nigeria, Ahmed Sani Yerima, announced the full re-implementation of the Sharia Penal Code in his state. "There'll be no stealing or corruption, and people's mental and spiritual wellbeing is going to be encouraged", he argued in an interview with a BBC correspondent.⁵⁶ But when one looks behind the melodic words the real intention of announcing the full implementation of sharia comes up with all its complexity.

After the end of the Abacha regime, political parties were quickly formed. There was no political program, no perception of politics, no political identity and no tradition of political competition. Bearing in mind the absence of any common identification and of strong political competition, it was very hard to win the votes of a greater part of the population. It is not surprising that Yerima activated primordial criteria. Due to the transformation of Nigerian politics into a zero-sum game and hence the vital necessity to have access to political power – often being the only way to have access to resources – it becomes clear why the battle for political offices is

55 Matthew Hassan Kukah, cited in: CFR (2007a).

56 Ahmed Sani Yerima, cited in: Gallagher (2000).

fought with all possible means. In this respect “sharia is here an important instrument for the governors to win a solid political basis. It guarantees that the regional politicians will continue to have access to political power.”⁵⁷

The reactivation of the sharia issue by Governor Yerima was clearly an “exploitation of religion for political gain[s]”.⁵⁸ But why were the masses in the North so much in favour of sharia? Why were the ordinary people so receptive to religious topics? In Northern Nigeria Islam had already been used as an instrument to construct a political identity by the elites since the Jihad of Usman Dan Fodio. While religious topics were not really present in the perception of the people, this changed with the economic downturn in the 1980s: the awareness of a religious identity increased. In “a troubled present, the real or imagined stability of a golden past becomes an attraction against which unsettled times are measured and found waiting.”⁵⁹ Not the religious differences *per se* create conflicts, but as soon as they are linked to real fears of discrimination and marginalization, they turn into real ditches of violence. Especially in the middle belt regions these ditches are deep: in addition to frequent disputes over resources, ethnic and religious lines fall together. While most of the Hausa-Fulani practice the Muslim belief, almost all of the middle belt minority tribes are Christians.

Additionally, the old traditional system eroded while modernity has not yet arrived. The consequence is a lack of identity: where does one belong to? Identification with the modern state is not possible. In the perception of the majority of the population one cannot get justice via the services provided by the state, be it the judiciary or other public services. The state institutions are too corrupt and favour “big men” and the rich. The effects of this lack of trust in the judicial system on the nature of conflicts are enormous: justice has to be self-made, otherwise it will not be achieved. Retaliatory killings take place, emotionally stirred up, and violence runs rampant.

Just two months after the Sharia bill took effect in Zamfara state, riots broke out in Kaduna town, a city situated a few hundred

57 Lamido Sanusi, cited in: AG Friedensforschung (2005) (translation by the author).

58 IRG-CISR (2000).

59 Quinn/Quinn (2003), 58.

kilometres south from Zamfara. The tragic events left over 2,000 people dead and marked the beginning of a long series of conflicts fought along religious lines. Although the events triggering off the various conflicts in northern Nigeria differ from each other – may it be a dispute over land, grazing rights or allegations of rigged elections – these conflicts can still be tracked down to the same origins, which are responsible for the deep crisis the Nigerian state and its society are in today. The return to democracy has changed nothing, corruption is still rampant, the National Electricity Power Authority (NEPA) is still called “Not Expect Power Again”, signifying quite well the state of the quasi inexistent infrastructure system in Nigeria, and something like a national identity has still not emerged. People still have to queue for hours at gas stations to get some fuel in Africa’s biggest oil producing country. Democracy has not kept its promises of enabling a prosperous future for the people. In the perception of the population democracy has failed. Daily experiences of frustrations and grievances deeply rooted in society are likely to turn latent conflicts into massive physical violence.

Particularly in the middle belt regions a frequent dispute over resources adds to the deeply rooted frustrations, resulting in “sporadic and very deadly outbreaks of violence”.⁶⁰ In such a volatile situation the slightest incident can result in massive destruction, as was the case in Jos in January 2010 after a football match.

Conclusion

Instead of being the origin of conflicts in Nigeria, religion is instrumentalized and often serves as a justification for violence; it also conceals the underlying issues responsible for the emergence of conflicts. The explanation of a “clash of civilizations” is not only false because it tends to reduce the conflict to religious differences, but it also obscures the origins of the conflicts. The increasing conflicts between Christians and Muslims in the country tell a story of corruption, of economic mismanagement, of exclusion and marginalization, of eroding systems. It seems almost trivial to maintain that Nigerian

60 Al Jazeera (2010).

society is in a deep crisis. The peril of the continuing conflicts between Muslims and Christians are the emotions resulting from the instrumentalization and politicization of religion. These emotions are highly versatile in a society, in which broad masses are confronted with corresponding experiences and an environment lacking serious prospects on a daily basis. With each conflict between Muslims and Christians also its perception changes and “religious identity moves up the scale of importance.”⁶¹ The ideological positions harden, with fatal consequences in a country with small arms relatively easily available and great numbers of young people without any perspectives at all. If Nigerian politics does not succeed in achieving considerable changes, conflicts will continue and are likely to increase in number and intensity. Indeed, the future does not look promising for Africa’s most populous country. Although “the unity of Nigeria is like a Catholic marriage, it is not happy, but it does not break up”,⁶² more death and destruction are imminent, as long as the real problems of the country are not tackled.

References

- AG Friedensforschung (2005): “Allah gibt Nigeria kein Wundermittel”, Interview with Lamido Sanusi, online at: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nigeria/sanusi.html> (accessed 2 December 2009).
- Al Jazeera (2010): “Inside Story. Nigeria – A Failed State? With the Latest Killings is Nigeria Heading Towards Internal Chaos?”, in: *Al Jazeera*, 11 February 2010, online at: <http://english.aljazeera.net/programmes/insidestory/2010/02/2010211131312506364.html> (accessed at 3 March 2010).
- Akinwumi, Olayemi (2004): *Crisis and Conflicts in Nigeria. A Political History since 1960*. Münster: Lit Verlag.
- Albert, Isaac Olawale (1999): “Ethnic and Religious Conflicts in Kano”, in: Otié, Onigu/Albert, Isaac Olawale, eds.: *Community Conflicts in Nigeria. Management, Resolution and Transformation*. Ibadan: Spectrum Books, 274-309.
- Barber, Benjamin R. (1994): *Jihad vs. McWorld*. New York: Times Books.
- Bartos, Otomar J./Wehr, Paul (2002): *Using Conflict Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.

61 Quinn/Quinn (2003), 62.

62 Matthew Hassan Kukah, cited in: CFR (2007a).

- Bärsch, Claus E. (2005): "Zweck und Inhalte der Religionspolitologie", in: Bärsch, Claus E./Berghoff, Peter/Sonnenschmidt, Reinhard, eds.: *Wer Religion verkennet, erkennt Politik nicht. Perspektiven der Religionspolitologie*. Würzburg: Königshausen und Neumann, 10-50.
- Bayart, Jean-François (1993): *The State in Africa. The Politics of the Belly*. London: Longman.
- BBC (2006): "Population in Nigeria tops 140m", in: *BBC News*, 29 December 2006, online at: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6217719.stm> (accessed 7 March 2010).
- Brunner, Markus (2002): *The Unfinished State. Demokratie und Ethnizität in Nigeria*. Hamburg: Lit Verlag.
- CFR (2007a): "Symposium on Religious Conflict in Nigeria", Council on Foreign Relations (New York), online at: http://www.cfr.org/publication/13313/symposium_on_religious_conflict_in_nigeria.html (accessed 15 March 2010).
- CFR (2007b): "Summary. A symposium on religious conflict in Nigeria", Council on Foreign Relations (New York), online under: http://www.cfr.org/content/meetings/nigeria_symposium_summary.pdf (accessed 7 March 2010).
- Christelow, Allan (1987): "Three Islamic Voices in Contemporary Nigeria", in: Roff, William, ed.: *Islam and the Political Economy of Meaning. Comparative Studies of Muslim Discourse*. London: Croom Helm, 226-253.
- Crowder, Michael (1978): *The Story of Nigeria*. London: Faber and Faber.
- Engel, Ulf/Kuhlmann, Jenny (2007): *Entwicklungszusammenarbeit mit Nigeria. Eine Analyse aus der Ankerlandperspektive*. Discussion Paper, German Development Institute (Bonn/Berlin).
- Falola, Toyin/Ihonvbere, Julius (1985): *The Rise and Fall of Nigeria's Second Republic 1979-1983*. London: Zed Books.
- Gallagher, Michael (2000): "The Many Faces of Sharia", in: *BBC News*, 21 June 2000, online at: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/621126.stm> (accessed 28 August 2008).
- Girard, René (1986): *Violence and the Sacred*. Baltimore: Paperback editions.
- Harnischfeger, Johannes (2006): *Demokratisierung und Islamisches Recht. Der Scharia Konflikt in Nigeria*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Hauck, Gerhard (2001): *Gesellschaft und Staat in Afrika*. Frankfurt/M.: Brandes und Apsel.
- Heuerman, Hartmut (2005): *Religion und Ideologie. Die Verführung des Glaubens durch Macht*. Tübingen: Francke.
- Hobbsbawn, Eric (1994): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Carl Hanser.
- Hock, Klaus (1996): *Der Islam-Komplex. Zur christlichen Wahrnehmung des Islams und der christlich-islamischen Beziehungen in Nordnigeria während der Militärbherrschaft Babangidas* (=Hamburger Theologische Studien Band 7). Hamburg: Lit Verlag.

- Hogben, Sidney J./Kirk-Green, Anthony H.M. (1966): *The Emirates of Northern Nigeria*. London: Oxford University Press.
- HRW (2006): *They Do Not Own This Place. Government Discrimination Against Non-Indigenes' in Nigeria*. Human Rights Watch (New York), vol. 18, no. 3(A), online at: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/nigeria0406webcover.pdf> (accessed 6 April 2011).
- Huntington, Samuel P. (1993): "The Clash of Civilizations?", in: *Foreign Affairs* 72 (3), 22-49.
- Huntington, Samuel P. (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster.
- Illich, Ivan (2005): *The Rivers North of the Future. The Testament of Ivan Illich as Told to David Cayley*. Toronto: House of Anansi Press.
- ICG (2006): *Nigeria. Want in the Midst of Plenty*. Africa Report 113, International Crisis Group (Dakar/Brussels).
- IPCR (2003): *Strategic Conflict Assessment. Consolidated and Zonal Reports. Nigeria*, Institute for Peace and Conflict Resolution (Abuja).
- IRG-CISR (2000): "Wether there has been increased tension between Christians and Muslims since the inauguration of President Obasanjo", Immigration and Refugee Board of Canada (Ottawa), online at: <http://www2.irb-cisr.gc.ca/en/research/rit/?action=record.viewrec&gotorec=434349> (accessed 13 January 2010, no longer available).
- Kepel, Gilles (1991): *Die Rache Gottes. Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch*. München: Piper.
- Kraxberger, Brennan (2005): "Strangers, Indigenes and Settlers. Contested Geographies of Citizenship in Nigeria", in: *Space and Polity* 9 (1), 9-27.
- Küng, Hans (1993): *Projekt Weltethos*. München: Piper.
- Küng, Hans (2002): *Wozu Weltethos? Religion und Ethik in Zeiten der Globalisierung*. Freiburg/Br.: Herder.
- Kukah, Matthew Hassan (2003): *Menschenrechte in Nigeria. Hoffnungen und Hindernisse*. Aachen: Internationales Katholisches Missionswerk.
- Maier, Karl (2000): *This House Has Fallen*. New York: Public Affairs.
- Meyer, Thomas (1997): *Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds*. Berlin: Aufbau Verlag.
- O'Neill, Tom (2007): "Curse of Nigerian Oil", in: *National Geographic*, February 2007, online at: <http://ngm.nationalgeographic.com/2007/02/nigerian-oil/oneill-text> (accessed at 12 April 2011).
- Osaghae, Eghosa E. (1998): *Crippled Giant. Nigeria since Independence*. London: Hurst and Company.
- Palaver, Wolfgang (2009): "Abrahamitische Revolution, politische Gewalt und positive Mimesis", in: Guggenberger, Wilhelm/Palaver, Wolfgang, eds.: *Im Wettstreit um das Gute. Annäherung an den Islam aus der Sicht der mimetischen Theorie*. Wien: Lit Verlag.
- Quinn, Charlotte A./Quinn, Frederick (2003): *Pride, Faith and Fear. Islam in Sub-sabaran Africa*. Oxford: Oxford University Press.

- Rittberger, Volker/Hasenclever, Andreas (2000): "Religionen in Konflikten. Religiöser Glaube als Quelle von Gewalt und Frieden", in: *Politisches Denken. Jahrbuch*. Berlin: Duncker und Humboldt, 136-156.
- Seifert, Thomas/Werner, Klaus (2006): *Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sen, Amartya (2006): *Identity and Violence. The Illusion of Destiny*. New York: Norton.
- Senghaas, Dieter (1994): *Wohin driftet die Welt?* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Senghaas, Dieter (1998): *Zivilisierung wider Willen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Tibi, Bassam (1995): *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus*. Hamburg: Hoffman und Campe.
- Transparency International (2009): "Corruption perception index from 1998-2009", online at: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009 (accessed 2 December 2009).
- Usman, Bala Yusuf (2005): *The Misrepresentation of Nigeria*. Zaria: Center for Democratic Development, Research and Training.
- Weingardt, Markus A. (2007): *Religion Macht Frieden. Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten*. Stuttgart: Kohlhammer.

“to turn from warfare to the arts of peace”¹: Makanna as Antidote to Xenophobic Violence?

Adrian Knapp

*Modernity is both political democracy and global warfare, the possibility of feminism and the reality of women’s degradation, the fact of imperialism and the value of human commerce across frontiers. ... Everything in such a state, as Marx comments, seems pregnant with its opposite, so that irony, oxymoron, chiasmus, ambivalence, aporia, seem the only suitable figures for capturing its logic.*²

Introduction

“[Ernesto] Nhamuave came to South Africa to earn money for his poverty-stricken family, but he was caught up in the xenophobic violence that swept the country in 2008 and claimed the lives of 62 people. He was murdered by a rampaging mob in Ramaphosa township on the East Rand, his body burned beyond recognition. It took two weeks before anyone even knew Nhamuave’s name.”³

The story of “the burning man” perhaps best illustrates the vicious nature of the xenophobic violence that swept across South Africa in May 2008, leaving “62 people dead, more than 100,000 displaced and millions of rands’ worth of property looted or destroyed.”⁴ More than two years later, after the successful hosting of the Soccer World Cup in 2010, rumours of xenophobic attacks again echoed across the country’s largest cities. This time Zimbabwean Enias Reason Wandi was one of the foreigners experiencing the brunt of South African hostility when strangers beat him and pushed him out of a train in

1 Morgan (1940), 79. This quote is taken from Morgan’s *Bronze Napoleon (BN)*, one of the two literary texts this article engages with.

2 Eagleton (2003), 242.

3 Underhill/Khumalo (2010).

4 Johnston (2010a).

Cape Town.⁵ Such stories of recurring xenophobic violence make one wonder what became of the rainbow nation and its former image as a beacon of hope for Africa’s future after the demise of apartheid? How is one to make sense of this violence? Is it simply the product of old colonial mentalities that conceive of blackness in terms of “infra-humanity” and of Africans as “half-devil, half-child”⁶, or is it part of a larger development, a kind of popular response to the “juridico-political system [turning] itself into a killing machine” as outlined in Agamben’s analysis of the “state of exception”?⁷ Ten years into the twenty-first century, it does not look as if Hobsbawm’s “Age of Extremes” is to be superseded by an age of peace in the near future. In light of the Rwandan genocide of 1994 and the crises in the DRC and Sudan one is left wondering if sites of mass violence have not simply shifted geographically from Europe to Africa.⁸ Do the xenophobic attacks in South Africa therefore have to be read as a sign that the next human catastrophe will take place on the Southern tip of Africa? In part responding to Žižek’s provocative hypothesis that “the entire history of humanity” might be best perceived as resembling “a growing normalisation of injustice, entailing the nameless and faceless suffering of millions” that reaches its apex in the “retaliatory destructive rage” of divine violence, this paper will not indulge in speculations about an approaching apocalypse but rather take a step back and focus on the paradoxical dialectic of modernity, as highlighted in the epigraph, to highlight ways of freeing South Africa from its “Nongquawuse syndrome”, as Mbembe calls this “obscure desire for [collective] suicide” at times of distress and upheaval.⁹ In this respect, I will first give a brief outline of how the recent xenophobic attacks reflect present-day politico-historical realities in South

5 See SAPA/MGO (2010).

6 Gilroy (2000), 26.

7 Agamben (2005), 86.

8 As Hobsbawm points out, “[a] recent estimate of the [twentieth] century’s megadeaths is 187 millions, which is the equivalent of more than one in ten of the total world population in 1900.” This makes it “the most murderous century of which we have record, both by the scale, frequency and length of the warfare which filled it, barely ceasing for a moment in the 1920s, but also by the unparalleled scale of the human catastrophes it produced, from the greatest famines in history to systematic genocide.” Hobsbawm (1994), 12-13.

9 Žižek (2008), 179; Mbembe (2006).

Africa before highlighting a different view proposed by two novels' rendering of the "myth" surrounding Makanna: *Makanna; or, the Land of the Savage* (1838) and M. Norbet Morgan's *Bronze Napoleon* (1940).

Post-Apartheid South Africa: Between the "Rainbow" and the "Demonic"

Enquiring into the causes of the xenophobic attacks of 2008 and 2010, there are no easy answers to the challenges South Africa is presently facing. Nyamnjoh highlights the great paradoxes underlying the present globalised condition when he maintains that

"[i]ntensified globalisation is the order of the day in Africa as elsewhere. It is a process marked by accelerated flows and, paradoxically, accelerated closures. The rhetoric of free flows and dissolving boundaries is countered by the intensifying reality of borders, divisions and violent strategies of exclusion."¹⁰

This paradox of a simultaneous dismantling and bolstering of national borders has had wide-ranging effects in Africa, a region "where flexible mobility has been part and parcel of life and livelihood since pre-colonial times, affording both individuals and communities survival, the maintenance of social relations, the exploration of opportunities and the fulfilment of hopes."¹¹ In the last decade, sustained population growth and a Westernisation of lifestyles has further increased pressures on scarce natural resources and intensified transnational migratory flows.¹² In South Africa, which underwent rampant socio-political change after the demise of apartheid, this increase in migration has compounded an already precarious socio-economic situation illustrated by an unemployment rate that has exceeded 30 percent in the last decade. The therewith exacerbated anxieties and insecurities about the future have often found expression in vitriolic campaigns directed against migrants and foreigners. As Nyamnjoh points out:

"The accelerated flows of capital, goods, electronic information and migration induced or enhanced by globalisation have only

10 Nyamnjoh (2006), 1.

11 Nyamnjoh (2006), 2.

12 See Nyamnjoh (2006), 55.

exacerbated the insecurities and anxieties of locals and foreigners alike, bringing about an even greater obsession with citizenship and belonging. One stark result is the building or re-actualisation of boundaries and differences through xenophobia and related intolerances.”¹³

The present problems are therefore at least to some extent the result of a conception of the nation-state modelled too closely on a Western ideal, where the borders of nation-states far better reflect the geographical distribution of individual peoples than, say, in Africa.¹⁴ What is more, insecurities about an uncertain future combined with a general post-colonial disillusionment regarding the discrepancy between political promises and social realities have strengthened in-group solidarities while amplifying hostile feelings towards foreigners. As Nyamnjoh avers, “[i]n a world fresh with the wounds of slavery, colonialism, apartheid, genocide and terrorism, xenophobia often explains, as much as it is explained by, poverty, underdevelopment, economic disparities, and assumptions of social and cultural superiority.”¹⁵ In the South African context it is the inheritance of a “hierarchy of humanity” from apartheid that has given rise to a peculiar form of xenophobia, one that is predominantly based on what Gilroy calls “epidermalization” – an emphasis on “skin colour” as a signifying essence dominating other ethnic and cultural markers.¹⁶ Accordingly, while “articulate and accomplished white migrants are presumed to bring opportunities, the stuttering and depleting [foreign ‘black African’] *Makwerekwere* compound the insecurities and uncertainties in South African lives.”¹⁷ This form of “dermo-politics”¹⁸ is perhaps best

13 Nyamnjoh (2006), 1.

14 See Nyamnjoh (2006), 9.

15 Nyamnjoh (2006), 5.

16 Gilroy (2000), 46. As Gilroy explains, the concept of ‘epidermalization’ “suggests a perceptual regime in which the racialized body is bounded and protected by its enclosing skin. The observer’s gaze does not penetrate that membrane but rests upon it and, in doing so, receives the truths of racial difference from the other body. [...] The skin has no independent life. It is not a piece or component of the body but its fateful wrapping.” Gilroy (2000), 46.

17 Nyamnjoh (2006), 44. According to the still influential logic of apartheid, “whites are treated as an exception, free to penetrate and harness the rest with traditional impunity, and thus the only truly global citizens. In other words, unbounded migration and inclusive cosmopolitanism are the sole prerogative of whiteness, with or without hard passports.” Nyamnjoh (2006), 14-15.

18 See Gilroy (2000), 46.

exemplified in the idea of “honorary whiteness” and its pertaining practices of “try[ing] for white”, “play[ing] white” or “pass[ing] for white” which are still useful survival strategies 20 years after apartheid.¹⁹ Thus Fanon’s oft-quoted contention that “the Negro enslaved by his inferiority, the white man enslaved by his superiority alike behave in accordance with a neurotic orientation” still holds valuable insights 50 years after decolonisation, even if the idea of white superiority in its present disavowed form causes more profound division and strife in intra-racial rather than inter-racial relations.²⁰ As Mbembe recently put it, “[b]lack life in South Africa today is almost as cheap as it has been since the early years of conquest.”²¹

In South Africa xenophobia is founded in equal measure on a fear of the Other as it is triggered by a repressed admiration of the Other that periodically erupts in forms of narcissistic violence directed towards this Other. Compared to crime, which can be explained and understood in terms of poverty and social inequality resulting from apartheid, xenophobia, with its echoes of bigotry and Afrophobia, strikes at the core of the allegedly harmonious “new South Africa” propagated in the news since the end of apartheid and especially in the run up to the Soccer World Cup in 2010.²² Taking a closer look at the arguments black migrants are confronted with, the highly duplicitous nature of the politics underlying the attacks becomes apparent. Generally speaking, there are three common prejudices regarding black migrants. Challenging the belief that black migrants are treated favourably by authorities, Jacques Kikonga Kamanda points out, “[w]e don’t get housing or food or clothing from the government. We are grateful that the government gives us our temporary permits and our

19 Nyamnjoh (2006), 49. As Nyamnjoh illustrates, in contemporary South Africa “[p]eople are arrested for being ‘too black’, having a ‘foreign name’ or, in one case, walking ‘like a Mozambican’, humiliations which illegal white migrants are unlikely to suffer, since it is assumed that illegality is the stock-in-trade of the dark-skinned of the ‘dark continent’. The darker one is, the more accused by criminality one is perceived to be! Ironically, many of those arrested, up to 20 per cent of the total in some areas, are actually South African citizens or lawful residents, who often have to spend several days in detention attempting to convince officials of their legitimate status as ‘black’ citizens.” Nyamnjoh (2006), 51.

20 Fanon (1967a), 60.

21 Mbembe (2006).

22 See Underhill/Khumalo (2010).

refugee papers. We are grateful that we get the minimum of primary health care – but that is all we get. The other service we expect is safety and security of our lives and our property. That we don’t get.”²³ Secondly, while foreigners are accused of bribing officials in order to get RDP housing, it is actually South Africans who sell or rent out these houses in order to move to the suburbs or corrupt officials who sell them to foreigners for profit. Finally, relating to foreigners’ economic performance and the belief of their stealing scarce jobs, it is their entrepreneurial skills and greater economic risk-taking coupled with a better education rather than preferential treatment that is responsible for their success.²⁴

This brief illustration of the paradoxical nature of xenophobia in South Africa, especially the practice of using the Other as a scapegoat for one’s own shortcomings, hints at the deleterious effect it has on the social fabric, not only fostering misunderstanding and envy between but also within individual groups. What is more, the recent “dangerous [...] shift away from the project of non-racialism to a re-segregation of the public sphere” directly plays into the hands of parties benefiting from xenophobic violence.²⁵ As Acuna and Ngubeni reflect, “[v]iolence in society is like a crack in a mirror. The crack distorts the image of us, and we become ambiguous. Un-unified. Like the mirror’s crack, violence destroys the fabric that unites people, thus eliminating the possibility of togetherness.”²⁶ It is this aspect of forfeited togetherness, of disjoined joints formerly holding together the social fabric that need to be addressed in light of the recent surge in xenophobic attacks. Therefore, if one is to counteract the present “instrumentaliz[ation of] extremity”²⁷ that leads to a “subjective in-between”²⁸ dominated by the “lawlessness” of Giorgio Agamben’s beleaguered “state of exception”, we need to find ways of how to reconnect the disparate sections comprising the social.²⁹ In this light, a

23 Cited in: Johnston (2010b).

24 See Johnston (2010b).

25 Mbembe (2006).

26 Acuna/Ngubeni (2010).

27 Gilroy (2000), 87.

28 Arendt (1958), 182-184.

29 See Agamben (2005), 4, 7, 23.

reappraisal of our ideological conceptualisation of the enemy appears central to this task, especially when remembering that “[b]efore we make war or weapons, we make an idea of the enemy.”³⁰ In other words, we need to “demystify the mystified” and “challenge the myths that fuel the violence” by acknowledging that “foreigners and nationals who are victims of attacks are [often] only scapegoats” used to distract from the real problems.³¹ This process of demystification goes hand in hand with the excavation of disavowed ties and links with the “enemy” that transcend the borders of our immediate web of social relations. Foregrounding this human interconnectedness is central for moving beyond the divisive rhetoric of “race-thinking” that “deprives its victims of their humanity”.³² In other words, to effectively counteract the negative effects of globalisation it is crucial to challenge resurgent ideas that have recourse to arguments based on “frozen identities” and “notions of [territorial] belonging” as they endanger and work against social “integration, interconnectedness and interdependence.”³³

Concepts highlighting the interdependence of social relations have dominated literary criticism in South Africa in the last few years. In this context Sarah Nuttall’s concept of entanglement is perhaps most noteworthy:

“Entanglement is a condition of being twisted together or entwined, involved with; it speaks an intimacy gained, even if it was resisted, or ignored or uninvited. It is a term which may gesture towards a relationship or set of social relationships that is complicated, ensnaring, in a tangle, but which also implies a human foldedness. It works with difference and sameness but also with their limits, their predicaments, their moments of complication.”³⁴

Nuttall’s notion of historical, temporal and racial entanglement outlines how perceiving the present differently offers a point of departure for challenging forms of group- and “camp-thinking”³⁵ that often

30 Sam Keen in the film *Faces of the Enemy*, cited in: Acuna/Ngubeni (2010).

31 Acuna/Ngubeni (2010).

32 Gilroy (2000), 15.

33 Nyamnjoh (2006), 13.

34 Nuttall (2009), 1.

35 Gilroy (2000), 87.

lead to violence: “Entanglement [...] is a means by which to draw into our analyses those sites in which what was once thought of as separate – identities, spaces, histories – come together or find points of intersection in unexpected ways.”³⁶ What Nuttall calls for, in other words, is a “de-exceptionalisation” of South African life and an honest start of desegregating the social, political and economic spheres of the post-apartheid dispensation. In contrast to Nuttall, Antjie Krog in *Begging to Be Black* emphasises the processual aspects of change that help us “become others, plural, interconnected-towards-caringness.”³⁷ Privileging a conception of the self that emphasises *becoming* over *being*, Krog highlights stories’ unrivalled quality of foregrounding the interconnectedness and interdependency of human relations:

“Stories have different characters and threads and plots; they leave space for variety. Stories are boundary crossing, making it possible to move, justifying different kinds of behaviour and also behaviour that is not necessarily justified – no single line holds things together, because the spaces contain contradictions in which one variety is as valid as the other.”³⁸

Yann Martel makes a similar point regarding literature’s power of strengthening human ties, highlighting that “[i]f literature does one thing, it makes you more empathetic by making you live other lives and feel the pain of others. Ideologues don’t feel the pain of others because they haven’t imaginatively got under their skins.”³⁹ But, as Žižek convincingly points out, this approach has its limits since although literature might be able to “fight the demonization of the Other” by providing him/her with a human face – as Wendy Brown famously put it, “[a]n enemy is someone whose story you have not heard” – there are nevertheless crimes against humanity where such a strategy runs the danger of “false ‘humanization’”.⁴⁰ Bearing this in mind, it is only with renewed enthusiasm about reconnecting the public with what “Rancière calls the ‘part of no-part’ of the social

36 Nuttall (2009), 11.

37 Krog (2009), 200. Though interesting as such, Krog’s conception of ‘interconnectedness’ is somewhat problematic as it carries essentialist undertones. See Krog (2009), 184, 238.

38 Krog (2009), 101.

39 Moss (2010), 33.

40 Brown, cited in: Žižek (2009), 46, 39, 44.

body” that “truly emancipatory politics” and a “radically non-racial humanism” can develop their full potential towards creating a “new history of Man” as anticipated by Fanon.⁴¹ In this respect it is worth noting that this emancipatory enthusiasm does not simply constitute a new attempt of *understanding* the Other but rather resembles a move towards acknowledging the many ties *connecting* the Self and the Other. Gilroy’s definition of the term diaspora fruitfully illustrates what such a “new” outlook entails: “By focusing attention equally on the sameness within differentiation and the differentiation within sameness, diaspora disturbs the suggestion that political and cultural identity might be understood via the analogy of indistinguishable peas lodged in the protective pods of closed kinship and subspecies being.”⁴² Challenging essentialist notions of roots and identity, diaspora’s emphasis on movement and change – not only in relation to place but also in relation to the many links connecting the Self and the Other – offers a way forward in a globalised world that has seen the strengthening of national borders in the midst of the emergence of a global community connected via the internet. Remembering that the concept of the nation-state is a “Western mirage” that “hardly more than 10 per cent of so-called ‘nation-states’ in the world (the USA and the UK included) have ever achieved,”⁴³ it is perhaps time to try a different model to strengthen group allegiances; one that is based less on spatial topographies and more on social networks, highlighting notions of human interconnectedness and entanglement. A brief examination of two literary texts and their rendering of the “myth” surrounding Makanna seems useful to this end.

Makanna: Facilitating a Transcultural Society?

“[Makanna is] [o]ne of the most remarkable figures in Bantu history. Of no royal blood, he became a religious and military leader of the Ndhlabhis who under him heavily defeated Gaika at Amalinde in the winter of 1818. He attacked Grahamstown in April 1819 when he was defeated by the Colonial forces, taken

41 Žižek (2009), 99; Gilroy (2000), 17; Fanon (1967b), 254.

42 Gilroy (2000), 125.

43 Nyamnjoh (2006), 79.

prisoner and sent to Robben Island. He was drowned attempting to escape on 9/8/1820.”⁴⁴

As Lewinson’s brief biographical sketch of Makanna’s life indicates, Makanna (also known as Nxele) was an important Xhosa leader in their fight against British colonial domination. While this is true, it is also true that he was an important intermediary between the British and the Xhosa.⁴⁵ Growing up as the son of a commoner working on a Boer farm in the Eastern Cape, Makanna was exposed to Christian theology, which he absorbed with great interest and incorporated into Xhosa cosmology, making him a powerful prophet among his people. It was especially the idea of resurrection after death that had great appeal for the Xhosa as this promised a reunion with beloved dead ones.⁴⁶ Despite these important cultural ties with the British, repeated attacks by large Boer and British commandos indiscriminately killing men, women and children and stealing thousands of head of cattle made Makanna assemble a large army and issue an attack on the British garrison at Grahamstown. The tragic outcome of this ill-balanced fight is related by Bradford: “[w]hen the cannons fired, many knelt, calling on the Broad-Chested One. They were massacred. The biggest Xhosa army ever mobilised was defeated by some 350 soldiers.”⁴⁷ It was the enormous destruction and massacre caused by the British counterattack that eventually resulted in Makanna giving himself up as a token of peace, but to no avail. He was imprisoned on Robben Island whilst the war and the raiding of cattle continued unhampered and died in an unsuccessful attempt of escape.

Makanna’s legacy is still important today, almost two hundred years after his death. While he was believed to return and defeat the British in a final fight for freedom from oppression, his larger-than-life personality – Makanna is said to have referred to himself as the “brother of Christ” – has opened the door to nostalgically tainted accounts emphasising his untiring efforts of arbitrating for a lasting

44 A. M. Lewin Robinson’s biographical notes, in: Pringle (1966), 344.

45 See Pringle (1989), 151-152 and Pringle (1966), 280-281.

46 See Peires (1987), 57-58.

47 Bradford (2000), 4.

peace between the British and the Xhosa.⁴⁸ This belief in Makanna as saviour, whose return will unite factious groups in the fight against an overpowering enemy, is still alive today, as highlighted by Mtutulezi Matshoba's short text "The Return of Nxele", encapsulating the spirit and hope for a new beginning that pervaded South Africa after Nelson Mandela's release from prison in 1990. But contrary to the warring Makanna, who has become an important "symbol of Xhosa resistance",⁴⁹ Mandela urged his followers to "take your guns, your knives, and your pangas, and throw them into the sea", as it was weapons rather than people that needed destroying to give rise to a "new" South Africa.⁵⁰

To understand Makanna's function as intermediary it is necessary to remember that the nineteenth-century Eastern Cape frontier was also a frontier of transculturation that gave rise to a "transcultural sociality"⁵¹ in which allegiances were not fixed but changed according to personal and communal ambitions and opportunities. As van Wyk Smith points out, there existed "shifting alliances, contention, and co-operation [...] on the East Cape frontier [...] whether between Boer and Khoi, Boer and Xhosa, or Xhosa and Khoi."⁵² Or as Hermann Giliomee avers, "[i]n the fragmented political structure of the frontier it was common for various ethnic communities, or rather groups within these communities, to form alliances to obtain specific ends."⁵³ In this respect, the Eastern Frontier was an important ground for fashioning not only "certain attitudes on the part of the European towards British colonial authority and towards the African [but also] basic attitudes on the part of the African towards the European".⁵⁴ Xhosa prophets like Makanna and Ntsikana were therefore important intermediaries between Europeans and Africans in spite of their

48 Peires (1987), 57. For various accounts of Makanna's life, see Pringle (1989), 149-156; Pringle (1966), 279-288; Majeke (1952), 20-21; Peires (1979), 56-58; Peires (1987), 5-9.

49 Majeke (1952), 22.

50 See Wenzel (2009), 158-159.

51 van Wyk Smith (2003), 433.

52 van Wyk Smith (2003), 435.

53 Hermann Giliomee, cited in: van Wyk Smith (2003), 435.

54 Williams (1970), 372.

different approaches of settling disputes.⁵⁵ Especially the hope and enthusiasm engendered by Makanna’s personality allowed for a new way of refashioning the self that stood in stark contrast to earlier forms of self-deprecating passivity and defeatism.⁵⁶ *Makanna; or, The Land of the Savage* (1834) and *Bronze Napoleon* (1940) set out to recapture this spirit of Makanna as intermediary by foregrounding the multiply-entangled human relations constitutive of a transcultural society. The term “transcultural” is used here to describe not only “how subordinated or marginal groups select and invent from materials transmitted to them by a dominant or metropolitan culture” but to highlight that this process of adaptation and borrowing is essentially a mutual one, affecting the dominant as much the subordinated group.⁵⁷ As Pratt points out:

“A ‘contact’ perspective emphasizes how subjects are constituted in and by their relations to each other. It treats the relations among colonizers and colonized, or travellers and ‘travelees,’ not in terms of separateness or apartheid, but in terms of copresence, interaction, interlocking understandings and practices, often within radically asymmetrical relations of power.”⁵⁸

Makanna: Historical Romance to Counter Xenophobia?

Before discussing the two texts, it needs to be mentioned that the depiction of Makanna in both narratives is highly problematic, not least because they both paradoxically raise Makanna to the saint-like position of the Noble Savage while at the same time emphasising Xhosa savagery and barbarity. Unfortunately, there is not enough space to offer a detailed discussion of these issues which have to be examined at some other point. As Krog illustrates in her analysis of the story of king Moshoeshe, writers had to confront the dilemma of “how to present admirable, worthy, even enviable qualities ob-

55 As Peires sums up, while “Nxele, was war-like and nationalist, embodying African beliefs and African culture [...] Ntsikana, was pacifist and Christian, enjoining salvation through obedience to the will of God.” Peires (1979), 51. Also see Williams (1970), 376.

56 Also see Peires’s discussion of the importance of Makanna (Nxele) in the Xhosa’s cattle-killing episode of 1856-7. Peires (1987), 63.

57 Pratt (1992), 6.

58 Pratt (1992), 6-7.

served in black people in a way that did not diminish their readiness and urgent need for conversion and civilisation” while often ignoring the fact that to “divorce an exceptional man from this culture and society that produced him was often the first attempt at appropriation.”⁵⁹ What interests us here, however, is how both texts, despite their questionable depiction of Makanna, allow for a reimagination of former transcultural relations that could be revived and made use of in the present.

In *Makanna; or, The Land of the Savage*,⁶⁰ which Pringle criticises as displaying “considerable powers of imagination” and taking “liberties [...] with history and geography”,⁶¹ Makanna features only as a supporting character in an adventure-driven historical romance centred on the handsome French colonial agent Paul Laroon and Bertha Falkland, the beautiful daughter of the retired Major Falkland. It is precisely Makanna’s relegation to the fringes of a story that carries his name – he does not appear until well into the second volume of the narrative – that raises him to the level of a mysterious power secretly pulling the strings in the background. Consequently, it is only with the help of Makanna and his finally taking centre stage in the narrative that Bertha is rescued from the evil “wealthy boor, part Border, Smuggler, – part Herdsman, Hugo Drakenstein”, who tries to marry her to his son Cootje in an attempt to buy into the Major’s wealth, and a happy ending secured (*Mak*, vol. 2, 23). In line with the romantic framing of the story, Makanna is depicted as a good-willing, benevolent, albeit fear-inspiring, leader who exerts great influence on his followers to maintain “a state of perfect neutrality with their European neighbours” (*Mak*, vol. 2, 163-164). This characterisation as a peaceful leader is underlined in the scene leading up to the first encounter between Makanna and Laroon. Rather than causing strife among his people after being falsely accused by the cunning witch Maldrona of killing the sick Dushani, king S’Lhambi’s son, he opts for suicide and is only rescued by the conniving French Creole at the very last instance. This initial encounter sets the stage for subsequent actions in the narrative, as Makanna now decides to help Laroon

59 Krog (2009), 19.

60 Hereafter referred to as *Mak* in parenthetical documentation.

61 Pringle (1966), 288.

rescue Bertha even if it runs counter to his own plans of fighting European colonial incursions into Xhosa territory: “The consternation of the poor Savages was boundless, and being in their own wars most honourably scrupulous not to injure the females and children of an enemy, the loss of their own by this cold-blooded butchery, rendered them frantic with detestation and horror!” (*Mak*, vol. 3, 88-89). Eventually giving in to the numerous cries of taking revenge, Makanna uses his standing among the different clans and bridges internal factions to assemble an army to fight the colonists. This final show-down is however omitted in the story and only briefly summarised at the end of the narrative. Instead, the focus is on Bertha’s rescue operation, in the course of which Makanna returns the favour to Laroon for saving his life by preventing him from “the commission of an act repugnant to his better feelings” (*Mak*, vol. 3, 283) when he is about to cowardly kill the Drakensteins while hiding in a nearby bush. What *Makanna* emphasises on are therefore the mutually influencing humanising effects that Laroon and Makanna have on each other despite acting in a contact zone defined by its “radically asymmetrical relations of power.”⁶² This mutual recognition of the existing interlockings and interdependencies between the Self and the Other, however, is not related as leading to a simple appropriation of the Other within the Self, but as allowing for respect and consideration between rivalling parties. As Laroon remembers at the end of the story, Makanna’s “hauteur, [...] self-absorbed and rapt demeanour [...] had baffled [his] best efforts to comprehend his character in all its bearings” making him forecast that “Makanna entertained some purpose for the future, as secret yet, and unavowed” (*Mak*, vol. 3, 302). What this secret might have been one can only speculate about. In relation to Makanna’s characterisation, however, one is tempted to belief that it is connected to an acknowledgment and recognition of the interconnectedness of human relations, foregrounding the entanglement of the Self and the Other, the friend and the enemy, as is reflected in the story by his engendering a common enthusiasm and spirit for social change that transcends factious divides.

62 Pratt (1992), 7.

M. Norbet Morgan's *Bronze Napoleon*,⁶³ published more than a hundred years after *Makanna*, pursues a somewhat different path although to the same end, depicting Makanna as a foreigner who was "found" when he was a young boy (*BN*, 115-118). As Morgan contends in the Foreword:

"Makanna's origin has always been a mystery and it has never been authentically established where he came from. He was one of those human phenomena occurring in Africa from time to time. He was unlike other Xhosa men. As a child he spoke a strange tongue and uttered inspired poetry on things which, in those times did not exist in any form in the Cape Colony. It is fair to surmise that he was born in a country where art, civilisation and culture were of an extraordinary high standard. Undoubtedly, only Persia could have given him that striking profile, that bronze skin, that instinctive mental breadth, that inherent love for poetry, that desire to lead his grand confederacy on to victory in cultural fields, those visions of strange lands and great cities; that untutored genius. [...] Had he lived, he may have used his genius to civilise the Amaxosa." (*BN*, viii-ix)

What is interesting about Morgan's characterisation of Makanna as a foreigner is that it effectively challenges essentialist and exclusivist notions of origin, heritage and identity, highlighting their interrelatedness and entanglement. This, however, is not to ignore the problematic dimension of Othering a central historical figure of Xhosa resistance as it implies that the "mentally inferior" Africans needed a foreigner to point out their own oppression and start united action against colonialist exploitation. For our purposes, however, it needs to be noted that this peculiar characterisation of Makanna as outsider has wider implications for the unfolding story which in its overall structure is closely modelled on *Makanna* in that it also centres on the romantic relationship between Norma Glendower, daughter of Major Glendower, and Lieutenant Hugh Crawford, who similar to Laroon inherits a large sum of money at the end of the story to secure a happy ending. One substantial difference in *Bronze Napoleon*, however, is that Makanna, as outsider and therefore automatically more

63 Hereafter referred to as *BN* in parenthetical documentation.

human than other Xhosa, also develops romantic feelings for Norma during his frequent visits of Cape Town as a young man. It is this love triangle that eventually culminates in a climax merging fiction and historical fact when Makanna is depicted as justifying his attack on Grahamstown as a way of confronting and coming to terms with his unrequited love. Confessing his love to Norma, he argues, “I have chosen power above love [...] My love for thee is a fruitless one and a helpless one. I cannot declare it, so Power is the only alternative and the Amanglezi are the only power to be fought. Against them I must lead the impis in battle or submit to my baser nature” (*BN*, 227). Forgotten is his indebtedness to Lieutenant Crawford and Major Glendower who earlier saved his life in a fight against the evil Captain Draycott/Roystlen,⁶⁴ just as are his previous attempts of preventing havoc between the Xhosa and Europeans.⁶⁵ Morgan’s Makanna is therefore one who knows how to feel and one who acts irrationally when sacrificing everything after being rejected by the woman he loves. This climactic moment is framed by a passage in which Makanna proclaims his humanity in words evoking Shylock’s trial in *The Merchant of Venice*:

“Hath not a Xosa eyes? Hath not a Xosa hands, organs, dimensions, senses, affections, passions? Is he not fed with the same food, hurt with the same weapons, subject to the same diseases, healed by the same means, warmed and cooled by summer and winter, as a white man is? If you poison us, do we not die and if you wrong us, shall we not revenge?” (*BN*, 229)

64 Rather than the Drakensteins it is the gambling impostor Captain Draycott/Roystlen, who in his vow of revenge against Major Glendowers and Lieutenant Crawford, attempts to steal Norma and force her into marriage. When he is found out he flees from the colony and marries one of Ngqika’s nieces – Ngqika, an enemy of S’Lhambi and Makanna, was considered a traitor among the larger faction of the Xhosa due to his treaty with the British who cunningly ‘made’ him king of all the Xhosa in order to foster internal strife – and obtains “the insignia to Amaxosadom” (*BN*, 177). While at first pledging to assist Makanna in his attack on Grahamstown, he later betrays Makanna, kidnapping Norma instead to satisfy feelings of revenge.

65 At the beginning of the story he rescues Crawford persuading a large Xhosa faction to seek different pastures for their cattle: “Ndhlambi, son of Rarabe, Nqeno, son of Langa, warriors of the Amaxosa, it is the will of Umdali that ye withdraw from this region and cross the Nxuba. The black buffalo must seek a separate drinking pool” (*BN*, 22).

It is this vindication of his humanity as a feeling person that urges him to save Norma from the hands of the vicious Captain Draycott/Roystlen despite his defeat at Grahamstown. Perhaps more importantly, it is the common cause of rescuing Norma that secures a temporary cessation of hostilities between the Xhosa and British. In this respect Crawford “did not seek to do him any harm” when encountering the fugitive Makanna after the attack on Grahamstown as “theirs’ was a common cause and the safety of the white girl was all that occupied their minds” (*BN*, 253). It is therefore only later that Makanna willingly gives himself up as a token of peace to prevent further destruction and slaughter: “People say I have occasioned the war. Let me see whether my delivering myself up to my conqueror will restore peace to my country” (*BN*, 265). The outcome of this act of self-sacrifice is well known. What is noteworthy about it, however, is that it invokes, as Morgan puts it in the Foreword, the emergence of a “new spirit of the Africans which, realising the futility of knobkerrie and assegai, seeks to build up national power in cultural fields” (*BN*, ix). If one reads “African” as a term that includes all the disparate groups of people presently living in South Africa rather than restricting it to the Xhosa as such, Crawford’s and Norma’s romantic embrace concluding the story hints at what such a reading might entail. As kissing Norma’s lips “destroyed all thoughts of the outer world, of life, strife and time” (*BN*, 268), this embrace highlights the romantic entanglement of all the parties comprising the colonial frontier and evokes a transcultural society that is within reach when we begin to acknowledge the interconnectedness of human relations and start to see and understand the common nature of causes and interests that drive human actions.

Conclusion

What this crude interpretative sketch of both narratives highlights is Makanna’s power as a mediator between warring factions. This mediation, however, does not simply arbitrate between opposed parties but rather emphasises the interconnected nature of their relations. This stress on the mutually influencing nature of human relations

not only liberates the victim from its passive state but consequently opens up a new space for active change. As James Baldwin pointed out, “[t]he victim can have no point of view for precisely so long as he thinks of himself as a victim.”⁶⁶ The two literary representations of Makanna offer a way of breaking with this vicious circle of “self-victimisation” by outlining the contingent nature of happy and unhappy endings. As Eagleton makes clear, one should not so much measure an ending with respect to a final outcome but rather in light of it facilitating change and helping one adapt to new circumstances: “whether death itself is happy or unhappy may depend in part on whether we have learned in life the lessons of mutability. Those who live in a way which denies the fragile, provisional nature of things, but cling instead to absolute ends, are unlikely to make an easy death.”⁶⁷ This necessary move from the absolute to the contingent depends on the recognition of the paradoxes underlying our human desires, hopes and wishes that often take the form of envy. But as Žižek rightly points out, “[t]he subject does not envy the Other’s possession of the prized object as such, but rather the way the Other is able to enjoy this object, which is why it is not enough for him simply to steal and thus gain possession of the object. His true aim is to destroy the Other’s ability/capacity to enjoy the object.”⁶⁸ While the Drakensbergs and Captain Draycott/Roystlen are driven by envy and concentrate their energies on destroying Laroon’s and Crawford’s ability to desire the object of their affection by attempting to rape Bertha/Norma, Makanna is depicted as seeing through the self-perpetuating circular nature of envy and its manifestation in armed conflict. What is more, by giving himself up after securing a happy ending he not only positions himself outside the sphere of envy but acts in a way that is truly active rather than merely reactive, opening up a new space for post-conflictual relations. As Žižek points out, “the ultimate difference between radical-emancipatory politics and [...] outbursts of impotent violence is that an authentic political gesture is *active*, it imposes, enforces a vision, while outbursts of impotent violence are fundamentally *reactive*, a reaction to some disturbing in-

66 Gilroy (2000), 113.

67 Eagleton (2003), 84.

68 Žižek (2008), 90.

truder.”⁶⁹ In this respect, what the two stories outline is that it is the “dedication [to a cause] and selflessness of Nxele”⁷⁰ that we need to regain if we are to tackle the problems of the present and future.

At the beginning of this paper we briefly examined a news report giving a sketchy outline of the life and death of “the burning man”. What the subsequent analysis of the “myth” surrounding Makanna has illustrated is that we need to counter the biases that inform our daily lives if we are to come to grips with xenophobic violence. As Majeke emphatically put in the 1950s: a “Great Lie permeates the whole of [South African] society. But once let us take the initial step by asking how the situation in which we find ourselves has come about, prick the bubble of all the racial myths of White superiority and Black inferiority and strip away layer after layer of the Great Lie, we are on the way to liberate ourselves.”⁷¹ What post-apartheid South Africa needs to confront now is a similar “Great Lie”: the belief in intra-African hierarchies of humanity that conceives of South Africans as “superhuman” while sidelining other Africans to the realm of the “infrahuman”.⁷² What is needed is a reengagement with what Michael Ignatieff has called an “internationalization of conscience”⁷³ that successfully facilitated the formation of new ties between former enemies after the great wars of the twentieth century. Such a consciousness based on an understanding of human interconnectedness and entanglement is what is necessary if South Africa is to counteract the “Nongquawuse syndrome” that has hampered efforts of desegregating and deracialising society after the demise of apartheid. As Mbembe points out, the Nongquawuse syndrome “is a syndrome South Africa has always suffered in times of demoralisation and acute social and mental insecurity. [It] is a populist rhetoric and a millenarian form of politics which advocates, uses and legitimises self-destruction, or national suicide, as a means of salvation.”⁷⁴

69 Žižek (2008), 212-213.

70 Mphande (1991), 173.

71 Majeke (1952), vii.

72 Gilroy (2000), 22.

73 van Wyk Smith (2003), 443.

74 Mbembe (2006).

As much of the recent xenophobic violence seems to be related to a too closely modelled imitation of the Western nation-state, a possible way out might be to start conceiving of South African society as comprising transracial and transcultural diasporas rather than as resembling a single, even if diverse, nation. Since diasporas are inherently dynamic and permanently changing constructs, they are more useful for understanding many of the present “deterritorialized mode[s] of belonging” than the static concept of the nation-state with its emphasis on “‘spatialized’ and ‘essentialized’ landscapes.”⁷⁵ So rather than taking comfort in “a common language of grievance”⁷⁶ we need to expose the disavowed Great Lies of the present that are responsible for the sporadic outbreaks of self-destructive violence directed against humanity itself. The successful hosting of the Soccer World Cup and the concomitant temporary decrease in violent crime testifies that there is great potential in South Africa if various groups in the country work towards achieving a common goal. Half a year after the closing ceremony of this mega spectacle it is now time to get together again, to define a new goal for the future and to start an aim-driven process that incorporates all sections of society, including those that have been ostracised as foreign and Other in the course of recent xenophobic violence. What is needed, in other words, is the commencement of a truly “Afropolitan cultural project.”⁷⁷

References

Primary Sources:

BN = Morgan, M. Norbet (1940): *Bronze Napoleon*. Cape Town: Unie-Volkspers Beperk.

Mak = Anonymous (1834): *Makanna; or, The Land of the Savage* (3 volumes). London: Whittaker & Co.

Secondary Sources:

Acuna, Jazmin/Ngubeni, Kindiza (2010): “Xenophobia: Yet another Threat to the Power of Myths,” in: *Centre for the Study of Violence and Reconciliation*

75 Nyamnjoh (2006), 229.

76 Mbembe (2006).

77 Mbembe (2006).

- tion, 22 July 2010, online at: http://www.csvr.org.za/index.php?option=com_content&view=article&id=2320:xenophobia-yet-another-threat-to-the-power-of-myths-220710&catid=139:media-articles&Itemid=37 (accessed 22 March 2011).
- Agamben, Giorgio (2005): *State of Exception*. Translated by Kevin Attell. Chicago: University of Chicago Press.
- Arendt, Hannah (1958): *The Human Condition*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bradford, Helen (2000): "New Country, New Race, New Men: War, Gender and Millenarianism in Xhosaland, 1855-1857." Paper presented at the *19th International Conference on Historical Sciences*, session on Gender, Race, Xenophobia, and Nationalism, Oslo, August 2000, online at: <http://www.oslo2000.uio.no/program/papers/r13/r13-bradford.pdf> (accessed 13 August 2010).
- Eagleton, Terry (2003): *Sweet Violence: The Idea of the Tragic*. Oxford: Blackwell.
- Fanon, Frantz (1967a): *Black Skin, White Mask*. New York: Grove Press.
- Fanon, Frantz (1967b): *The Wretched of the Earth*. London: Penguin.
- Gilroy, Paul (2000): *Against Race: Imagining Political Culture beyond the Color Line*. Cambridge, Mass: Belknap Press.
- Hobsbawm, Eric (1994): *Age of Extremes: The Short Twentieth Century, 1914-1991*. London: Michael Joseph.
- Johnston, Nicole (2010a): "Xenophobia and the World Cup," in: *Mail & Guardian Online*, 6 July 2010, online at: <http://www.mg.co.za/article/2010-07-06-xenophobia-and-the-world-cup> (accessed 4 August 2010).
- Johnston, Nicole (2010b): "The End of this Story May Be Very Sad," in: *Mail & Guardian Online*, 9 July 2010, online at: <http://www.mg.co.za/article/2010-07-09-the-end-of-this-story-may-be-very-sad> (accessed 4 August 2010).
- Krog, Antjie (2009): *Begging to Be Black*. Cape Town: Random House Struik.
- Majeke, Nosipho (1952): *The Role of the Missionaries in Conquest*. Cumberwood: APDUSA.
- Mbembe, Achille (2006): "South Africa's Second Coming: The Nongqawuse Syndrome," in *OpenDemocracy*, 14 June 2006, online at: http://www.opendemocracy.net/democracy-africa_democracy/southafrica_succession_3649.jsp (accessed 13 August 2010).
- Moss, Stephen (2010): "Willing to Tackle a Delicate Matter," in: *The Guardian Weekly*, 9 July 2010, 32-33.
- Mphande, Lupenga (1991): "Review: Cattle-Killing as Resistance: The Dead Will Arise Reconsidered," in: *Research in African Literatures* 22 (3), 171-181.
- Nuttall, Sarah (2009): *Entanglement: Literary and Cultural Reflections on Post-Apartheid*. Johannesburg: Wits University Press.

- Nyamnjoh, Francis B. (2006): *Insiders & Outsiders: Citizenship and Xenophobia in Contemporary South Africa*. Dakar: Codesria Books and London: Zed Books.
- Peires, J. B. (1979): “Nxele, Ntsikana and the Origins of the Xhosa Religious Reaction,” in: *Journal of African History* 20 (1), 51-61.
- Peires, J. B. (1987): “The Central Beliefs of the Xhosa Cattle-Killing,” in: *Journal of African History* 28 (1), 43-63.
- Pratt, Mary Louise (1992): *Imperial Eyes: Travel Writing and Transculturation*. London/New York: Routledge.
- Pringle, Thomas (1966): *Narrative of a Residence in South Africa*. Cape Town: C. Struik.
- Pringle, Thomas (1989): “Letters from South Africa: No. II – Caffer Campaigns – The Prophet Makanna,” in: Pereira, Ernest/Chapman, Michael, Eds.: *African Poems of Thomas Pringle*. Pietermaritzburg: University of Natal Press, 149-156.
- SAPA/MGO (2010): “Xenophobia Fears Increase,” in: *Mail & Guardian Online*, 6 July 2010, online at: <http://mg.co.za/article/2010-07-06-xenophobia-fears-increase> (accessed 4 August 2010).
- Underhill, Glynnis/Khumalo, Sibonile (2010): “No Justice for Burning Man,” in: *Mail & Guardian Online*, 30 July 2010, online at: <http://www.mg.co.za/article/2010-07-30-no-justice-for-burning-man> (accessed 4 August 2010).
- van Wyk Smith, Melvin (2003): “The Boers and the Anglo-Boer War (1899-1902) in the Twentieth-Century Moral Imaginary,” in: *Victorian Literature and Culture* 31 (2), 429-446.
- Wenzel, Jennifer (2009): *Bulletproof: Afterlives of Anticolonial Prophecy in South Africa and Beyond*. Chicago: University of Chicago Press.
- Williams, Donovan (1970): “African Nationalism in South Africa: Origins and Problems,” in: *Journal of African History* 11 (3), 371-383.
- Žižek, Slavoj (2008): *Violence*. New York: Picador.
- Žižek, Slavoj (2009): *First as Tragedy, Then as Farce*. London: Verso.

Gegenseitige Rechenschaftspflicht zur Steigerung der Wirksamkeit der EZA: Wie werden relevante Akteursgruppen zur Verantwortung gezogen? (Mit einem Fallbeispiel aus Mosambik)

Thomas Böhler¹

Das Konzept der gegenseitigen Rechenschaftspflicht – *mutual accountability*, im Weiteren: MA – ist ein wesentliches Element des Paradigmas der Wirksamkeit der EZA (Entwicklungszusammenarbeit) – im Weiteren: *aid effectiveness* –, das in jüngster Vergangenheit verstärkt an Bedeutung gewonnen hat. Dieser Artikel stellt dieses Konzept vor, und versucht die Auswirkungen eingeführter MA-Mechanismen auf die Lebenswelt der von Armut betroffenen Menschen in Mosambik nachzuzeichnen. Absicht des Artikels ist es, die Wechselwirkungen innerhalb des besetzten Macht-Raums dieser Ordnung zu beschreiben und dadurch einen Beitrag zur Repolitisierung der entwicklungspolitischen Debatte zu leisten.

Vorbemerkungen

1. Das „Konzept Armut“

Als von Armut betroffen umschriebene Personengruppen sind selten Subjekte des sozial- oder entwicklungspolitischen Systems per se, son-

¹ DISCLAIMER: Die in dieser Arbeit vertretenen Ansichten sind jene des Autors und geben nicht unbedingt die Ansichten der Vereinten Nationen wieder. (*The views expressed herein are those of the author(s) and do not necessarily reflect the views of the United Nations.*)

den Zielgruppen und Objekt dieses Systems und seiner Interessensgruppen. Sie kommen, im Sinne Paulo Freires, oft zu kurz, ihre Welt zu benennen und mitzugestalten.

Der florierende Diskurs über Armut macht deutlich, wie bedeutsam es für die Armutspolitik ist, wer mit welcher Absicht von Armut spricht.² In diesem Sinne ist es sinnvoll, Armut und Armutsbekämpfung in ihrer Analyse als sozial konstruierte Konzepte zu verstehen. Da nationale Regierungen nach wie vor die wichtigsten Akteur(in)n(e)n in der Entwicklungspolitik sind, müssen strukturpolitische Diskurse, wie die *aid effectiveness*-Debatte, bewusst als von politischen und wirtschaftlichen Anliegen mitbestimmt verstanden werden.

Seit den späten 1980er-Jahren konnten als von Armut betroffen definierte Menschen durch die zunehmend partizipative Armutsforschung und durch zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) Anteil am Armutsdiskurs nehmen. Die Gründe dafür bleiben aber strittig.³ Dennoch gilt, dass ein Großteil der weltweit rund 1,4 Milliarden Menschen, die als in ständiger Armut lebend definiert werden, selten von den international geführten, teilweise hochtechnischen Diskussionen rund um Armutsbekämpfung und *aid effectiveness* gehört haben – und dies, wenngleich nationale Sozialpolitik speziell in von ausländischen Hilfgeldern abhängigen Ländern oft nachhaltig durch diese Diskussionen beeinflusst wird.

2. EZA im Wandel

Armutstheorien und Armutsbekämpfungsansätze unterliegen einem stetigen Wandel. Seit Armut als ein vielschichtiges Phänomen erkannt wurde, entstehen Lösungsansätze in der EZA vermehrt inter-

2 Arturo Escobar analysiert, wie Armut bereits in den 1960er-Jahren einseitig als Defizit problematisiert wurde, um so Armutsbekämpfung mit nachholender, wirtschaftlicher Entwicklung in Verbindung zu bringen; vgl. Escobar (1995). Ein nach wie vor einzigartiger Artikel von Herbert Gans beschreibt, dass die Aufrechterhaltung von Armut gesellschaftliche Notwendigkeit ist, wenn er die „positiven Funktionen von Armut“ beschreibt; vgl. Gans (1972).

3 Robert Chambers unterscheidet drei Gründe, warum partizipative Ansätze umgesetzt werden: Kosmetik, Vereinnahmungspraxis, um lokale Arbeitskräfte zu mobilisieren und Kosten zu reduzieren, und als Prozess, wonach arme Menschen tatsächlich gestärkt werden und ihnen Möglichkeiten zur Mitsprache und Entscheidungsfindung gewährleistet werden; vgl. Chambers (1995).

disziplinär. Auch die Dynamiken innerhalb der EZA wurden zu einem wesentlichen Element der Problemanalyse. In diesem Sinne ist es hilfreich, dieses prinzipiell offene, soziale System der Akteur(inn)e(n) als eine „Gemeinschaft der mit Armut Befassten“ zu verstehen.⁴ In dieser Gemeinschaft treffen widersprüchliche Eigenlogiken aufeinander, organisieren sich Akteur(inn)e(n) stets neu, bilden sich Institutionen, laufen soziale Prozesse ab und werden Konflikte ausgetragen.

In der Armutsbekämpfung hat sich nach Jahrzehnten der Entwicklungsplanung, der Grundbedürfnis-Strategien und der nachhaltigen Entwicklung ein Ordnungssystem durchgesetzt, das den Herausforderungen der Weltentwicklung gerecht werden sollte: Die am Millenniumsgipfel 2000 verabschiedeten Millennium-Entwicklungsziele (*millennium development goals*, kurz MDGs) stellen den Maßstab dar, an dem die Fortschritte der Entwicklungspolitik gemessen werden. Nachdem jedoch deutlich wurde, dass die nötigen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, verlagerte sich der Diskurs hin zur effizienten Nutzung der knappen Ressourcen: *aid effectiveness* wurde zu einem politisch dominanten Element in der EZA. Gleichzeitig ist Armutsbekämpfung heute ein weitestgehend unregulierter Industriezweig mit einem jährlichen Volumen von geschätzten 200 Milliarden US\$ – Ausgaben für nationale Sozialpolitik nicht mitgerechnet – und häufig von Misswirtschaft und Korruption betroffen.

3. Entwicklungsfinanzierung

Traditionelle offizielle Entwicklungshilfe (*official development assistance*, kurz ODA) betrug 2009 fast 120 Milliarden US\$ und stieg damit trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise in absoluten Zahlen.⁵ Die verstärkte Aktivität so genannter „neuer Geber“,⁶ also besonders von China, den arabischen Ländern, Brasilien und anderen nicht der OECD angehö-

4 Böhler (2008), 79-113.

5 ODA wird definiert als diejenige Unterstützung von Regierungen oder Regierungsagenturen, die zur Förderung wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlfahrt in Entwicklungsländern beiträgt, und bei der zumindest ein Viertel der Summe nicht an den Geber zurückgezahlt werden muss. Es muss angemerkt werden, dass ODA auch Entschuldungspakete beinhalten kann und dementsprechend abgeschlossene Entschuldungsprojekte, wie sie besonders vor 2009 auftraten, einen starken Rückgang in den ODA Statistiken bewirken können, wie dies etwa für Österreich 2008-2009 der Fall war.

6 Six/Küblböck (2009).

renden Staaten, aber auch privaten Stiftungen und philanthropischen Einrichtungen, haben spürbare Verschiebungen der Machtverhältnisse und die Entstehung einer neuen, multipolaren EZA-Architektur bewirkt. In dieser komplexen Wirklichkeit ist es nicht mehr eindeutig, was es überhaupt heißt, Entwicklungshilfe zu leisten, da verschiedene Geber ihre Beiträge unterschiedlich definieren und somit zu einer starken Fragmentierung der EZA-Landschaft beitragen. Die finanziellen Beiträge der neuen Geber bleiben schlecht dokumentiert und sind zudem aufgrund ihrer Projektorientierung oft weitaus instabiler.

Obwohl Welthandel, ausländische Direktinvestitionen (*foreign direct investment*, kurz FDI), und oft auch Rücküberweisungen (*remittances*) stark unter der Finanz- und Wirtschaftskrise gelitten haben, bleibt ihr Volumen weitaus bedeutender als das der ODA, während ihr Beitrag zu nationalen Entwicklungsplänen und zur Erreichung der MDGs weniger eindeutig ist.⁷

Der im Kontext der Vereinten Nationen (UN) geführte Diskurs zu Entwicklungsfinanzierung (*Financing for Development*) betont die Notwendigkeit nationaler Ressourcen zur Erreichung der MDGs, etwa durch Stärkung nationaler Steuersysteme und verantwortungsbewusster Finanzsektoren. Im Rahmen der *aid effectiveness*-Debatte wird die Notwendigkeit einer transparenten und verantwortungsvollen Bereitstellung von EZA-Geldern hervorgehoben.

Aid Effectiveness als globales Ordnungssystem der EZA

Das Thema der effektiven EZA wurde erstmals 1996 in einem OECD-Basispapier⁸ aufgegriffen. Effektive EZA wurde in der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im Jahre 2002 in Monterrey (Mexiko) breit diskutiert und verankert. Neben der Forderung nach höheren EZA-Beiträgen und der Verpflichtung von Geber- und Empfängerländern, nationale Politiken und Entwicklungsstrategien zu verbessern, wurde unter anderem gefordert, dass Akteur(inn)e(n):⁹

7 Aktuelle Analysen zu einem entwicklungsorientierteren Handelssystem und einem regulierteren Finanzsystem liefert der *World Economic and Social Survey* der Abteilung für Wirtschafts- und Sozialfragen der Vereinten Nationen; vgl. UN (2010a).

8 OECD (1996).

9 Für den genauen Wortlaut siehe Paragraphen 41-43; UN (2003), 14-15.

- ihre operationellen Tätigkeiten harmonisieren, um Transaktionskosten zu reduzieren;
- die Bereitstellung von Geldern flexibler gestalten und dabei die Bedürfnisse und Zielsetzungen der Empfängerländer besser in Betracht ziehen;
- die Bedingungen an die Bereitstellung von Geldern und andere Restriktionen verringern;
- nationale Rahmenwerke, wie Armutsbekämpfungsstrategien, als Basis für die Bereitstellung von Geldern heranziehen;
- die Eigenverantwortung der Empfängerländer hinsichtlich der Gestaltung technischer Zusammenarbeit und des damit verbundenen Beschaffungswesens stärken;
- ODA-Gelder besser für die Armen zur Verfügung stellen, koordinieren und Ergebnisse dieses Unterfangens messen.

Eine von der Gebergemeinschaft akkordierte Antwort folgte zügig: *aid effectiveness* wurde in der von Geberländern dominierten OECD institutionell verankert. Das Direktorat für EZA der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD-DAC) und die neue *Working Party on Aid Effectiveness* reagierten mit einer vierteiligen Veranstaltungsreihe, die mit dem *Rome High-level Forum on Harmonisation* im Jahr 2003 begann und Ende 2011 ihren vorläufigen Endpunkt erreichen wird.

Während die Erklärung von Rom noch einem Eingeständnis der Geber bezüglich fehlender Koordination in der EZA gleichkam, entsprach die zwei Jahre später vereinbarte Pariser Erklärung (*Paris Declaration on Aid Effectiveness*) einem Forderungskatalog, der Geber- und Empfängerländer zur Verantwortung zog. Sie kam einem neuen Paradigma in der EZA gleich und wurde bis Dezember 2007 von 115 Ländern unterzeichnet – 39 davon aus Afrika. Diese Länder haben sich dazu verpflichtet, regelmäßig zwölf Indikatoren gemeinschaftlich zu überprüfen. Der Diskurs in der EZA änderte sich stark; es war nunmehr von effektiver Hilfe (*effective aid*) und Partner- statt Empfängerländern die Rede.

Die zwölf Indikatoren, Zeitpläne und konkreten Zielsetzungen wurden auf Basis von fünf Prinzipien und Partnerschaftsverpflichtungen, den *Paris Principles* entwickelt (siehe Box 1), und werden im Rahmen der *Paris Declaration Monitoring Surveys* regelmäßig überprüft.¹⁰

2008 fand schließlich das bislang letzte High-level Forum, nun erstmals im Süden – in Ghana – statt. Die politische Deklaration der Veranstaltung – die *Accra Agenda for Action* (AAA) – attestiert, dass der bisherige Fortschritt in den einzelnen Bereichen nicht ausreicht, um die Pariser Ziele bis 2010 und die MDGs bis 2015 zu erreichen. Südliche Geberländer, wie China oder Brasilien, wurden (vergeblich) dazu aufgerufen, sich den Pariser Prinzipien anzuschließen.¹¹

Während die Pariser Erklärung den Grundstein für eine Arbeitsteilung im Monitoring legte, hat die AAA die Einführung gegenseitiger Beurteilungsmechanismen und -prozesse bis 2010 gefordert, in denen Länderdaten durch detaillierte Informationen der Geber und glaubwürdige unabhängige Analysen ergänzt werden sollten. Konkret soll die Überwachung der Verwendung von ODA-Geldern durch Parlamente und zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt und somit alle Länder zur Erreichung gemeinschaftlich vereinbarter Zielsetzungen gedrängt werden. Darüber hinaus sollten bestehende internationale Mechanismen zur Rechenschaftspflicht gemeinschaftlich bis Ende 2009 beurteilt und gegebenenfalls gestärkt werden.¹²

Der AAA ging ein umfangreicher Konsultationsprozess voraus, in den auch viele NGOs eingebunden waren. Die *Better Aid Coordinating Group* und eine Beratergruppe der Zivilgesellschaft zu *aid effectiveness* organisierten ein systematisches Einreichen von Vorschlägen während der AAA-Verhandlungen. Diese Art der Beteiligung der Zivilgesellschaft schlug sich in der AAA nieder: es ist von der besseren Einbindung und Eigenverantwortung von Parlamentarier(inne)n, und der engeren Zusammenarbeit mit lokalen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen die Rede.

10 Nach der Basisüberprüfung 2005 fand eine zweite Runde 2008 statt. Die letzte Überprüfung ist für Frühjahr 2011 geplant (siehe <http://www.oecd.org/dac/pdsurvey>).

11 Wichtige Geber, die nicht dem OECD-DAC angehören, befolgen die in Paris vereinbarten Indikatoren nicht. Ihr Verständnis von EZA beruht auf anderen Prinzipien, wie Solidarität und Nicht-Einmischung. Sie nehmen auch nicht an den Paris Surveys teil.

12 OECD (2008a).

Box 1: Die Partnerschaftsverpflichtungen in der Pariser Erklärung¹³

- i. Eigenverantwortung (*ownership*): Partnerländer verpflichteten sich, nationale Entwicklungsstrategien zu erarbeiten, umzusetzen, in Budgets zu verankern, ODA-Gelder mit anderen Entwicklungsressourcen zu koordinieren und Zivilgesellschaft und den Privatsektor besser einzubinden. Geber verpflichteten sich, die Eigenverantwortung der Partnerländer zu respektieren und ihre Kapazitäten zu unterstützen.
- ii. Partnerausrichtung (*alignment*): Geber verpflichteten sich, ihre Unterstützung an nationalen Entwicklungsstrategien auszurichten und nationale Systeme zur Verwaltung öffentlicher Gelder, Buchhaltung, Buchprüfung, Beschaffungswesen, Evaluierung etc. zu stärken und zu verwenden. Partnerländer waren für die Entwicklung nationaler Kapazitäten zur Planung, Verwaltung, Umsetzung und gegenseitigen Rechenschaftspflicht von Programmen verantwortlich, während sich Geber an die Ländervorgaben halten und Mehrjahrespläne zur Sicherung vorhersehbarer Zuwendungen vorlegen sollten.
- iii. Harmonisierung der ODA (*harmonisation*): Aktivitäten der Geberländer sollten vereinfacht und vereinheitlicht werden. Ziel war eine größere Transparenz und höhere Wirksamkeit eingesetzter Mittel. So sollten etwa Evaluierungsmissionen der Geber zusammengelegt und internationale Arbeitsteilung nach Sektoren und Ländern gefördert werden.
- iv. Ergebnisorientiertes Management (*managing for results*): Monitoring und Controlling sollten verbessert werden, um vorhandene Ressourcen effektiver einzusetzen. Geber stellten die Bedingung, dass die Vergabe von ODA-Geldern an Rahmenprogramme zur Leistungsbeurteilung (*performance assessment frameworks*, kurz: PAFs) geknüpft ist, die mit Partnerländern akkordiert sind. Gemeinsame Formate, Zeitpläne etc. für die Berichterstattung, etwa mit Statistikbüros, sollten entwickelt werden.
- v. Gegenseitige Rechenschaftspflicht (*mutual accountability*): Geber und Empfänger verpflichteten sich dazu, Rechenschaft für die Verwendung eingesetzter Mittel und Ergebnisse der EZA abzulegen und Transparenz im Bezug auf die Verwendung von ODA-Geldern zu schaffen, u.a. um öffentliche Unterstützung für nationale Politik und EZA zu stärken. Partnerländer sollten durch partizipative Ansätze andere Entwicklungspartner¹⁴ bei der Ausarbeitung und Evaluierung nationaler Entwicklungsstrategien stärken und Parlamente bei der Festlegung der Strategien und Budgets einbinden. Geberländer sollten transparente und ausführliche Informationen über ihre ODA-Leistungen zeitnah bekannt geben, um Regierungen in Partnerländern die Möglichkeit zu geben, ihren Parlamenten und Bürger(inne)n vollständige Haushaltsberichte vorzulegen. Gemeinsam verpflichteten sich die Länder, Fortschritte im Hinblick auf die eingegangenen Verpflichtungen, einschließlich aller fünf Prinzipien, mit Hilfe vorhandener, zunehmend verlässlicher Mechanismen auf lokaler Ebene gemeinsam zu evaluieren.¹⁵

13 Quelle: OECD (2005).

14 Gemeint sind damit lokale Implementierungspartner, wie NGOs, aber auch die in den Empfängerländern vertretenen Agenturen der Gebergemeinschaft.

15 Die angesprochenen Mechanismen und der dazugehörige Überprüfungs-Indikator 12 stellen also nicht nur wesentliche Elemente des Prinzips der gegenseitigen Rechenschaftspflicht, sondern die Basis zur Überprüfung der Umsetzung aller fünf Partnerschaftsprinzipien dar.

In Accra wurde die Zivilgesellschaft auch dazu aufgerufen, die Effizienz ihrer eigenen EZA-Tätigkeiten zu demonstrieren. Das *Open Forum on CSO Development Effectiveness* (CSO steht für *Civil Society Organisations*)¹⁶ wurde ins Leben gerufen und beschlossen, dass die Pariser Erklärung *nicht* Maßstab zur Beurteilung von CSO-Effizienz sein kann. Das Forum begann einen Konsultationsprozess in über fünfzig Ländern, der in Vorbereitung des vierten und letzten High-level Forums in Südkorea im November 2011 durchgeführt und dessen Ergebnis in ein Rahmenprogramm der Zivilgesellschaft zu *development effectiveness* übersetzt werden soll.

Dieser Wandel von *aid* zu *development effectiveness*, der parallel auch von multilateralen Gebern und einigen bilateralen Gebern gefordert wird, ist Zeichen dafür, dass *aid effectiveness* ein zu enger Rahmen ist, um die Ergebnisse des gesamten Entwicklungsprozesses zu beschreiben.¹⁷ Die Zivilgesellschaft geht zwar von einer breiteren Entwicklungsagenda aus, die auf dem Grundsatz der Menschenrechte aufbaut und Handel, Migration, Finanzwesen und andere Investitionen beinhaltet, will aber der Gefahr entgegenwirken, die Messung von ODA durch Anrechnung anderer Formen der geleisteten Entwicklungsfinanzierung (Direktinvestitionen, Handelsströme, *remittances* etc.) zu verwässern (*ODA plus*-Konzept).

Die gegenseitige Rechenschaftspflicht

1. Wer schuldet wem Rechenschaft und wofür?

Die OECD definiert gegenseitige Rechenschaftspflicht als Prozess, bei dem zwei oder mehrere Partner zustimmen, für freiwillig gemachte Versprechen gegenseitig Rechenschaft abzulegen, mit dem Ziel die Beziehung zwischen Geber- und Partnerländern auf Augenhöhe zu bringen und ausgeglichene Partnerschaften zu fördern, die auf wechselseitigen Verbindlichkeiten beruhen. Doch um welche Versprechen handelt es sich? Wer bestimmt diese? Und wer ist wem überhaupt Rechenschaft schuldig und konkret zu welchem Zweck?

¹⁶ Open Forum (o.J.).

¹⁷ Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Begriffspaar, vgl. Kindornay/Morton (2009).

Um dies besser zu verstehen, sollte gegenseitige Rechenschaftspflicht als Teil des konfliktiven Diskurses der Gemeinschaft der mit Armut Befassten verstanden werden, wie er eingangs kurz angesprochen wurde: Geber wollen Empfänger (Zentral- oder Lokalregierungen, multilaterale Organisationen, NGOs oder die Privatwirtschaft) dazu bewegen, die Nutzung der Gelder klar darzulegen und zu zeigen, inwieweit andere *aid effectiveness*-Prinzipien (siehe Box 1) umgesetzt wurden. Die effektive, zeitgerechte und planbare Bereitstellung von Geldern durch die Geber liegt wiederum im Interesse der Empfängerregierungen, wird aber auch von Parlamenten im Süden und Norden und der Zivilgesellschaft verfolgt und erklärt das Element der *Gegenseitigkeit*. Auch innerhalb der Gebergemeinschaft wird versucht, die Einhaltung dieser Verpflichtungen zu forcieren. Bildet sich nämlich eine Gruppe so genannter *like-minded donors*, so ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass eine Kultur der Rechenschaftspflicht entsteht. Wir werden sehen, dass dies in Mosambik in den 1990er-Jahren der Fall war.

Die breit gefasste OECD-Definition von gegenseitiger Rechenschaftspflicht hatte zunächst zur Folge, dass eine Vielzahl von Mechanismen und Strukturen als MA-Mechanismen ausgewiesen wurden, die nicht zum gegenseitigen Fortschritt in der Erreichung der *aid effectiveness* Zielsetzungen beitrugen, sondern oft nur Gespräche über Entwicklungsprioritäten und notwendige Finanzierungsmaßnahmen zum Inhalt hatten. Seit 2005 entstand auf Länderebene jedoch eine Vielzahl von MA-Prozessen, die häufig unkoordiniert ausgebaut wurden. Die Entwicklung solcher Prozesse wurde oft von OECD-Gebern vorangetrieben, während Empfängerländer Mühe hatten, ihre Strukturen an die neuen Herausforderungen anzupassen und *emerging donors* aus dem Süden, NGOs, multilaterale Geber und private und philanthropische Einrichtungen in diese Prozesse miteinzubeziehen.

Eine Reihe von unabhängigen Analysen¹⁸ fasst diese Entwicklungen zusammen und hebt gute Beispiele hervor, die allgemeine Voraussetzungen für robuste gegenseitige Rechenschaftspflicht nahelegen. Dazu zählen:

18 Wie z.B. UNDP (2007); ODI (2008); oder UN (2009).

- eine möglichst partizipativ entwickelte nationale Entwicklungs-(gelder)strategie (*aid strategy*) gepaart mit einer Ergebnismatrix, die klar erwartete Ergebnisse bezüglich Armutsminderung und MDG-Erreichung darstellt, sowie eine Ressourcenmatrix, die erwartete und bereitgestellte Gelder und das nationale Budget reflektiert;
- eine Strategie für die Verwendung von ODA und die Erreichung von *aid effectiveness*-Zielsetzungen (auf Basis der zwölf Indikatoren), etwa in Form von Aktions- und Harmonisierungsplänen, speziell auch für einzelne Geber und Sektoren;
- *Monitoring*-Mechanismen, etwa in Form von jährlichen Fortschrittsberichten, verbesserten statistischen Informationen, Umfragen, und *Performance Assessment Frameworks*, welche anhand dieser Richtlinien Leistungen tatsächlich bewerten;
- ein MA-Implementierungsplan, der notwendige Kapazitäten (wie Humanressourcen) ausweist;
- ein Instrument zur Überwachung der Transparenz von ODA- und anderen Finanzierungsflüssen, ihrer Vorhersagbarkeit, Verwendung, Informationen zu Vergabebedingungen, etc.; und
- regelmäßige, politisch hochrangig besetzte Foren zur Verhandlung von Prozessen zur Stärkung von *aid effectiveness* unter Beteiligung von nationalen Akteursgruppen.

In den seltensten Fällen existieren all diese Elemente. Vielmehr wurde eine pragmatische Vorgehensweise bevorzugt, bei der auf bestehende Mechanismen aufgebaut werden sollte.¹⁹ Trotz vieler Bemühungen gibt es nur sehr wenige Länder, in denen von einem kohärenten MA-System gesprochen werden kann; Komponenten, wie hochrangige oder technische Treffen und Prozesse oder bestimmte MA-Dokumente, die in diesen wenigen Ländern existieren, sind zudem

¹⁹ In manchen Ländern wurden etwa die traditionellen *Consultative Group*-Treffen und *Roundtables* durch regelmäßige, von Empfängerregierungen geleitete Treffen zur Beurteilung von Fortschritten hinsichtlich nationaler Entwicklungsstrategien und *aid effectiveness*-Kriterien ersetzt. Die *Consultative Groups* und *Roundtables* waren von der Weltbank bzw. UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) koordinierte Treffen der Gebergemeinschaft auf Länderebene.

häufig zu kompliziert und kostenintensiv, um nachhaltig und gut koordiniert vorangetrieben zu werden, oder sie schließen Akteursgruppen aus oder sind nach wie vor von Geberländern in der Planung, Ausrichtung und Implementierung dominiert. Die weiterhin mangelnde gegenseitige Rechenschaftspflicht, insbesondere gegenüber den Bürger(inne)n im Süden, und da besonders in Afrika, führte gleichzeitig zum Aufflammen einer als *dead aid* bekannt gewordenen Diskussion,²⁰ die den Druck auf Geber- und Empfängerländer in den letzten Jahren verstärkte.

Ein Wesenszug der gegenseitigen Rechenschaftspflicht ist es, dass gestärkte MA-Strukturen nur Mittel zum Zweck der Verhaltensänderung der Akteursgruppen sein können. Ein wesentliches Ziel von gegenseitiger Rechenschaftspflicht ist dann erreicht, wenn Geber ihre Beiträge in Form von direkter Budgetunterstützung leisten oder zumindest an das nationale Budget melden und nationale Systeme verstärkt nützen, um dadurch die Kosten der Bereitstellung von Hilfe (etwa durch parallele, von Gebern ins Leben gerufene Systeme) gering zu halten. Dadurch sollte auch die Eigenverantwortung der Empfängerländer gestärkt und die Vorhersehbarkeit von Beiträgen erhöht werden. Es wird davon ausgegangen, dass so die Empfängerregierungen ihre Prioritäten in der nationalen Sozialpolitik besser umsetzen können – was jedoch nur bei ausreichender Mittelausstattung der verantwortlichen Ministerien der Fall ist.

In den Diskussionen seit der Accra-Konferenz wird betont, dass die Gründe hinter der fragmentierten und intransparenten Bereitstellung von Hilfe von Seiten der Parlamente, der Zivilgesellschaft, der Medien und der Öffentlichkeit im Norden und Süden aufgegriffen werden müssen, um Geber zur Verantwortung zu ziehen (*social accountability*). So soll es zum Interesse der Geber gemacht werden, die *aid effectiveness*-Agenda umzusetzen und wirklich nur in denjenigen Bereichen zu arbeiten, in denen sie nachweislich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Akteuren haben. Eine derartige Arbeitsteilung bedarf jedoch einer rigorosen Kostenaufstellung der Geberagenturen, und demnach einer erhöhten Transparenz der Informationen.²¹

20 Vgl. Easterly (2006); Moyo (2009).

21 Vgl. z.B. Barder (2010).

Es ist nicht verwunderlich, dass unter all diesen Gesichtspunkten gegenseitige Rechenschaftspflicht von *aid effectiveness*-Spezialisten als das Prinzip mit dem größten Potential und dem geringsten Fortschritt verstanden wird – es ist vom „Stiefkind der *aid effectiveness*-Agenda“ die Rede.²² Heute besteht zunehmend die Gefahr, dass Empfängerländer von der Agenda der gegenseitigen Rechenschaftspflicht Abstand nehmen, da sie ihre Strukturen zur Stärkung von gegenseitiger Rechenschaftspflicht aufgebaut und allen damit verbundenen Verpflichtungen weit mehr nachgekommen sind als die Geberländer selbst.

2. Rechenschaftspflicht im Spannungsfeld zwischen Quantität und Qualität der Entwicklungsfinanzierung

Funktionierende MA-Systeme verpflichten Geberländer nicht dazu, versprochene ODA-Summen bereitzustellen. Verpflichtungen hinsichtlich des Volumens an ODA und anderer Entwicklungsfinanzierung sind zudem in der Pariser Erklärung nicht direkt angesprochen, wenngleich die Erreichung von Entwicklungsergebnissen, im Speziellen die international vereinbarten Entwicklungsziele, als Metaziel verankert ist.²³ MA-Systeme widmen sich vielmehr der Art und Weise, wie Gelder verwendet werden.

Zugeständnisse zur ODA wurden nach 2002 weiterhin ad hoc bzw. im Rahmen wichtiger Konferenzen gemacht. Dabei wurden kleine Erfolge erzielt. Insbesondere die von den G8 auf ihrem Treffen in Gleneagles 2005 vereinbarte Erhöhung ihrer Beiträge wurde als konkreter Zeitplan begrüßt, speziell die Erhöhung der Beiträge für Afrika um 25 Milliarden US\$ pro Jahr bis 2010, so wie auch das Versprechen der EU, die Hälfte aller kollektiven neuen Zugeständnisse nach Afrika zu leiten.

Die Verknüpfung von *aid effectiveness*-Zielsetzungen mit der international festgelegten Verpflichtung, einen Beitrag von 0,7 % des BNP für ODA (bzw. 0,15 bis 0,2 % für die am wenigsten entwickelten Länder) aufzuwenden, erfolgte bereits in den Paragraphen 41-43 des

22 Vgl. OECD (2008a).

23 Diese *internationally agreed development goals* umfassen die Millenniums-Entwicklungsziele, gehen aber noch weiter und beschreiben auch Zielsetzungen im Bereich Gender, Menschenrechte und Umweltschutz; vgl. Fukuda-Parr (2008).

Monterrey Consensus im Jahr 2002. Beide Forderungskataloge wurden in den größeren Kontext der international vereinbarten Entwicklungsziele, inklusive der Millennium-Entwicklungsziele gestellt. Das Ziel einer globalen Partnerschaft für Entwicklung (Ziel 8 im Rahmen der MDGs, kurz MDG-8), das unter anderem die Erreichung bzw. Erhöhung von ODA-Beiträgen beinhaltet, wurde so mit den *aid effectiveness*-Zielsetzungen verknüpft. Problematisch dabei bleibt allerdings, dass MDG-8 keine klaren Pläne und Zeitvorgaben beinhaltet, wenngleich diese schon 2002 in Monterrey gefordert wurden. Die tatsächlichen Zusammenhänge zwischen quantitativen und qualitativen EZA-Forderungen wurden bis zur *Doha Review Conference on Financing for Development* 2008 nicht weiter systematisiert und bis heute nicht zu einem Regelwerk ausgebaut. Doha erkennt die Debatte rund um die Qualität von EZA inklusive gegenseitiger Rechenschaftspflicht an und betont insbesondere die Rolle eines neuen Forums des Wirtschafts- und Sozialrates, das *Development Cooperation Forum*.²⁴

Die Erreichung der MDGs liegt aufgrund einer enormen Diskrepanz zwischen den medienwirksamen Ankündigungen und den tatsächlich gelieferten ODA-Beiträgen weit hinter den Zeitplänen zurück und es wird davon ausgegangen, dass ein Großteil der Ziele bis 2015 nicht erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang wird gefordert, klare globale und nationale Zeitpläne für die Gebergemeinschaft für die nächsten fünf Jahre zu entwickeln, um diese im Rahmen der MA-Mechanismen in den Empfängerländern effektiver in die Verantwortung nehmen zu können.

Die Schiefelage zwischen Gebern und Empfängern wird dabei so lange nicht aufgehoben, so lange kein übergeordneter Rahmen für die gegenseitige Rechenschaftspflicht von quantitativen und qualitativen EZA-Zielsetzungen geschaffen wird. Im Abschlussdokument des MDG+10 Gipfels im September 2010 wird ebenfalls gefordert, dass gegenseitige Rechenschaftspflicht und Transparenz in der Be-

²⁴ Das DCF soll als Gegengewicht zum OECD-DAC einen globalen Dialog zu Effizienz und Kohärenz in der EZA sowie zu anderen Trends in der EZA mit allen relevanten Akteur(inn)en anstoßen. Ein Arbeitsschwerpunkt des Forums ist die gegenseitige Rechenschaftspflicht (siehe <http://www.un.org/ecosoc/def>). Die wesentlichen UN-Studien, die im Folgenden zur gegenseitigen Rechenschaftspflicht zitiert werden, wurden im Rahmen des DCF verfasst.

reitstellung und Verwendung von EZA-Ressourcen ein wesentlicher Schritt in der Schaffung gegenseitigen Vertrauens und einer effektiven Partnerausrichtung ist.²⁵ Ein konkretes Mandat in Verbindung mit dieser Forderung könnte die Schaffung eines Rahmenwerks für die Überwachung erreichter qualitativer *und* quantitativer Zielsetzungen ins Leben rufen.

Durch den *aid effectiveness*-Prozess wurde die Einführung von MA-Systemen allerdings zu einer Voraussetzung für die langfristige finanzielle Unterstützung durch OECD-Geber, und damit zu einer neuen Bedingung für Hilfgelder, ist aber keineswegs eine Garantie für vorhersehbare Entwicklungsfinanzierung.

Außerdem gibt es große Mängel in der Stärkung der Strukturen auf Länderebene, welche die Überprüfung des Fortschritts hinsichtlich der *aid effectiveness*-Forderungen sicherstellen könnten. Durch mangelhafte Kapazitäten ist es schwierig, internationale und nationale MA-Prozesse zu verknüpfen und globale Forderungen zur Erhöhung der ODA-Gelder mit nationalen *aid effectiveness*-Forderungen zu verbinden, besonders mit der Aufhebung von Lieferbedingungen, Konditionen der Entwicklungspolitiken und der Vorhersehbarkeit von EZA.

Was bedeutet erfolgreiche Rechenschaftspflicht? Das Fallbeispiel von Mosambik

1. Hintergrund

Im Jahr 2007 trug ODA über 20 % zum BIP Mosambiks bei und stellte über die Hälfte des Regierungsbudgets dar.²⁶ Diese Abhängigkeit von ODA, sowie von anderer externer Hilfe, und das Bestehen komplexer MA-Strukturen, die zumindest einen Teil der Geber erfolgreich zur Rechenschaft ziehen, macht dieses südostafrikanische Land zu einem der wichtigsten Beispiele für die Untersuchung der verschiedenen politischen und technischen MA-Dimensionen und Mechanismen.²⁷ Die große Zahl und Komplexität der relevanten Akteu-

25 UN (2010b).

26 Castel-Branco/Ossemane (2010), 9.

27 Weitere von ODA abhängige Länder mit ähnlich stark ausgeprägten MA-Systemen sind: Ruanda, Ghana, Malawi, Tansania, Vietnam, Afghanistan und Nepal.

r(inn)e(n) wird dabei genauso deutlich, wie die Dynamiken in MA-Prozessen, deren Umsetzung neben technischer Kapazität primär vom politischen Willen auf höchster Ebene abhängen.

Die ehemalige portugiesische Kolonie war für dreißig Jahre von Krieg, wirtschaftlichen Engpässen, sozialer Zerrissenheit und mangelhafter Regierungsführung gekennzeichnet. Extreme Armut betraf vor fünfzig Jahren einen Großteil der Bevölkerung – fast genauso wie noch heute. Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1975 erklärte die FRELIMO (*Frente da Libertação de Moçambique*) das Land zu einem planwirtschaftlich geführten marxistisch-leninistischen Land mit Einparteiensystem. Dies führte zu einem Bürgerkrieg, der erst 1992 durch ein Friedensabkommen mit der oppositionellen RENAMO (*Resistência Nacional Moçambicana*) endete.

Mit dem Frieden und dem vorherigen Beitritt zu Weltbank und Internationalem Währungsfonds kam auch die Einführung eines liberalen Wirtschaftsmodells, das vom Westen durch enorme Zuwendungen unterstützt wurde. Mitte der 1990er-Jahre kam es im Rahmen der größten Rückführungsaktion im südlichen Afrika zur Heimkehr von beinahe zwei Millionen Exilmosambikaner(inne)n. Das Land gilt heute zwar als gelungenes Beispiel eines Aufbauprozesses nach einem bewaffneten Konflikt, dennoch gelten 54,1 % der 23 Millionen Einwohner als in ständiger Armut lebend (bezogen auf die nationale Armutsgrenze); zwischen 2000-2007 hatten im Schnitt 74,1 % der Bevölkerung ein Einkommen von weniger als 1,25 US\$ und 90 % von weniger als 2 US\$ pro Tag.

Das starke Wirtschaftswachstum (bis zu 14 %) und das gestiegene Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (von 120 auf 956 US\$ von Mitte der 1980er-Jahre bis 2008)²⁸ geben zumindest der kleinen Mittelschicht Anlass zur Hoffnung auf einen besseren Lebensstandard. Nach wie vor haben die enormen Investitionen in den Bildungssektor (bis zu 20 % des BIP) jedoch noch keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gezeigt. Dort herrscht eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von knapp über 20 %, die gleiche Rate wie vor 15 Jahren. Arbeitsmigration in Nachbarländer ist üblich. Regelmäßige Überschwemmungen und Trockenperioden sowie die HIV/AIDS-

28 US Department of State (2010).

Pandemie bestimmen den Alltag der Bevölkerungsmehrheit des Landes.

2. *Komponenten der gegenseitigen Rechenschaftspflicht*

Die letzte mosambikanische Regierung (eine neue Regierung ist seit Anfang 2010 im Amt, zum vierten Mal in Folge gestellt von der FRELIMO) war den von der internationalen Entwicklungspolitik vorgeschlagenen Prozessen zur Armutsminderung stark verpflichtet, was sich auch in der Schaffung eines komplexen MA-Systems widerspiegelte. Grundlage dafür war eine langfristige, von der Regierung verabschiedete nationale Vision, die Agenda 2025, die zur Basis von nationalen Fünfjahresprogrammen und Aktionsplänen zur Reduktion absoluter Armut wurde, welche beide auch die Prinzipien der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen und die MDGs integrierten.

Seit der Ausrichtung an einem liberalen Wirtschaftsmodell in den späten 1980er-Jahren gilt Mosambik als ein *donor darling*, also ein Land, in das von Geldgebern bevorzugt investiert wird. Dies fällt zeitlich mit der Mitgliedschaft in der Weltbank 1984 zusammen. Vorher war neben der Ausrichtung auf Moskau als wichtigstem Wirtschaftspartner nur eine starke Präsenz skandinavischer Geber zu verzeichnen. In einer öffentlich zugänglichen und der Transparenz für die EZA im Land heute besonders dienlichen Datenbank (ODAMOZ) werden derzeit 26 bi- und multilaterale Geber plus 20 Organisationen der Vereinten Nationen als im Land tätig ausgewiesen (Zugriff: Juli 2010). Die ODA-Datenbank des OECD-DAC gibt für 2008 einen ODA-Beitrag von DAC- und registrierten Nicht-DAC-Mitgliedern von knapp 2,9 Milliarden US\$ an (Zugriff: August 2010).

Die Verwaltungsstrukturen für ODA-Gelder innerhalb der mosambikanischen Regierung sind komplex: Während das Planungsministerium (*Ministério da Planificação e Denenvolvimento*) hauptverantwortlich ist (es wurde 2005 vom Finanzministerium abgetrennt), haben auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit (*Ministério dos Negócios Estrangeiros e Cooperação*) und die Bank von Mosambik (*Banco do Moçambique*) wichtige Funktionen inne,

während Fachministerien oft starke bilaterale Beziehungen zu Gebern aufgebaut haben.²⁹

Eine Gruppe von nunmehr 19 Gebern (die „G-19“) hat sich 2004 dazu entschieden, statt Projektfinanzierung generelle Budgetunterstützung (*general budget support*, kurz GBS) zu leisten, wobei im Rahmen einer so genannten *Programme Aid Partnership* (PAP) mit der Regierung eine jährliche gegenseitige Leistungsüberprüfung (*performance appraisal framework*) hinsichtlich der vereinbarten Reformen beschlossen wurde.³⁰ Diese Leistungsüberprüfung basiert auf den Aktionsplänen für die Reformen, die wiederum den beiden Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP I 2001-2006 und PRSP II 2006-2009) entspringen und auf Basis eines mittelfristigen Ausgabenkatalogs (*medium-term expenditure framework*) umgesetzt wurden. Eine weitere Grundlage sind die *aid effectiveness*-Zielsetzungen der Geberländer.

Trotz dieser Mittel fehlt es weiterhin an einer national vereinbarten EZA-Koordinierungsstrategie, welche die Leistungspläne zusammenfasst (speziell wenn dies für die einzelnen Geberorganisationen gemacht wird). Während in anderen Ländern sog. *Joint Assistance Strategies* zur gemeinsamen Positionierung der Geber zur Anwendung kommen, wurde in Mosambik unter der letzten Regierung großer Wert darauf gelegt, die Prioritäten einzelner Geber kontinuierlich mitzubestimmen. So wurden 2008 etwa Anhörungen der Geber veranstaltet, die auch zu einer Neuausrichtung oder Umorientierung gemäß übergeordneter Regierungsziele beitragen und als wichtiger Ansatz für geberspezifische Rahmenprogramme gelten.

Jedes Jahr im September treffen sich Regierungsvertreter(innen), GBS-Geber und NGOs, um Ziele für die nächstjährige Leistungsüberprüfung festzulegen. Durch 29 sektorielle oder thematische Arbeitsgruppen wird die wesentliche Vorarbeit dafür unter Mitarbeit der relevanten Ministerien, Geber und NGOs geleistet. Eine spezielle *aid effectiveness*-Gruppe setzt sich mit den Zielsetzungen für die Geber auseinander. Im März erfolgt die jährliche Überprüfung, wobei die

²⁹ Vgl. Handley (2008).

³⁰ Siehe dazu <http://www.pap.org.mz>. Die 19 *Programme Aid Partners* sind: die Afrikanische Entwicklungsbank, Belgien, Dänemark, Deutschland, die Europäische Kommission, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, die Schweiz, Großbritannien und die Weltbank.

Regierungsarbeit von den Arbeitsgruppen und die Geber im Rahmen der *aid effectiveness*-Gruppe beurteilt werden.

Aufgrund fehlender Kapazitäten in der Regierung werden die Evaluierungen der Geber immer noch durch externe Konsulenten durchgeführt. Intensive politische Debatten führen zur Festlegung von Verpflichtungen für den nächsten Zyklus, der anschließend mit Planungs- und Budgetprozessen für das nächste Jahr beginnt. Bislang wird außerdem nur der Wirtschafts- und Sozialplan am Ende des Planungsprozesses im Parlament diskutiert, wenngleich es die Aufgabe des Parlaments wäre, die Gelderverwendung am Ende des Evaluierungsprozesses auf Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit und vor allem Kostenwahrheit hin zu überprüfen. Die Leistung der Geber wird dadurch bislang überhaupt nicht im Parlament angesprochen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind offiziell in allen technischen Debatten willkommen, nehmen aber in hochrangigen Foren aufgrund des Mangels an Expert(inn)en nur vereinzelt teil. In der Phase der Leistungsbeurteilung existiert ein so genannter *Development Observatory*, wo Regierungsvertreter(innen) auf nationaler und Provinzebene die Meinung der Zivilgesellschaft bezüglich der Leistung der Geber und der Regierung einholen. Ein nationaler Bericht dieser Phase, in der auch parlamentarische Komitees zu Wort kommen, gilt als wesentliches Element des nationalen Beurteilungsprozesses. Gleichzeitig wird kritisiert, dass deren Einfluss auf nationale Entscheidungen hinsichtlich des Umgangs mit Gebern und der Verwaltung von ODA jedoch gering ausfällt.³¹ Zur Beurteilung der Geber im Land sollen in Zukunft auch vermehrt Lokalregierungen einbezogen werden, wozu die Dezentralisierung der Planungs- und Budgetierungsaktivitäten nötig werden wird.

Auf politischer Ebene treffen sich die G19-Botschafter unter Vorsitz des Planungsministers alle drei Monate mit der Regierung. Diese hochrangigen, regelmäßigen Treffen gelten als zweites, wesent-

31 Antonio Alberto da Silva Francisco und Konrad Matter betonen, dass das *Development Observatory* ein wesentlicher erster Schritt und ein Werkzeug für die Teilhabe der Bevölkerung an der Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategien darstellt, jedoch aufgrund mangelnder Rückmeldungsmöglichkeiten und anderer Formen der Stärkung und Einbindung der Bürger(innen) und seiner informellen Natur nicht sein volles Potential ausschöpft; vgl. Da Silva Francisco/Matter (2007).

liches Kriterium für robuste gegenseitige Rechenschaftspflicht. Sie stärken eine Mentalität des offenen Dialogs bezüglich der Leistung von Gebern und Regierung.

Heute macht generelle Budgetunterstützung fast 50 % des mosambikanischen Gesamtbudgets aus, einer der höchsten Anteile in Afrika. Die Zunahme an direkt an das Finanzministerium überwiesene Budgetbeiträge durch die Geber kann direkt auf die erfolgreiche Einführung der beschriebenen MA-Komponenten zurückgeführt werden. Es ist zu bemerken, dass die Zentralisierung der Beitragsvergabe durch GBS die Arbeit von *grassroots*-Organisationen mitunter gefährden kann, speziell wenn nationale Systeme der Buchprüfung und Beschaffung nicht ausreichend robust sind. Obwohl EZA-Gelder in den letzten sechs Jahren zu einer wesentlichen Komponente des nationalen Budgets wurden und ausführliche Buchprüfungen der Gesamteinnahmen und -ausgaben der Regierung nötig machten, steigt die Transparenz der Regierungsarbeit nur zögerlich, während die in der ODAMOZ-Datenbank publizierten Ausgaben von ODA-Geldern von den nationalen Medien vermehrt aufgegriffen und veröffentlicht werden.

Die Transparenz der ODA-Gelder basiert auf monatlichen Treffen der Vertreter(innen) der verschiedenen für die Verwaltung von ODA zuständigen Regierungsorganisationen mit den GBS-Gebern im Rahmen so genannter *Joint Steering Committees*, wobei sich die Regierungsakteur(inn)e(n) vermehrt in Vorbereitungstreffen auf gemeinsame Positionen zu einigen begannen und dadurch die Eigenverantwortung der Regierung und eine kohärente Arbeitsweise stärkten. Das zum Zweck des Informationsaustausches ebenfalls gegründete Forum für alle Geber, die *Development Partnership Group*, blieb aufgrund der Dominanz der G-19 und ihrer internen Treffen mit weitaus einfacheren Konsensfindungsprozessen wenig relevant. Dennoch ist die *Development Partnership Group* seit 2008 damit beauftragt einen Verhaltenskodex zu entwickeln, dem sich auch alle weiteren Geber verpflichten sollen, um so in die MA-Prozesse im Land eingebunden zu werden.

3. Gegenseitige Rechenschaftspflicht und Armutsminderung in Mosambik

Ein gewisses Maß an Bereitschaft der Regierung, die Verwaltung und Verwendung von ODA-Geldern und zunehmend auch anderer Finanzierungsformen und Regierungsaktivitäten transparenter zu gestalten, äußert sich in der Einführung der MA-Aktivitäten der letzten

Jahre. Dennoch hält sich der Wille in Grenzen, ist das Land doch weiterhin von schlechter Budgetdisziplin, Mangel an qualifiziertem Management- und technischem Personal in der Verwaltung, speziell im Finanzministerium, und einem unzureichenden Interesse an der Stärkung lokaler Regierungen und der Zivilgesellschaft gekennzeichnet.

Genau das wurde in Mosambik immer wieder von Geberorganisationen stark kritisiert. Erst kürzlich hat der finnische Vorsitzende der G-19 erklärt, dass das Nicht-Erreichen von 21 der 40 vereinbarten Zielsetzungen in der letzten Leistungsüberprüfung, speziell hinsichtlich transparenter Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, dem Bekämpfen von Interessenskonflikten und dem Ausschluss von Parteien aus den Wahlen 2009, zur Reduktion von GBS-Beiträgen einiger Geberländer geführt hat. Es wurde betont, dass die aufgebaute Partnerschaft zu einem Forum gegenseitiger Anschuldigungen verkümmert sei, in dem Geberländer nach einer zwanzigjährigen Friedens- und Aufbauphase vermehrt Forderungen stellen, die auch von der Bevölkerung durchaus als gerechtfertigt angesehen werden. Parteibücher in der Vergabe öffentlicher Jobs, die Entdeckung neuer natürlicher Ressourcen und die ungebremste Investition durch Länder wie Brasilien, China oder Indien stellen große Herausforderung in der Aufrechterhaltung demokratischer und an den Menschenrechten orientierter Strukturen dar.³²

Anfang September 2010 fanden in Maputo Unruhen mit bis zu zehn Toten statt, wie auch von westlichen Medien berichtet wurde. Stark angestiegene Lebensmittelpreise und Preise für Wasser und Strom, eine zunehmende Abwertung der Währung und die starke Abhängigkeit von teuren Importen – hauptsächlich aus Südafrika – galten als Auslöser. Der zunehmende Unwille in der Bevölkerung, soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit zu akzeptieren, deutet darauf hin, dass Mosambik als Wirtschaftswunder und Musterland der EZA auf Prinzipien basiert, die nicht ausreichend zur Armutsminderung beitragen. Dies zeigt deutlich, dass die Schaffung eines Systems zur sozialen Absicherung und Versorgung der Ärmsten, inklusive Schwerpunktsetzung auf Bildungs- und Gesundheitspolitik,

32 Vgl. Rasmussen (2010).

sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen, wie sie in den MDGs verankert sind, nicht durch detaillierte MA-Systeme, sondern letztendlich durch das Engagement auf höchster politischer Ebene bestimmt werden. Sind die höchsten Entscheidungsträger kontinuierlich in MA-Prozesse eingebunden, so kann die Ausrichtung ihrer Arbeit an den (möglichst klaren, in Zielkatalogen und Zeitplänen verankerten) Sektor-, Entwicklungs- und ODA-Verwendungspolitiken gemessen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Insofern hat gegenseitige Rechenschaftspflicht das Potential, ein wichtiges Instrument der Armutsminderung zu werden.

Auch wenn die Auswirkungen der gegenseitigen Rechenschaftspflicht auf die von Armut betroffenen Menschen nicht direkt ersichtlich sind, so zeigt die Erfahrung in Mosambik jedoch die folgenden positiven Zusammenhänge:

- **Transparenz als Basis für Rechenschaftspflicht:** Hochrangige und regelmäßige technische MA-Foren, die sich speziell mit *aid effectiveness*-Aspekten befassen, sind wesentliches Element einer Kultur der Transparenz bezüglich der ODA-Gelder. Insbesondere die ODAMOZ-Datenbank, die es allen Akteur(inn)en ermöglicht, Einsicht in die Ausgaben der Geber zu haben, sind dabei von großer Bedeutung. Es müssen jedoch noch verstärkt die bereitgestellten Gelder den tatsächlichen Ausgaben gegenübergestellt und die NGO-Szene im Land vermehrt darin geschult werden, diese Angaben zu überprüfen und diese Tätigkeit als Recht der Bevölkerung zu verstehen. Eine besondere Rolle kommt auch dem Parlament zu, das – etwa in Form eines Komitees für Rechenschaftspflicht in der EZA – Einsicht in alle relevanten ODA- und anderen Entwicklungsfinanzierungsdokumente erhalten muss. Dieser Prozess läuft nicht automatisch ab, sondern basiert auf einem komplexen Kreislauf im Land – als *domestic accountability* bezeichnet –, der von gezielter Öffentlichkeitsarbeit, Lobby-Arbeit im Parlament, den NGOs und den relevanten Regierungsorganisationen profitiert. Die Stärkung der Kapazitäten in allen Einrichtungen ist nötig, um dies erfolgreich voranzutreiben. Kostentransparenz gilt als wesentliches Mittel gegen Korruption und Misswirtschaft und Basis für verstärkte Unterstützung durch die Öffentlichkeit in den Geberländern, was Investition in diesen Bereich legitimiert. Die *International Aid Transparency Initiative* hat sich kürzlich auf einen Standard zum Informationsaustausch geeinigt und es wäre sehr

sinnvoll, wenn Mosambik als Empfängerland dieser Initiative beiträgt, um das Vertrauen der Gebergemeinschaft erneut zu stärken.³³

- Einbindung der Zivilgesellschaft in die *aid effectiveness*-Debatte: Wie im globalen *aid effectiveness*-Prozess deutlich wurde, hinterfragen NGOs die Sinnhaftigkeit dieses Paradigmas für Armutsminderung. Als Vertretung der armen Bevölkerung sind sie ein wesentliches Sprachrohr, das zwar auch immer auf ihre Legitimität und eigene Rechenschaftspflicht hin überprüft werden muss, jedoch als einzige Gruppierung den Brückenschlag zu Entscheidungsträger(inne)n unter den Betroffenen auf lokaler Ebene machen kann. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass NGOs selbst allzu sehr mit der Regierung verstrickt und – wie dies auch in Geberländern der Fall ist – von Regierungsfinanzierung abhängig sind. Es wäre ein Anliegen, über die *observatories* hinaus konstruktiv-kritische Auseinandersetzungen im Rahmen der hochrangigen politischen Debatten in Maputo unter Teilhabe repräsentativer (d.h. auch von Oppositionsparteien geförderter), gut informierter und in ihren Beiträgen klar und fordernd auftretenden Bürgervertreter(innen) zu stärken. Es wären die NGOs auf globaler Ebene, die versucht haben, den Entwicklungsprozess als Ganzes, seine Kohärenz, und insbesondere auch die Debatte rund um Qualität und Quantität der ODA- und anderer Beiträge miteinander zu verbinden. Diese Diskussion ist für Länder wie Mosambik als von ODA, ausländischen Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und Handel abhängiges Land besonders wichtig. Die Notwendigkeit, ODA-Gelder zu erhöhen, hat oberste Priorität und darf durch die Qualitätsdiskussion auch auf nationaler Ebene nicht aus den Augen verloren werden. Ein übergeordneter Rahmen für die gemeinschaftliche Diskussion von *Wie viel?* und *Wie?*, könnte durchaus auch auf nationaler Ebene intensiviert und durch den Planungsminister in internationale Debatten eingebracht werden. Ein wesentlicher Punkt, der in der *aid effectiveness*-Debatte zudem nicht angesprochen wird (da auf nationale Entwicklungspläne verwiesen wird), ist die Ausrichtung

33 Zur *International Aid Transparency Initiative* siehe <http://www.aidtransparency.net>.

der Investitionen auf das Wohl der von Armut am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen. Eine Verknüpfung der *aid effectiveness*-Ziele mit den festgelegten Zielsetzungen nationaler Armutsminderung scheint am besten durch starke zivilgesellschaftliche Beteiligung in MA-Debatten angeregt werden zu können. Nur wenn NGO-Vertreter(innen) willens sind, ein Stachel im Fleisch zu sein, wird die Debatte hinsichtlich einer effizienten Armutsminderung (im Sinne breiterer *development effectiveness*) im Vordergrund stehen.

- Die wichtigste politische Grundlage für Armutsminderung in Mosambik bleiben die Armutsbekämpfungsstrategien. Die darin geforderten liberalen Wirtschaftsreformen werden alternativenlos als Grundlage für erfolgreiche Armutsminderung angesehen. Darin spiegelt sich deutlich die eingangs erwähnte, sozialkonstruktivistische Natur des Armutsdiskurses. Die Reformen gelten als Erfolgskatalog um die „defizitäre“ Armutssituation zu verändern, gleichzeitig aber auch als Grundlage für MA-Mechanismen. Die jüngsten Unruhen weisen einerseits darauf hin, dass die Bevölkerung die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht akzeptiert und damit trotz verminderter Armutsinzidenz das Wohlergehen der armen Bevölkerung kaum gestiegen ist. Andererseits zeigt sich, dass das existierende MA-System thematisch und bezüglich der Teilnahme von Akteur(inn)en zu wenig breit und inklusiv ist. Sie müssten zudem deutlicher die globalpolitischen Debatten zur Armutsminderung und deren Auswirkungen auf Länderebene beinhalten.
- Individuelle Geber-Überprüfung: MA-Mechanismen in Mosambik müssen verstärkt individuelle Geberländer hinsichtlich der Bereitstellung von Geldern überprüfen. Dazu wären individuelle Aktionspläne bezüglich *aid effectiveness* nötig, die jedoch noch nicht existieren. Die Ordnung der *aid effectiveness* bleibt in ganz Afrika stark von der Geberseite dominiert, die zwar Empfängern konkrete Aktionspläne als neue Konditionalitäten auferlegen, die gemachten Zugeständnisse aber noch nicht selbst umsetzen. Der Einfluss von gegenseitiger Rechenschaftspflicht auf die Entwicklungslage ist weitaus größer, wenn einzelne Geber derartige Pläne umzusetzen beginnen. Verstärkte generelle Budgetunterstützung ist ein wichtiger Vertrauensvorschuss, der in Mosambik zwar geleistet wird, jedoch werden weiterhin Systeme der Finanzverwaltung und des Beschaffungswesens der Geber,

und nicht der Regierung des Empfängerlandes unterstützt und die Vorhersehbarkeit der Gelder nahm nicht wesentlich zu. Die Fragmentierung der Geberlandschaft hat sich aufgrund der Unfähigkeit des Westens, sich mit neuen Gebern auf einen *aid effectiveness*-Katalog zu einigen, ebenfalls nicht verbessert.

- Schaffung von Kapazitäten (*capacity building*): Um gegenseitige Rechenschaft zu einem nachhaltigen Eckpfeiler in der Gemeinschaft der mit Armut Befassten in Mosambik auszubauen, müssen die Ressourcen und Kapazitäten aller Akteursgruppen gestärkt werden. Dazu zählen neben den NGOs und dem Parlament insbesondere auch die relevanten Ministerien, Vertreter(innen) in lokalen Regierungen, jedoch auch die Geberseite. Leider ist es in Mosambik, wie in vielen anderen Ländern Afrikas, häufig der Fall, dass nur wenige *aid effectiveness*-Expert(inn)en aus den Geberministerien in die Vertretungsbüros entsandt werden. Eine Evaluierung der Arbeit der Geber bedarf geschulter Mitarbeiter(innen), die es sich auch zum Ziel machen, andere Gebergruppen (wie etwa Fonds oder Geber aus dem Süden) in die *aid effectiveness*-Debatten einzubeziehen.

Die Erfahrungen in Mosambik haben gezeigt, dass gegenseitige Rechenschaftspflicht sowohl technischer Debatten als auch regelmäßiger und partizipativer politischer Foren bedarf, die auf konkreten Aktionsplänen beruhen. Während die Gegner der *aid effectiveness*-Ordnung sagen, dass dieses Projekt eine neue Form kollektiven Kolonialismus der nördlichen Geber darstellt, welche die Schwäche, Verletzbarkeit und psychologische Abhängigkeit der Empfänger ausnützen,³⁴ so zeigen Mosambik und einige andere Länder jedoch, dass die Eigenverantwortung der Empfänger und deren Systeme zur Finanzverwaltung und Beschaffung von Betriebsmitteln gestärkt wurden. Zudem tragen erhöhte Ergebnisorientierung und Transparenz der verwendeten Gelder langsam zu einer Kultur der Partnerschaft in der EZA bei, die durch ein gemeinschaftlich erarbeitetes und an Ländern und Regionen angepasstes Regelwerk zur Einhaltung der gegenseitigen Rechenschaftspflicht unterstützt wird.

34 Vgl. z.B. Tandon (2008).

Es wäre zudem hilfreich, Erfahrungen in der Umsetzung der *aid effectiveness*-Prinzipien und der gegenseitigen Rechenschaftspflicht auszutauschen. Nationale, regionale (z.B. zwischen Tansania, Ruanda und Mosambik) und internationale Foren können dazu beitragen. Ein interessantes regionales Netzwerk besteht in Asien zwischen Kambodscha, Laos und Vietnam.³⁵ Es geht dabei besonders darum, Faktoren zu identifizieren, welche die Verhaltensänderungen insbesondere der Gebergemeinschaft vorantreiben. Zur Beurteilung von nationalen MA-Mechanismen auf internationaler Ebene, zum Austausch von Erfolgsgeschichten und Schwierigkeiten, sind internationale Foren, wie etwa das *Development Cooperation Forum* der Vereinten Nationen geeignet, speziell, da es zivilgesellschaftliche Gruppen, Parlamente und Lokalregierungen dazu anregt, an diesen Diskussionen teilzunehmen. Das Dilemma hierbei liegt jedoch darin, die ohnehin mangelhaft ausgestatteten Strukturen auf globaler Ebene zusammenzubringen. Durch diese internationale Eingebundenheit soll schließlich auch verhindert werden, dass etwa durch einen Regierungswechsel gegenseitige Rechenschaftspflicht an Bedeutung in der nationalen Politik verliert.

Solange die genuin politische Natur der gegenseitigen Rechenschaftspflicht nicht außer Acht gelassen, an einem Regelwerk für MDG-8 und *aid effectiveness* sowie einer Ausweitung der gegenseitigen Rechenschaftspflicht auf andere Formen der Entwicklungsfinanzierung gearbeitet und die Stärkung nationaler Akteursgruppen, wie Parlamente, NGOs, Buchprüfer, Lokalregierungen, Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen, Medien, private Investoren etc. vorangetrieben wird, kann gegenseitige Rechenschaftspflicht zu einem wichtigen Mittel zur Armutsminderung avancieren. In der Zwischenzeit kann es als vom Westen dominiertes Konzept zumindest dafür sorgen, dass demokratische Strukturen in der Verwaltung von ODA und damit indirekt die von Armut betroffenen Menschen in ihrer Teilhabe an der Gesellschaft gestärkt werden.

35 Vgl. Inthamith (2009), die gemeinsame Präsentation dieser Länder auf der DCF-Konferenz 2009 in Wien.

Literatur

Zitierte Quellen:

- Barder, Owen (2010): „Aid Effectiveness: Where is it Going and What Could You Do?“, online unter: <http://media.owen.org/After%20Paris/player.html> (Zugriff am 22.07.2010).
- Böhler, Thomas (2008): *Die Rolle der Gemeinschaft der mit Armut Befassten am Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit im Bildungssektor in Bolivien*, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Dissertation, Wirtschaftsuniversität Wien.
- Castel-Branco, Carlos/Rogério, Ossemane (2010): „Mozambique Phase 2“, *Global Financial Crisis Discussion Series, Paper 18*, ODI February 2010, online unter: <http://www.odi.org.uk/resources/download/4752.pdf> (Zugriff am 03.09.2010).
- Chambers, Robert (1995). „Paradigm Shifts and the Practice of Participatory Research and Development“, in: Nelson, Nici/Wright, Susan, Eds.: *Power and Participatory Development – Theory and Practice*. London: Intermediate Technology Publications.
- Da Silva Francisco, Antonio Alberto/Matter, Konrad (2007): *Poverty Observatory in Mozambique: Final Report*, commissioned to Gerster Consulting by Swiss Agency for Development and Cooperation (SDC) and the World Bank, online unter: <http://www.open.ac.uk/technology/mozambique/pics/d97800.pdf> (Zugriff am 05.04.2011).
- Easterly, William (2006): *The White Man's Burden: Why the West's Efforts to Aid the Rest Have Done So Much Ill and So Little Good*. New York: Penguin Books.
- Escobar, Arturo (1995): *Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton/NJ: Princeton University Press.
- Fukuda-Parr, Sakiko (2008): „Mainstreaming Global Goals into Development Strategies and Policies“, online unter: http://www.un.org/en/ecosoc/docs/pdfs/mainstreaming_of_iadgs.pdf (Zugriff am 05.04.2011).
- Gans, Herbert (1972): „The Positive Functions of Poverty“, in: *The American Journal of Sociology* 78 (2), 275-289.
- Handley, Geoff (2008): „Mutual Accountability at the Country Level: Mozambique Country Case Study“, online unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/52/35/41178552.pdf> (Zugriff am 15.07.2010).
- Inthamith, Somchith (2009): „Joint Initiative on Mutual Accountability – Cambodia, Lao PDR and Vietnam“, online unter: http://www.un.org/en/ecosoc/newfunct/pdf/somchith_powerpoint_without_note.ppt (Zugriff am 05.04.2011).
- Kindornay, Shannon/Morton, Bill (2009): *Development Effectiveness: Towards New Understandings*, Issues Brief – Development Cooperation Series (September 2009), The North-South-Institute, Ottawa.
- Moyo, Dambisa (2009): *Dead Aid: Why Aid is Not Working and How There is a Better Way for Africa*. New York: Farrar, Straus and Giroux.

- ODI (2008): *Mutual Accountability at the Country Level. A Concept and Emerging Good Practice Paper*, Overseas Development Institute, London, online unter: <http://www.odi.org.uk/resources/details.asp?id=3277&title=mutual-accountability-aid-developing-countries> (Zugriff am 08.04.2011).
- OECD (1996): „Shaping the 21st Century: The Role of Development Cooperation“, online unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf> (Zugriff am 02.08.2010).
- OECD (2005): „Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“ (deutsche Version der Paris Declaration on Aid Effectiveness), online unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf> (Zugriff am 20.07.2010).
- OECD (2008a): „The Paris Declaration on Aid Effectiveness and the Accra Agenda for Action“, Paris: OECD, online unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/11/41/34428351.pdf> (Zugriff am 18.07.2010).
- Open Forum (o.J): „History of the Process“, *Open Forum for CSO Development Effectiveness*, online unter: <http://www.cso-effectiveness.org/-history-of-the-process,017-.html> (Zugriff am 20.07.2010).
- Rasmussen, Henrik Lomholt (2010): „Donors Put Brakes on Mozambique Aid“, in: *Mail & Guardian online*, 1. Juli 2010, online unter: <http://www.mg.co.za/article/2010-07-01-donors-put-brakes-on-mozambique-aid> (Zugriff am: 30.07.2010).
- Six, Clemens/Küblböck, Karin (2009): „*Neue Geber*“ – *Perspektiven für die (österreichische) Entwicklungspolitik*. Working Paper 23, Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (Wien).
- Tandon, Yandon (2008): „The Paris Declaration and Aid Effectiveness“, in: *Pambazuka News*, 10. Juni 2008, online unter: <http://www.pambazuka.org/en/category/features/48634> (Zugriff am 15.07.2010).
- UNDP (2007): „Results and Resources Partnerships – Overhauling CGs and RTs – A Guidance Note“, online unter: http://aideffectiveness.kenya.org/index.php?option=com_docman (Zugriff am 28.07.2010).
- US Department of State (2010): „Background Note: Mozambique“, online unter: <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/7035.htm> (Zugriff am 30.07.2010).
- UN (2003): *Monterrey Consensus of the International Conference on Financing for Development*. Vereinte Nationen (New York), online unter: <http://www.un.org/esa/ffd/monterrey/MonterreyConsensus.pdf> (Zugriff am 15.07.2010).
- UN (2009): *Enhancing Mutual Accountability and Transparency in Development Cooperation*, Background Study for the DCF High-level Symposium, Vienna, November 2009, online unter: <http://www.un.org/en/ecosoc/DCF/index.shtml> (Zugriff am 29.07.2010).
- UN (2010a): *World Economic and Social Survey 2010: Retooling Development*. New York: Vereinte Nationen.
- UN (2010b): *Millennium Development Goal 8: The Global Partnership for Development at a Critical Juncture. MDG Gap Task Force Report 2010*. New York: Vereinte Nationen.

Weiterführende Literatur:

- Birdsall, Nancy/de la Torre, Augusto/Valencia Caicedo, Felipe (2010): *The Washington Consensus: Assessing a Damaged Brand*, Working Paper 213, Center for Global Development, online unter: <http://www.cgdev.org/content/publications/detail/1424155> (Zugriff am 16.07.2010)
- Bissio, Roberto (2008): *Application of the Criteria for Periodic Evaluation of Global Development Partnerships – As Defined in Millennium Development Goal 8 – From the Right to Development Perspective: the Paris Declaration on Aid Effectiveness*, Human Rights Council, 8th Session, Working Group on the Right to Development, High Level Task Force on the Implementation of the Right to Development, A/HRC/8/WG.2/TF/CRP.7, online unter: <http://www2.ohchr.org/english/issues/development/docs/A-HRC-8-WG.2-TF-CRP7.doc> (Zugriff am 17.07.2010)
- BMEIA (2009): „Armutsminderung: Leitlinien der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit“, online unter: <http://www.entwicklung.at/themen/armutsminderung/> (Zugriff am 15.07.2010).
- Conchiglia, Augusto (2009): „Mit Wasserkraft und Kohle“, in: *Le Monde Diplomatique*, 11.12.2009, online unter: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2009/12/11/a0041.text.name,askBxmxRw.n,3> (Zugriff am 01.07.2010).
- OECD (2008b): „Accra High-Level Forum 3 – Roundtable Summaries“, online unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/56/52/41572502.pdf> (Zugriff am 21.07.2010).
- OECD (2009a): „Mutual Accountability, Issues Brief 1“, online unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/32/19/43408716.pdf> (Zugriff am 24.07.2010).
- OECD (2009b): *Mutual Accountability: Emerging Good Practice*, Memorandum des Task Team on Mutual Accountability der Working Party on Aid Effectiveness (nicht veröffentlicht).
- OPM [Oxford Policy Management] (2008): „Mutual accountability in aid effectiveness: International-level mechanisms“, in: *OPM Briefing Notes 2008-03*, online unter: www.opml.co.uk/document.rm?id=1063 (Zugriff am 29.07.2010).
- UNDP (2009), *UNDP Global Initiative: Peer and Partner Review of Capacity Development Results*, mimeo, July 2009.
- USAID (2004): *General Budget Support: An Alternative Assistance Approach – Mozambique Country Case Study*, PPC Evaluation Working Paper No. 18 (August 2004), Bureau for Policy and Program Coordination, online unter: <http://www.sarpn.org/documents/d0000965/index.php> (Zugriff am 30.07.2010).
- UN (2010c): *Review of Progress in International and National Mutual Accountability and Transparency on Development Cooperation: Background Report for DCF High-level Symposium*. New York: Vereinte Nationen.

Mosambik: Armutsreduzierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Anne Merklein¹

Einführende Bemerkungen

Mosambik wird oftmals als Musterbeispiel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit genannt. Dieses Bild konnte durch zahlreiche positiv bewertete Prozesse gezeichnet werden. Dazu gehören unter anderem ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandproduktes zwischen 6,8 und 13,1 % in den Jahren 2001 bis 2008,² die Reduzierung der Armut bei angepasstem Warenkorb von 69,4 auf 54,1 % zwischen 1997/98 und 2002/03³ und die Erstellung eines nationalen *Poverty Reduction Strategy Papers* bereits in der zweiten Auflage, mitsamt der Erfüllung aller dazugehörigen institutionellen Anpassungen.

In letzter Zeit wurden jedoch kritische Stimmen lauter, die die positive Darstellung hinterfragen. Das wirtschaftliche Wachstum ist auf einige wenige Großprojekte zurückzuführen, die nur eine geringe

1 Die Voraussetzung für die Entstehung dieses Beitrags wurde durch die Mitarbeit in dem am Institut für Geographie der Universität Innsbruck und durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (bm_wf) finanzierte Forschungsprojekt *Urban Poverty in Southern Africa* (Laufzeit 2007-2010) geschaffen. Mit dem Schwerpunkt „Maputo“ betraut, untersuchte ich hauptsächlich die Strategien der Armutsreduzierung auf der Makroebene, also Maßnahmen, Strategien und Handlungsweisen der Regierung auf nationaler und lokaler Ebene sowie verschiedener weiterer Akteur(inn)e(n) der Zivilgesellschaft, der Geberländer und internationaler Organisationen und der Privatwirtschaft. Neben ausführlicher Literaturrecherche wurden Interviews mit Schlüsselpersonen geführt, die zusätzliche Informationen und Sichtweisen ermöglichten.

2 Fox (2008), 15.

3 MPF (2004), 40.

lokale Arbeitskraftnachfrage bilden und nicht als breitenwirksames Instrument bezeichnet werden können. Das bekannteste und älteste Großprojekt ist die Aluminiumschmelze Mozal, dem inzwischen andere Projekte im Energie- und Bergbaubereich folgten. Die Reduzierung der Armut wird konterkariert durch Zahlen der erhöhten chronischen Unterernährung bei Kindern unter drei Jahren⁴ und einer steigenden Ungleichheit zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen, die am Anstieg des Gini- und Theil-Index⁵ festzumachen sind.⁶

Sowohl die positive Darstellung der „Entwicklung“ in Mosambik als auch die Kritik daran haben ihre Berechtigung und sollen in diesem Beitrag weiter ausgeführt werden. Er ist dabei folgendermaßen aufgebaut: zunächst werden internationale und nationale Messungen von „Armut“ und „Entwicklung“ in Mosambik dargestellt. Anschließend erfolgt eine kurze Darstellung der Strategien der Armutsreduzierung in Mosambik, worauf deren Verortung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gezeigt wird. Dezentralisierung und Governance sind internationale Leitbilder, die auch in Mosambik umgesetzt werden und die am Beispiel der Hauptstadt Maputo näher dargestellt werden sollen. Das Beispiel des Personennahverkehrs in Maputo soll ein plastisches Bild der konkreten Umsetzung politischer Strategien zeichnen. Am Ende erfolgen eine kurze Zusammenfassung sowie einige abschließende Gedanken.

Armutsmessung – national und global

Den derzeitigen Indexierungs- und Messungsmethoden zufolge gehört Mosambik gegenwärtig ebenso wie viele weitere afrikanische Länder zu den sogenannten „ärmsten“ und am „wenigsten entwickelten“ Ländern der Welt. Um den Grad der „menschlichen Entwicklung“ zu messen und international vergleichbar zu machen, wird meist auf den *Human Development Index* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zurückgegriffen. Dieser beinhaltet, anders als der von

4 UNICEF (2006), 94.

5 Gini- und Theil-Index sind statistische Ungleichverteilungsmaße zur Beschreibung von Vermögens- und Einkommensverteilung. Dabei gilt: je größer der Wert der Indizes, desto größer die Ungleichverteilung.

6 Hanlon (2007), 5; World Bank (2007), Table 3.5.

der Weltbank verwendete rein ökonomische Indikator für Armut (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf), Komponenten, die einen angemessenen Lebensstandard angeben sollen. Der *Human Development Index* für das Jahr 2010 von Mosambik beträgt 0,284, womit Mosambik an 165ster Stelle von 169 untersuchten Ländern steht.⁷

Heute bestreitet kaum jemand, dass Armut ein multidimensionales, vielschichtiges Phänomen ist. Gleichzeitig ist es schwierig, genau dies in einem großflächigen Maßstab zu untersuchen und zu messen. Der *Human Development Index* versuchte bereits einen breiteren Ansatz zu operationalisieren. In der zwanzigsten Auflage des *Human Development Reports* von 2010 wird eine neue Messmethode dargestellt, die von der *Oxford Poverty and Human Development Initiative* ausgearbeitet wurde. Der daraus resultierende *Multidimensional Poverty Index* hat den Anspruch, das Phänomen der Multidimensionalität genauer zu erfassen. Dabei gehen Daten zur Deprivation von Haushalten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard ein. Bei der Messung werden die Menschen als „arm“ definiert, die in mehreren Bereichen benachteiligt sind; das Einkommen spielt dabei keine Rolle. In den meisten Ländern sind nach Berechnungen des *Multidimensional Poverty Index* im Vergleich zur Einkommensarmut (z.B. der von der Weltbank verwendete Wert von 1,25 US\$ täglich) eine höhere Zahl Menschen von Armut betroffen.⁸ In Mosambik sind, gemessen am *Multidimensional Poverty Index*, 80 % der gesamten knapp 21 Millionen Einwohner(innen)⁹ arm, wobei der ländliche Raum deutlich stärker von Deprivation betroffen ist als der städtische. Gemessen an der Einkommensarmutslinie von 1,25 US\$ sind in Mosambik 75 % der Bevölkerung von Armut betroffen.¹⁰

Gleichzeitig wird in Mosambik eine nationale offizielle Armutsstatistik angefertigt (vgl. Abbildung 1). Die Armutsquote wird dabei anhand eines angepassten Warenkorb erhoben. Die Ergebnisse der letzten dafür notwendigen Haushaltsbefragung (2007/08) ließen lange auf sich warten und erschienen erst Ende 2010, wobei darin die Befürchtungen von wieder steigender Armut bestätigt wurden. Nachdem

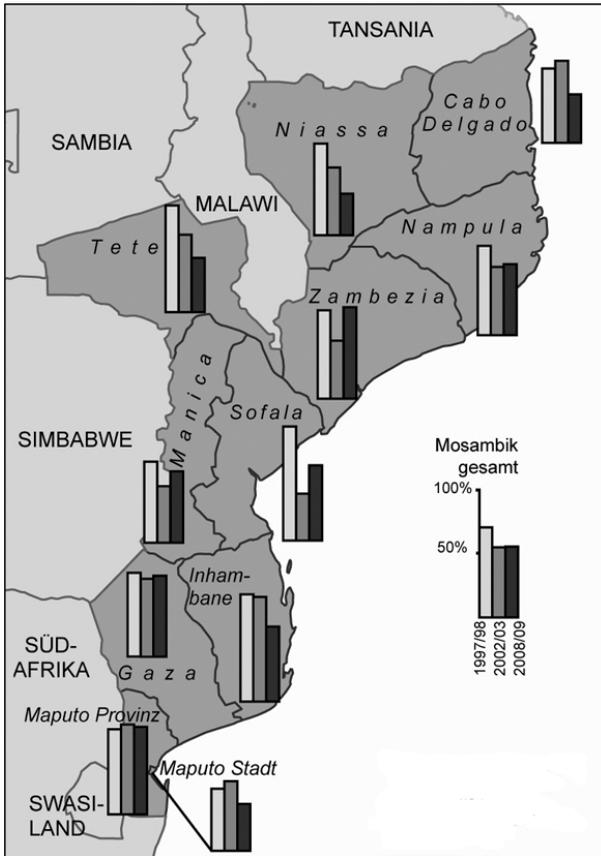
7 UNDP (2010), 190.

8 UNDP (2010), 119-120.

9 INE (o.J.b).

10 Alkire/Santos (2010), 2-4.

Abbildung 1: Armutsquote in Mosambik nach Provinzen, 1997-2008¹¹



auf nationaler Ebene zwischen 1997/98 und 2002/03 der Anteil der von Armut Betroffenen von 69,4 auf 54,1 % gesunken war, stieg er 2007/08 auf 54,7 % an. Kritiker(innen) argumentieren, dass der anfänglich starke Rückgang der Armut auch auf die Veränderung des

11 RM (2010b), 28, basierend auf den Haushaltserhebungen *Inquérito aos Agregados Familiares* 1996/97, *Inquérito aos Agregados Familiares* 2002/03 und *Inquérito ao Orçamento Familiar* 2008/09; Kartografie: Anne Merklein und Ute Ammering.

Warenkorbes zugunsten billigerer aber weniger nahrhafter Produkte zurückzuführen sei. Zwischen den einzelnen Provinzen und vor allem zwischen dem ländlichen und städtischen Raum sind massive Unterschiede zu beobachten, was die Reduktion der Armut betrifft. Im ländlichen Raum ist die Armutsquote stärker gesunken als im städtischen Raum. In der Provinz Maputo Stadt ist der Anteil der Menschen, die unter der Armutslinie leben, laut der letzten Erhebung zwischen 1997/98 und 2002/03 von 47,8 auf 53,6 % gestiegen und bis zum Jahr 2007/08 wiederum auf 36,2 % gesunken.¹²

„Poverty is the impossibility, owing to inability and/or lack of opportunity for individuals, families, and communities to have access to the minimum basic conditions, according to the society’s basic standards“.¹³ Diese Definition stammt aus der 2006 veröffentlichten, zweiten Auflage des PARPA (*Programa de Acção para a Redução da Pobreza Absoluta* – Aktionsprogramm zur Reduktion der absoluten Armut), dem mosambikanischen Pendant zum *Poverty Reduction Strategy Paper*, und ist damit die verbindlichste Definition über Armut in Mosambik. Im Vergleich zur ersten Fassung werden die Ursachen von Armut auch explizit auf mangelnde gesellschaftliche Zugangsmöglichkeiten zurückgeführt, die es den Einzelnen und Gruppen unmöglich machen, einen für die lokale Gesellschaft typischen Lebensstandard zu erreichen.¹⁴

Diese Definition der Armut, die Elemente der aktuellen Diskussion um Armut einbezieht und anerkennt, dass Zugangsmöglichkeiten eine entscheidende Rolle spielen, steht allerdings im Widerspruch zur oben beschriebenen quantitativen nationalen Armutserhebung, die wiederum die Grundlage für politische Entscheidungen bildet. Bei der quantitativen Armutserhebung geht es ausschließlich um Konsum von Gütern. Unterschieden werden hierbei lediglich die benötigten Ausgaben für einen Warenkorb mit Nahrungsmitteln (entsprechend 2.150 Kilokalorien pro Kopf und Tag) und einen Warenkorb für weitere Ausgaben.

12 RM (2010b), 27-29.

13 RM (2006): 8.

14 Im Vergleich dazu lautet die Definition aus dem PARPA I: “Poverty is the inability of individuals to ensure for themselves and their dependents a set of minimum conditions necessary for survival and well-being, according to the society’s standards.” RM (2001), 6.

Armutsreduzierung in Mosambik – wie soll das möglich sein?

Der „Kampf gegen die Armut“ (*luta contra a pobreza*) ist aus den mosambikanischen Medien und den politischen Diskursen nicht wegzudenken. Die Armutsreduzierung steht im Mittelpunkt jeglicher politischer Strategien und findet eine planerische Umsetzung in den Strategien der unterschiedlichen Sektoren.¹⁵ Dabei gilt das nationale Strategiepapier zur Armutsreduzierung PARPA als übergeordnetes Planungsprogramm, in das sämtliche Pläne der unterschiedlichen Sektoren und Provinzen einfließen und das als Grundlage für mittelfristige wie auch kurzfristige Zielsetzungen dient. In Abbildung 2 sind die Ursachen der Armut, die Ziele und die Säulen des PARPA II (2006), das für den Zeitraum von 2005 bis 2009 gilt und bis 2010 verlängert wurde, zusammengefasst.

Der strategische Schwerpunkt der Armutsbekämpfung lag bisher im ländlichen Raum Mosambiks. Die 128 Distrikte wurden als „Entwicklungspole“ (*polos de desenvolvimento*) definiert. Es wurden hierfür spezifische Landwirtschaftsstrategien aufgezeigt und einzelne Bewohner(innen) bzw. Kleinunternehmen erhielten eine finanzielle Förderung über den „Investitionsfonds für lokale Initiativen“, womit die Produktion von Nahrungsmitteln und die Schaffung von Arbeitsplätzen angekurbelt werden sollen.¹⁶ Zwar wurde schon im PARPA II (2006) anerkannt, dass die Armut im städtischen Raum weniger stark sinkt und in den beiden südlichen Provinzen Maputo und Maputo Stadt sogar angestiegen war,¹⁷ doch gab es bisher von Seiten der Regierung keine nationale Strategie, um städtischer Armut entgegenzuwirken. Erstmalig wurde in der Antrittsrede für die zweite Legislaturperiode des Präsidenten Armando Guebuza auf höchster Regierungsebene die Problematik der städtischen Armut hervorgehoben. Der Anstieg der Einwohner(innen)zahl der Städte im Allgemeinen und speziell auch von Maputo¹⁸ sowie aktuelle qualitative Studien¹⁹ unterstreichen die Bedeutung von städtischer Armut. Von

15 Merklein/Ammering (2010) bieten einen Überblick über verschiedene Sektoren und deren spezifische Strategien.

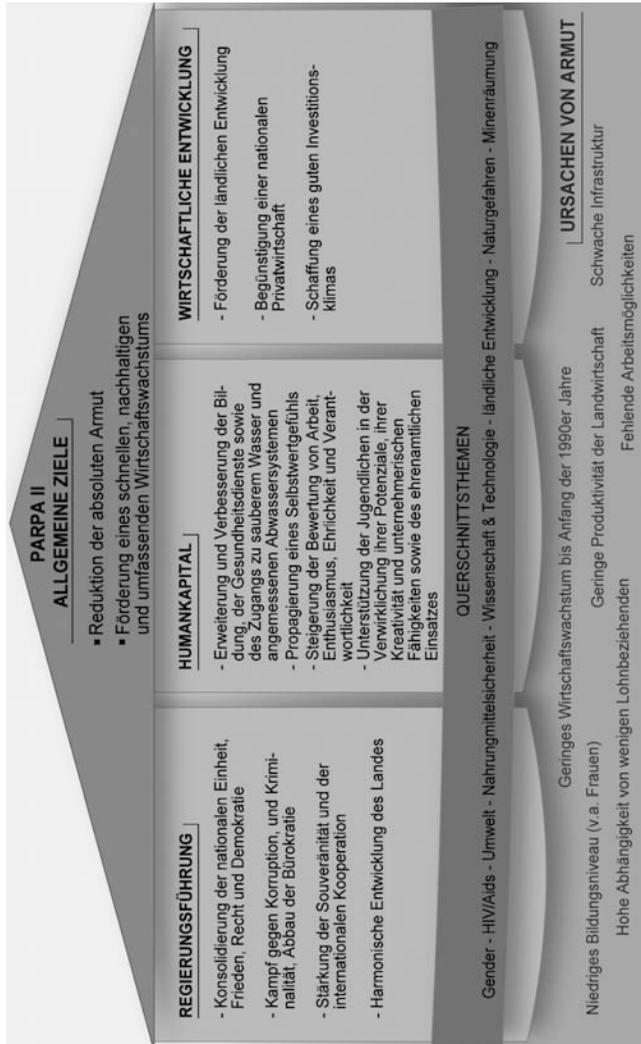
16 INE (o.J.b), 23.

17 RM (2006), § 52.

18 INE (o.J.a); INE (o.J.b).

19 Paulo et al. (2007).

Abbildung 2: Identifizierte Ursachen für Armut und definierte Säulen und Ziele des PARPA II ²⁰



20 RM (2001), 19; RM (2006), 29-31; Entwurf: Anne Merklein.

vielen Expert(inn)en wird daher erwartet, dass in naher Zukunft eine Strategie erfolgt, die explizit städtischen Problemlagen entgegenwirken soll.

Aktuell wird in der politischen Rhetorik immer öfter die „Schaffung von Reichtum“ anstelle der „Bekämpfung der Armut thematisiert“.²¹ So ist das Dokument, das man derzeit beim Planungs- und Entwicklungsministerium, dem Schlüsselministerium für politische Strategien, unter dem Link zum PARPA III herunterladen kann, als „*Plano de ações para o aumento da produção e produtividade*“ (Aktionsplan für die Steigerung der Produktion und Produktivität) betitelt. Es stellt eine Matrix dar, ähnlich gegliedert wie die bisherigen PARPA-Dokumente und zeigt die Aktionen und deren mögliche positiven Auswirkungen auf.²² Es ist als vorläufiges Dokument zu werten, denn Anfang 2011 soll das endgültige Planungsdokument erscheinen.

In den politischen Strategien wurde bisher weder eine mögliche Umverteilung thematisiert noch das gängige Entwicklungsparadigma hinterfragt. In offiziellen politischen Diskursen wird Armut als ein Problem der Kultur und Mentalität dargestellt. Dadurch wird Armut zu einem individuellen Problem der Betroffenen anstatt eines sozialen Phänomens. Gleichzeitig ermöglichen die Armutszahlen hohe ausländische Zuwendungen, wodurch die Staatsapparate finanziert werden, politische Macht stabilisiert wird und Investoren begünstigt werden.²³

Armutsreduzierung in Mosambik – internationale Zusammenhänge

Abgesehen von der übergeordneten Bedeutung für die nationalen Strategien stellt das PARPA gleichzeitig auch einen wichtigen Zusammenhang zu internationalen Programmen und Gebern her. Mit der Erstellung des ersten PARPA und der Erfüllung zahlreicher weiterer Bedingungen, wie beispielsweise der Umsetzung von Struktur Anpassungsprogrammen in mindestens drei aufeinander folgenden Jahren (Mosambik blickte auf eine zehnjährige Umsetzung zurück),

21 Castel-Branco (2010), 13.

22 RM (2010a).

23 Castel-Branco (2010), 9-13.

wurde Mosambik als eines der ersten Länder von der *Highly Indebted and Poor Countries*-Initiative der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds berücksichtigt und profitierte auch von nachfolgenden Entschuldungsinitiativen.²⁴

Auch für die Budgethilfe, ein vergleichsweise junges Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, ist die Erstellung und Umsetzung des PARPA von grundlegender Bedeutung. Bei der Budgethilfe übermitteln die internationalen Geber Finanzmittel direkt an den Staatshaushalt. Generelles Ziel ist dabei, *ownership* zu propagieren und der Regierung einen Handlungsspielraum zu verschaffen, um die im PARPA festgehaltenen Ziele zu erreichen.²⁵ Zur besseren Koordinierung haben sich in Mosambik inzwischen 19 internationale Geber zur *Programme Aid Partnership* zusammengeschlossen. Österreich ist mit dem Beitritt im Jahr 2007 das jüngste Mitglied. Die innovative Vorgehensweise der *Programme Aid Partnership* und die große Anzahl von Beteiligten haben einen Vorbildcharakter für weitere afrikanische Länder. Für das Jahr 2010 wurde von den *Programme Aid Partners* eine Summe von 472 Millionen US\$ der mosambikanischen Regierung zugesagt, was mehr als das 16-fache der Budgethilfe im Jahr 2000 ist.²⁶ Die Finanzplanung zwischen den *Programme Aid Partners* und der mosambikanischen Regierung verläuft über ein mehrstufiges Evaluationsverfahren. Dabei wird die Umsetzung der festgelegten Ziele auf beiden Seiten überprüft und bewertet. Bei der Beurteilung werden stets auf beiden Seiten einzelne Kritikpunkte benannt, doch ist bisher das Gesamturteil positiv ausgefallen.²⁷

Ähnlich wie in anderen afrikanischen Staaten auch, haben Länder wie China und Brasilien immer größeren Einfluss auf die mosambikanische Regierung und Wirtschaft. Wie bei der Hilfe bzw. der Intervention der Länder des Nordens wird der Einfluss Chinas und Brasiliens sowohl als Chance als auch als Gefahr wahrgenommen. Diese neuen Formen der bilateralen Beziehungen stehen jedoch in diesem Artikel nicht im Zentrum und werden daher nicht weiter beschrieben.

24 UNDP (2006), 82–83.

25 Zur *ownership* vgl. den Beitrag von Thomas Böhler in diesem Band.

26 Scholz (2008), 80; PAP (o.J.).

27 RM/PAP (2009), 15.

Die von den Vereinten Nationen vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele sind in Mosambik omnipräsent. In Strategiepapieren wird ausdrücklich auf die Millenniumsentwicklungsziele verwiesen und die Qualität von Strategien wird an ihrem Beitrag zur Verwirklichung der Ziele gemessen. Der aktuelle Fortschrittsbericht der mosambikanischen Regierung, der mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen gefertigt wurde, liefert detaillierte Informationen zum Stand der Umsetzung. Die Ergebnisse sind sehr durchwachsen und verdeutlichen, dass es an der politischen Umsetzung, sowohl in den Ländern des Nordens wie auch in Mosambik selbst, mangelt.²⁸

Mosambik lag 2009 auf der Rangliste der Empfängerländer von bi- und multilateralen Entwicklungsgeldern (*Official Development Assistance*) weltweit auf Platz 10 und innerhalb der afrikanischen Länder auf Platz 5.²⁹ Zusätzlich zur Budgethilfe werden weiterhin zahlreiche Projekte durch internationale Mittel finanziert. Insgesamt machen internationale Zahlungen über die Hälfte des Staatshaushaltes aus.³⁰

Die Abhängigkeit zwischen Mosambik und den Gebern ist, anders als diese hohen Zuwendungen vermuten lassen, wechselseitig und wird von kritischen Beobachter(inne)n als „pathologisches Gleichgewicht“ beschrieben. Mosambik benötigt den sicheren Zufluss von Geldern (die nicht nur in die Armutsreduktionsstrategie fließen, sondern auch der persönlichen Bereicherung der Eliten dienen), und die Regierungen der Geberländer benötigen ein Musterbeispiel, an dem die Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit sichtbar werden, um weiterhin ihre Politik zu legitimieren.³¹

Das positive Bild von Mosambik bei den internationalen Gebern wird sicherlich auch dadurch bestärkt, dass angefangen bei den zum Teil sehr fragwürdigen Strukturanpassungsprogrammen bis heute viele Vorgaben der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden. Zur bereits erwähnten Vorreiterrolle bei der Koordinierung der Budgethilfe und der Ausarbeitung des *Poverty Reduction Strategy Papers* sind

28 Merklein (2010); RM (2010d).

29 OECD (2010).

30 Castel-Branco/Ossemame (2010), 9.

31 Hanlon/de Renzio (2007), 12.

auch die Vereinten Nationen mit dem Pilotprojekt in Mosambik des *Delivering as One*³² zu nennen.

Verschiedene Leitlinien, die in anderen lokalen Kontexten entstanden und inzwischen auf andere Länder übertragen wurden, sind auch in Mosambik verstärkt anzutreffen. Beispiele für solche Leitlinien sind „Dezentralisierung“, „Partizipation“ und „Governance“. Sie werden von Seiten der Geber stark unterstützt und sind in vielen politischen und strategischen Dokumenten der mosambikanischen Regierung wieder zu finden. So werden, neben der Armutsreduzierung als Hauptziel in der Planung der mosambikanischen Regierung für die nächsten fünf Jahre (2010-2015), unter anderen auch *good governance*, Dezentralisierung und Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit als allgemeine Ziele der Regierung genannt.³³

Die Forderungen der internationalen Geber und der Strategiepapiere der mosambikanischen Regierung bezüglich der politischen Umsetzung von Governance sind meist normativ und im Sinne von *good governance* zu verstehen (vgl. die erste Säule des PARPA und die Kritik der *Programme Aid Partners* an der mosambikanischen Regierung³⁴). Sie beschränken sich auch keineswegs auf die nationale Ebene. Im Zuge der Dezentralisierung und der Ausdehnung der Entscheidungsmöglichkeiten auf der lokalen Ebene, spielen Städte eine immer wichtigere Rolle.

Die Reduzierung städtischer Armut in Mosambik – das Beispiel Maputo

Die Hauptstadt Maputo hat als Wachstumspol und Zentrum politischer Entscheidungen eine wichtige und führende Rolle inne. Der letzten Haushaltbefragung zufolge ist der Anteil der in Armut lebenden Menschen in Maputo gesunken (vgl. Abbildung 1). Demgegenüber stehen jedoch die Proteste der Bevölkerung in Maputo und anderen großen Städten am 1. und 2. September 2010. Auslöser hierfür

32 UN Mozambique (o. J.). Hinter dem Begriff *Delivering as One* steht ein Reformprojekt der Vereinten Nationen mit dem Ziel eines kohärenteren Auftretens durch die Zusammenführung der einzelnen Organisationen und der Schaffung eines gemeinsamen Sprachrohres.

33 RM (2010c), 5.

34 PAP (2009), 43-70.

waren Preissteigerungen bei einer Reihe von Basisgütern, wie Brot, Strom, Wasser und Benzin. Diese können als Hinweis für eine sich verschlechternde Überlebenssicherung verstanden werden. Wie zuvor schon angedeutet, werden von Seiten der nationalen Regierung bisher keine spezifischen Anstrengungen unternommen, um dem Phänomen der städtischen Armut entgegen zu wirken. Landesweit ist Maputo die bevölkerungsreichste (1.094.315 Einwohner im Jahr 2007)³⁵ *autarquia* und die gewählte Stadtregierung hat gemäß dem *Pacote Autárquico* von 1997 politische und finanzielle Autonomie. Die Kommunen sind verantwortlich für Landnutzung, Baulizenzierung, Wassergrundversorgung, Abwasserentsorgung, städtische Straßen, Abfallwirtschaft, Umwelt und Sicherheit.³⁶ Eine Ausweitung der Verantwortung auf die Grundschulen und die gesundheitliche Grundversorgung soll noch bis 2010/11 stattfinden.³⁷ Die Überlagerung bzw. die fehlende klare Grenzziehung zwischen den Aufgaben der Gemeinde und der Provinzregierung stellt eine Schwierigkeit dar, die in Maputo noch dadurch verstärkt wird, dass dort Gemeinde und Provinz deckungsgleich sind.

Erstmalig wurde 2006 ein umfangreiches und sektorübergreifendes Stadtentwicklungsprogramm (Promaputo) beschlossen. Dieses ist auf zehn Jahre angelegt und zielt auf eine Verbesserung der internen Verwaltungsstruktur und der von der Stadt angebotenen Dienstleistungen. Es ist derzeit das grundlegende Strategiepapier, annähernd alle politischen und planerischen Aktivitäten orientieren sich daran. Übergeordnetes Ziel ist dabei, das institutionelle und finanzielle Leistungsvermögen zu steigern, um die Qualität und die Versorgung der Dienstleistungen für die Bürger(innen) der Stadt zu verbessern.³⁸ Überraschend erscheint, dass im gesamten Strategiepapier Promaputo kein einziges Mal das Wort *pobreza* (Armut) vorkommt, wo doch im Allgemeinen politischen Diskurs „der Kampf gegen die Armut“ allseits präsent ist. Der einzige Bezug, der zur städtischen Armut hergestellt wird, ist, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

35 INE (o.J.b).

36 RM (1997).

37 Alberta/Mahiquene (2007), 7.

38 Município de Maputo (2006), 9.

verstärkt in ärmeren Stadtteilen durchgeführt werden sollen.³⁹ Eines der Hauptziele, das durch Promaputo erreicht werden soll und das als solches im Strategiepapier vielfach genannt wird, ist die Verbesserung der *governança* (Governance). Der Begriff wird zwar nicht näher definiert, jedoch kann aus dem Kontext geschlossen werden, dass es sich sowohl um die Verbesserung institutioneller und finanzieller Prozesse, wie auch um die Einbindung verschiedener Akteur(inn)e(n) handelt.

Bei der Entstehung von Promaputo waren zahlreiche Akteur(inn)e(n) aus dem privatwirtschaftlichen Sektor, der Zivilgesellschaft, den internationalen Geberorganisationen und dem öffentlichen Sektor beteiligt. Für die Umsetzung der im Promaputo festgehaltenen Ziele wurde die Finanzierung in zwei Phasen aufgeteilt, in denen jeweils die Weltbank neben der Stadtregierung und der Zentralregierung den weitaus größten Teil zusicherte.⁴⁰

Von Seiten der Stadtregierung wird betont, dass zahlreiche partizipative Prozesse stattfinden, in denen Akteur(inne)e(n) aus unterschiedlichen Bereichen mitentscheiden sollen. Beispiele hierfür sind die Erstellung eines städtischen Raumordnungskonzeptes und des Beteiligungshaushaltes. Die dabei angewendeten Partizipationsmechanismen sollen die Entwicklungsziele der Regierung unterstützen. Bei einer näheren Betrachtung muss allerdings festgestellt werden, dass sich eine Mitsprache meist auf die Anhörung der Bürger(innen) reduziert und in oftmals vordefinierten politischen Strukturen stattfindet.⁴¹ Zudem beschränken sich die partizipativen Momente und die Erweiterung der Anzahl der Akteur(inn)e(n) auf die Beschließung bzw. Erstellung eines Dokumentes und beinhalten keine tatsächlichen Kontrollen bei der Umsetzung.

Der größte Teil des Haushaltes der *antarquias* wird durch Transferleistungen von der Zentralregierung finanziert.⁴² Durch einen Ausgleichsfonds an die *antarquias* (*Fundo de Compensação Antárquica*) erhält die Gemeinde Mittel, um laufende Ausgaben zu finanzieren und aus

39 Município de Maputo (2006), 7.

40 Merklein (in Druck).

41 Merklein (in Druck).

42 Für Maputo ist dies anders, da hier ein Kredit der Weltbank die Struktur des Haushaltes verändert; bspw. für das Jahr 2009 macht der Kredit knapp 50 % des Haushaltes aus Município de Maputo; CMM (2008), 30.

einem Investitionsfonds (*Fundo do Investimento de Iniciativa Local*) sollen Investitionen getätigt werden.⁴³ Während der nationale Haushalt anstieg, nahm in den letzten fünf Jahren der Wert der Transferleistungen an die Gemeinden nicht im gleichen Maße zu, obgleich sich in diesem Zeitraum der Verantwortungsbereich der Gemeinden erweiterte.⁴⁴ Dies spiegelt sich in niedrigen öffentlichen Ausgaben der Gemeinden wider. In Maputo beträgt die Pro-Kopf-Ausgabe der Stadtverwaltung 5 US\$ im Jahr, ein Drittel weniger im Vergleich zum subsaharischen Durchschnitt und ein Fünfzehntel des asiatischen und lateinamerikanischen Durchschnitts.⁴⁵

Dezentralisierung und Dekonzentration spielen nicht nur auf nationaler Ebene eine Rolle sondern auch auf der Ebene der Stadt. Die sieben Distrikte, in die die Stadt gegliedert ist, sollen für ausgewählte Sektoren wie im Bereich Bildung, Gesundheit und Wirtschaftstätigkeiten größere Entscheidungsfreiheit erhalten. Ziel ist es, Entscheidungskompetenzen näher an die Bürger(innen) zu bringen.⁴⁶

Und wie sieht es nun in der Praxis aus? Personentransport in Maputo

Ein Sektor, der in der Forschung zu städtischer Armut oftmals eine untergeordnete Rolle spielt, dessen Bedeutung allerdings nicht zu unterschätzen ist, ist der Transport.⁴⁷ Im Folgenden soll daher der (öffentliche) Personennahverkehr von Maputo skizzenhaft dargestellt werden und exemplarisch für einige der vorher angesprochenen Punkte stehen. Dabei soll es in dem angedeuteten Beispiel allein um Straßenpersonennahverkehr gehen. Der für manche Stadtteile Maputos wichtige Schiffs- und Eisenbahnverkehr ist dabei ausgeschlossen.

Die Bedeutung des Personennahverkehrs in Maputo für die „arme“ städtische Bevölkerung wurde mit der Fahrpreiserhöhung

43 Hodges/Tibana (2004), 48.

44 Canhanga (2009), 18.

45 World Bank (2006), 5.

46 CMM (2010), 7; World Bank (2010), 50.

47 „In Africa, public transport features as the second [after health care programmes] most effective way of reducing social inequalities“; UN-HABITAT (2008), XVII; vgl. auch u.a. Gwilliam (2002); UN-ECOSOC (2009); UN-HABITAT (2009).

um 50 % Anfang des Jahres 2008 besonders offensichtlich. Mit 6,7 % an den monatlichen Gesamtausgaben eines durchschnittlichen Haushalts stellen die Ausgaben für den Transport in der Hauptstadt auch innerhalb des Landes einen außergewöhnlich hohen Posten dar.⁴⁸ Am 5. Februar 2008 widersetzten sich hauptsächlich jugendliche Bürger(innen) der Fahrpreiserhöhung und wurden von der Polizei niedergeschlagen. Für einige Bürger(innen) endeten die Krawalle tödlich. Erst mit der Erklärung der Regierung, die Fahrpreiserhöhung zurückzunehmen⁴⁹, normalisierte sich die Situation. Den privaten Anbieter(inne)n des Personennahverkehrs wurden Ausgleichszahlungen für den damaligen hohen Benzinpreis versprochen. Die Leistung des öffentlichen Personennahverkehrs wurde durch den Kauf 100 neuer Busse, von denen 81 für die Hauptstadt vorgesehen waren, ausgeweitet. Die Aufstände 2008 sind sicherlich nicht alleine auf die Fahrpreiserhöhung zurückzuführen, sondern waren eine Folge des Zusammenwirkens einiger schwieriger Umstände, wie u.a. den Anstieg der Nahrungsmittelpreise Anfang des Jahres 2008. Dennoch deuten die Krawalle auf die große Bedeutung des Personennahverkehrs innerhalb Maputos hin und auf die starke Abhängigkeit der „armen“ Bevölkerung von verfügbaren und bezahlbaren Transportmöglichkeiten. Die schwierige Lage im Personennahverkehr ist durch die Maßnahmen der Regierung zwar kurzfristig entschärft, jedoch nicht behoben worden. Aktuell ist die Situation wieder gravierender geworden. Der Mangel an verfügbaren Fahrzeugen und die praktizierte Verkürzung der eigentlichen Fahrtstrecke von Seiten der privaten Anbieter(innen) führen zu starken Einschränkungen. In den Medien wird häufig von der „Transportkrise von Maputo“ berichtet.

Trotz der Brisanz des Themas gibt es keine verlässlichen statistischen Daten zum Personennahverkehr in Mosambik generell und für Maputo im Speziellen. Erschwert wird dies durch die Struktur des

48 INE (2004), zitiert in: Paulo et al. (2007), 15. Zum Vergleich: in Österreich lagen die Ausgaben für den Öffentlichen Verkehr im Jahr 2004/05 bei 0,7 % der monatlichen Ausgaben; Statistik Austria (2006), 108.

49 Fahrpreise für eine einfache Fahrt (Stand 11.02.2011): 5 Meticais (€ 0,12), für „Langstrecken“: 7,50 Meticais (€ 0,17); BM (o.J.). Um ein bestimmtes Fahrziel zu erreichen, müssen allerdings oftmals mehrere Transportmittel genommen werden, wodurch sich der Fahrpreis vervielfältigt.

Angebots in Maputo. Geschätzte 10 bis 20 % des Personennahverkehrs werden durch das öffentliche Unternehmen (*Transportes Públicos de Maputo*) gedeckt,⁵⁰ der Großteil allerdings von unzähligen privaten Anbieter(inne)n. Diese sind Besitzer(innen) von Bussen ganz unterschiedlicher Größe (von Kleinbussen in VW-Busgröße, sogenannten Minibussen, bis hin zu „großen“ Bussen). Zwar sollten diese Busse bei der Stadtverwaltung lizenziert sein, doch gehen Schätzungen davon aus, dass ca. die Hälfte der privat zirkulierenden Busse nicht lizenziert ist.⁵¹ Meistens erhält ein Fahrer den Bus von einem/einer privaten Besitzer(in) und liefert am Ende des Tages den Großteil des erwirtschafteten Gewinns, nach Abzug der Benzinkosten und der Bezahlung des *cobrador* (Kassierers)⁵², ab. Im Jahr 2002/03 waren 5,4 % der Erwerbsarbeiter in Maputo im Transportsektor tätig,⁵³ wobei es in dem Erwerbszweig kaum feste Arbeitsverträge oder Arbeitszeiten gibt.

Maputo ist durch eine Dualität im Personennahverkehr geprägt. Während die Bewohner(innen) entlang der Hauptachsen einigermaßen gut an Transportmöglichkeiten angeschlossen sind, muss ein Großteil der Stadtbewohner(innen) lange, zu Nachtzeiten unbeleuchtete und unsichere Wege zurücklegen, um Zugang zum Personennahverkehr zu erhalten. Aufgrund der schlecht ausgebauten Straßeninfrastruktur im sub- und periurbanen Gebiet der Stadt sind viele Bewohner(innen) benachteiligt.⁵⁴ Außerdem wird die Situation durch einen Beschluss der Stadtverwaltung erschwert: die wendigen und oftmals bei den schwierigen Straßenverhältnissen resistenteren Kleinbusse, die für bis zu 25 Fahrgäste konzipiert sind, dürfen seit 2004 nicht mehr neu bei der Stadt angemeldet werden. Dabei sind eben diese sowohl bei der Bevölkerung aufgrund ihrer stärker diversifizierten Fahrziele, ihrer oft höheren Frequenz und Geschwindigkeit beliebt, als auch bei den Besitzer(inne)n, da die Kosten bei der Anschaffung und Reparatur deutlich geringer ausfallen. Erklärtes Ziel der Stadtverwaltung ist, das

50 Município de Maputo (2008), 211.

51 Município de Maputo (2008), 211.

52 Die Fahr- und Kassiertätigkeit wird von Männern ausgeführt. Während meiner Feldaufenthalte habe ich keine einzige Frau am Steuer eines Busses gesehen und auf meine Nachfragen, ob es Frauen in dem Beschäftigungssektor gibt, wurde lachend abgewinkt.

53 INE (2004), 26.

54 Métier (2009), 28–29.

hohe Verkehrsaufkommen zu senken sowie komfortablere und sicherere Transportmittel für die Bewohner(innen) zu gewährleisten. Interessant ist in diesem Zusammenhang die mediale und politische Rhetorik gegenüber den Minibussen: sie gelten als Hauptverursacher von Staus und Unfällen in dem immer dichter werdenden Verkehr Maputos. Damit wird die Grundlage geschaffen, sie als nicht mehr tragfähig für den Stadtverkehr anzusehen. Ignoriert werden dabei die steigende Anzahl an Zulassung von Fahrzeugen⁵⁵ und eine korrupte Verkehrskontrolle. Dies hat derzeit zur Folge, dass die zu dem Zeitpunkt schon lizenzierten Kleinbusse nicht durch neue ersetzt werden, der Zustand der bestehenden Busse gravierend schlechter wird, ihre Zahl immer weiter schwindet und letztlich das Angebot prekärer wird.

Die Suche nach neuen Lösungen gestaltet sich schwierig. Ein Masterplan, der die Entwicklung des Transportsektors in der Stadt für die nächsten Jahre festlegen soll, ist zwar schon länger angedacht, jedoch bisher nicht ausgearbeitet worden. Allerdings erhielt die Erstellung des Masterplanes für die Metropolregion Maputo (inklusive der Nachbarstadt Matola) eine Prioritätensetzung im Fünfjahresplan der Stadtregierung sowie bei der Phase II der Finanzierung der Strategie Promaputo von Seiten der Weltbank. Die verschiedenen Akteur(inn)e(n), die um den Transportsektor von Maputo angesiedelt sind, werden zum sogenannten *Observatório de Mobilidade* (Mobilitätsausschuss) regelmäßig eingeladen, um dort ihre Standpunkte darzustellen. Dazu eingeladen werden unter anderem Vertreter(innen) der unterschiedlichen Regierungsebenen, des staatlichen Transportunternehmens, der Polizei, der Verbände der privaten Personentransportanbieter(innen) und der Wissenschaft. Je nach Fragestellung werden auch weitere Expert(inn)en hinzugezogen, wie beispielsweise ein Psychologe, der das Verhalten der Gäste während der Fahrt erklären soll. Die Funktion des Mobilitätsobservatoriums beschränkt sich allerdings auf die Beratung der Regierungsorgane, was für die einzelnen Akteur(inn)e(n) keinen Anspruch auf Mitbestimmung in diesem Sektor bedeutet. Die Präferenzen der Fahrgäste wurden bisher in keiner größer angelegten Umfrage eruiert, um daraus ein Angebot des Per-

55 In Maputo stieg zwischen 2004 und 2007 die Zahl angemeldeter Fahrzeuge von 52.504 auf 81.769, was einem Wachstum von knapp 56 % entspricht; INE (2007), 40.

sonennahverkehrs zu entwickeln, das den Bedürfnissen der Bevölkerung entspräche.

Wichtige Akteure im Bereich des Personennahverkehrs in Maputo sind der Verband der privaten Personentransportunternehmer von Maputo ATROMAP (*Associação dos Transportadores Rodoviário de Maputo*) und der nationale Dachverband FEMATRO (*Federação Moçambicana das Associações de Transportes Rodoviários*). Seitdem es jedoch keine Beitrittspflicht in die ATROMAP bei der Lizenzierung eines Fahrzeuges gibt, ist die Mitglieder(innen)zahl deutlich gesunken. Verband und Dachverband sehen sich als Sprachrohr des privaten Personenverkehrs und werden von der (Stadt-)Regierung als Ansprechpartner verstanden. Dieser Status wird wiederum von privaten Personentransportunternehmer(innen)n kritisch hinterfragt: Sie sehen die Verbände als Verlängerung des Regierungsarms und beanstanden hauptsächlich die Praxis einer täglichen Gebührenzahlung für jedes Fahrzeug an die ATROMAP. Strategische Unterstützung erhielten die FEMATRO und der größte Unternehmer(innen)verband (CTA) von Seiten des von der USAID initiierten *Trade and Investment Project*. Dabei wurden Studien zum städtischen Transport (mit Schwerpunkt Maputo) erstellt.

Bei der Betrachtung der Gesetzgebung und Gutachtendokumentation für die mosambikanische Regierung fällt auf, dass teilweise teure technische Geräte und Steuerungssysteme angestrebt bzw. erwartet werden. Diese gibt es derzeit auf dem mosambikanischen Markt gar nicht bzw. müssen dafür sehr hohe Anschaffungskosten angesetzt werden. Als Beispiele sind dabei die gesetzlich verlangten Fahrtenstreifen und die angestrebten „elektronischen Tickets“ zu nennen.

Im Zuge der Dezentralisierung und der Übertragung von Kompetenzen an die *Autarquias* sollen städtische öffentliche Transportunternehmen geschaffen werden.⁵⁶ Kritisch zu bewerten ist dabei allerdings die bisher defizitäre Finanzsituation des staatlichen Unternehmens, das auf Subvention angewiesen ist.

In der Frage des Personennahverkehrs scheint die Regierung derzeit mehrgleisig zu fahren. Zum einen wurden für das staatliche Unternehmen erneut Busse gekauft. Zum anderen wurde gleichzeitig

56 RM (2010c), 71; CMM (2010), 22.

ein *Public Private Partnership* beschlossen, bei der Mitglieder der FEMATRO eine Finanzierung zum Leasing für 50 neue Busse erhalten. Damit wird erhofft, den akuten Notstand des Personenverkehrs zu lindern, doch ist eine klare Strategie nicht erkennbar.

Verstärkt kontrovers diskutiert wird aktuell die Vergabe von Konzessionen für bestimmte Routen. Anfang des Jahres 2010 wurde erstmals eine öffentliche Ausschreibung gestartet. Die von der Stadtverwaltung ausgearbeiteten Ausschreibungsdokumente scheinen viele im Mobilitätsausschuss besprochene Punkte nicht zu beinhalten und keine förderlichen Voraussetzungen für einen verbesserten Personennahverkehr zu schaffen. Besonders kritisiert wird die Forderung, dass nur Unternehmen bzw. Verbände an der Ausschreibung teilnehmen dürfen, die neue Busse mit einer Kapazität für mindestens 40 Fahrgäste vorweisen können. Dies widerspricht der bisherigen Politik im Transportsektor und macht vielen aktuellen privaten Anbieter(inne)n die Beteiligung unmöglich.

Abschließende Bemerkungen

Das dargestellte Beispiel verdeutlicht ein Dilemma zwischen internationalen Leitlinien und einer lokalen Umsetzung. Lokal angepasste *bottom-up* Strategien zur Lösung von Engpässen, wie sie im Falle der Minibusse in Maputo anzutreffen sind, sollen auf lange Sicht verboten werden. Stattdessen werden letztlich *top down* Beschlüsse gefasst, deren Auswirkungen auf den Transportsektor nicht absehbar sind. Dabei besteht die Gefahr, den meist schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen einen verbesserten Zugang zu (Transport-)Dienstleistungen zu erschweren. Beratungen der privaten und staatlichen Personennahverkehrsanbieter(innen) erfolgen oftmals durch internationale Gutachter(innen). Ziel ist dabei neben einer Verbesserung der Situation auch die Errichtung eines „modernerer“ Nahverkehrssystems. Die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung spielen dabei eine untergeordnete Rolle.

Die Sorge um Armut und die in Armut lebenden Menschen sind in der Rhetorik der politischen Entscheidungsträger(innen) immer präsent. Als Lösungsstrategie wird dabei oft auf aktuelle internationale Konzepte, wie Governance, Partizipation und Dezentralisierung zurückgegriffen. Die Ausweitung der Anzahl von Akteur(inn)en bei Entscheidungsprozessen, wie sie in diesen Konzepten gefordert werden, ist allerdings in Mosambik nicht historisch gewachsen. Dies

kann dazu führen, dass solche Konzepte zwar in Strategiepapieren ihren Platz finden, jedoch bei der Umsetzung eine untergeordnete Rolle spielen. Eine „zentralisierte Dezentralisierung“, in der weiterhin die gleichen Personen und Institutionen wie zuvor ihre Entscheidungskompetenzen beibehalten, kann beispielsweise die Folge daraus sein. Gerade angesichts einer zur Einparteienherrschaft erstarrten Parteienlandschaft und der Überschneidung von politischen und wirtschaftlichen Interessen einzelner Akteur(inn)e(n) kann die Durchsetzung solcher Konzepte zu einer weiteren Ermächtigung der schon vorhandenen Eliten führen.

Literatur

- Alberta, Rosita/Mahiquene, Thelma (2007): „Broader Links in Most Municipalities“, in: *Mozambique Political Process Bulletin* 35, 7-8.
- Alkire, Sabina/Santos, Maria Emma (2010): „Mozambique Country Briefing“, online unter: <http://www.ophi.org.uk/policy/multidimensional-poverty-index/mpi-country-briefings> (Zugriff am 05.02.2011).
- BM (o.J.): „Taxas de Câmbio“, Banco de Moçambique (Maputo), online unter: <http://www.bancomoc.mz/> (Zugriff am 11.02.2011).
- Canhanga, Nobre Jesus Varela de (2009): „Descentralização fiscal, transferências intergovernamentais e dinâmicas da pobreza nas autarquias locais“, online unter: http://www.iese.ac.mz/lib/publication/II_conf/CP13_2009_Canhanga.pdf (Zugriff am 02.07.2009).
- Castel-Branco, Carlos Nuno (2010): „Pobreza, Riqueza e Dependência em Moçambique a propósito do lançamento de três livros do IESE“, online unter: http://www.iese.ac.mz/lib/publication/cad_iese/CadernosIESE_03_CNCB.pdf (Zugriff am 04.02.2011).
- Castel-Branco, Carlos Nuno/Ossemame, Rogério (2010): *Mozambique Phase 2*, Global Financial Crisis Discussion Series Paper 18, Overseas Development Institute.
- CMM (2008): *Plano de Actividades Para o Ano Económico 2009*. Maputo: Conselho Municipal de Maputo
- CMM (2010): *Plano de Actividades do Conselho Municipal de Maputo para 2011*. Maputo: Conselho Municipal de Maputo.
- Fox, Louise (2008): *Beating the Odds. Sustaining Inclusion in Mozambique's Growing Economy*. Washington/DC: World Bank.
- Gwilliam, Kenneth M. (2002): *Cities on the Move. A World Bank Urban Transport Strategy Review*. Washington/DC: World Bank.
- Hanlon, Joseph (2007): *Is Poverty Decreasing in Mozambique?* Paper to be presented at the Inaugural Conference of the Instituto de Estudo Sociais e Económicos 19.09.2007.

- Hanlon, Joseph/Renzio, Paolo de (2007): *Contested Sovereignty in Mozambique: The Dilemmas of Aid Dependence*. GEG Working Paper 25, Global Economic Governance Programme.
- Hodges, Tony/Tibana, Roberto (2004): „Political Economy of the Budget in Mozambique“, online unter: <http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/political-economy-mozambique.pdf> (Zugriff am 14.02.2009).
- INE (2004): *Relatório final do inquérito aos agregados familiar sobre orçamento familiar, 2002-03*. Maputo: Instituto Nacional de Estatística.
- INE (2007): *Estatística dos transportes e comunicações, 2007 – Moçambique*. Maputo: Instituto Nacional de Estatística.
- INE (o.J.a): „Distribuição da população de acordo com a sua área de residência, país total, 1980“, Instituto Nacional de Estatística, Maputo, online unter: http://www.ine.gov.mz/censo2007/c8097/pop_censo80 (Zugriff am 08.02.2011).
- INE (o.J.b): „Quadros do 3º censo geral da população e habitação 2007“, Instituto Nacional de Estatística, Maputo, online unter: http://www.ine.gov.mz/home_page/censo07/ (Zugriff am 08.02.2011).
- Merklein, Anne (in Druck): „Urban Governance und Strategien zur Armutsreduzierung in Maputo. Beispiele der aktuellen Entwicklung“, in: Coy, Martin, Hg.: *Städtische Armut im Südlichen Afrika*. Innsbruck: Innsbrucker Geographische Studien.
- Merklein, Anne (2010): „Ohne Handeln keine 'Trendwende'“, in: *Mosambik Rundbrief* 81, 4-6.
- Merklein, Anne/Ammering, Ute (2010): „Mosambik – Armutsbekämpfung mit Widersprüchen“, in: *Geographische Rundschau* 62 (6), 20-27.
- Métier (2009): *Inquérito à População sobre a Prestação dos Serviços Municipais 4ª Edição – 2008 Relatório Final*. Maputo.
- MPF (2004): „Poverty and Well-being in Mozambique: The Second National Assessment“, Ministério de Plano e Finanças (Maputo), online unter: http://www.sarpn.org.za/documents/d0000777/P880-Mozambique_032004.pdf (Zugriff am 08.02.2011).
- Município de Maputo (2006): *Programa de Desenvolvimento Municipal de Maputo – PROMAPUTO*. Maputo: Município de Maputo.
- Município de Maputo (2008): *Plano de Estrutura Urbana do Município de Maputo. I Introdução ao PEUMM*. Maputo: Município de Maputo
- OECD (2010): „DAC2a ODA Disbursements“, online unter: <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=TABLE2A>, aktualisiert am 10.12.2010 (Zugriff am 06.02.2011).
- Paulo, Margarida/Carmeliza, Rosório/Twedten, Inge (2007): „*Xicungo*“: *Social Relations of Urban Poverty in Maputo, Mozambique*. Bergen: Chr. Michelsen Institute.
- PAP (o.J.): „PAP – Programme Aid Partnership. Financial Contribution“, Programme Aid Partnership (Maputo), online unter: http://www.pap.org.mz/financial_contributions.htm (Zugriff am 14.02.2011).

- PAP (2009): „Joint Review 2009. Anexo V: Relatórios dos grupos de trabalho“, Programme Aid Partnership (Maputo), online unter: http://www.pap.org.mz/downloads/anexo5_relatorios_grupos_trabalho_rc2009.pdf (Zugriff am 14.02.2011).
- RM (1997): „Lei n° 2/97“, in: *Boletim da República I Série*. Maputo: República de Moçambique
- RM (2001): *Action Plan for the Reduction of Absolute Poverty (2001-2005) (PARPA)*. Maputo: República de Moçambique.
- RM (2006): *Action Plan for the Reduction of Absolute Poverty 2006-2009. (PARPA II)*. Maputo: Republic of Mozambique.
- RM (2010a): „Plano de acções para o aumento da produção e produtividade“, República de Moçambique (Maputo), online unter: http://www.mpd.gov.mz/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=138&Itemid=84&lang=pt (Zugriff am 07.02.2011).
- RM (2010b): *Pobreza e bem-estar em Moçambique: Terceira avaliação nacional*. Maputo: República de Moçambique.
- RM (2010c): „Programa Quinquenal do Governo para 2010-2014“, República de Moçambique (Maputo), online unter: http://www.portaldogoverno.gov.mz/docs_gov/programa/PQG_2010-14.pdf (Zugriff am 06.02.2011).
- RM (2010d): *Report on the Millenium Development Goals*. Maputo: Republic of Mozambique.
- RM/PAP (2009): „Joint Review 2009 Aide-Memoire“, Republic of Mozambique & Programme Aid Partnership (Maputo), online unter: http://www.pap.org.mz/downloads/aide_memoire_and_paf_jr2009.zip (Zugriff am 07.02.2011).
- Scholz, Ingo (2008): „Mosambik“, in: Wahlers, Gerhard, Hg.: *Budgethilfe als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Wirkungen und Herausforderungen in Ghana, Mosambik, den Palästinensischen Autonomiegebieten und Vietnam; eine Bestandsaufnahme*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 77-95.
- Statistik Austria, Hg. (2006): *Verbrauchsausgaben. Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung*. Wien: Statistik Austria.
- UN Mozambique (o.J.): „UN Reform – Delivering as One“, online unter: <http://mz.one.un.org/eng/How-we-work/UN-Reform-Delivering-as-One> (Zugriff am 06.02.2011).
- UNDP (2006): *Mozambique National Human Development Report 2005. Reaching for the Millenium Development Goals*. Maputo: United Nations Development Programme.
- UNDP (2010): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2010. Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung. Jubiläumsausgabe zum 20. Erscheinen*. Bonn: UNO-Verlag.
- UN-HABITAT (2008): *State of the World Cities 2010/2011. Bridging the Urban Divide*. London: United Nations Human Settlements Programme.

- UN-HABITAT (2009): *Planning Sustainable Cities*. London: United Nations Human Settlements Programme.
- UNICEF (2006): *Childhood Poverty in Mozambique: A Situation and Trends Analysis*. Maputo: United Nations International Children's Emergency Fund.
- UN-ECOSOC (2009): *Africa Review Report on Transport. Final Draft Main Report*. Addis Abeba: United Nations Economic and Social Council.
- World Bank (2006): *Program Appraisal Document on a proposed Credit in the Amount of SDR 20 Million (USD 30 Million Equivalent) to the Republic of Mozambique for PROMAPUTO: the Maputo Municipal Development Program*. Washington/DC: World Bank.
- World Bank (2010): *Project appraisal document on a proposed credit in the amount of SDR 33 Million (USD\$ 50 Million equivalent) on the Republic of Mozambique for a Maputo Municipal Development Programm II (MMDP II)*. Washington/DC: World Bank.

3.

Identität(en)

Amistad Kata-Kata: A Re-Evaluation of the Materiality of the Body

Ulrich Pallua

<i>Talks of equality Are sheer insanity! The Nigger is no citizen, He is a slum and a jungle denizen! Who must be kicked and segregated, His mind and soul asphyxiated</i>	<i>Intimidate and break their best! Be kind and patronise the rest. There is no right Save right of might; And what is might But to be white!</i>
...	

*(“White Racialists” by H.I.E. Dhlomo)*¹

The re-staging of Charlie Haffner’s² play *Amistad Kata-Kata (Based on the True Story of the Amistad Revolt)* by the Freetong Players in 2007/08 not only commemorated the bicentenary of the abolition of the Atlantic Slave Trade³ but in so doing also offered a unique opportunity to re-direct attention to the identity of “Post-European” Africa. This paper will attempt to show how Haffner repositions the “Amistad trope” in the 20th century by “re-semanticizing” the materiality of the body of the enslaved Africans and their leader Shengbe Pieh, and how this re-evaluation of the colonised slave’s corporeality in the 19th-century post-abolition debate is of paramount importance to the working through of the cultural trauma post-independence African collective identity has experienced. The cultural trauma African societies have been struggling to recover from is defined by Alexander as “a horrendous event that leaves indelible marks upon their group consciousness, marking their memories for ever, and changing their

1 Dhlomo (1985).

2 “Born March 26, 1953, Haffner displayed from a very early age a natural love for the theater, a passion that has blossomed into a professional career as a playwright, director, teacher, and actor [...] Disseminating cultural and historical information through the medium of popular theatre, Haffner and the Freetong Players have motivated others and actively participated in raising the social and political awareness of the Sierra Leonean people.” Osagie (2000), 106.

3 Awoko (2007).

future identity in fundamental and irrevocable ways.”⁴ Consequently, Eyerman avers that the trauma must be “understood, explained and made coherent through public reflection and discourse”⁵ also pointing out that “concrete semanticization” is helpful in “counter[ing the] broad prejudices and misunderstandings”⁶ resulting from trauma. The cultural text therefore takes the ideologically charged trope of the colonised subject’s body, repositions it in the 20th century and “redefines” or “re-identifies” the coloniser’s and colonised’s corporeality. As a result it is the “collective memory”⁷ of the atrocities of the slave trade and slavery that propels Sierra Leoneans to remember their own role in the “re-semanticization” of their own identity. As Eyerman contends,

“Collective memory unifies the group through time and over space by providing a narrative frame, a collective story, which locates the individual and his and her biography within it, and which, because it can be represented as narrative and as text, attains mobility.”⁸

Commemorating the Amistad revolt and Sengbe Pieh’s and his fellow slaves’ fight for freedom redefines the cultural heritage of Sierra Leoneans as it identifies their shared past as a body collective in the story of the Transatlantic Slave Trade. As Elizabeth Grosz puts it, “[a]s well as being the site of knowledge-power, the body is thus a site of resistance, for it exerts a recalcitrance, and always entails the possibility of a counter-strategic reinscription, for it is capable of being self-marked, self-represented in alternative ways.”⁹ The repositioning of the Amistad trope does therefore “involve not just a verbal/textual counter-discourse but a reviewing of the body and its signifying practises [...] the postcolonial body disrupts the constrained space and signification left to it by the colonisers and becomes a site for resistant inscription.”¹⁰ Eyerman uses the term “collective narrative”

4 Alexander (2004), 1.

5 Eyerman (2004), 160.

6 Balme (1999), 171.

7 For more information about collective memory/collective history see Olick, Jeffrey K. (1999): “Collective Memory: The Two Cultures”, in: *Sociological Theory* 17 (3), 333-348, and Crane, Susan A. (1997): “Writing the Individual Back into Collective Memory”, in: *The American Historical Review* 102 (5), 1372-1385.

8 Eyerman (2004), 161.

9 Grosz (1990), 64, cited in: Gilbert/Tompkins (1996), 204.

10 Gilbert/Tompkins (1996), 204.

to denominate texts that “can provide means for a “counter-story” for a minority or an oppressed group, in which some of the central concepts of a dominating discourse can be appropriated and given new meaning.”¹¹ This process of re-semanticizing the “body” is the actual “recuperation” of the colonised subject transforming the ideologically charged trope of the slave as human chattel to be sold into slavery into the postcolonial “subject” who is granted full humanity. Remembering the past is part of the collective memory of Sierra Leone and the understanding of its past is thus essential in forming the country’s present. Dhlomo, in this context, highlights the “advocacy of drama as a vehicle for redefining African history.”¹² In this respect, Charlie Haffner’s critical use of the Amistad trope explodes the colonial gaze and shatters it into pieces. One of these pieces, the postcolonial “body”, subsequently undergoes a re-evaluation in that it counteracts Sierra Leone’s “attitude of self-cynicism” and refutes Britain’s “colonial education characteristically discourag[ing] all national histories”¹³ which Osagie has summarised in terms of Sierra Leoneans being “robbed of a victorious national identity.”¹⁴ That is why the collective memory of the Amistad revolt has a formative influence on the present national identity of Sierra Leone as “stable memories [...] create links between the living and the dead and promote consensus over time.”¹⁵ Haffner’s collective narrative therefore forges new links between individual Sierra Leoneans who are urged to remember the past by conceiving of Sengbe Pieh’s memory as constituting a central part of Sierra Leone’s identity.

Amistad Kata-Kata: De-silencing the Past

*Amistad Kata-Kata*¹⁶ premiered at the British Council in Freetown in May 1988. It recounts the Amistad events of 1839-42 where a group of Sierra Leonean slaves led by Sengbe Pieh mutinied and killed cap-

11 Eyerman (2004), 162.

12 Dhlomo (1977), 39.

13 Osagie (1997), 71.

14 Osagie (2000), 99.

15 Schwartz (1991), 222, cited in: Osagie (2000), 99.

16 Hereafter referred to as *AKK* in parenthetical documentation.

tain Ferrer and his cook Celestino on the *La Amistad* (Spanish for “friendship”) bound for Puerto Principe. Horrified by the prospect of being chopped to pieces and being eaten by the white man, they took charge of the ship and forced the two Spanish seamen Ruiz and Montez to take them back to Sierra Leone. Misled by the two Spaniards into believing that they were going back, they actually sailed westward. They were eventually seized by an American ship of war, charged with murder and jailed in New Haven, USA. When the case was ultimately debated in the Supreme Court, former President John Quincy Adams assumed the Africans’ defence and won the case, allowing the slaves finally to board the *Gentleman* for the return journey to Freetown, Sierra Leone. Haffner’s play features a second narrative strand centring on “grandma” who is upset about the “student’s” ignorance about the story of Singbe Pieh constituting a part of the national history of the country. Consequently, in highlighting the radically subversive components of the oral tradition she positions herself in opposition to the younger generation represented by the student who “relies on the usual Western representations in books rather than on the cultural reality around him as the validating source of his own cultural experience.”¹⁷ Grandma thus reminds the student of Pieh’s importance for the country, “Our people have still not seen the importance of using him as a symbol of national pride.” (AKK, 1) When summoned by the Chief Priest the ghost of Pieh appears and tells his story of his being captured and sold into slavery by enacting it as if it were a play for the student to write down. Haffner makes sure that readers¹⁸ are made aware of the fact that what happened on the *Amistad* was actually a breach of the ban of the African slave trade since US law had made slave trading a crime equal to piracy that was punishable by death in 1820. At the same time, however, he hints at the fact that Africans played an important part in the actual selling of slaves to the colonies by having several slaves relate that they were sold into slavery by their own people: “My own king sell me in Bullom country”; “Me and my sisters were sold by our step-

17 Osagie (2000), 107.

18 Since I’ve never seen the play performed I am talking about readers rather than audiences; this paper approaches the issue of the materiality of the body from a literary point of view, thus concentrating on the literary rather than the performative dimensions of the play.

father to pay a debt". (AKK, 6) Even Sengbe himself is traded on to King Shaka "in settlement for a debt." (AKK, 7) Haffner thus materialises the slaves' fate onboard the slave ship on their way to the Americas: when Sengbe asks Celestino about what awaits them in Puerto Principe, Haffner addresses the perceived superstitiousness and ignorance of enslaved Africans which many supporters of the slave trade and slavery had recourse to in their argumentation, as many Africans were of the opinion that the white colonisers' interest in them was of a cannibalistic nature. This is highlighted by Celestino who sardonically states that "[u]pon arrival in Puerto Principe, the Spaniards plan to kill you, chop you up into pieces, dry you up, and eat you." (AKK, 8) Celestino's joke eventually unleashes the mutiny and boosts Sengbe's determination to free his fellow brothers from slavery – "Free us – we are brothers. You are a man, Sengbe" (AKK, 9) – since being slain in a battle for freedom is more honourable than being killed and eaten. Through the enthusiastic support of his fellow slaves he repositions himself as a leader in the fight against the oppression of other human beings: "I swear that I will never surrender to the white man. None of us will be left in slavery. We rather die fighting. God be with us." (AKK, 10) In the process of regaining their freedom the slaves' physical bodies acquire new significations as "[t]he body which has been violated, degraded, maimed, imprisoned, viewed with disgust, or otherwise compromised"¹⁹ is viewed from a completely different perspective, transforming the trope of Africans predestined for enslavement into the post-European agent freely reconfiguring his/her own identity.

"Part of the project of redefining staged identity is to affix the *colonised's* choice of signification to the body rather than to maintain the limited tropes traditionally assigned to it. This oppositional process of *embodiment* whereby the colonised creates his/her own subjectivity ascribes more flexible, culturally laden, and multivalent delineations to the body, rather than circumscribing it within an imposed, imperialist calculation of otherness."²⁰

19 Gilbert/Tompkins (1996), 222.

20 Gilbert/Tompkins (1996), 205.

The recuperation and “re-semanticization” of the past therefore allows for the resurrection of a national/cultural African identity long forgotten, suppressed or simply neglected. One might ask why Haffner is commemorating the Amistad revolt. It is because the “use of historical knowledge in interpreting the present”²¹ does not only “interpret” but also “re-define” identity in the sense of redressing wrongs and “re-focalising” the frozen and distorted vision colonial history had turned into reality. “So whether the past is mythical or implied objective, its validity lies in the position it occupies in society’s shared consciousness or collective memory.”²²

The ship is eventually captured in the seas of North America by the *Gentleman* after the Amistad has been reported to be under the control of black men “armed with knives and dressed in alien costumes.” (AKK, 12) Here Haffner uses the colonial trope of clothes as a marker of civilisation/humanity to expose the distorted subjectivity African slaves were assigned to resulting in the false belief of their suffering from an arrested development which legitimates and justifies their being subjected to enslavement to receive cultural, moral and religious education. According to Gilbert and Tompkins, “[c]ultural cross-dressing and dressing “up” enact the dressing down of sartorial and cultural limitations by fabricating self-conscious strategies for resisting the power inherent even in the coloniser’s dress codes. Costume actively addresses the definition of colonised corporeality and can be used to resist hegemonic locations of the body.”²³ The fact that enslaved Africans are described as wearing “alien costumes” when dressed in European clothes implies their not being part of European culture or “race” – because they wear clothes found on board the ship. Moreover, the trope of cannibalism is also instrumentalised to emphasise the alleged dehumanisation of the slaves. As already mentioned, it exposes not only the slaves’ superstitious belief in the cannibalistic rite of whites enslaving, killing, and eating slaves, but it also illustrates that Africans be allocated a place low on the ladder of civilisation. When the crowd in New Haven yells, “Stop the pirates!! Capture the cannibals!! Save the white race!!

21 Osagie (1997), 65.

22 Osagie (1997), 66.

23 Gilbert/Tompkins (1996), 245.

Down with savagery!! We are not safe!! Our life is threatened!! We can't sail our own ships!! We can't go fishing!!" (*AKK*, 13), Haffner alludes to the general absurdity of the situation, highlighting the mutual manipulation of the two bodies – black/white, colonised/coloniser, black cannibals/white cannibals – thus ridiculing the semantization of Europeans/Americans vs. Africans. Matthew J. Christensen interprets the trope of cannibalism as a “symbol for the economic exploitation, material accumulation, and violent coercion carried out by postcolonial elites”.²⁴ *Amistad Kata-Kata* is Haffner's revolt against the West “project[ing] the label of cannibalism onto those Africans it wants to subordinate, thereby disavowing the cannibalistic underpinnings of its own racially stratified economic organization.”²⁵

Haffner in his play uses Sengbe to determine the postcolonial gaze that is (supposed) to rewrite colonial history, that is amend the African postcolonial body. He is assigned the role of a European hero when Adams compares him to a hero of “ancient Greece and Rome”, the “Black Prince”: (*AKK*, 17)

“had he lived in the days of Greece and Rome, his name would have been handed down to posterity as one who has practiced the most sublime of all virtues – disinterested patriotism and unshrinking courage. Had a white man done it, they would have immortalized him. His name would have been made glorious [...] Africans [...] are entitled to their liberty [...] Africans were born free and are entitled to their freedom [...] It demands, from a humanly civilized nation as ours, compassion. It demands, from the brotherly love of a Christian land, sympathy. It demands, from a republic professing reverence for the rights of man, justice.” (*AKK*, 22)

On the other hand, however, it is the civilising mission of the West allegedly instructing enslaved Africans that the three abolitionists Tappan, Leavitt, and Joselyn capitalise on:

“They are ignorant of our language – of the uses of civilized society and the obligations of Christianity. It is under these circum-

24 Christensen (2005), 3. For detailed information on the trope of cannibalism see Christensen's article.

25 Christensen (2005), 11.

stances, that several friends of human rights and abolition of the slave trade have met to consult upon the case of these unfortunate Africans and appointed a committee to employ all the necessary means to secure the rights of the accused.” (AKK, 16)

The abolitionists have faith in Jones as they want to see “if a man, although he is black, cannot have justice done him here in the United States of America.” (AKK, 16) They hand over a letter to Jones, declaring that “[m]any of the Africans can, now, read and write [...] This has been part of the committee’s effort – to provide for their physical well being and their intellectual and religious instruction.” (AKK, 17) That is when Sengbe and his fellow slaves submissively declare that “he [Mr. James Covey] teach us to sing Christian songs in Mende language.” (AKK, 17) Here we are provided with the coloniser’s dubious justification for enslaving Africans as their enslavement and transportation to the colonies effects the effacement of their former identity by reproducing their “bodies.” Their outcry against the inhumane treatment of Africans is mirrored in their belief in God’s punishment of such immoral behaviour.

“We all born in Mende country [...] Some people say, Mende people crazy. Mende people dolt, because we don’t talk America language. America people don’t talk Mende language. America people dolt? Dear Mr. Adams, you have children. You have friends. You love them. You feel sorry if Mende people come and carry them all to Africa [...] We sorry for America people great deal, because God punish liars [...] Mende people have got souls. All we want is make us free.” (AKK, 17)

This outcry against the immoral behaviour of the coloniser in their treatment of the colonised is encapsulated in President Adams’s question “what can I do for the cause of God and man – for the progress of human emancipation – for the suppression of the African slave trade?” (AKK, 18) It is the “fundamental rights to freedom” that Africans are entitled to in the “name of humanity and justice.” (AKK, 22) Sengbe represents the wronged African leader whose body undergoes a “re-semanticization” creating a new identity or rather re-evaluating (his) old identity which was erased a long time ago by colonial history. “I was not born to be a slave. So, it is better for me to die fighting than to live many moons in misery. And if I am hanged, I will be happy if by dying, I will save my black race from bondage.” (AKK, 21) Grandma and the student’s statement

that “[s]ome white men are bad. But some are good [...] Some black men are also bad, whilst others are very, very good” (AKK, 23) on the one hand hints at the fact that Africans were also partly responsible for the enslavement and transportation of Africans to the Americas, while outlining, on the other, that it was actually God’s mercy that eventually freed Africans from white oppression. “I want you, Sengbe, and all of you to know that Christ has watched over you [...] Christ has raised up friends like us for you [...] And it is Christ who has influenced the grand court to set you free [...] We love God. We love Jesus Christ. He all over. We thank him.” (AKK, 24)

The Broken Handcuff: Unlocked Handcuffs still Dangling from the Wrist

Raymond E. Desouza George’s play *The Broken Handcuff (Give Me Free)*²⁶ is a re-evaluation of the Amistad trope in 1994 celebrating forgotten or silenced Sierra Leonean heroes by “elevat[ing] the stature of the Amistad hero to national significance.”²⁷ What makes Desouza George stand out in terms of re-evaluating the past is the fact that in *The Broken Handcuff* the story of Sengbe Pieh and his fellow slaves now gains centre stage in that Desouza George, on the one hand, focuses on how Africans sold their own brothers and sisters into slavery, and, on the other, highlights how the historical past “is responsible for the present sad state of affairs.”²⁸ The first scene in the play outlines Desouza George’s central social critique thematised in the play: the intolerable practice of selling fellow human beings into slavery, “A brother must sacrifice himself for his people as willingly as you are doing [...] I shall tell the village how happy you were to do your duty.” (TBH, 1) Desouza George uses “a giant handcuff [...] dry leaves and other symbols of slavery” (TBH, 1) to visualise the om-

26 Hereafter referred to as *TBH* in parenthetical documentation.

27 Osagie (2000), 113. Raymond E. Desouza George, born on 14 August 1947, is a “well-known playwright, actor, and professor of theatre studies at the University of Sierra Leone in Freetown. He has had a long history in the theater from his recitals in elementary school to his performances with the Tabule Theater group, to his present international status as a playwright and theatre professional.”

28 Osagie (2000), 114.

nipresence of the enslavement of what Osagie calls “the enslavement of African minds rather than African bodies”,²⁹ Claiming that the mind is willing but the body is weak, Lavalie asserts that this is how

“much of our history and culture were swept away. Weak bodies can be motivated by willing minds [...] We fought for freedom – then used the freedom to sell our brothers, our fathers, our mothers, our wives, sons and daughters – all we had. Even the things that make us what we are. We killed ourselves in those sales and are still killing our hero[e]s with dishonour [...] those worthy sons we neglect as we bask in our chronic aura of nationalistic indifference and ignorance.” (*TBH*, 2)

The reminiscence of what it meant to be enslaved at the time of the Amistad revolt, the idyllic past before the white man tore apart this “untouched reality”,

“They began to take us away One by one
With our self-respect They killed everything.” (*TBH*, 3)

induces Desouza George to highlight how slavery has distorted that reality when he makes Lavalie maintain:

“Are those the reasons we lack self esteem – we lack a sense of identity – we gullibly embrace all those things which are constantly telling us we are a people without roots – without hero[e]s – without pride? Why did they endure all that? If the courage of some of those we send to the world beyond – some of those we condemn to a living hell – some whose apparent unworthiness shame our assumed virtues – if only their courage and greatness could have been frozen so that when the lights go out they thaw and flow in rivulets of hope?” (*TBH*, 3)

In scene three, entitled “Independence Beyond the Grave”, one of the protagonists, Bai-Bureh³⁰, pinpoints the cause of the problem accusing the governor of merely pretending to be “philanthropic” (*TBH*, 4), identified by Akunna as “a cover to devastate the culture, heritage and resources of our people.” (*TBH*, 5) What thus makes

29 Osagie (2000), 114.

30 Bai Bureh, a Temne chief, “[...] resisted the attempts of the British to impose a hut tax on Sierra Leonean natives.” Osagie (1997), 71.

the play unique is that Desouza George expects the audience/readers, in the name of Sengbe, to remember how they have forgotten or just disregarded the people who contributed to the formation of their own identity when in the scene entitled “Life in the Village – Sun and Moon in Combat” the moon and its brightness, representing the pureness and originality of African culture, is “disturbed by clouds” and a “opaque body [the sun] to create the effect of an eclipse.” (*TBH*, 9)

Part II of the play brings to the fore the “degrading” and “humiliating” experience of being enslaved, when it all “started in the – in the human mind.” (*TBH*, 21) The actual process of liberation, of gaining freedom is to counteract what Europeans indoctrinated Africans to take for granted, that “[z]is peoples, animals. No srit like humans.” (*TBH*, 23) Desouza George aptly juxtaposes the biased view the abolitionists have of the “worthy cause [...] They [slaves] lack knowledge of the practises of civilized society, our language and the obligations of Christianity” (*TBH*, 26) and the Africans’ “fight against injustice.”³¹

“We love peace, we love people [...] We not animals; we not slaves, we people like white people; but we come from another place. We love peace; we love life; we love freedom [...] Mendi people have got souls – All we want is to make us free [...]” (*TBH*, 28, 29)

Even if after the acquittal of the accused Africans Lavalie asserts that “on that day, in that case, justice and humanity were victorious. With time, Justice would cease to ask the colour of a man’s skin” (*TBH*, 31), scene four, entitled “Return – Disillusionment – Death and Burial” (*TBH*, 31), demonstrates that on that day only the bodies of these Africans were set free, but not the mind. When they return, Sengbe learns of the destruction of his town and Lavalie puts it in a nutshell when he asks:

“Returned to what? For him in particular (pointing at the body) to ignoming at the base of the pinnacle his stature commanded as a man. The heart of one of the most famous trials in American

31 Osagie (2000), 117.

legal history. A link between two great continents. Even though the end of that life (again indicating the body) fell so low, Nature can be proud of his spirit.” (*TBH*, 32)

At least, Desouza George offers a glimmer of hope in that he takes the story of the Amistad revolt/Sengbe Pieh to his fellow Sierra Leoneans whose responsibility it is to commemorate the hero(es) of the past and to re-evaluate or rather give birth to their own long-neglected history, neglected and disregarded by the white/black coloniser and by themselves in particular. As Osagie summarises, the play “engages the artistic representation of the event in relation to the political determination of Sierra Leoneans to candidly confront the memories of the past.”³²

Summing up, Charlie Haffner’s play *Amistad Kata-Kata* generates “a new sense of national and historical belonging,” confronting people with an “available past”, a commemorative event belonging to the people of Sierra Leone”.³³ The play thus puts special emphasis on the materiality of the African body and attempts to change or rather reinstate the gaze that in the colonial period successfully effaced the identity of enslaved Africans. By “re-semanticizing” the African body Haffner manages to challenge the postcolonial gaze on Africa, which, in fact, still envisions African identity as being different from modern Western identity, and re-directs attention to the identity of “Post-European” Africa. Gilbert and Tompkins thus assert that

“[b]y revising the gaze – and frequently fracturing it – post-colonial performance can invest the audience with more substantial and varied viewing frames through which to reinterpret the site of colonial authority [...] the staged post-colonial body is one of the most malleable and resonant vehicles for subverting and problematising the roles of identity, subjectivity, and corporeality that colonialism has assigned to the colonised subject.”³⁴

Haffner instrumentalises the Amistad trope to make Africans aware of the postcolonial gaze on their own identity by “recuperat[ing] marginalised subjects, or, alternatively, [by] dismantl[ing] all racial

32 Osagie (2000), 118.

33 Osagie (1997), 77.

34 Gilbert/Tompkins (1996), 252-3.

categories by showing their constructedness.”³⁵ The recuperation of their own (African) history during the colonial period comprises commemorating the effacement of the African body by the European coloniser, and recuperating/confirming the African “body” in establishing a “modern”, 20th-century/21st-century, “Post-European” African identity. Haffner makes sure that the national identity of Sierra Leone “witnesses” the “re-memory” of the past as well as the validation of the past.”³⁶ Desouza George’s play *The Broken Handcuff* stands out as he uses the disregard for the European dominance in the story to celebrate the African “side” of the story, and ultimately African history. Desouza comments “on the dishonourable manner in which Sierra Leoneans treat their heroes,”³⁷ but at the same time generates interest of Sierra Leoneans in their own past and the history of their national identity, and thus in their own present and future existence. His approach to the Amistad trope serves as a reminder for Sierra Leoneans to embrace their past as a crucial part of their collective memory and history. Sierra Leone has in fact commemorated Sengbe Pieh and the Amistad in the form of iconographic forms, that is Sengbe Pieh “graces the highest denomination of currency in Sierra Leone” and is immortalized on “murals and stamps;”³⁸ a highly interesting fact if we compare it to Josiah Wedgwood’s anti-slavery medallion used as a seal by the Abolition Society, and various other items used to make people aware of the atrocities of the slave trade and the inhumane treatment of enslaved Africans. According to Osagie, “this call to memory represents the surge of hope birthed in the struggles of ancestors, their legacies of resistance, and their testimonies of self-recognition both in Africa and the United States.”³⁹

35 Gilbert/Tompkins (1996), 206.

36 Osagie (2000), 110.

37 Osagie, (1997), 77.

38 Osagie (2000), xiii.

39 Osagie (2000), 118.

References

Primary Sources:

- AKK = Haffner, Charlie (1987): *Amistad Kata-Kata (Based on the True Story of the Amistad Revolt). A Play in Three Acts*. Freetown, Sierra Leone, unpublished.
- TBH = Desouza George, Raymond E. (1994): *The Broken Handcuff (Give Me Free). A Play*. Freetown, Sierra Leone, unpublished.

Secondary Sources:

- Alexander, Jeffrey C. (2004): "Toward a Theory of Cultural Trauma", in: Alexander, Jeffrey C., et al., Eds.: *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University of California Press, 1-30.
- Awoko (2007): "Freetong Players to commemorate slave trade abolition", *Awoko Newspaper*, 5 October 2007, online at: <http://www.awoko.org/2007/10/05/freetong-players-to-commemorate-slave-trade-abolition/> (accessed 1 April 2010).
- Balme, Christopher B. (1999): *Decolonizing the Stage: Theatrical Syncretism and Post-Colonial Drama*. Oxford: Clarendon Press.
- Christensen, Matthew J. (2005): "Cannibals in the Postcolony: Sierra Leone's Intersecting Hegemonies in Charlie Haffner's Slave Revolt Drama 'Amistad Kata-Kata'", in: *Research in African Literature* 36 (1), 1-19.
- Dhlomo, H.I.E. (1977): "Literary Theory and Criticism of H.I.E. Dhlomo", in: Visser, Nick, Ed.: *English in Africa*, Special Issue 4 (2), 19-22.
- Dhlomo, H.I.E. (1985): "White Racialists", in: Visser, Nick/Couzens, Tim, Eds.: *H.I.E. Dhlomo: Collected Works*. Johannesburg: Ravan Press, 379-381.
- Eyerman, Ron (2004): "The Past in the Present: Culture and the Transmission of Memory", in: *Acta Sociologica* 47 (2), 159-169.
- Gilbert, Helen/Tompkins, Joanne (1996): *Post-colonial Drama: Theory, Practice, Politics*. London/New York: Routledge.
- Grosz, Elizabeth (1990): "Inscriptions and Body-maps: Representations of the Corporeal", in: Threadgold, Terry/Granny-Francis, Anne, Eds.: *Feminine/Masculine and Representation*. Sydney: Allen & Unwin, 62-74.
- Osagie, Iyunolu Folayan (1997): "Historical Memory and a New National Consciousness: The Amistad Revolt Revisited in Sierra Leone", in: *The Massachusetts Review* 38 (1), 63-83.
- Osagie, Iyunolu Folayan (2000): *The Amistad Revolt: Memory, Slavery, and the Politics of Identity in the United States and Sierra Leone*. Athens/London: University of Georgia Press.

Afrikanerinnen und Afrikaner in Globo: Idealtypische Profile als wissenschaftliches Instrument

Andreas Exenberger und Josef Nussbaumer

Die Welt ist kompliziert. Konsequenterweise gibt es daher viele Versuche, sie zu erklären, und das sowohl auf der Ebene der Wissenschaft wie auch auf der Ebene der Bildung, was oft die Reduktion von Komplexität zur Folge hat. Der vorliegende Beitrag basiert einerseits auf einem dieser Versuche und will ihn andererseits im Zusammenhang mit Afrika weiter entwickeln. Grundlage ist ein eigenes Gedankenexperiment, bei dem die Welt des Jahres 2000 als ein Dorf mit 100 Menschen vorgestellt wird.¹ Von vergleichbaren Versuchen hebt sich dieser dabei nicht zuletzt dadurch ab, dass er deutlich umfassender im Hinblick auf die zusammengestellten Sachverhalte und deutlich fundierter im Hinblick auf die verwendeten Quellen ist als ähnlich gelagerte und oft sehr oberflächliche und/oder missionarisch veranlagte Anläufe.²

1 Gemeint ist das Buch *Unser kleines Dorf. Eine Welt mit 100 Menschen* von Josef Nussbaumer, Andreas Exenberger und Stefan Neuner, erstmals erschienen 2009 im IMT-Verlag in Kufstein, sowie im Februar 2010 in 2., überarbeiteter und im Juli 2010 in 3., verbesserter Auflage. Vgl. Nussbaumer et al. (2009, 2010).

2 Es gibt unseres Wissens nach auch international kein zweites Buch mit wirklich vergleichbarem Inhalt. Am ehesten ist vielleicht noch auf Meadows (2002) zu verweisen, eine allerdings nur 44-seitige Broschüre, auf Smith/Armstrong (2002), ein schön bebildertes 32-seitiges Kinderbuch, oder auf BMBWK (2002), wo auf den Seiten 110 bis 119 ein entsprechendes „Quiz“ als Material für den Schulunterricht zu finden ist, sowie auf Kaml (2003), eine Diplomarbeit bei Koautor Josef Nussbaumer, die zweifellos ihren Beitrag geleistet hat, dass die Idee sich weiter konkretisiert hat. Die meisten Versuche haben aber eher den

Der Versuch, diesen Ansatz weiterzuentwickeln, bezieht sich auf die detailliertere Charakterisierung der fiktiven Menschen in diesem Dorf im Hinblick auf bestimmte sozio-demografische Dimensionen anhand des Beispiels Afrika, das auf der Basis der erhobenen Daten in diesem Gedankenexperiment in mehrerlei Hinsicht als ein extremer Ort erscheint. Diese Weiterentwicklung kann potentiell in zumindest drei Richtungen verwertet werden: erstens als Basis für die erzählerische Verdichtung des Gedankenexperiments als imaginiertes echtes „Dorf“ (was im zugrundeliegenden Fachbuch nicht geschieht); zweitens als Basis für die didaktische Vermittlung der darin enthaltenen Inhalte; drittens als wissenschaftliches Instrument und damit letztlich als Methode für die Forschung.

In diesem Beitrag geht es nun darum, die Methode zu veranschaulichen, diese Charakterisierung dann durchzuführen und anschließend vor allem ihr wissenschaftliches Verwertungspotential zu diskutieren. Dafür ist es erforderlich, die betroffenen „Personen“ zuerst im Hinblick auf verschiedene demografische, soziale und ökonomische Faktoren in Form von „idealtypischen Profilen“ näher zu charakterisieren, was auch den beiden anderen Zielen dient. Diese „Profile“ sind Charakterisierungen von Personen in einem eher abstrakten, kursorischen und bis zu einem gewissen Grad statistischen Sinn. Sie ermöglichen eine „dichte“ (oder zumindest „dichtere“) Beschreibung³ der Menschen im Dorf und damit der globalen Lebensrealitäten. Dass diese Menschen aber natürlich nur imaginiert, ja konstruiert und damit rein abstrakte, statistische Größen sind, gewissermaßen real nicht existierende Durchschnittsmenschen par excellence, macht diese Profile schließlich „idealtypisch“. Ausgehend davon soll zudem die Frage diskutiert werden, inwieweit solche Profile als wissenschaftliches Instrument tauglich sind: Geht ihre Leistungsfähig-

Charakter von Flugblättern oder Kettenbriefen, wie etwa – exemplarisch für viele und in manchen Punkten geradezu ärgerlich falsch – die Sammlung auf <http://www.lustigestories.de/stories/100einwohner.php>. Konsequenterweise stammte eine Motivation für das Buch auch daher, den vielen, teils im Detail, teils aber auch fundamental unrichtigen Sammlungen eine fundierte Zusammenstellung und Analyse entgegenzustellen.

3 Die Ähnlichkeit mit dem Konzept der „*thick description*“ nach Clifford Geertz – vgl. etwa Geertz (1973) oder Geertz (1983) – ist mehr als bloß semantisch, vielmehr ist die hier gewählte Vorgehensweise durchaus davon inspiriert. Es gibt aber auch sehr wesentliche Unterschiede, auf die in der analytischen Reflexion noch näher einzugehen sein wird.

keit hinaus über die bloße Veranschaulichung und bessere Begreifbarkeit von Sachverhalten und daher über einen didaktischen Nutzen oder nicht?

Wenn man sich die Welt des Jahres 2000 also in einem Gedankenexperiment als ein Dorf mit 100 Menschen vorstellt, hätte der „Weiler“⁴ Afrika 13 Einwohner(innen). Der Beitrag wird in drei Teile gegliedert, ehe ein Resümee die wichtigsten Punkte nochmals zusammenfassen soll: zuerst werden einige Eckpunkte skizziert, die das „Dorf“ ausmachen, das wir „Globo“ nennen, und dabei wird die hinter dem Experiment stehende Methodologie erläutert; daran anschließend werden die 13 Personen in Form von idealtypischen Profilen charakterisiert und es werden Datenbasis und Vorgehensweise erläutert; zuletzt erfolgt die Diskussion um das wissenschaftliche Potential dieser Erweiterung des Experiments und die damit verbundenen Gefahren.

Unser kleines Dorf „Globo“

Der gedachte Ort „Globo“ entsteht durch Ausführung einer simplen Rechenaufgabe: die Umrechnung sämtlicher statistischer Daten über die Welt (Menschen, Flächen, Mengen, Geld), als ob sie im Jahr 2000 ein Dorf mit 100 Menschen gewesen wäre, d.h. ihre Division durch rund 61 Millionen.⁵ Das Jahr 2000 wurde als historisches Referenzdatum gewählt, weil es ein Jahrtausendwechsel war und dadurch stabile intertemporale Vergleiche möglich werden. Daraus ergibt sich dann folgende Bevölkerungsverteilung auf die sechs „Weiler“ des Dorfes, die zur besseren Verdeutlichung von Differenzen innerhalb der Welt eingeführt wurden (und die teils mit demselben Ziel noch weiter un-

4 So der im Gedankenexperiment gewählte Begriff, eine im gesamten deutschen Sprachraum in unterschiedlicher Form verbreitete Bezeichnung für einen Orts- bzw. Dorfteil, der aus wenigen Häusern besteht.

5 Die exakte Zahl beträgt dabei 60.711.441, ein Hundertstel der Weltbevölkerung im Jahr 2000 nach Maddison (2003), der als Basis gewählt wurde, weil er die einzige umfassende intertemporal und international vergleichbare Datensammlung für langfristige historische Vergleiche ausgearbeitet hat. Natürlich sollte man diese konkrete Zahl trotzdem nicht allzu genau nehmen, gibt es doch selbst für die Bevölkerungszahl im Jahr 2000 unterschiedliche Angaben in unterschiedlichen Quellen, aktuelle (und übrigens ebenfalls mehrfach revidierte) Angaben der UN liegen z.B. um rund 0,85 % höher, vgl. UN (2011).

tergliedert wurden): 61 Menschen lebten in Asien, 13 in Afrika, 12 in Europa (einschließlich Russland, wobei mittlerweile 8 davon innerhalb der Grenzen der EU leben), 9 in Lateinamerika (einschließlich der Karibik), 5 in Nordamerika und 0 in Ozeanien.⁶ Wie auch sonst in diesem Experiment folgt die konkrete Umrechnung einer Grundregel: die Aufteilung von Daten auf die einzelnen Weiler geschieht derart, dass die Teilsummen jedenfalls die zuvor umgerechnete weltweite Gesamtsumme ergeben. Diese Regel erfordert unterschiedliche Rundungsunschärfen, insbesondere bei allen Angaben über Menschen: da es keine halben (oder sonst wie geteilten) Menschen geben kann, wurden nach erfolgter Division die Reste der Größe nach geordnet und so lange auf ganze Personen aufgerundet, bis die weltweite Gesamtsumme erreicht war, was im Fall der nicht aufgerundeten Angaben de facto Abrundungen bedeutete.⁷ Bei Geldeinheiten oder Mengenangaben verursacht die Aufteilung auf Weiler weniger Probleme, weil hier Kommastellen problemlos plausibel gemacht werden können.

Da derzeit jedes Jahr eine Person in Globo stirbt, während zwei (und manchmal sogar drei) geboren werden, ist die Bevölkerung inzwischen (bis Mitte 2011) auf 114 gestiegen, betrug aber im Jahr 1950 erst 42 und im Jahr 1900 erst 27 Personen. Das Realeinkommen betrug im Jahr 2000 insgesamt 601.200 \$ bzw. rund 6.000 \$ pro Kopf, während es noch 1950 erst 87.800 \$ insgesamt bzw. 2.100 \$ pro Kopf waren (alle Angaben in kaufkraftbereinigten Internationalen Dollar von 1990).⁸

Die Gesamtfläche von Globo beträgt 840 Hektar, wobei allein 590 davon von Wasser bedeckt werden. Weitere 30 Hektar sind ver-

6 Die Gesamtbevölkerung von Australien, Neuseeland und den pazifischen Inselstaaten (Papua-Neuguinea, Fiji und andere) betrug im Jahr 2000 nur rund 30 Millionen, was rechnerisch nicht für eine Person in Globo ausreicht.

7 Das kann zur Folge haben, dass je nach Verteilung der jeweiligen Teilergebnisse relativ zur Gesamtsumme im einen Fall z.B. erst bei einem Rest von 0,8 aufgerundet wird, im anderen hingegen schon bei 0,3. Speziell die simple Rückrechnung der Angaben über Personen durch Multiplikation mit 61 Millionen würde daher zu sehr ungenauen Angaben führen und sollte unterlassen werden, insbesondere bei niedrigen Zahlen.

8 Alle Bevölkerungs- und Realeinkommensangaben nach Maddison (2003). Das Nominaleinkommen (in nicht kaufkraftbereinigten US-Dollar) wäre deutlich höher und hat in der Zwischenzeit – trotz Wirtschaftskrise – bereits die Millionengrenze überschritten.

gletschert und 70 bestehen aus Land, das agrarisch praktisch nicht nutzbar ist (Berge, Wüsten, „Unland“). Der Rest besteht zum Großteil aus Wald (65 Hektar) und Gras- und Weideland (57 Hektar), 25 Hektar sind Ackerland (wobei 4 davon brach liegen) und 3 Hektar tragen menschliche Infrastruktur (wie Gebäude oder Straßen).⁹ Wirft man noch einen genaueren Blick auf die Demografie in Globo, ergibt sich eine Gleichverteilung zwischen Männern und Frauen und ein deutliches Übergewicht von jungen Menschen: 30 sind jünger als 15 Jahre und allein 10 davon sogar jünger als 5 Jahre, hingegen sind nur 19 zumindest 50 Jahre alt und gar nur 7 davon zumindest 65.¹⁰

Schließlich gäbe es viele Zahlenangaben, die man für die Charakterisierung der sozio-ökonomischen Verhältnisse in Globo heranziehen könnte. Um auch hier einen knappen Einblick in die 68 Abbildungen und insgesamt 108 Textseiten zu geben, sei auf einige „Highlights aus unserem kleinen Dorf“ verwiesen:¹¹

- In Globo leben 45 Menschen von weniger als 2 \$ pro Tag (kaufkraftbereinigt). Während nur 2 Personen 50 Prozent des gesamten Vermögens besitzen, besitzen 50 Menschen nur 1 Prozent.
- 61 Prozent des gesamten Konsums entfällt auf nur 12 Menschen, 39 Prozent auf die restlichen 88 (siehe auch Abbildung 1).
- 15 Menschen leben in Slums, 20 ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und 45 ohne ausreichende sanitäre Versorgung.
- Mindestens 28 Menschen sind „fehlernährt“: 17, weil sie hungrig, und 11, weil sie fettleibig sind.
- Es werden insgesamt jährlich 430 Barrel Öl verbraucht, gleichzeitig leben 27 Menschen ganz ohne Strom und 39 sind zum Kochen und Heizen auf Biomasse angewiesen.¹²

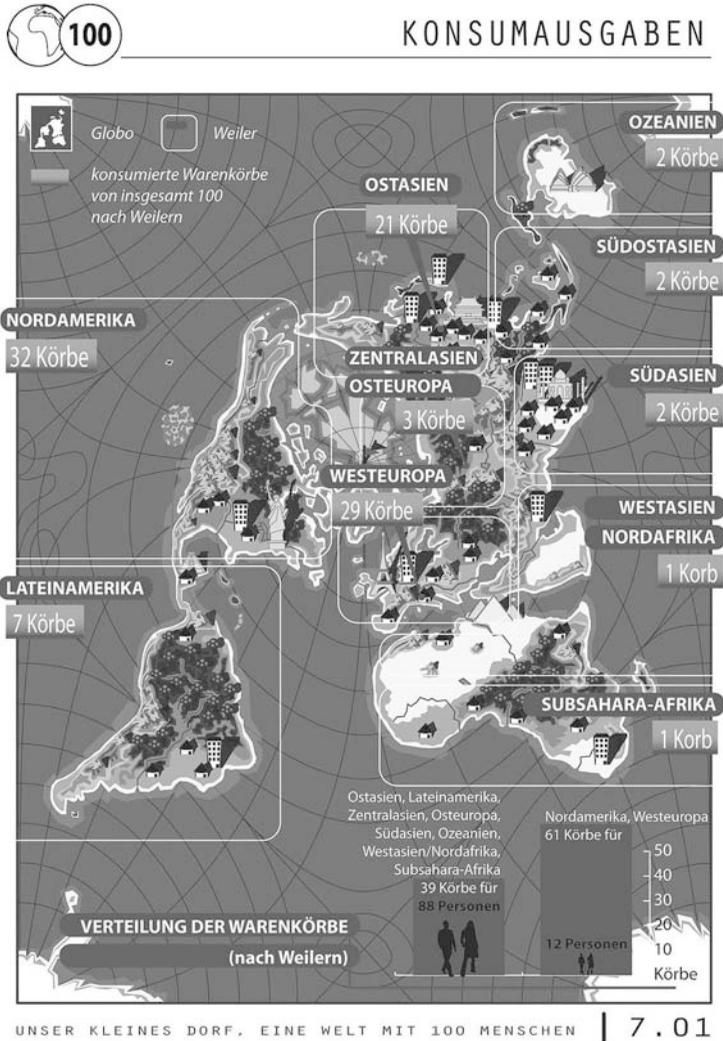
9 Vgl. dazu den *Wikipedia*-Eintrag zur „Erdoberfläche“ (online unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Erdoberfl%C3%A4che#Daten>) sowie Carus (2008), Folie 20.

10 Diese Zahlen ergeben sich durch Anwendung der Altersgruppen-Relationen gemäß den Schätzungen der Vereinten Nationen auf die Bevölkerungsangaben nach Angus Maddison, wobei die oben erwähnten Rundungsregeln angewandt wurden. Vgl. Maddison (2003) und UN (2011).

11 Vgl. Nussbaumer et al. (2010), 190. Für Primärquellenangaben siehe die weiterführenden Quellenverweise im Anschluss an diesen Beitrag.

12 Damit sind nicht die ökologisch inspirierten Hackschnitzelheizungen in reichen Ländern gemeint, sondern das tägliche Holzsammeln in Ermangelung von Alternativen, das ökologisch sogar problematisch ist.

Abbildung 1: Konsumausgaben in Globo¹³



13 Nussbaumer et al. (2010), 129, Originaldaten nach Worldwatch Institute (2004), 41, SW-Darstellung einer im Original farbigen Abbildungen.

- Von den 20 Kindern im Alter zwischen 5 und 14 Jahren, die in Globo leben, müssen 4 arbeiten, um zu überleben.
- Die 6 Menschen in Westeuropa geben jährlich je 2.150 US\$ (in Werten von 2005) für ihre Gesundheit aus, davon ein Viertel privat, die 22 in Südasien nur 130 US\$, davon vier Fünftel privat.
- Gemessen an der Biokapazität von Globo und bezogen auf den Ressourcenverbrauch könnten nur noch 85 Menschen „nachhaltig“ dort leben.¹⁴ Nach nordamerikanischem Lebensstil wären es sogar nur 22, hingegen 240 nach südasiatischem Lebensstil.
- Es gibt 11 Autos und 11 private Handfeuerwaffen.

Das Buch kommt, durchaus mit Referenz zu Debatten um „Grenzen des Wachstums“,¹⁵ zu dem Schluss, dass das menschliche Handeln in seiner Gesamtheit offensichtlich durch fehlende Nachhaltigkeit gekennzeichnet ist. Sie bildet zusammen mit fehlendem Frieden und fehlender Gerechtigkeit (wobei man Ungerechtigkeit vielleicht für die zugrundeliegende Ursache der anderen beiden Probleme halten kann) das Dreigestirn aus Umwelt-, Gewalt- und Verteilungsproblem. Dazu kann man sich vor Augen führen, dass nur zwei Menschen (beide sind Männer) im Besitz der Hälfte aller materiellen und immateriellen Vermögenswerte in Globo sind und insgesamt nur zehn (darunter vermutlich auch ein oder zwei Frauen, aber kein Mensch aus Afrika) 85 Prozent besitzen.¹⁶ Es sind dies zugleich dieselben Personen, deren Lebensstil für einen Großteil des Ressourcenverbrauchs in Globo verantwortlich ist.

Das hier skizzierte Gedankenexperiment stößt aber durchaus auch an seine Grenzen, etwa schon bei der Umrechnung von Entfernungen, die schon aus rein mathematischen Gründen nicht funk-

14 Nachhaltigkeit wird hier generell im Sinne des Brundtland-Berichts von 1987 verstanden und also als Ressourcenverbrauch ohne Beeinträchtigung der Lebensgrundlage zukünftiger Generationen („sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“). Vgl. WCED (1987), Kapitel 2, Punkt 1.

15 Vgl. dazu Meadows et al. (2006) oder auch Rifkin (2010). Ein Interview mit Jeremy Rifkin im *Standard* am 20. Jänner 2009 anlässlich der Amtseinführung von US-Präsident Barack Obama, in dem er ähnlich gelagerte Krisen konstatiert (vgl. <http://derstandard.at/1231152281790/>), wird einleitend im Buch zur Einordnung der Inhalte ausführlich erwähnt.

16 Nussbaumer et al. (2010), 156, basierend auf: Bröckers (2007), 97.

tionieren kann. Das gilt aber auch, wenn man versucht, die politischen Verhältnisse der realen Welt auf das Dorf zu übertragen, oder dann, wenn man Informationen verarbeiten will, die zu vielfältig sind, um sie auf der Ebene von nur 100 Personen abzubilden. Dazu zählen z.B. Angaben über die Angehörigen konkreter Berufsgruppen, die in der Regel die statistische Schwelle nicht überschreiten, weil ja schon die Gesamtzahl der formell Beschäftigten im gesamten Dorf nur 52 beträgt (von denen der Großteil dann mehrere Berufe ausübt). Was allerdings die Grenzen nicht sprengt, ist eine „dichtere“ Charakterisierung der Personen in Globo, was nun anhand der Bevölkerung im Weiler Afrika aufgezeigt werden soll.

Die 13 Afrikaner(innen) in Globo

Im Weiler Afrika lebten also im Jahr 2000 insgesamt 13 Menschen (2011 sind es vermutlich bereits 17, wir bleiben aber bei der Referenzangabe). Diese Menschen leben auf einer Landfläche von 50 Hektar (das wäre ein Rechteck von 500 mal 1.000 Metern), die zu einem beträchtlichen Teil aus Wüsten (17 Hektar) und tropischen Regionen besteht (insgesamt 11 Hektar sind bewaldet). Die Bevölkerungsdichte ist daher im Vergleich zum Gesamtdorf unterdurchschnittlich. Die idealtypischen Profile der 13 Frauen und Männer werden nach drei Dimensionen entwickelt: erstens nach Geschlecht und Alter, zweitens nach Herkunft (Sprache, Religion, „Nationalität“) und schließlich drittens nach den sozio-ökonomischen Lebensumständen.

Geschlecht und Alter

Anhand des Beispiels Geschlecht und Alter soll näher gezeigt werden, wie die Berechnungen konkret durchgeführt wurden und warum es nötig ist, sie in den Gesamtkontext des Dorfes einzubetten, also zumindest in ihren Grundzügen für die gesamte Welt durchzuführen.

Für die Aufteilung der Bevölkerungen in Globo auf die Geschlechter ergeben sich damit zwei Rahmenbedingungen: einerseits beträgt die Gesamtaufteilung 50 zu 50, weil der Männerüberschuss von nahezu 50 Millionen Menschen in der realen Welt nicht ausreicht, um auch in Globo sichtbar zu werden, wo der Unterschied rein rechnerisch ja zumindest 2 Personen betragen müsste. Andererseits müssen alle Weiler mit ungerader Globo-Bevölkerungszahl schon rein rechnerisch eine Differenz von 1 Person ausweisen.

Tabelle 1: Verteilung der Geschlechter in Globo¹⁷

	Globo- Menschen	Weltbevölkerung		Verhältnis m/w	Globo- Männer	Globo- Frauen
		männl.	weibl.			
Afrika	13	6,67	6,69	0,996	7	6
Asien	61	31,37	29,88	1,050	31	30
Europa	12	5,76	6,21	0,927	6	6
Lateinamerika	9	4,25	4,33	0,982	4	5
Nordamerika	5	2,53	2,63	0,965	2	3
Ozeanien	0	0,26	0,26	0,996	0	0
SUMME	100	50,84	50,01	1,017	50	50

Wie Tabelle 1 zeigt, haben diese Rahmenbedingungen auch einige seltsame Auswirkungen:

- In Europa, dem Weiler mit dem real stärksten Frauenüberhang, ist das Verhältnis trotzdem ausgeglichen 6 zu 6, weil der Unterschied keine Differenz von 2 Personen rechtfertigt.
- In Globo ergibt sich hingegen ein Frauenüberhang von 1 Person in Nordamerika und in Lateinamerika, wo deren Anteil nach Europa relativ am größten ist.
- Der Weiler Asien ist der einzige mit einem Männerüberhang von rechnerisch 1,48, was zu 1 Person abgerundet werden muss.
- In Afrika ergibt sich daher die besondere Situation, dass zwar real ein Frauenüberhang besteht, dieser aber abgesehen vom unbesiedelten Ozeanien am relativ geringsten ist, sodass sich für Afrika in der Globo-Welt rechnerisch ein Männerüberhang von 1 Person ergibt.

Schon daran erkennt man, dass für die Konsistenz des Gedankenexperiments einige Abstriche bei der Akkuratessse einzelner Umrechnungen gemacht werden müssen. Das gilt noch stärker im Fall der Altersgruppen, wie Tabelle 2 zeigt, bei der die Bevölkerung jeweils in Zehnjahres-Kohorten aufgeteilt ist mit einer Restkategorie ab 70

¹⁷ Umrechnung der Weltbevölkerung aufgrund von Angaben nach UN (2011) für das Jahr 2000. Hier zeigt sich die für globale Daten so typische Abweichung der Angaben verschiedener Quellen: Die Gesamtsumme laut UN beträgt auf Globo übertragen für 2000 nämlich 100,85 (wobei die Abweichungen im Detail verschmerzbar sind). Da die UN aber keine mit Maddison (2003) vergleichbaren historischen Angaben macht, Maddison dafür wiederum keine Angaben über die Geschlechter, müssen diese beiden Quellen integriert werden.

Jahren. Letztlich gibt es dabei große Rundungsunschärfen, wobei es nur in jenen zwei Kohorten möglich ist, Unterschiede in der Verteilung auf die Geschlechter auch sichtbar zu machen, die ungerade Gesamtzahlen aufweisen. Günstigerweise sind das auch jene Kohorten mit dem stärksten Frauenüberhang und dem zweitstärksten Männerüberhang, was der Aufteilung eine gewisse Plausibilität lässt.

Tabelle 2: Verteilung der Menschen in Globo nach Alterskohorten¹⁸

	Globo- Menschen	Weltbevölkerung männl.	weibl.	Verhältnis m/w	Globo- Männer	Globo- Frauen
0 bis 9 Jahre	20	10,49	9,81	1,070	10	10
10 bis 19 Jahre	19	10,01	9,51	1,053	10	9
20 bis 29 Jahre	16	8,55	8,25	1,037	8	8
30 bis 39 Jahre	14	7,48	7,27	1,030	7	7
40 bis 49 Jahre	12	5,90	5,75	1,026	6	6
50 bis 59 Jahre	8	3,87	3,92	0,988	4	4
60 bis 69 Jahre	6	2,69	2,91	0,922	3	3
70 Jahre +	5	1,85	2,59	0,713	2	3
SUMME	100	50,84	50,01	1,017	50	50

Die Aufteilung dieser Personen auf die einzelnen Weiler erfordert weitere Kompromisse und kann nicht ohne ein gewisses Maß an Willkür erfolgen, was die genauere Alterszuschreibung in Kombination mit dem jeweiligen Geschlecht angeht. Bei der Betrachtung nach Weilern ist bereits obige Einteilung der Alterskohorten zu grob und wir müssen daher weiter aggregieren, um eine einigermaßen mit den weltweiten Verhältnissen in Einklang stehende Beschreibung der 13 Menschen in Afrika zu erreichen.¹⁹ Das Ergebnis sieht dann wie folgt aus:

- 6 der 13 Personen sind Kinder unter 15 Jahren, je 1 pro Geschlecht und Fünfjahreskohorte;
- 6 weitere Personen sind Erwachsene, je 1 pro Geschlecht in den Altersgruppen 15 bis 19, 20 bis 29 und 30 bis 44 Jahre;

¹⁸ Umrechnung der Weltbevölkerung aufgrund von Angaben nach UN (2011) für das Jahr 2000.

¹⁹ Basis für die konkreten Berechnungen sind Angaben über die Lebenserwartung und das Durchschnittsalter nach Kontinenten sowie die demografischen Daten in fünf Altersgruppen: 0-14, 15-29, 30-49, 50-64 und 65+.

- nur 1 Person ist älter, aus der Gesamtverteilung der Menschen in Globo ergibt sich für diese die Fünfjahreskohorte 60 bis 64.²⁰

Diese demografische Struktur ist noch deutlich zugespitzter als jene im gesamten Dorf (siehe dazu Tabelle 2) und sie unterscheidet sich vor allem fundamental von jener Europas und Nordamerikas, wo schon längst nicht mehr von einer Bevölkerungs-„Pyramide“ die Rede sein kann. Zum Vergleich: dort sind immerhin 6 von insgesamt 17 Personen bereits 50 Jahre oder älter, aber nur 3 jünger als 15 Jahre.

Herkunft und Lebensumstände

Drei Staaten in Afrika hatten im Jahr 2000 zumindest 61 Millionen Einwohner(innen) und stellen so rechnerisch zumindest eine Person in Globo: Nigeria (2), Ägypten und Äthiopien (je 1). Verteilt man die Gesamtbevölkerung auf die Großregionen,²¹ so ergeben sich weitere 2 Personen in Nordafrika, 2 in Westafrika und 2 in Ostafrika sowie insgesamt 3 im zentralen und südlichen Afrika²². Aus dieser regionalen und nationalen Zuordnung werden dann Angaben über Religionen und Sprachen abgeleitet, auch wenn diese infolge einer sehr unklaren Quellenlage²³ notwendig unzuverlässig sind. Bei den Religionen, wo man generell eher von Amalgamen als Reinformen sprechen kann, sind im Weiler Afrika vermutlich 6 Menschen christlich, 5 muslimisch und 2 Anhänger(innen) einer „indigenen“ afrikanischen Religion. Bei

20 Diese Person ist aus den bereits geschilderten statistischen Gründen ein Mann, obwohl real in Afrika in dieser Altersgruppe deutlich mehr Frauen als Männer leben. Würde man übrigens die Bevölkerungsentwicklung seit 2000 fortschreiben, wäre es inzwischen zu einer weiteren „Verjüngung“ der Altersstruktur im Weiler Afrika gekommen.

21 Für die Einteilung dieser Großregionen wurde auf die übliche Klassifizierung der Vereinten Nationen zurückgegriffen, vgl. <http://millenniumindicators.un.org/unsd/methods/m49/m49regin.htm#africa>.

22 Diese Regionen wurden wegen der dort sehr unregelmäßigen Verteilung der Bevölkerung zusammengefasst, weil sich sonst aus Rundungsfehlern große Plausibilitätsprobleme ergeben hätten.

23 Die Abweichungen von Angaben über die Angehörigen bestimmter Religionsgemeinschaften variieren zum Teil um ein Mehrfaches und die Zählungen zu Sprachen sind, vor allem was Mehrsprachigkeit anlangt, reine Schätzungen. Die hier gemachten Angaben folgen der Vorgehensweise in Nussbaumer et al. (2010) und basieren daher auf der Gegenüberstellung verschiedener enzyklopädischer Quellen (nach *Wikipedia*) sowie Ergänzungen nach dem CIA Factbook.

den Sprachen würden rein statistisch Arabisch und (als Zweitsprachen) Englisch, Französisch und Swahili die Wahrnehmungsschwelle überschreiten, großzügige „Rundungen“ sind daher erforderlich (auch hier stößt das Gedankenexperiment an Grenzen, existieren doch real rund 2.000 afrikanische Sprachen). Religionen und Sprachen sind für die Charakteristik dabei zusätzlich problematisch, weil ja nahezu die Hälfte der Bevölkerung des Weilers aus Kindern besteht, von denen einige noch keine eigene religiöse Identität entwickelt haben werden und einzelne vielleicht noch gar nicht sprechen.

Das Bruttoinlandsprodukt im Weiler Afrika im Jahr 2000 betrug in Summe rund 20.000 \$, also rund 1.500 \$ pro Kopf (kaufkraftbereinigt).²⁴ Die Verteilung ist keineswegs egalitär, sondern vielmehr sogar von allen Weilern deutlich am ungleichsten. Tabelle 3 gibt einen Überblick über Einkommensdezile, also über aufsteigend nach Einkommenshöhe gereichte Zehntel der Gesamtbevölkerung und ihren Anteil am Gesamteinkommen für Afrika und die Welt sowie die Größenordnung dieses Einkommens.

Aus Tabelle 3 erkennt man einerseits die extreme Ähnlichkeit der Verteilungsmuster in Afrika und der Welt (das kann man an der Korrelation der Spalten 2 und 5 ablesen, die 0,998 beträgt), andererseits aber auch, dass die Einkommenshöhen in Afrika daher nicht nur im Durchschnitt, sondern auch im Detail durchgehend nur ein Drittel bis ein Viertel des globalen Niveaus erreichen (das erkennt man durch Vergleich der Spalten 3 und 6). In beiden Fällen erzielt das reichste Zehntel der Bevölkerung mehr als die Hälfte des Einkommens und das ärmste weniger als ein Prozent (zum Vergleich: in OECD-Staaten betragen die entsprechenden Werte 28,3 und 2,7 %). In Afrika liegen die drei ärmsten Dezile allesamt zudem unter der gebräuchlichen 1\$-pro-Tag-Armutsgrenze.

Eine angenehme Eigenschaft von Tabelle 3 ist, dass man in Spalte 4 unmittelbar die Bevölkerung des Globo-Weilers Afrika ablesen kann, da diese Spalte den Anteil der Angehörigen der jeweiligen globalen Einkommensdezile an der Weltbevölkerung wiedergibt. Offensichtlich bestehen hier kaum Rundungsprobleme, da die Anzahl der afrikanischen Menschen, die den beiden höchsten globalen Ein-

24 Alle Angaben dazu wieder nach Maddison (2003).

kommensdezilen angehören, mit real rund 20 Millionen Menschen verschwindend gering ist. Die reichste Person im Globo-Weiler Afrika gehört daher nicht nur dem 10. afrikanischen, sondern auch dem 8. globalen Einkommensdezil an und verfügt also über ein Einkommen zwischen 3.843 und 7.216 \$ pro Jahr.²⁵ Fünf Menschen aus dem Globo-Weiler Afrika gehören hingegen dem niedrigsten globalen Einkommensdezil an (sie stellen damit die Hälfte dieses Dezils) und verfügen über weniger als 450 \$, der ärmste von ihnen sogar über weniger als 170 \$ pro Jahr.

*Tabelle 3: Kennzahlen der Einkommensverteilung weltweit und in Afrika im Jahr 2000*²⁶

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1. Dezil	10,0	0,5	450	5,1	0,7	170
2. Dezil	10,0	1,0	700	2,0	1,2	259
3. Dezil	10,0	1,5	963	1,2	1,8	354
4. Dezil	10,0	2,0	1.278	0,9	2,4	467
5. Dezil	10,0	2,7	1.700	0,8	3,1	620
6. Dezil	10,0	3,6	2.363	0,8	4,2	859
7. Dezil	10,0	5,3	3.666	1,0	6,1	1.295
8. Dezil	10,0	9,3	7.216	0,9	9,7	2.132
9. Dezil	10,0	19,7	15.569	0,3	16,5	3.843
10. Dezil	10,0	54,4	1.000.000	0,1	54,4	1.000.000

Legende: (1) Anteil des jeweiligen globalen Dezils an der Weltbevölkerung in %; (2) Anteil des jeweiligen globalen Dezils am Welteinkommen in %; (3) maximale Höhe des Prokopfeinkommens in kaufkraftbereinigten \$ von 1999 im jeweiligen globalen Dezil; (4) Anteil der afrikanischen Bevölkerung im jeweiligen globalen Dezil bezogen auf die gesamte Weltbevölkerung in %; (5) Anteil des jeweiligen auf Afrika bezogenen Dezils am Gesamteinkommen Afrikas in %; (6) maximale Höhe des Prokopfeinkommens im jeweiligen auf Afrika bezogenen Dezil in kaufkraftbereinigten \$ von 1999.

Auch weitere Armutsindikatoren für den Weiler Afrika deuten auf schwierige Lebensumstände hin, die vor allem die zuletzt erwähn-

25 Damit wäre diese Person in der OECD übrigens im ärmsten Einkommensdezil, dessen Obergrenze bei 7.566 \$ liegt.

26 Zahlen (auch im Folgenden) nach Dikhanov (2005), 43, Angaben in kaufkraftbereinigten Dollar von 1999 (und damit grob vergleichbar mit den anderen Angaben zu Realeinkommen in diesem Beitrag). Als hypothetische Obergrenze des Prokopfeinkommens im 10. Dezil wurde jeweils 1 Million \$ angenommen (was allerdings in Globo das Gesamteinkommen aller 100 übersteigen würde).

ten fünf Personen betreffen und dabei wieder vor allem Kinder. Einige Beispiele:²⁷

- 9 Personen kochen und heizen nur mit Biomasse, 8 leben ohne Strom, die übrigen verbrauchen 12 Barrel Öl pro Jahr (also nicht einmal 2.000 Liter insgesamt).
- 5 leben in 1\$-Armut, 9 in 2\$-Armut, 5 ohne sauberes Trinkwasser und 6 ohne sanitäre Versorgung.
- 3 der nur 7 Erwachsenen sind Analphabet(inn)en, die Kinder können – je nach Region – inzwischen aber mit immerhin 6 bis 10 Jahren Schulbildung rechnen.
- 5 leben in Städten, aber 3 davon in slumartigen Wohnverhältnissen, wobei auch der Lebensstandard von zumindest 4 der Landbewohner(innen) nicht besser ist.
- 3 oder 4 leiden bereits unter Wassermangel, weitere 4 unter Wasserknappheit (das ist jeweils die Mehrheit der global von diesen Problemen Betroffenen), die Lebensgrundlagen von 7 oder 8 sind durch Wüstenbildung bedroht.
- Alle sind permanent von verschiedenen Krankheiten bedroht, zumindest eine Person ist akut malariakrank (wenigstens 3 weitere sind gefährdet), eine Person ist wahrscheinlich HIV-positiv²⁸. Gemeinsam mit anderen Faktoren führt das dazu, dass die Lebenserwartung der meisten bei nur 40 bis 50 Jahren liegt, lediglich für die Menschen in Nordafrika bei rund 70.
- 4 Personen sind unterernährt, nur 6 ernähren sich wirklich ausreichend, davon ist eine allerdings fettleibig²⁹.
- Außerdem gibt es ein Auto, eine Person kann das Internet nutzen und vermutlich 5 ein Mobiltelefon, es gibt hingegen – statistisch – keine private Handfeuerwaffe. Zudem kommt ein Tourist nach Afrika: er (sic!) besucht die Pyramiden und das Rote Meer.

27 Angaben aus Nussbaumer et al. (2010), verschiedene Seiten. Für Primärquellenangaben siehe die weiterführenden Quellenverweise im Anschluss an diesen Beitrag.

28 Dabei handelt es sich um eine bewusste Aufrundung, damit dieses real sehr wichtige Problem nicht durch den statistischen Zahlenrost fällt, denn die reale Zahl beträgt rund 35 Millionen weltweit, wobei der Großteil davon in Afrika lebt.

29 Auch hierbei handelt es sich um eine Hochrechnung auf der Basis von speziell aus Afrika nur sehr lückenhaft vorliegenden WHO-Daten, weshalb diese Person schließlich auch nicht eindeutig identifiziert werden kann.

- An Nutztieren gibt es 4 Rinder, 4 Schafe, 5 Ziegen und 24 Hühner, statistisch aber keine wildlebenden Großtiere. Das ist insofern vielleicht besonders interessant, weil ja die übliche Bildsprache über Afrika geradezu auf Löwen, Giraffen, Elefanten, Zebras und Antilopen aufbaut.

Die ökologische Belastung – gemessen mittels des Fußabdruckkonzepts, das ökologisches Potential und Ressourcenverbrauch in der Einheit „Globalhektar“ (gha) misst³⁰ – durch die 13 Menschen im Weiler Afrika ist hingegen vergleichsweise gering: 2005 verbrauchten sie in Summe nur jeweils ein Viertel dessen, was Menschen in Europa bzw. in Nordamerika verbrauchten und der Gesamtsaldo aus „Biokapazität“ (1,8 gha pro Kopf) und „Fußabdruck“ (1,4 gha pro Kopf) war positiv, was als Spiegelbild des materiellen Lebensstandards gesehen werden kann.

Idealtypische Profile

Fasst man nun all diese Punkte zusammen, kommt man zu den folgenden idealtypischen Profilen, aufgeteilt nach Regionen. Aufgrund der identischen Gliederung der Darstellung der Indikatoren kommt es dabei unweigerlich zu manchen Ähnlichkeiten.

Nordafrika: In Nordafrika leben ein ca. 60-jähriger „Ägypter“, eine ca. 18-jährige Frau und ein ca. 8-jähriger Junge, alle drei sind Muslime. Der Ägypter ist Händler und mit einem monatlichen Einkommen von rund 500 \$ der reichste Mensch im Weiler Afrika, hat ein Mobiltelefon und kann neben Arabisch auch Gebrauchsendgisch. Die junge Frau ist Berberin, steht noch in Ausbildung und beherrscht drei Sprachen zumindest in Grundzügen (Arabisch, Französisch und ihre

30 Die Idee basiert darauf, die von Ökosystemen „produzierte“ Biokapazität in variablen Flächeneinheiten (eben Globalhektar) auszudrücken, die in Summe die ökologisch produktive Gesamtlandfläche der Erde ergeben (in Globo 220 Hektar). Wüstengebiete sind dann z.B. in gha relativ klein, fruchtbares Ackerland ist hingegen relativ groß. 2005 standen so global 2,06 gha pro Kopf zur Verfügung, während aber 2,69 gha verbraucht wurden. Vgl. Nussbaumer et al. (2010), 151-154 sowie Wackernagel/Rees (1997) und <http://www.footprintnetwork.org>, auch für noch aktuellere Daten (zuletzt für 2007) und für nationale Angaben. Pro Kopf betrachtet war 2000 der Fußabdruck in Afrika generell vergleichbar groß, die Biokapazität allerdings noch deutlich höher.

Muttersprache).³¹ Der Junge ist Schüler, hilft aber auch gleichzeitig in der Landwirtschaft, und kann nur Arabisch. Der Lebensstandard der drei ist relativ hoch, auch wenn die junge Frau in 2\$-Armut lebt und ihre Sanitär- und Wasserversorgung nicht gesichert ist. Zudem sind alle drei bereits von Wassermangel betroffen und ihre Lebensgrundlagen von Wüstenbildung bedroht. Gleichwohl sind alle ausreichend ernährt und verfügen über rund 1.000 Liter Öl (die Hälfte des gesamten Ölverbrauchs in Afrika). Ökologisch betrachtet überstrapazieren sie ihren Lebensraum und verbrauchen 1,8 gha pro Kopf, was zwar deutlich unter dem Weltdurchschnitt liegt, aber ebenso deutlich über der lokalen Kapazität von nur 1,0 gha pro Kopf. Der Junge geht seit 2 Jahren zur Schule und wird das noch für 6 weitere tun. Die junge Frau hat 12 Jahre formeller Ausbildung hinter sich, während der Mann nur rudimentäre Schulbildung genossen hat und funktionaler Analphabet ist. Die Lebenserwartung aller drei liegt bei rund 70 Jahren, der Mann wird aber vermutlich 75 bis 80 Jahre alt, weil er schon heute relativ alt ist und sich dadurch seine statistische Lebenserwartung nach oben verschoben hat.

Westafrika. In Westafrika leben ein ca. 43-jähriger „Nigerianer“ (Muslim), eine ca. 27-jährige „Nigerianerin“ (Christin), ein ca. 12-jähriger Junge und ein etwa 1-jähriges Mädchen (wobei beide Kinder aus einem religiös indigenen Umfeld kommen, wenngleich der Junge formell Christ ist). Der Mann ist Gelegenheitsarbeiter und Händler, hat ein Mobiltelefon und verdient immerhin rund 100 \$ pro Monat, nicht zuletzt wegen einer rund 5-jährigen Schulbildung. Er versteht aufgrund dessen und wegen seiner beruflichen Tätigkeit zwei nigerianische Sprachen sowie Arabisch und Englisch. Die Frau ist Bäuerin und Gelegenheitshändlerin, Analphabetin ohne Schulbildung und spricht zwei nigerianische Sprachen. Der Junge hat die Schule nach 4 Jahren abgebrochen, hilft in der Landwirtschaft mit und verrichtet zudem Kinderarbeit außer Haus,³² außerdem versteht er zwei lokale

31 Dieses Profil ist für die Region nicht wirklich „idealtypisch“, ergibt sich aber aus der Gesamtdarstellung des Weilers notwendig, weil seine einzelnen Elemente anderswo statistisch nicht darstellbar sind.

32 Das befreit ihn statistisch sogar aus der 2\$-pro-Tag-Armut, was allerdings praktisch nicht ganz schlüssig ist.

Sprachen und ein bisschen Französisch und hat Zugang zu einem Mobiltelefon. Das Mädchen wird irgendwann einmal zumindest zwei Sprachen sprechen, vermutlich 6 bis 8 Jahre zur Schule gehen und, obwohl es arm ist, stehen seine Überlebenschancen nicht schlecht. Der Lebensstandard aller vier ist insgesamt moderat, auch wenn der Mann der drittreichste Mensch in Afrika ist und zumindest periodisch Strom hat. Alle vier kochen und heizen ausschließlich mit Biomasse und verbrauchen daher wenig fossile Brennstoffe. Mann und Mädchen leben in städtischen, allerdings slumähnlichen Wohnverhältnissen (das Mädchen ohne Sanitär- und Wasserversorgung). Frau und Junge leben am Land, aber unter ähnlich schlechten Bedingungen (der Junge ohne Sanitärversorgung, die Frau mit Wasserknappheit) und ihre Lebensgrundlagen sind von Wüstenbildung bedroht. Ihr ökologischer Fußabdruck ist gering und liegt bei 1,3 gha pro Kopf bei einer gleichzeitigen lokalen Biokapazität von 1,5. Krankheiten und Gewalt bedrohen alle und die beiden Kinder (vor allem das Mädchen) sind mangelernährt. Ihre Lebenserwartung liegt bei etwa 45 bis 55 Jahren, wobei auch hier der Mann aufgrund schon etwas höheren Alters wahrscheinlich über 60 wird.

Ostafrika: In Ostafrika leben vergleichsweise junge Menschen, nämlich ein ca. 24-jähriger „Äthiopier“, sowie ein ca. 9-jähriges Mädchen (beide sind Christen) und ein ca. 2-jähriger Junge (mit muslimischem Hintergrund). Der Äthiopier ist Bauer und Händler und hat 4 Jahre Schulbildung hinter sich. Er ist trotzdem funktionaler Analphabet, beherrscht aber neben zwei lokalen Sprachen auch Gebrauchsendgisch, hat ein Mobiltelefon und verdient rund 80 \$ pro Monat. Die beiden Kinder leben hingegen in 1\$-pro-Tag-Armut, wobei das Mädchen seit 2 Jahren zur Schule geht, noch 6 weitere gehen wird und bereits etwas Schulenglisch beherrscht. Der Junge hingegen (trotz statistischer Lebenserwartung von rund 40 Jahren) wird sehr wahrscheinlich das Schuleintrittsalter nicht erleben. Letztlich haben alle einen relativ niedrigen Lebensstandard, leben ohne Strom und heizen und kochen mit Biomasse, die beiden Kinder sind außerdem unterernährt. Das Mädchen lebt im Slum, aber immerhin mit Zugang zu Sanitär- und Wasserversorgung, was für den Mann und den Jungen nicht gilt, die beide am Land leben und deren Lebensgrundlagen von Wüstenbildung bedroht sind. Alle drei leiden unter Wasserknappheit, aber noch nicht unter akutem Mangel. Die Lebenserwartung des Mannes liegt etwas über, die des Mädchens etwas unter 50 Jahren. Zwar knapp,

aber doch leben sie ökologisch nachhaltig, allerdings auf niedrigstem Niveau: ihr Fußabdruck beträgt lediglich 1,2 gha pro Kopf bei einer lokalen Kapazität von 1,3.

Südliches und zentrales Afrika: Weiters leben in Afrika eine ca. 33-jährige Frau (Christin) mit relativ modernem Lebensstil sowie ein ca. 17-jähriger Mann (mit religiös indigenem Hintergrund) und ein ca. 11-jähriges Mädchen (mit christlichem Hintergrund), beide jeweils am Land. Die Frau ist Angestellte, hat 12 Jahre Schulbildung hinter sich, beherrscht neben zwei lokalen Sprachen sehr gut Englisch, hat ein Mobiltelefon und Internetzugang und verdient rund 250 \$ pro Monat. Der Mann ist Gelegenheits-„Arbeiter“ (einschließlich Tätigkeiten als Soldat und als Bergmann) auf ständiger Wanderschaft und verdient je nach Erfolg 200 bis 600 \$ im Jahr. Aufgrund seiner vielen Erfahrungen beherrscht er auch ohne formelle Schulbildung neben seiner Muttersprache zwei weitere lokale Sprachen und etwas Französisch, ist allerdings Analphabet. Das Mädchen ist Schülerin, hilft aber zugleich auch zuhause in der Landwirtschaft und geht daher zwar nicht regelmäßig zur Schule, wird es aber immerhin noch rund 4 weitere Jahre tun. Sie lebt unter der 1\$-pro-Tag-Armutsgrenze. Die Lebensverhältnisse dieser drei Personen sind in vielerlei Hinsicht verschieden:³³ während die Frau zu den wohlhabendsten Menschen im Weiler Afrika zählt, in einer regulären Stadtwohnung lebt und von extremen Lebensumständen relativ entfernt ist, treffen auf den Mann nahezu alle Lebensumstände zu, die weiter oben als „schwierig“ bezeichnet wurden (abgesehen von Wasserknappheit und Wüstenbildung, denn das zentrale Afrika ist eine der wasserreichsten Regionen der Erde). Der Mann ist zudem sehr wahrscheinlich HIV-positiv, da er noch nie getestet wurde, ist das aber nicht sicher. Das Mädchen ist zwar materiell arm und lebt in einer dürrgefährdeten Umgebung, die Ernährungslage und die sonstigen Lebensumstände sind aber stabil. Auch die Lebenserwartungen klaffen auseinander: Die Frau

33 Gerade an dieser Region sieht man weitere unausweichliche Grenzen des Gedankenexperiments: weder gibt es statistisch betrachtet jemanden, der die Frau „anstellt“ (außer vielleicht ein multinationaler Konzern, dessen Existenz aber für sich genommen sehr unplausibel ist), noch gibt es jemanden, gegen den der Mann als „Soldat“ kämpft. Es geht daher hier mehr um eine Andeutung der mit solchen Tätigkeiten verbundenen Lebensumstände.

kann mit wenigstens 55 Jahren (eher mehr) rechnen, das Mädchen immerhin mit rund 50, der Mann aber – auch ohne die absehbare AIDS-Erkrankung – mit höchstens 40 Jahren, eher weniger. Die Frau verbraucht vermutlich rund 400 Liter Öl pro Jahr und ist damit allein für nahezu den gesamten Fußabdruck in der Region von 1,2 gha pro Person verantwortlich. Dem steht – aufgrund der reichen Ökosysteme im Kongo-Becken und der teils sehr geringen Besiedlung von Extrem-lagen in der Region – eine durchschnittliche Kapazität von 3,5 gha pro Kopf gegenüber (was mehr als die Österreichs ist).

Es ist offensichtlich, dass sich aus diesen 13 groben Charakterisierungen keine sinnvollen Familienstrukturen ergeben können. Zumindest ist diese Gruppe aber als Lebensgemeinschaft denkbar. Auch sollte die problematische Verteilungslage zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen den Generationen zumindest auf den zweiten Blick deutlich werden, auch wenn einige der Unterschiede durch die konkrete Wahl der Profile eher eingeebnet wurden. Weitere Grenzen des Experiments werden freilich ebenfalls deutlich: 5 Menschen, verteilt über den gesamten Weiler, leben in „städtischen“ Wohnverhältnissen, 3 davon in Slums – so kleine „Städte“ sind aber praktisch nicht vorstellbar; die 13 Menschen sprechen rund 20 verschiedene Sprachen (wobei hier besonders wichtig ist, auf die endemische Vielsprachigkeit Afrikas hinzuweisen), die meisten davon werden statistisch im Weiler Afrika allerdings nur von einer Person gesprochen – was praktisch sinnlos ist; manche Unschärfen müssen schließlich in Kauf genommen werden, um die Gesamtzahlen und die Details einigermaßen in Einklang zu halten (z.B. bei den „Berufen“ oder auch, was den manchmal nicht wirklich exemplarischen bzw. repräsentativen Mix an Eigenschaften der einzelnen Personen ergibt).

Idealtypische Profile als wissenschaftliches Instrument

Damit stecken wir bereits mitten in der kritischen Reflexion dieser Übung. Es ist jedenfalls zu hoffen, dass die hier entfaltenen Profile eine anregende Spielerei sind. Wie eingangs schon erwähnt, können sie für didaktische Zwecke (wenn auch sicher nicht ohne Gefahren) und als Basis für eine eher sachbuch- oder literaturorientierte Auseinandersetzung mit dem Thema globaler Lebensverhältnisse dienen. Wenn zu den jeweiligen Personen im Kopf der Leserin und des Lesers vielleicht sogar das eine oder andere Bild entstanden ist, das diese

Menschen greifbarer und plastischer gemacht hat, dann wäre dies damit bereits bestätigt. Dass darin freilich die Gefahr liegt, bestehende falsche Bilder zu verfestigen, ist unzweifelhaft ein Problem. In diesem Kapitel soll es nun um diese methodologische Diskussion gehen und auch um die spezifisch wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Ansatzes. Sind idealtypische Profile dazu geeignet, auch in der Forschung angewandt zu werden, und wenn ja, in welcher Forschung? Oder überwiegen vielmehr die Gefahren, wie sie sowohl im technischen Sinn durch die Methode wie auch durch allzu leichte Stereotypisierung zweifellos gegeben sind.

Pro: verdichtete Beschreibung, Reduktion von Komplexität und Clusterung von Information

Kurz gefasst erscheint der Ansatz zur verdichteten Beschreibung von komplexen Sachverhalten, vor allem aber zur Clusterung von Informationen als prinzipiell geeignet, um damit komplexe Sachverhalte schnell und einigermaßen zuverlässig abzubilden. Durch das Instrument kann quantitativ beschreibbaren Zusammenhängen freilich eher eine Darstellung in qualitativer Form entgegengestellt werden, als dass quantitativ nicht beschreibbare Phänomene so erzählt werden können, dass sich daraus ein Mehrwert ergäbe (dazu eignet sich wohl Literatur besser als Wissenschaft). Es ist daher eine mögliche Alternative z.B. zu Indexkonstruktionen (erinnert sei an dieser Stelle z.B. an den *Human Development Index* zur Abbildung des multidimensionalen Phänomens „Entwicklung“ oder an den *KOF Globalization Index* zur Messung von Globalisierung³⁴) oder auch – bei zweifelsfrei schwer beherrschbaren Unschärfen – zu statistischen Verfahren der Reduktion von Dimensionen (wie z.B. Faktorenanalyse), die aber immerhin geisteswissenschaftlich orientierten Forscher(inne)n möglicherweise eher argumentativ zugänglich wären als streng quantitative Methoden.

Speziell als eine Art „dichte Beschreibung“ liefert die Methode Anknüpfungspunkte an die Felder der Anthropologie, Ethnologie und Soziologie. Dabei sind aber grundlegende Unterschiede zur üblichen Anwendung dichter Beschreibung zu vermerken. Schließlich geht es hier nicht darum, das Verständnis eines Sachverhalts durch

34 Vgl. dazu <http://hdr.undp.org/en/humandev/hdi/> bzw. <http://globalization.kof.ethz.ch/>.

eine datenreiche Beschreibung von Einzelfällen in ihrem Bedeutungskontext zu vertiefen, sondern vielmehr darum, das Verständnis eines Zusammenhangs durch Exemplifizierung von Informationen anhand konkreter Träger(innen) dieser Informationen zu erreichen. Dies geschieht, indem Daten und „Narrationselemente“³⁵ gebündelt und zu den Informationen hinzugefügt werden, die zwar plausibel, aber im Rahmen der ursprünglichen Auswahl nicht einmal unbedingt tatsächlich erhoben wurden und möglicherweise nicht einmal berechenbar sind. Daher erscheint auch der Anschluss an die Geschichtswissenschaft sinnvoll, deren zentrale Herausforderung ja in der deutenden Erzählung von Zusammenhängen besteht.

In ihrer Funktion zur „Clusterung“ von Informationen, also ihrer sinnvollen und multivariaten (d.h. auf mehrere Variablen zugreifenden) Gruppierung, ihrer „Sammlung“ in einem Profil, kann sie auch anschlussfähig an statistisch orientierte Wissenschaften sein, sofern sich diese qualitativ verstehen. Dabei ist eine „Profilperson“ als „Trägermedium“ des idealtypischen Profils das zentrale Element, das die vielfältigen Bedeutungszusammenhänge bündelt, in denen diese Person eingebunden ist. Welche dabei wichtiger und weniger wichtig sind, hängt natürlich vom Kontext der Untersuchung ab. Daraus ergibt sich ein nicht-hierarchisches Netzwerk von Ähnlichkeiten, Verbindungen und Überschneidungen, das in seiner Gesamtheit ein zwar sozusagen virtuelles, aber immerhin multidimensionales Abbild konkreter Lebensrealität abgibt (nicht-hierarchisch ist es, weil es keine dominanten Merkmale gibt, sondern diese kontextspezifisch unterschiedlich gewichtet werden können). Dieses ist immer nur Modell dieser Realität, die sie damit in ihrer Komplexität reduziert. Das geschieht allerdings derart, dass der dabei unvermeidliche Verlust von Information so gering wie möglich gehalten wird. Um beides bestmöglich miteinander zu verbinden, sind Kompromisse natürlich unvermeidlich.

Was die Methode des idealtypischen Profils insgesamt leistet, ist freilich möglicherweise vor allem der Brückenschlag zwischen zwei Welten: sie liefert jenen Zahlen, die Zahlen brauchen, um zu verste-

35 Damit ist der gezielte Einsatz von zugleich bedeutungsgebenden und deutenden „Geschichten“ bei der Schilderung von Sachverhalten gemeint, was aber in diesem Beitrag kaum bezweckt ist.

hen, und jenen Geschichten, die Geschichten brauchen, letztlich aber beiden beides. Dabei besteht natürlich die Gefahr, dass weder die einen noch die anderen einen Mehrwert daraus ziehen, auch Zugang zur jeweiligen Gegenwelt zu bekommen. Die Chance steht in diesem Fall allerdings zweifellos für den Versuch.

Es bleibt allerdings abschließend die Frage offen, ob der Erkenntnisertrag insgesamt die unvermeidlichen Unschärfen rechtfertigt. Die Methode bietet sich in bestimmten Kontexten sicher eher an als in anderen und daher kann die Antwort auf die Frage keinesfalls eindeutig negativ (oder positiv) sein: hochkomplexe und vielfältige Phänomene, bei denen mit der rein indikatorenorientierten und quantitativen Analyse ein starker Verlust an Information verbunden wäre, eignen sich zweifellos ebenso besser als Phänomene, die einen starken lebensweltlichen Bezug haben. Idealtypische Profile können daher vielleicht gerade für sozialwissenschaftlich orientierte Forschung eine interessante Methode der Datendarstellung sein. Dass sie dafür noch weiter zu entwickeln ist, als dies in diesem Beitrag vorerst möglich war, versteht sich freilich von selbst.

Contra: technische Probleme, Stereotype und Verfestigung von Vorurteilen

Damit kommen wir zu Problemen und Gegenargumenten. Denn die Methode stößt natürlich immer wieder an ihre sozusagen „technischen“ Grenzen, wie etwa bei der realen Vielfalt von Sprachen oder Berufen (wie mehrfach erwähnt) oder dann, wenn die Dorfmetapher einfach nicht passt, wie z.B. beim Thema „Slums“. Das gilt insbesondere, wenn sich aus der Kombination von Elementen, die in der zu beschreibenden Realität jedenfalls vorkommen müssen, für die Profilperson eine Kombination ergibt, die eigentlich nicht plausibel ist, wenn also die angeblich idealtypische Beschreibung praktisch untypisch wird. Schließlich stellt sich auch ein sehr grundlegendes methodisches Problem: die Methode reduziert in einem ersten Schritt (der Umrechnung) ja nicht nur Komplexität, sondern fügt sie dem zu Beschreibenden in einem zweiten Schritt (dem Profil) ja in anderer Form auch wieder zu. Aufgrund der vorherigen Reduktion wird sie dabei aber kaum je eine wirklich differenzierte Betrachtung sein können, schon gar nicht verglichen mit ethnologischen oder soziologischen Detailstudien. Inwieweit das methodisch sinnvoll oder vielmehr gefährlich ist, kann hier leider nicht abschließend beurteilt werden. Für die Weiterentwicklung der Methode wäre es aber jedenfalls ein wichtiger Punkt, auf den angemessen Bedacht zu nehmen ist.

Die eher technischen Probleme der Methode sind aber wohl nicht der wichtigste Diskussionspunkt. Vielmehr stellt sich das offensichtliche Problem der Stereotypisierung und der Verfestigung vorgefertigter Bilder, ja sogar schon durch die Benennung bestimmter Sachverhalte, was auch für eine rein didaktische Umsetzung unbedingt zu berücksichtigen wäre. So liegt es gerade in der Absicht der Methode, durch die kurze Charakterisierung der Profilpersonen Bilder in den Köpfen der Rezipient(inn)en zu erzeugen, ohne diese selbst dort grundlegen zu können. Andererseits sind solche Bilder auch schon bei der Erstellung der Profilperson durch die Forscher(innen) präsent. Damit ist man auf den mehr als unsicheren inter-personellen Transfer von impliziten Bedeutungsinhalten angewiesen, der beim Fehlen stabiler Begrifflichkeiten nur eines sicher ist, nämlich unzuverlässig.

Ein konkretes Beispiel: Wir wurden im Rahmen des Review-Prozesses darauf hingewiesen, in der ersten Version dieser Arbeit selbst einige Male in die Falle der Stereotypisierung und des kolonialen Blicks getappt zu sein. Es ist auch der vorliegende Text kaum gänzlich frei von Formulierungen, die in dieser Hinsicht zweifelhaft sind. Wenn man z.B. der Hunger in Afrika bereits als charakteristisch voraussetzt und daher die Abweichung von dieser unterstellten Normalität besonders betont, dann macht man damit Afrika zum „Anderen“, ja eigentlich sogar zum „marginalen Anderen“, ebenso, wenn man in Afrika eine „Hütte“ nennt, was anderswo ein „Haus“ wäre. Oder wenn man in vereinfachender Verkürzung von den „üblichen Problemen“ spricht, dann hat man diese verabsolutiert und zur Norm erhoben. Das gilt auch, wenn man die „Extreme“, mit denen Afrika konfrontiert ist, immer nur als „negative Ausschläge“ sieht, wie z.B. in Form von Armutspänomenen.³⁶ Das zeigt sich in Formulierungen, wie dass Afrika ein Kontinent sei, „anhand dessen man die Probleme, vor denen die Welt steht, besonders gut veranschaulichen kann“, oder der Weiler Afrika ein Ort, der „von zahlreichen Extremen gekennzeichnet [ist], speziell im Hinblick auf Armut, die im

36 So haben wir letztlich auch bei der Auswahl des Titelbildes für diesen Band versucht, durch das schließlich aus einer Palette „üblicher“ Bilder gewählte Motiv einen Blick auf die „Extreme“ in Afrika zu werfen, der zumindest ein zweiter Blick, jedenfalls aber hoffentlich ein ungewöhnlicher ist.

Folgenden noch deutlicher werden“, wie sie beide in einer früheren Version dieser Arbeit zu finden waren. Das mag vielleicht sogar in gewisser Hinsicht stimmen, aber es ist jedenfalls einseitig und schon daher vom wissenschaftlichen Standpunkt aus unrichtig.

Das Problem mit Stereotypen und Klischees ist freilich auch, dass sie nicht immer falsch sind und dass sie zudem jedenfalls dabei helfen, das Denken zu strukturieren. Wenn z.B. zuviel Angst vor Stereotypisierung dazu führt, dass man die Realität nicht mehr korrekt beschreiben kann, weil sie klischeehaft ist, dann dreht man sich im Kreis. Wie eingangs erwähnt: Indem man davon absieht, die Herausforderungen zu benennen, vor denen die Menschen in Afrika stehen, tut man nichts und niemandem etwas Gutes. Das Problem mit Stereotypen und Klischees ist andererseits aber jedenfalls auch, dass sie nur Altbekanntes reproduzieren, selbst wenn sie nicht falsch sind, und das möglicherweise nur aus zweiter Hand. Gerade die Bilder, die Menschen über Afrika im Kopf haben, sind oft sekundär vermittelt und selten wirklich auch nur annähernd so differenziert wie die Lebensverhältnisse im realen Kontinent. Das beginnt schon dabei, wenn heute unverändert vielfach Afrika als „Land“ bezeichnet wird (auch z.B. von Studierenden in Seminararbeiten), obwohl es doch mehr als 50 zum Teil sehr verschiedene und auch in sich differenzierte Länder dort geben wird.

So besteht jedenfalls die Gefahr, dass mit dieser Methode eher zur Verfestigung von Vorurteilen beigetragen wird als zu deren Abbau. In Globo gibt es letztlich nur 13 Menschen (inzwischen 17), in denen all die Komplexität und Differenziertheit eines gesamten Kontinents mit real annähernd einer Milliarde Menschen abgebildet werden müsste. Ein solcher Anspruch könnte niemals eingelöst und darf daher nicht erhoben werden.

Resümee

Was haben wir durch diese idealtypischen Profile letztlich wirklich gewonnen? Vorerst wohl vor allem eine zusätzliche Variante der Vermittlung und Beschreibung von multidimensionalen Zusammenhängen, die weiterentwickelt werden kann und von der aus sich das Weiterdenken lohnt. Was speziell die Wissensvermittlung angeht, kann die Methode – bei Vermeidung oder zumindest kreativer Nutzung von Stereotypisierung – sicher einiges leisten. Sie ermöglicht jedenfalls eine bessere Identifikation mit den Schicksalen von unbe-

kannten Menschen, als das nackte Zahlen könnten. Gegenüber realen Personen haben sie zugleich den Nachteil, dass es sich letztlich um rein fiktive Profile handelt, aber auch den Vorteil, dass sie besser auf die real existierenden Merkmale von Gesellschaften abstellen können, als das echte Menschen jemals könnten.

Was freilich die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit angeht, fällt das Urteil noch kritischer aus. Als wesentlichster Punkt ist festzuhalten, dass die Methode durch Verknüpfung von quantitativer und qualitativer Information mit narrativen Elementen eine Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen Methoden der Beschreibung von Daten ausüben könnte, speziell in einem sozialwissenschaftlichen Kontext. Dass sie im Hinblick auf die Anschlussfähigkeit an solche anderen Methoden, aber auch im Hinblick auf das ausführlich diskutierte Problem der Stereotypisierung (und möglichen Vertiefung von Stereotypen) weiter zu verbessern ist, um wirklich diese Funktion ausüben zu können, ist allerdings klar. Was man sich durch idealtypische Profile zudem keinesfalls ersparen kann, egal wofür man die Methode einsetzen will, ist die kritische Kontextualisierung und die weitere Einbettung von solchen Beschreibungen in größere Zusammenhänge. Sie sind daher kein Wundermittel für die Wissensvermittlung, das leichtfertig eingesetzt werden könnte, oder gar eine Methode der Deskription, die bisherige Darstellungsformen einfach ersetzen könnte. Aber sie bietet Ansatzpunkte, um auf diesem Wege zu einer integrativeren, anschaulicheren und trotzdem auch quantitativ zutreffenden Darstellung der globalen Lebensrealität zu kommen. Dass dabei Kompromisse nötig sind, wird etwa schon daran deutlich, dass die Methode ja z.B. einen realen Frauenüberhang in Afrika wie einen Männerüberhang aussehen lässt.

Tritt man zuletzt noch einen Schritt zurück und vollzieht die vorher eingeforderte Kontextualisierung der Ergebnisse, so ist festzustellen, dass der Weiler Afrika letztendlich nicht außergewöhnlich extrem ist. Das erscheint uns vielmehr aus eurozentrischer Perspektive so, denn die Lebensrealität in Europa ist von der Afrikas in vielerlei Hinsicht sehr verschieden und zudem in sich wieder relativ homogen. Verschiebt man aber die Perspektive und nimmt die globale Lebensrealität zum Maßstab, erkennt man, dass eigentlich das Leben in Europa und in Nordamerika weitaus extremer und deutlich weiter von der Norm entfernt ist als das im „Weiler“ Afrika. Ob man für diese Erkenntnis idealtypische Profile braucht, mag bezweifelt werden. Dass sie dafür nützlich sein können, hingegen kaum.

Literatur

Zitierte Quellen

- BMBWK (Hg.) (2003): *Globales Lernen: Handbuch für Schulprojekte*. Wien: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.
- Bröckers, Matthias (2007): *Cogito ergo bum und 49 weitere Beweise für die Unausweichlichkeit des Scheiterns*. Frankfurt/M.: Westend-Verlag.
- Carus, Michael, et al. (2008): *Fossile und nachwachsende Rohstoffe für Verpackungen: Marktentwicklungen und Preistrends*. Vortrag beim Deutschen Verpackungskongress, Berlin, 12. Juni 2008, online unter: http://www.nova-institut.de/pdf/08-06-12_rohstoffwende_verpackung_nova.pdf (Zugriff am 19.07.2011).
- Dikhanov, Yuri (2005): „Trends in Global Income Distribution, 1970-2000, and Scenarios for 2015“, *Human Development Report Office Occasional Paper* 2005/8.
- Geertz, Clifford (1973): “Thick Description: Toward an Interpretive Theory of Culture”, in: Geertz, Clifford: *The Interpretation of Cultures: Selected Essays*. New York: Basic Books, 3-30.
- Geertz, Clifford (1983): *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kaml, Ursula (2003): *Angenommen, die Welt wäre ein Dorf von 1.000 Einwohnern, wie könnte man sie statistisch seit 1950 beschreiben?* Wirtschaftswissenschaftliche Diplomarbeit, Innsbruck.
- Maddison, Angus (2003): *The World Economy: Historical Statistics* (CD-rom). Paris: OECD.
- Meadows, Donella H. (2002): *Wenn die Welt ein Dorf mit nur 1001 Einwohnern wäre ...* München: Bombus.
- Meadows, Donella H./Randers, Jörgen/Meadows, Dennis L. (2006): *Grenzen des Wachstums: Das 30-Jahre-Update, Signal zum Kurswechsel*. Stuttgart: Hirzel.
- Nussbaumer, Josef/Exenberger, Andreas/Neuner, Stefan (2009): *Unser kleines Dorf. Eine Welt mit 100 Menschen*. Kufstein: IMT-Verlag.
- Nussbaumer, Josef/Exenberger, Andreas/Neuner, Stefan (2010): *Unser kleines Dorf. Eine Welt mit 100 Menschen*. Kufstein: IMT-Verlag, 3., verbesserte Auflage.
- Rifkin, Jeremy (2010): *Die empathische Zivilisation: Wege zu einem globalen Bewusstsein*. Frankfurt/M.: Campus-Verlag.
- Smith, David J./Armstrong, Shelagh (2002): *Wenn die Welt ein Dorf wäre ...* Wien: Jungbrunnen-Verlag
- UN (2011): *World Population Prospects: The 2010 Revision*, Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat, online unter: <http://esa.un.org/unpd/wpp/> (Zugriff am 19.07.2011).
- Wackernagel, Mathis/Rees, William (1997): *Unser ökologischer Fußabdruck: Wie der Mensch Einfluß auf die Umwelt nimmt*. Basel: Birkhäuser.

- WCED (1987): *Our Common Future: Report of the World Commission on Environment and Development*. New York: United Nations. [auch online unter: <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm> (Zugriff am 15.07.2011)]
- Worldwatch Institute (2004): *Vital Signs: The Trends that are Shaping our Future*. New York: Norton.

Weiterführende gedruckte Quellen

- Atlas der Globalisierung* (diverse Ausgaben). Berlin: taz-Verlag.
- Fischer Weltalmanach* (diverse Jahrgänge). Frankfurt/M.: Fischer.
- IEA (2002): *World Energy Outlook 2002*. Paris: OECD.
- McNeill, John R. (2003): *Blue Planet: Die Geschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Campus-Verlag.
- UNDP (diverse Jahrgänge): *Human Development Report*. Oxford: Oxford University Press.
- UNESCO (2008): *EFA Global Monitoring Report 2008: Education for All by 2015 – Will We Make it?* Oxford: Oxford University Press.
- UNWTO (2008): *Tourism Highlights: 2008 Edition*. Madrid: World Tourism Organisation.
- Worldwatch Institute (diverse Jahrgänge): *Vital Signs: The Trends that are Shaping our Future*. New York: Norton.

Weiterführende elektronische Quellen

- CLA Factbook*, online unter: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>.
- Deutsche Welthungerhilfe: *Kinderarbeit*, online unter: http://welthungerhilfe.de/fileadmin/media/bilder/Infografik/kinderarbeit_gross.jpg.
- FAO: *More People than Ever are Victims of Hunger*. Presseaussendung der FAO vom 15. Juni 2009, online unter: http://www.fao.org/fileadmin/user_upload/newsroom/docs/Press%20release%20june-en.pdf.
- FAOSTAT, online-Datenbank der Food and Agricultural Organisation, online unter: <http://faostat.fao.org>.
- Global Footprint Network, 2008 Edition*, online unter: <http://www.footprintnetwork.org/download.php?id=509>.
- Nationmaster*, online-Datenbank, online unter: <http://www.nationmaster.com>.
- Small Arms Survey 2007: Guns and the City*, online unter: <http://www.smallarmssurvey.org/files/sas/publications/yearb2007.html>.
- UNCCD: *Media Brief: Desertification*, online unter: <http://www.unccd.int/publicinfo/mediabrief/mediabrief-eng.pdf>.
- WHOSIS, online-Datenbank der World Health Organisation, online unter: <http://apps.who.int/whosis/data/>.
- World Bank: *World Development Indicators 2005* (CD-rom). Washington/DC: World Bank.

Die Autor(inn)en

Thomas BÖHLER ist *Associate Programme Officer* in der Abteilung für Wirtschafts- und Sozialfragen der Vereinten Nationen in New York. Als promovierter Ökonom (nach Studien in Innsbruck, Wien und Sydney und Tätigkeiten als FWF-Forschungsassistent und Mitarbeiter des Zentrums für Ethik und Armutforschung sowie Konsulent des Österreichischen Außenministeriums) beschäftigt er sich vorwiegend mit verschiedenen Trends in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, deren Kohärenz und politischer Steuerung. Er ist Herausgeber und Autor verschiedener Artikel und Bücher, unter anderem Koautor des 2010 erschienenen *International Development Cooperation Report* der Vereinten Nationen.

Andreas EXENBERGER ist Assistenzprofessor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Habilitation 2009) am Institut für Wirtschaftstheorie, -politik und -geschichte der Universität Innsbruck sowie Gründungsmitglied der Forschungsplattform „Weltordnung – Religion – Gewalt“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Globalisierungs-, Armut- und Gewaltforschung. Dabei ist er Autor zahlreicher Aufsätze und Bücher, darunter *Außenseiter im Weltsystem* (2002), *Der weite Horizont* (2006, gemeinsam mit Carmen Cian) und *Unser kleines Dorf* (2009, gemeinsam mit Josef Nussbaumer und Stefan Neuner). Für letzteres erhielt das Team den Bildungsinnovationspreis des Landes Tirol 2010.

Sabine FICK ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik der Universität Innsbruck, wo sie sich neben ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit auch in der Öffentlichkeitsarbeit des Innsbrucker Zentrums für Alte Kulturen engagiert. Im Rahmen ihrer Dissertation (*Goldmasken – die Gesichter der göttlichen Sonne*, 2001) beschäftigte sie sich mit der Funktion goldener Totenmasken in den Bestattungsbräuchen der Bevölkerung Phöniziens, Syriens und Mesopotamiens, für weitere Forschungsarbeiten erhielt sie Förderungen aus dem Programm „excellentia“ (2007) und dem Forschungsstipendium an österreichische Graduierte (2008).

Belachew GEBREWOLD ist Privatdozent für Politikwissenschaft am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (Habilitation 2010) und Lektor am UNESCO

Chair for Peace Studies in Innsbruck. Seine Forschungsschwerpunkte sind afrikanische Konflikte und Afrika in der internationalen Politik. Dabei ist er Autor zahlreicher Aufsätze und Bücher, darunter *Anatomy of Violence* (2009), *Global Security Triangle* (2009, Hg. gemeinsam mit Valeria Bello) und *Africa and Fortress Europe* (2007, Hg.).

Ulrike GRÖNER ist promovierte Politikwissenschaftlerin (nach Studien in Heidelberg, Göttingen und Innsbruck) mit einer Dissertation zum Thema *Portugal im Spannungsfeld von europäischer Integration und Demokratisierung – eine Fallstudie im Politikfeld Landwirtschaft* (2007). Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Europäische Union, wobei sie auch als Projektmitarbeiterin in einem NODE-Projekt und dem Eurosphere-Projekt zur europäischen Öffentlichkeit beteiligt war.

Simon HARTMANN ist promovierter Wirtschafts- und Sozialhistoriker (nach Studium in Innsbruck) mit einer Dissertation zum Thema *Anatomie globaler Ausbeutungssysteme: Eine wirtschaftshistorische Betrachtung des Kongo* (2008). Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Bereich Internationale Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit bei der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) in Wien.

Adrian KNAPP ist diplomierte Anglist (nach Studium von Englisch und Geografie in Innsbruck) und verfasst gegenwärtig seine Dissertation an der University of Leeds, in der er Formen von Subjektivität in Sklavenerzählungen der Abschaffungsperiode mit jenen in Neosklavenerzählungen des 20. und 21. Jahrhunderts vergleicht. Zu seinen jüngsten Publikationen zählt der Aufsatz “Resisting ‘Humanitarian Romanticism’: Thomas Pringle’s ‘Pangola: An African Tale’” in *(Re)figuring Human Enslavement: Images of Power, Violence and Resistance* (2009, Hg. gemeinsam mit Ulrich Pallua und Andreas Exenberger).

Anne MERKLEIN ist diplomierte Regionalwissenschaftlerin für Lateinamerika (nach Studium in Köln). Anschließend war sie Mitarbeiterin des Forschungsprojekts UPISA (*Urban Poverty in Southern Africa*, 2008 bis 2010) und in der Arbeitsgruppe „Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsforschung“ am Institut für Geografie der Universität Innsbruck. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt dabei auf politischen Strategien der Armutszureduzierung in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo, worüber sie auch gegenwärtig ihre Dissertation an der Universität Innsbruck schreibt.

Josef NUSSBAUMER ist Universitätsdozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Habilitation 1999) am Institut für Wirtschaftstheorie, -politik und -geschichte der Universität Innsbruck. Seine Forschungsschwerpunkte sind Katastrophen- und Hungerforschung im globalen und lokalen Kontext. Er ist Herausgeber der Reihe „Geschichte und Ökonomie“ im Studienverlag sowie Autor zahlreicher Aufsätze und Bücher, darunter *Die Gewalt der Natur* (1996), *Vergessene Zeiten in Tirol* (2000), *Gewalt.Macht.Hunger* (2003) und *Unser kleines Dorf* (2009, gemeinsam mit Andreas Exenberger und Stefan Neuner). Für letzteres erhielt das Team den Bildungsinnovationspreis des Landes Tirol 2010, zudem ist er Träger des Wissenschaftspreises der Landeshauptstadt Innsbruck (1997).

Ulrich PALLUA ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Anglistik der Universität Innsbruck. Im Rahmen seiner Dissertation beschäftigte er sich mit *Eurocentrism, Racism, Colonialism in the Victorian and Edwardian Age* (2005), daran anschließend arbeitete er in einem FWF-Forschungsprojekt zum Thema *Slavery and English Literature: 1772-1834*. Dabei ist er Autor zahlreicher Aufsätze sowie Mitherausgeber von *(Re)Figuring Human Enslavement: Images of Power, Violence and Resistance* (2009, gemeinsam mit Adrian Knapp und Andreas Exenberger) und *Racism, Slavery, and Literature* (2010, gemeinsam mit Wolfgang Zach). Im Rahmen seines Habilitationsprojekts beschäftigt er sich nun mit *IMAGES OF AFRICA(NS): Racism and Ethnocentricity in British Drama, 1696-1838*.

Stefan SALOMON studierte Politikwissenschaften und Rechtswissenschaften in Innsbruck und Lyon. Neben seinem starken Interesse an den Menschen und Systemen in den Ländern des subsaharischen Afrika ist er unter anderem im Menschenrechtsbereich (vor allem Asyl und Migration) sowie in der Entwicklungszusammenarbeit tätig.

Thomas SPIELBÜCHLER ist promovierter Zeithistoriker (nach Studium in Salzburg) mit einer Dissertation zum Thema *Para a Independência! Der angolische Freiheitskampf als Schauplatz des Kalten Krieges* (2003). Nach 2007 war er Universitätsassistent bzw. Lektor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Hier konzentriert er sich in Forschung und Lehre auf die afrikanische Integration, Konflikte und Konfliktmanagement im postkolonialen Afrika, wo auch sein Habilitationsprojekt angesiedelt ist.

Kurzfassungen der Beiträge in deutscher Sprache

Sabine Fick: *Benirken der Maat und Realpolitik: Die zwei Wirklichkeiten der Macht des Pharaos*

Aus der Geschichte Ägyptens sind Zeugnisse erhalten, die zu einem Ereignis beziehungsweise einer innen- oder außenpolitischen Situation zwei jeweils konträre Darstellungen überliefern. Die eine Gruppe dieser Quellen gibt anscheinend ein historisches Ereignis wieder, die andere scheinbar nicht. Dabei dürfen aber jene Darstellungen, die wir aus heutiger Sicht als Fiktion bezeichnen, nicht einfach als Propaganda gewertet werden. In den fiktiven Berichten geht es vielmehr jeweils um die Erfüllung eines göttlichen Auftrages. Der vom obersten Gott in sein Amt eingesetzte Pharaos hatte in erster Linie die Aufgabe, die Maat zu errichten und in der Menschenwelt zu verwirklichen. Dazu gehörten die Versorgung der eigenen Bevölkerung und die Abwehr aller Nicht-Ägypter, die potenziell eine Bedrohung der Maat darstellten. In der offiziellen Berichterstattung hat man sich daher immer an den Grundsätzen der Maat orientiert. Diese Vorgangsweise beruhte auf dem Glauben, dass der höchste Gott dem Pharaos, seinem leiblichen Sohn, die Schöpfung anvertraut habe. Zudem wurde dessen Herrschaft mit der Entstehung der Welt eng verbunden, was den Glauben an die Unfehlbarkeit eines Pharaos noch weiter verstärkte. In dieser Vorstellung vom Königtum war kein Platz für militärische Niederlagen, Hungersnöte oder auch nur freundschaftliche diplomatische Beziehungen zu potentiellen Feinden. Deshalb nutzte man die geglaubte Möglichkeit, mit Hilfe der Magie einen nicht Maat-gemäßen Zustand korrigieren zu können, indem das betreffende Ereignis in der Berichterstattung durch ein der Maat entsprechendes ersetzt wurde. Mit solchen fiktiven Berichten ließen sich – im Glauben an „die Gesetze der Magie“ – neue Realitäten erschaffen, die dem postulierten Bild vom Agieren eines ägyptischen Königs entsprachen. Das Mittel dazu, nämlich die magischen Praktiken, verstand man dabei als eine Gabe des obersten Gottes an die Menschen.

Simon Hartmann: *Die Institutionen des Leopoldianischen Systems: Wie pervertierte Anreize zu extremer Gewalt im Kongo beitragen*

Dieser Beitrag beleuchtet, welche Rolle institutionelle Anreize bei der extremen Gewalt im Kongo-Freistaat (1885-1908) spielten. In dieser Zeit wurde der Kongo vom belgischen König Leopold II. als Kolonie beherrscht und es verloren dort Millionen Menschen vorzeitig ihr Leben. Die Alleinherrschaft von Leopold II. im Kongo leistete ihren Beitrag zu dieser extremen Gewalt. Sie basierte auf Dekreten und einer relativ kleinen Anzahl an europäischen Funktionären, die Kontrolle über

Abstracts of the Contributions in English

Sabine Fick: *Securing of Maat and Realpolitik: The Two Realities of the Pharaoh's Power*

From ancient Egyptian history, evidence describing events and domestic or international affairs has survived, which is conveying two rather contrary images respectively. One group of sources is seemingly depicting a historical event, the other not. But those accounts retrospectively to be regarded as fictional are not to be simply denoted as propaganda. Rather, these fictional reports are telling about the fulfilment of a divine duty. Endowed with power by the highest god, the pharaoh's primary business was to erect the maat und to realize it in the world of humans. Part of this duty was to adequately supply the population and to repel all non-Egyptians, who were potentially endangering the maat. Thus, official reports were always oriented along the principles of the maat. This proceeding rested on the faith that the highest god has entrusted the pharaoh, his direct descendant and son, with his Creation. Further, the pharaoh's reign was closely associated with the origin of the world, which intensified the belief in his infallibility. In this conception of kingship there was no place for military defeat, famines or even friendly diplomatic relations to potential enemies. Therefore, the possibility was utilized to correct a non-maat-right situation by magical means: in reporting, actual events were replaced with event corresponding to the maat. With these fictional records – by faith in the “laws of magic” – new realities could be established, in compliance with the postulated picture of the Egyptian king's actions. The means for this, namely magical practices, were understood as a gift by the highest god to the humans.

Simon Hartmann: *The Institutions of the Leopoldian System: How Perverted Incentives Contribute to Extreme Violence in the Congo*

This chapter concentrates on the role which institutional incentives played for extreme violence in the Congo Free State (1885-1908). During these years, the Congo was owned as a colony by the Belgian King Leopold II, and it was also a period, when Millions of Congolese lost their lives ahead of time. The autarchy of Leopold II in the Congo contributed to that. It was based on decrees and a relative small number of administrative staff from Europe, who were responsible

das Territorialgebiet der Kolonie erlangen und etablieren sollten, um deren wirtschaftlichen Output zugunsten des Königs und einiger enger Vertrauter zu steigern. Bestehende wirtschaftliche, politische und soziale Strukturen wurden zerstört und durch ein „Leopoldianisches“ System ersetzt. Als Rahmenbedingungen wurde den Vertretern von Leopold II. im Kongo eine *carte blanche* (freie Hand) bezüglich der Wahl der Methoden gewährt, die sie zur Erreichung der Ziele für nötig befanden. Außerdem galt in der Kolonie Straffreiheit bei direkter Gewalt gegen die afrikanische Bevölkerung. Der gewünschte Output sollte durch Abgaben in Form von Kautschuk, Elfenbein und landwirtschaftlicher Produkte erreicht werden. Motiviert wurde durch die stetige Erhöhung der Zielvorgaben und erfolgsbezogene Bonussysteme. Das Gesamtpaket dieses institutionellen Gefüges manifestierte pervertierte Anreize, die einen großen Anteil an der Entstehung von extremer Gewalt im Kongo-Freistaat hatten.

Thomas Spielbüchler: *Streit um Einheit: Der schwierige Start der Afrikanischen Integration*

Als 1963 die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) gegründet wurde, schien damit ein wichtiges Etappenziel des Panafricanismus erreicht: die politische Integration auf institutioneller Ebene. Tatsächlich waren die verantwortlichen Staats- und Regierungschefs hinsichtlich Grad und Geschwindigkeit des Zusammenwachsens aber uneins und provozierten eine kurzzeitige Lagerteilung auf dem Kontinent. Die Forderung nach einer echten Union stand der Bereitschaft zu einer lockeren Konföderation bei voller Wahrung der einzelstaatlichen Souveränität gegenüber. Nur vereint, so die Unionisten, könne man dem drohenden Neokolonialismus etwas entgegenhalten. Niemals, antworteten die Konföderalisten, sei man bereit, die gerade gewonnene Freiheit einem neuen Regime unterzuordnen – auch wenn dieses ein Afrikanisches sei. In der politischen Auseinandersetzung, in der neben der Integrationsfrage auch persönliche Animositäten, Profilierungsbestrebungen und externe Interessen eine Rolle spielten, siegten die Konföderalisten. Die OAU repräsentierte in der Folge wenig mehr als eine Diskussionsplattform der afrikanischen Staaten mit sektoralen Kooperationen.

Ulrike Gröner: *Nachbarschaftspolitik zwischen der EU und Marokko: „Freihandel“ mit Agrarprodukten und das Konzept der „zirkulären Migration“*

Die EU verfolgt in ihrer Außenpolitik gegenüber nicht-demokratischen Staaten oder Staaten mit demokratischen Defiziten eine klar realistische Politik, wenn auch meist eingerahmt von normativen Zielsetzungen. Die Nachbarschaftspolitik der EU mit Marokko in den Politikbereichen „Freihandel mit Agrarprodukten“ und „Migration“ liefert hierfür ein anschauliches Beispiel. Der häufig argumentierte Gegensatz zwischen einzelstaatlichen realistischen Eigeninteressen und gemeinschaftlichen normativen Zielen soll hier aufgehoben werden. Damit kann

to establish control of the territory and colonial rule in the Congo to steadily increase its economic output for the King and a small number of cronies. Existing economic, political and social structures were destroyed and replaced by a “Leopoldian” system. As a framework, Leopold’s representatives were granted a *carte blanche* for the choice of methods to reach the goals. Further, impunity for violence against the African population was guaranteed in the Congo. Output should be achieved by duties in form of rubber, ivory and agricultural products. Motivation was secured by continuous increase of targets and by a system of performance-based boni. This package as a whole manifested perverted incentives, which massively contributed to extreme violence in the Congo Free State.

Thomas Spielbüchler: *Dispute about Unity: The Difficult Start of African Integration*

The formation of the Organization of African Unity (OAU) in 1963 appeared to be a major step for Pan-Africanism, the political integration on an institutional level. In fact the African Heads of State and Government followed controversial ideas on how far this integration should go. They even provoked a major divide in two different blocs over that question. While one side demanded a real union the other side argued for a loose confederation of sovereign states. When the unionist-bloc demanded that Africa must unite to counter the threat of neo-colonialism, the federalists replied immediately that nobody is ready to give up the hard-won freedom to subordinate the states to a newly formed regime, even if an African one. The following political confrontation was shaped through the question of integration as well as personal animosities and the ambitions for personal profiling. External interests played a role, too. When the confederalist camp succeeded in that debate, the OAU only represented a platform for discussion and selected sectorial co-operation.

Ulrike Gröner: *Neighbourhood Policy of the EU and Morocco: “Free Trade” in Agrarian Products and the Concept of “Circular Migration”*

The foreign policy of the EU towards non-democratic nation states or nation states with democratic deficits follows realistic rules, even though being mostly framed by a normative end. A demonstrative example is the Neighbourhood Policy of the EU and Morocco concerning the policy fields of “free-trade in agrarian products” and “migration”. The approach of contradiction between realistic national interests and common normative ends, which is often argued, will be questioned in this contribution in order to enlighten the interactions between

das Zusammenwirken zweier Politiken, Migrationspolitik und Freihandel im Agrarbereich, sowohl in den betroffenen Regionen der EU als auch Marokkos herausgearbeitet werden. Dabei werden der starke Einfluss neo-liberalen Denkens und das Fehlen eines längerfristigen politischen Lösungsansatzes für beide Politikbereiche deutlich. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei geographisch die beiden Regionen Almería in Spanien und Souss-Massa-Daraâ in Marokko und inhaltlich der intensive Gemüseanbau im Gewächshaus sowie das Konzept der so genannten zirkulären Migration.

Stefan Salomon: *Die Tragödie der Nigerianischen Gesellschaft*

Seit der Wiedereinführung der Demokratie im Jahre 1999 verloren über 13.000 Menschen ihr Leben in Konflikten zwischen Muslimen und Christen im Norden Nigerias. Entgegen Samuel Huntingtons These eines „Kampfs der Kulturen“ wird argumentiert, dass Religion nicht die Ursache dieser Konflikte ist, sondern sie vielmehr in einem Kampf um knappe Rohstoffe und politische Macht instrumentalisiert wird. Nicht die religiösen Differenzen sind konstitutiv für Konflikte, sondern die Verbindung von solchen Unterschieden mit Erfahrungen von und realer Furcht vor Diskriminierung und Marginalisierung. Der wirtschaftliche Niedergang Nigerias in den 1980er-Jahren und die Verarmung der breiten Masse machten einen Großteil der Bevölkerung empfänglich für religiöse Erlösungslehren selbsternannter Propheten und die religiöse Selbstwahrnehmung nahm zu. In einer Umgebung geprägt von Perspektivenlosigkeit, dem Fehlen jeglichen Vertrauens in den Staat, ökonomischer Misswirtschaft, einem enormen Ausmaß an Korruption und systematischer Marginalisierung von breiten Teilen der Bevölkerung, hatte diese Überbetonung der Religion fatale Auswirkungen. Besonders nach der Wiedereinführung der Demokratie griffen Politiker zu einer Instrumentalisierung von religiösen Themen, was zu einem starken Anstieg von Konflikten entlang religiöser Linien führte. Solange nicht beträchtliche Veränderungen in der nigerianischen Politik unternommen werden, gibt es keine Aussicht auf eine Beendigung dieser Konflikte in Nordnigeria.

Belachew Gebrewold: *Das Horn der endlosen Konflikte*

Dieser Beitrag diskutiert die Dynamik der zerstörerischen Konflikte am Horn von Afrika. Dabei werden sie von einem systemischen Zugang ausgehend erklärt. Die Konflikte in der Region sind in der Regel intensiv vernetzt; sie beeinflussen sich gegenseitig. Staaten destabilisieren sich gegenseitig; Konflikte überschreiten Grenzen, Rebellen eines Staates werden durch andere Staaten unterstützt. Die Region ist nicht durch regionale ökonomische, politische oder sicherheitspolitische Zusammenarbeit integriert, sondern letztlich durch Gewalt. Der somalische Bürgerkrieg ist das Resultat dieser Vernetzung, einer Regionalisierung interner Konflikte und Internalisierung regionaler Konflikte. Allerdings muss neben lokalen und regionalen Akteuren und Faktoren eine weitere Dimension berücksichtigt

two policies, namely migration policy and free-trade in agrarian products, in both, European and Moroccan regions concerned. The strong influence of neo-liberal thinking and the absence of a long-term policy in both policy fields will become apparent. The focus lies geographically on Almería in Spain and Sous-Massa-Daraâ in Morocco and with regards to content on the intensive greenhouse production as well as on the so called concept of circular migration.

Stefan Salomon: *The Tragedy of Nigerian Society*

Since the return to democracy in 1999 more than 13,000 people have lost their lives in conflicts between Muslims and Christians in Northern Nigeria. Contrary to Samuel Huntington's thesis of a "clash of civilizations," it is argued that religion is not the source of conflicts, but instrumentalized in a battle over scarce resources and political power. It is not religious differences being constitutive for conflicts, but rather whether these differences are linked to experiences and real fears of discrimination and marginalisation. Furthermore the economic downturn of Nigeria in the 1980s and the impoverishment of the broad masses made people prone to salvation teachings of self-proclaimed prophets and the awareness of a religious identity increased. In an environment with no prospects, the lack of trust into government, economic mismanagement, a tremendous level of corruption, and systemic marginalisation of wide parts of the population, this overemphasis of religion had fatal consequences. Particularly after the return to democracy politicians instrumentalized religion, resulting in a sharp increase of conflicts along religious lines. Only if considerable changes in Nigerian politics are achieved, the conflicts in Northern Nigeria are likely to cease.

Belachew Gebrewold: *The Horn of Unending Conflicts*

This contribution discusses the dynamics of the devastating conflicts at the Horn of Africa. It approaches them from a systemic point of view. As a rule, the conflicts in the region are interconnected and reciprocally influencing each other. States destabilize each other; conflicts cross borders, rebels of one state are supported by other states. In the end, the region is integrated by violence rather than economic, political or security cooperation. The Somalian civil war is the result of this interconnection, a product of this regionalization of internal conflicts and internalization of regional conflicts. However, besides intrastate and regional actors and factors, another dimension has to be considered: the global. Global actors have contributed to the aggravation of the conflict in past

werden: die globale. Globale Akteure haben in Geschichte und Gegenwart dazu beigetragen, dass der Konflikt verschlimmert wurde, teils sogar dann, wenn sie im Namen des Friedens durchgeführt wurden. Daher müssen sowohl wissenschaftliche Analysen als auch politische Entscheidungsprozesse die innerstaatlichen, regionalen und globalen Dimensionen der Konflikte am Horn von Afrika beachten.

Adrian Knapp: *“to turn from warfare to the arts of peace”: Makanna als Gegengift gegen xenophobe Gewalt?*

Neue Meldungen von fremdenfeindlichen Übergriffen aus Südafrika nach einer erfolgreich abgehaltenen Fußballweltmeisterschaft 2010 lassen international die Besorgnis hinsichtlich der Zukunft der Regenbogennation wachsen. Angesichts der komplexen sozio-ökonomischen Situation des Landes gibt dieser Beitrag einen kurzen Abriss über die Art und Weise, wie die fremdenfeindlichen Auseinandersetzungen die täglichen politisch-historischen Realitäten Südafrikas widerspiegeln, bevor mittels zweier literarischer Texte über das Leben des Xhosa-Helden Makanna – *Makanna; or, the Land of the Savage* (Anonymous, 1838) und M. Norbet Morgans *Bronze Napoleon* (1940) – ein anderer Blickwinkel auf das soziale Beziehungsgeflecht aufgezeigt wird. Trotz merklicher, zum Teil historisch bedingter Mängel ermöglichen diese beiden historischen Romane eine neue Sichtweise auf die Sozialsphäre, da sie durch ihre Darstellung einer transkulturellen Gesellschaft mit fluktuierenden anstelle von statischen sozialen Verpflichtungen die vielseitigen Vernetzungen und Verflechtungen menschlicher Beziehungen in den Vordergrund rücken. Diese neue Betrachtungsweise, die wechselnde Formen von sozialer Zugehörigkeit als charakteristisch für ein diasporisches Paradigma gegenüber exkludierenden Vorstellungen von Zugehörigkeit vorzieht, wie sie in westlichen Konzeptionen des Nationalstaates inhärent sind, ist nicht nur notwendig für eine Neubetrachtung der gegenwärtigen Situation, sondern scheint auch hilfreich, um jüngsten Trends einer Re-Segregation des öffentlichen Raumes entgegenzuwirken.

Thomas Böhler: *Gegenseitige Rechenschaftspflicht zur Steigerung der Wirksamkeit der EZA: Wie werden relevante Akteursgruppen zur Verantwortung gezogen? (Mit einem Fallbeispiel aus Mosambik)*

Dieser Beitrag stellt das Konzept der gegenseitigen Rechenschaftspflicht als wesentliches Element des vorherrschenden Paradigmas der Wirksamkeit der EZA vor und versucht die Wechselwirkungen innerhalb des besetzten Macht-Raums dieser Ordnung und dessen Potential und Herausforderungen anhand des Fallbeispiels Mosambik zu veranschaulichen. Gegenseitige Rechenschaftspflicht beschreibt den wesentlichen politischen Prozess, der Geber- und Empfängerregierungen dazu anhalten soll, ihre Verpflichtungen hinsichtlich der effizienteren Bereitstellung und Verwendung von EZA-Geldern umzusetzen und Partnerschaft-

and present, sometimes even if they were executed in the name of peace. Therefore it is essential to include local, regional and global actors in the Horn of Africa conflict analysis as well as policymaking processes.

Adrian Knapp: *“to turn from warfare to the arts of peace”*: *Makanna as Antidote to Xenophobic Violence?*

The xenophobic violence plaguing South Africa in recent years has met with international concern regarding the rainbow nation's future, especially after reports of new violence emerged following the successful hosting of the Soccer World Cup in 2010. In light of the country's complex present socio-economic situation, this contribution gives a brief outline of how the recent xenophobic attacks reflect present-day politico-historical realities in South Africa before highlighting a different perspective on the social web of relations propagated in two literary texts reimagining the life of the Xhosa hero Makanna: *Makanna; or, the Land of the Savage* (Anonymous, 1838) and M. Norbet Morgan's *Bronze Napoleon* (1940). Depicting a transcultural society in which social allegiances are not static but fluctuating, the two novels, despite their many other shortcomings, foreground a different aspect of the social sphere, one that emphasizes the interconnectedness and entanglement of human relations. This shift in perspective – from exclusivist notions of belonging central to conceptions of the Western nation-state to less essentialist modes of belonging characteristic of a diasporic paradigm – allows for a re-appraisal of the present situation that is deemed useful for counteracting recent trends of a re-segregation of the public sphere.

Thomas Böhler: *Mutual Accountability to Enhance the Effectiveness of Development Assistance: How are Relevant Actor Groups Called to Account? (With a Case Study from Mozambique)*

This contribution presents the concept of mutual accountability as a vital element of the aid effectiveness paradigm. It attempts to describe the interplay of competing power relations within this order as well as the potential and challenges based on lessons learned from development cooperation in Mozambique. Mutual accountability describes a constitutive political process that regulates how donor and recipient countries of development cooperation implement their respective aid commitments with regard to its effective disbursement and use and how to promote aid partnerships at eye level with participation of NGOs and parliamen-

ten auf Augenhöhe unter Beteiligung von NGOs und Parlamentariern zu fördern. Die momentane Situation in Mosambik zeigt einige positive Zusammenhänge zwischen robusten Mechanismen zur Stärkung der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und einer nationalen Armutspolitik, die sich aufgrund verstärkter Teilhabe vermehrt an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten beginnt. Dennoch bleiben EZA-Partnerschaften geberdominiert und Empfängerländer richten ihre Rechenschaftspflicht zu stark an Geber- und nicht an Bürgerforderungen aus. Das Beispiel Mosambiks legt nahe, dass der Erfolg der Rechenschaftspflicht von gestärkten demokratischen Strukturen im Inland abhängt und eines offenen, inklusiven Dialogs auf globaler Ebene bedarf. So kann gegenseitige Rechenschaftspflicht besser als Druckmittel zur Verhaltensänderung von Geber- und Empfängerländern und zu notwendigen Reformen in der Bereitstellung und Verwendung von EZA-Geldern eingesetzt werden.

Anne Merklein: *Mosambik: Armutsreduzierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit*

Mosambik ist aufgrund des Unabhängigkeits- und Bürgerkriegs sowie verschiedener Naturkatastrophen bekannt. Heute jedoch gilt es als ein Musterland der internationalen Zusammenarbeit. Der Übergang vom Bürgerkrieg zur Demokratie ist vollzogen, die wirtschaftlichen Wachstumszahlen gelten als beispielhaft. Seit Jahrzehnten drängen verschiedene (Nicht-)Regierungsorganisationen in das Land und es fließen jedes Jahr Millionen US\$ im Rahmen der „Entwicklungszusammenarbeit“. Und doch weisen verschiedene „Entwicklungsindizes“ auf ein anderes Bild hin: Die Armutsquote liegt bei 54,7 % und beim Human Development Index liegt Mosambik auf Platz 165 von 169 untersuchten Ländern. Armutsreduzierung ist das Schlagwort, das die ehemalige sozialistische und seit Ende des Bürgerkrieges führende Partei FRELIMO zu jedem Anlass verwendet und das in jeder politischen Strategie an prominenter Stelle steht. Doch stellt sich die Frage, wie erfolgreich dies umgesetzt wird. Welchen „globalen“ Lösungsmustern, wie z.B. „governance“ und „Partizipation“, folgt dabei die Regierung und wie ist die lokal-spezifische Ausführung? Welche Akteur(inn)e(n) sind beteiligt? Und wie wird, trotz der gut ausgearbeiteten Strategiepapiere, die Armut durch die politische Praxis „reproduziert“? Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Behandlung der städtischen Armut, speziell in der Hauptstadt Maputo, gelegt. Dabei soll näher auf das Beispiel des (in)formellen Transportsektors eingegangen werden.

Ulrich Pallua: *Amistad Kata-Kata: Eine Neubewertung der Materialität des Körpers*

Charlie Haffners Stück *Amistad Kata-Kata* (1987) handelt vom Heldentum eines Mannes, der zusammen mit anderen Gefangenen versklavt und über den Atlantik verschleppt wurde. Nach einer Meuterei auf dem Schiff wurden sie verhaftet, ein-

tarians. The situation in Mozambique shows several positive interrelationships between robust mutual accountability mechanisms and a more inclusive national poverty policy that is targeted towards the needs of the population. Yet, aid partnerships remain donor-driven and recipient governments orientate their reporting towards donors rather than their own citizens. The case of Mozambique has shown that successful accountability depends on strong democratic structures within a country as well as open and inclusive global policy dialogue. As such, mutual accountability has some potential if used as a political leverage to change behaviour among donors and recipient countries and implement much needed reform of how aid is being disbursed and used.

Anne Merklein: *Mozambique: Poverty Reduction between Wish and Reality*

Mozambique is a country familiar because of independence and civil wars as well as various natural disasters. But today the country is regarded as an outstanding example for international cooperation. The transition from civil war to democracy is completed and the economic growth rate is considered exemplary. Since decades, several (non-) governmental organizations have been emerging into the country and every year millions of dollars circulate within the scope of “development cooperation”. Yet, diverse “development indices” indicate a different image: the poverty rate is 54.7 % and concerning the Human Development Index Mozambique is ranked 165th out of 169 surveyed countries. Poverty reduction is the keyword of the former socialist party FRELIMO, in power since the end of the civil war, which is used at any occasion and mentioned in any political strategy. The question is though, how successful it can be implemented. What “global” paradigms, such as for example “governance” or „participation“, is the Mozambican government following and how are they implemented locally? Which actors are involved? And how, in spite of well elaborated strategy papers, is poverty “reproduced” by political praxis? Special attention is paid to urban poverty, especially in the capital Maputo. This will be examined in more detail by the example of the informal transportation sector.

Ulrich Pallua: *Amistad Kata-Kata: A Re-Evaluation of the Materiality of the Body*

Charlie Haffner’s play *Amistad Kata-Kata* (1987) is about the heroism of a man “who made history of histories by being the unknown leader of the only group of compatriots, who were taken across the Atlantic to become slaves, who revolted,

eingesperrt und vor Gericht gestellt, in der Folge aber freigesprochen und durften nach drei Jahren wieder nach Afrika zurückkehren. Dieser Beitrag zeigt, wie Haffner das „Amistad Thema“ im 20. Jahrhundert wieder aufgreift, indem er die Körperlichkeit der kolonisierten Sklaven und speziell deren Führers Shengbe Pieh in der postabolitionistischen Debatte des 19. Jahrhunderts re-evaluiert und somit auf das kulturelle Trauma hinweist, mit dem die kollektive post-koloniale afrikanische Identität konfrontiert ist. Mit der Wiederaufnahme des Stücks durch die „Freetong Players“ in der Saison 2007/08 feierte man 200 Jahre Abschaffung des Sklavenhandels im britischen Empire (1807), eine einzigartige Gelegenheit, um die Aufmerksamkeit auf die Identität des „Post-Europäischen“ Afrika zu lenken. In einem zweiten Schritt wird auch Raymond Desouzass Stück *The Broken Handcuff* (1994) zum selben Thema untersucht, das die Bewohner(innen) von Sierra Leone daran erinnert, ihre Vergangenheit als Teil ihrer kollektiven Erinnerung und Geschichte wahrzunehmen.

Andreas Exenberger/Josef Nussbaumer: *Afrikanerinnen und Afrikaner in Globo: Idealtypische Profile als wissenschaftliches Instrument*

Wenn man sich die Welt des Jahres 2000 in einem Gedankenexperiment als ein Dorf mit 100 Menschen vorstellt, hätte der „Weiler“ Afrika 13 Einwohner(innen). Diese Region ist dabei von zahlreichen Extremen gekennzeichnet, speziell im Hinblick auf Armut. Angesichts dessen verfolgt dieser Beitrag zwei Ziele: Zum einen werden diese 13 Personen im Hinblick auf verschiedene sozio-ökonomische Faktoren (Demografie, Ressourcenverbrauch, soziale Lage, ...) in Form von knappen, idealtypischen Profilen „dichter“ beschrieben. Zum anderen wird die Frage diskutiert, inwieweit solche „Profile“ als wissenschaftliches Instrument tauglich sind, vor allem, ob ihre Leistungsfähigkeit über die bloße Veranschaulichung hinausgeht oder ob sich daraus vielleicht sogar vielmehr die Gefahr der Stereotypisierung ergibt.

fought to their death, were arrested, incarcerated, charged to court, tried, freed and physically returned home after 3 years” (Freetong Players to commemorate slave trade abolition, 2010). This contribution shows how Haffner repositions the “Amistad trope” in the 20th century by effacing the materiality of the body of the African slaves and their leader Shengbe Peh in particular and thus re-evaluates the corporeality of the colonised slaves in the 19th-century post-abolition debate by grappling with the cultural trauma post-independence African collective identity has experienced. The re-staging of the play by the “Freetong Players” in 2007/08 commemorated the bicentenary of the abolition of the slave trade in the British Empire (1807), a unique opportunity to direct attention to asserting the identity of “Post-European” Africa. In a second step, the contribution scrutinises Raymond Desouza’s play *The Broken Handcuff* (1994) to show how Desouza’s approach to the Amistad trope serves as a reminder for Sierra Leoneans to embrace their past as a crucial part of their collective memory and history.

Andreas Exenberger/Josef Nussbaumer: *Africans in Globo: Model Profiles as Scientific Instrument*

When, in a thought experiment, imagining the world in the year 2000 as a village with 100 people, the “hamlet” Africa would have 13 inhabitants. At the same time, this region is particularly characterized by various extremes, especially regarding poverty. Departing from that, this contribution has two aims: First, these 13 people are “more thickly” described in the form of brief (and quantitative) model profiles with regard to several socio-economic factors (demography, resource use, social situation, etc.). Secondly, it is discussed, to what extent such “profiles” are useful as scientific instrument, and particularly, if its potential is exceeding mere illustration or even more, is aggravating the danger of stereotyping.

Die Publikationsreihe Edition Weltordnung – Religion – Gewalt ist der interdisziplinären Auseinandersetzung mit der politisch wichtigen Frage des Verhältnisses von Religion und Gewalt angesichts einer sich globalisierenden Welt verpflichtet. Die Autor(inn)en teilen einerseits den Anspruch, Stellung zu den drängenden sozialen und politischen Problematiken der Gegenwart zu beziehen, insbesondere zu der Frage nach einem friedlichen Zusammenleben in einem religiös und weltanschaulich pluralen Europa, und versuchen andererseits diese Fragen in ihrem historischen Entstehungskontext zu verstehen.

Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 1

Wolfgang Palaver, Andreas Exenberger, Kristina Stöckl (Hg.)

Aufgeklärte Apokalyptik: Religion, Gewalt und Frieden im Zeitalter der Globalisierung

2007, brosch., 448 Seiten

ISBN 978-3-902571-41-0

€ 27,50

Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 2

Wolfgang Palaver, Roman Siebenrock, Dietmar Regensburger (Hg.)

Westliche Moderne, Christentum und Islam. Gewalt als Anfrage an monotheistische Religionen

2008, brosch., 296 Seiten

ISBN 978-3-902571-59-5

€ 21,90

Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 3

Werner W. Ernst (Hg.)

Liebe im Zeichen von Lieblingliteratur – Einstellungen zur zwischenmenschlichen Liebe an Hand von Lieblingstexten und/oder Lieblingstheorien

2009, brosch., 182 Seiten

ISBN 978-3-902719-08-9

€ 15,90

Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 4

Wilhelm Guggenberger, Dietmar Regensburger, Kristina Stöckl (Hg.)

Politik, Religion und Markt: Die Rückkehr der Religion als Anfrage an den politisch-philosophischen Diskurs der Moderne

2009, brosch., 276 Seiten

ISBN 978-3-902719-14-0

€ 21,90

Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 5

Ulrich Pallua, Adrian Knapp und Andreas Exenberger (Hg.)

(Re) Figuring Human Enslavement: Images of Power, Violence and Resistance

2009, brosch., 256 Seiten, engl.

ISBN 978-3-902719-09-6

€ 21,90



Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 6
Herwig Büchele, Anton Pelinka (Hg.)
Friedensmacht Europa:
Dynamische Kraft für Global Governance?
2011, brosch., 276 Seiten
ISBN 978-3-902571-79-9
€ 19,90

Europa – wenn es nur will! Die Europäische Union, seit 2007 weitgehend deckungsgleich mit ganz Europa, kann zum Modell für eine neue Weltordnung werden: eine politische Ordnung jenseits der Nationalismen, gestützt auf die zentralen Werte der Demokratie. Europa kann zum Eintrittsbillet in eine Zukunft werden, die durch Frieden und Nachhaltigkeit bestimmt wird. Europa kann – aber es muss nicht: zu sehr besitzen die Kräfte der alten Ordnung noch immer die Macht, diese reale Utopie von einem Europa als Vorboten von „global governance“ zu verhindern. Acht Autoren – aus der Wissenschaft und aus der Praxis – untersuchen die Möglichkeiten und Grenzen einer neuen Gestaltung Europas und der Welt. Sie diskutieren das, was möglich, und das, was wünschenswert ist.

Mit Beiträgen von Kurt Bayer, Herwig Büchele, Helmut Pech, Anton Pelinka, Josef Riegler, Heinrich Schneider, Dieter Senghaas und Wolfgang Wolte.



Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 7
Wolfgang Palaver, Andreas Oberprantacher, Dietmar Regensburger (Hg.)
Politische Philosophie versus Politische Theologie?
Die Frage der Gewalt im Spannungsfeld von Politik und Religion
2011, brosch., 384 Seiten
ISBN 978-3-902811-12-7
€ 19,90

Der Sammelband widmet sich der kritischen Diskussion der Thesen von Mark Lilla und Heinrich Meier über die Rückkehr des Religiösen in die Politik, besonders im Blick auf den Islam. Systematisch werden die Konzeptionen Politische Theologie und Politische Philosophie hinsichtlich des Problems der Gewalt, wie es sich seit der Zeit der „Religionskriege“ und besonders in unserer Gegenwart stellt, untersucht. Dabei geht es vor allem auch um die Prüfung der These, inwiefern sich die westliche Moderne tatsächlich von einer Ablösung der Politischen Theologie durch die Politische Philosophie kennzeichnen lässt, sowie um die noch grundsätzlichere Frage, ob eine Absage an Politische Theologien überhaupt möglich ist. Aus historischer Sicht wird die Frage diskutiert, wie sich die Konzeption der „Politischen Religionen“ gegenüber der systematischen Unterscheidung von Politischer Theologie und Politischer Philosophie verhält: Wie lassen sich die Entstehung der totalitären politischen Religionen von Nationalsozialismus und Marxismus-Leninismus im Blick auf die These von der „Great Separation“ verstehen?

Mit Beiträgen von Marina Cattaruzza, Werner W. Ernst, Wilhelm Guggenberger, Andreas Hetzel, Hans Kraml, Hâjj Muḥammad Legenhausen, Hermann Lübbe, Johann Maier, Jürgen Nautz, Józef Niewiadomski, Andreas Oberprantacher, Wolfgang Palaver, Dietmar Regensburger, A. James Reimer, Marco Russo, Christian M. Rutishauser, Thomas Scheffler, Astrid von Schlachta, Walter Schweidler, Roman A. Siebenrock und Peter Zeillinger.



Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 8
Gianluca Crepaldi, Andreas Kriwak, Thomas Pröll (Hg.)
Kleist zur Gewalt
Transdisziplinäre Perspektiven
2011, brosch., 216 Seiten
ISBN 978-3-902811-06-6
€ 18,90

Zum Kleist-Jubiläumjahr 2011 diskutiert dieser Band das Problem der Gewalt im und mit dem Werk Heinrich von Kleists durch transdisziplinäre Zugänge. Auch 200 Jahre nach seinem Tod im November 1811, hat das Werk des preußischen Dichters und Dramatikers nichts von seiner Intensität eingebüßt. Seine genuine Poetik des Radikalen zeigt sich besonders im Gewaltthema, das zweifelsohne zum ubiquitären Phänomen wird. Die Geschichten sind blutig, die Sprache brutal, aber niemals platt. Als Phänomenologe der Mannigfaltigkeit, ist Kleist bemüht, Gewalt kunstvoll auf unterschiedlichsten Ebenen zu reproduzieren. Sie tritt sowohl in der Getriebenheit des Einzelnen als auch zwischen Individuen in Erscheinung, in Liebe, Sexualität und Geschlechterkampf, innerfamiliär oder in Familienfehden, gesellschaftlich und politisch, zwischen Bürgern und Eliten, innerhalb einer Volksgruppe oder zwischen den Völkern – und in Gestalt wütender Rachsucht reicht sie beinahe über das Diesseits hinaus: „Ich will nicht selig sein. Ich will in den untersten Grund der Hölle hinabfahren [...] und meine Rache, die ich hier nur unvollständig befriedigen konnte, wieder aufnehmen!“

Mit Beiträgen von Gianluca Crepaldi, Helmut Grugger, Andreas Kriwak, Monika Meister, Klaus Müller-Salget, Wolfgang Palaver, Thomas Pröll und Marion Tulka.

Weitere Informationen zu den Bänden der Reihe „Edition Weltordnung – Religion – Gewalt“ finden Sie unter

<http://www.uibk.ac.at/iup/verlagsverzeichnis/ewrg.html>